Olympe

Feministische Arbeitshefte zur Politik







Fokus: Demokratie.

Partizipieren – Intervenieren – Analysieren

Heft 25/26

INHALTSVERZEICHNIS

Zu dieser Ausgabe	5	Elisabeth Joris / Lilo König Eva Herman und der «Kampfbund Nationaler Aktivistinnen» Antifeminismus, Biologismus und völkische Töne	
PARTIZIPIEREN		Susanne Businger	
Regula Stämpfli «Frauen scheren sich nicht um Politik» Wie Geschichte und Gegenwart Frauen aus der Politik rausdefinieren	9	Geschlechtsspezifische Unterschiede in der psychiatrischen Diagnose und Behandlung Zur Macht über die Definition von psychischen Störungen	11
Damia Benkhouya Le mouvement féminin Marocain au cœur du combat pour la démocratie		Lise Cyrenne Gedanken über Demokratie, von den Rändern her betrachtet	120
La réforme des lois discriminatoires	18	THEORETISIEREN	
Fatima Mernissi Damia Benkhouya – eine radikale Exponentin der marokkanischen Frauenbewegung	26	Esther Kamber Demokratie und Öffentlichkeit Utopie und Erbe der Aufklärung	128
Hadeel Rizq-Qazzaz Frauenquoten in Palästina Die Rolle der NGOs bei der Unterstützung von Frauenkandidaturen	28	Annette Hug Demokratisch zur Demokratie Die politische Landkarte von Nancy Fraser	138
Stefanie Strulik Die geschlechtsspezifische Konstruktion von politischen Räumen: Frauen und Lokalpolitik in Indien	39	María do Mar Castro Varela Rassismus, Postkolonialismus und Menschenrechte	149
Jael Bueno Produzentinnen werden Politikerinnen Frauen greifen in den Demokratisierungsprozess in Bolivien ein	56	Silvia Staub-Bernasconi Integrale Demokratie als «Way of Life» Das Demokratieverständnis von Jane Addams	154
Susi Wiederkehr «Porträts aus einer globalisierten Mode-Welt» Internationale Partizipation und Individualität in der Fotoserie von Barbara Davatz	64	INTERVENIEREN Barbara Gavez Fragen an Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey	169
ANALYSIEREN		Susanne Businger / Elisabeth Joris	100
Saskia Sassen Neue politische Räume und Subjekte	82	«Frauen sind ihrer fundamentalsten Rechte beraubt.» Zahra Erfani zu den Perspektiven der Unterschriftensammlung iranischer Frauen zur Änderung des isalmischen Rechts	173
Christina Thürmer-Rohr Grenzen setzen Demokratiefeindliche Gruppen auf demokratischem Weg an die Macht	93	Rela Mazali Widerstand gegen Militarismus und Besetzung: Feministinnen in Israel praktizieren Demokratie	180

Nikita Dhawan Globale Interdependenzen und transnationale feministische Bündnisse	188
Shalini Randeria Staatliche Interventionen, Bevölkerungskontrolle und Gender: Indien und China im Vergleich	193
Yvonne Leimgruber Schule als Praxisfeld für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit	198
Lise Cyrenne Demokratie und kritisches Handeln	209
Lise Cyrenne Wie demokratisch sind Sie?	212
Julia Gerber Rüegg Sieg der Patriarchen Schweizer Parlamentswahlen 2007	214
TAGUNGSBERICHT	219
BÜCHER ZUMTHEMA	222
AUTORINNEN	246

Zu dieser Ausgabe

Fokus: Demokratie. In den 1990er Jahren fand nicht nur im deutschsprachigen Raum eine eingehende Auseinandersetzung mit Demokratie- und Staatstheorien statt. Feministinnen führten eine intensive Debatte darüber, wie die Rechte von Frauen sowie von Minderheiten in einer Demokratie gewahrt und wie diese Gruppen in demokratischen Institutionen angemessen repräsentiert werden können. Der Zuwachs an WählerInnen-Stimmen für rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien einerseits sowie das Fehlen von Rechtsgleichheit und der Mangel an Partizipation und Interventionsmöglichkeiten für MigrantInnen andererseits gaben diesen Auseinandersetzungen noch Auftrieb. Diese Ausgangslage war für uns der Anlass, Demokratie in Theorie und Praxis aus feministischer Perspektive zu beleuchten. Wegen der vielfältigen Facetten dieses Themas haben wir uns zur Herausgabe eines Doppelheftes entschlossen.

Beim Thema Demokratie ist Tiefenschärfe ebenso angesagt wie die Erweiterung des Blickwinkels. Tiefenschärfe scheint uns besonders wichtig bei der Beleuchtung der gegenwärtigen Möglichkeiten zur Intervention und zur Mitgestaltung auf allen Ebenen der Politik wie im betrieblichen Alltag. Erweiterung des Blickwinkels verstehen wir sowohl räumlich, über die Schweiz hinaus bis nach Amerika und in den Fernen Osten, als auch zeitlich, als Verbindung von Geschichte und Gegenwart. So knüpfen wir mit unserer Analyse an die Beschlüsse der UNO-Weltfrauenkonferenz von 1995 in Peking an. Diese propagierte das Gender Mainstreaming als neue Gleichstellungsstrategie, deren Einführung 1997 auch für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zur verbindlichen Aufgabe deklariert wurde. In einer von Olympe vor bald zehn Jahren organisierten Tagung war der Nutzen des Gender Mainstreaming umstritten. Wirksamkeit für den Bereich des Politischen attestierten dagegen mehrere Referentinnen den Quoten. Inzwischen haben einige Staaten Quoten gesetzlich verankert. In der Schweiz dagegen, dem Eldorado der Quoten zur Berücksichtigung der verschiedensten Gruppierungen und Landesteile, wurde die Einführung von Geschlechterquoten höchst aggressiv bekämpft und auch mit sehr grossem Mehr an der Urne abgelehnt. Dass aber Quoten je nach Kontext anders gedeutet werden und selbst in patriarchalem Umfeld positive Wirkungen erzeugen können, dokumentiert Stefanie Strulik an zwei Beispielen aus Indien. So vergrösserten Quoten trotz signifikanter regionaler Unterschiede die Möglichkeiten zur Partizipation an politischen Entscheidungen für Frauen überall. Dass die Partizipation von Frauen bei Fragen der Schwangerschaftsverhütung von Bedeutung ist, zeigt die vergleichende Analyse von Shalini Randeria zur Umsetzung von bevölkerungspolitischen Massnahmen in verschiedenen Ländern.

Die vierte Weltfrauenkonferenz hob als Mittel und Strategie zur Partizipation und Intervention im Zusammenhang mit Frauen- und Menschenrechten insbesondere die Rolle der NGOs hervor. Bei Wahlen können, so die Erfahrungen der letzten Jahre, die Aktivitäten von feministischen NGOs aber auch zu zwiespältigen Resultaten führen. Entscheidend ist, an wen sich der Menschenrechtsdiskurs richtet, welche Netzwerke aktiviert und welche AkteurInnen für die Anliegen der NGOs gewonnen werden können. Daher ist bei Wahlerfolgen von Frauen - das zeigen neben dem Artikel von Stefanie Strulik auch die Beiträge der Palästinenserin Hadeel Rizq-Qazzaz und der Marokkanerin Damia Benkhouya – immer auch zu fragen, ob diese Frauen eher feministische und frauenspezifische oder eher familienspezifische Interessen vertreten. Dass mit dem Menschenrechtsdiskurs wirksame Politik zugunsten von Frauen gemacht werden kann, dokumentieren die Erfolge der Frauenrechtlerinnen in Marokko und die gegenwärtige Kampagne von Frauen-NGOs im Iran, aber auch der politische Aufbruch in Bolivien. Die antimilitaristische Organisation New Profile aus Israel verbindet ihrerseits den Einsatz für Menschenrechte mit feministischer Gesellschaftsanalyse.

Die Fokussierung auf Demokratie impliziert im Kontext von Wahlen und der steigenden Zahl von NGOs in unterschiedlichsten Ländern und Regionen immer auch Fragen nach der Universalisierung des Konzepts der Zivilgesellschaft. Das im ausgehenden 18. Jahrhundert entwickelte und nach Esther Kamber vor allem im 19. Jahrhundert als Erbe der Aufklärung umgesetzte Konzept der «Bürgergesellschaft» sah als Akteure lange lediglich Männer vor - weiss und von bürgerlicher Herkunft. Ausgeschlossen waren nicht nur die Frauen, sondern auch Unterschichten, Kolonisierte, Deportierte, psychisch Kranke, die «fremden Anderen». Die Exklusionsmechanismen entwickelten sich entlang den Kategorien von Rasse, Klasse und Geschlecht. Vor allem im Sog des westeuropäischen 68er-Aufbruchs und der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung wurde dieser Ausschluss zum Angelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und führte zum Entstehen einer Vielzahl von NGOs, der Essenz der neuen sozialen Bewegungen. Aber auch vierzig Jahre später wirken diese Exklusionsmechanismen im Kontext der gegenwärtigen weltweiten Migration weiter. Während María do Mar Castro Varela in ihrem Beitrag rassistische Angriffe auf MigrantInnen fokussiert, akzentuiert Nikita Dhawan die Differenzen zwischen MigrantInnen und den Frauen aus deren Herkunftsländern. Gleichzeitig plädiert sie für internationale feministische Bündnisse. Saskia Sassen entwickelt ihrerseits neue Ansätze zu einer Partizipation, die nicht an die Nationalität gebunden sind. Aus einem gänzlich anderen Blickwinkel thematisiert Barbara Davatz Migration, Globalisierung und Partizipation in ihrer Fotoserie.

Die Gefährdung der Demokratie geht heute von rechtslastigen Parteien aus, deren Diskurs nicht nur in der Schweiz mit der erstarkten SVP, sondern auch in anderen Ländern bereits in der Mitte angelangt ist. Auf diese rechtspopulistische bis rechtsextreme Herausforderung antwortet Christina Thürmer-Rohr mit Hannah Arendt. Als demokratiegefährdend erweist sich auch die Umsetzung des von bürgerlichen Eliten adoptierten neoliberalen Diskurses. Dieser nimmt die Ausgrenzung von sozial und ökonomisch Schwächeren als naturgegeben in Kauf und lehnt jegliche innerbetriebliche Demokratisierung ab. Der Herausforderung setzt Silvia Staub-Bernasconi das Demokratieverständnis von Jane Addams entgegen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in den MigrantInnen-Vierteln von Chicago Theorie und Praxis der sozialen Ethik verknüpfte. Mit einer eigenwilligen Interpretation der Schriften der feministischen Sozialwissenschaftlerin Nancy Fraser zeigt Annette Hug mögliche Wege zu geschlechtergerechter Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation in allen Bereichen der Gesellschaft. Denn in diesem Heft soll die Frage nicht ausgeklammert werden, ob eine Gesellschaft auch dann als eine demokratische verstanden werden kann, wenn sich ihre Wirtschaft demokratischen Prinzipien verschliesst. Lise Cyrenne reflektiert über diese Frage eher assoziativ in einem als spielerisch zu verstehenden Test.

Geschlechterdemokratie bedeutet also immer Umverteilung der Macht auf allen Ebenen der Gesellschaft. In den letzten Jahren kam es diesbezüglich auf der Ebene der Regierungspositionen zu markanten Verschiebungen, angefangen bei Angela Merkel als bürgerliche Bundeskanzlerin bis zu Michelle Bachelet als linke Präsidentin von Chile. Ob mit der Besetzung politischer Machtpositionen durch Frauen andere Akzente gesetzt werden, hängt nicht zuletzt mit der politischen Positionierung dieser Frauen zusammen. Die schweizerische Bundesrätin und Aussenministerin Micheline Calmy-Rey ist diesbezüglich auf der von Feministinnen mitgeprägten sozialdemokratischen Linie einzureihen, für die Menschen- und Frauenrechte bedeutende Kategorien politischen Handelns sind. So ist Sensibilität für Geschlechtergerechtigkeit auch bei Frauen nicht einfach gegeben. Damit diese bereits in den Schulen gefördert wird, muss diese nach Yvonne Leimgruber zur Ausbildung der Lehrpersonen gehören. Alle diese Aspekte beleuchtet dieses Heft unter dem vieldeutigen Titel «Fokus: Demokratie. Partizipieren - Intervenieren - Analysieren». Lücken in der Analyse von Entwicklungen wie beispielsweise der Ablehnung der Quoten in der Schweiz oder dem Wandel der Partizipationsmöglichkeiten von Frauen in Osteuropa seit den 1990er Jahren versuchen wir mit etwas ausführlicheren Rezensionen zu begegnen. Sträflich vernachlässigt haben wir Schwarzafrika, auch wenn gerade dort in der Person von Ellen Johnson Sirleaf eine Frau zur Staatspräsidentin Liberias erkoren wurde, die gleich in allen Bereichen der Regierung mehrere Frauen in Führungspositionen berufen hat. Trotz der erwähnten Lücken verstehen wir dieses Heft als einen Anstoss, sich mit den vielfältigen Facetten von Demokratie, Gleichheit und Gerechtigkeit aus feministischer Perspektive auseinanderzusetzen, und zwar sowohl auf der Ebene der Theorie wie auch auf der Ebene der Partizipation, des aktiven Handelns.

Elisabeth Joris, Susi Wiederkehr

8

PARTIZIPIEREN

«Frauen scheren sich nicht um Politik»

Wie Geschichte und Gegenwart Frauen aus der Politik rausdefinieren

Regula Stämpfli

Der «NZZ am Sonntag» vom 25. Februar 2007 war es eine fette Schlagzeile wert: «Schweizer Frauen scheren sich nicht um Politik. Die Unterschiede zwischen der Beteiligung von Männern und Frauen an den Wahlen sind in der Schweiz riesig. Die Schweizer Frauen beteiligen sich in viel geringerer Zahl an nationalen Wahlen als Männer. Die Schweizerinnen verhalten sich somit anders als die Frauen im umliegenden Ausland.» Obwohl der Autor Francesco Benini von seinem NZZ-Kollegen Martin Senti am 1. März 2007 elegant, aber sehr deutlich als völliger Fehlinterpret bestehender politologischer Daten entlarvt wurde, obwohl auch ich in der grössten Schweizer Wochenzeitschrift (Coopzeitung, 13. März 2007) ein mehrseitiges Interview zum selben Thema geben und aufklären durfte, obwohl der Leiter des führenden Wahlund Politikumfrageinstituts GfS-Bern, Claude Longchamp, belegte, dass der «NZZ am Sonntag»-Artikel vor allem Klischees repetiert statt Tatsachen referiert,1 vergeht keine Wahlveranstaltung, in welcher der unselige NZZ-Titel nicht zitiert würde. Das Vorurteil, dass Frauen generell und Schweizerinnen ganz speziell sich nicht um Politik scheren, hält sich hartnäckig. Solche Deund Entpolitisierungsstrategien haben System.

Kurz nach der Wahl Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 wurde das Gerücht in die Welt gesetzt, dass es vor allem die Frauen gewesen seien, die den gescheiterten österreichischen Postkartenmaler an die Macht gewählt hätten. Besonders beliebt war diese nachweislich erfundene Geschichte in der Schweiz. Sie wurde häufig als Argument gegen die Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts herangezogen.² Seitdem hält sich diese Unwahrheit, die sich auf nichts stützt,³ sondern reine Polemik ist, immer noch in al-

len Köpfen. Der weltbekannte niederländische Schriftsteller Harry Mulisch macht in seinem Jahrhundertwerk «Die Entdeckung des Himmels» die Hitler wählenden Frauen sogar zu einer Schlüsselstelle in seinem Roman.⁴ Dabei machte «Das Schweizer Frauenblatt» schon am 3. März 1933 klar, dass die Frauen dem «aufsteigenden Kometen Hitler» weniger Sympathien entgegengebracht hatten als die politisierenden Männer.⁵ Die erste Welle der schweizerischen Frauenbewegung war also alles andere als entpolitisiert, sondern an der Integration der Frauen in den Staat ausserordentlich aktiv beteiligt. Sie tat dies mit grossem demokratischem und feministischem Engagement. Zwar ging auch an den Frauen der damaligen Zeit die grosse gesellschaftliche und ökonomische Spaltung der Gesellschaft zwischen links und rechts nicht spurlos vorüber, schliesslich war schon damals Biologie nicht einfach Programm, doch das klare Bekenntnis der Schweizer Frauen zu Demokratie, Grundrechten und Freiheit von links bis rechts ist Teil der Schweizer Geschichte, und es ist deshalb umso ärgerlicher, dass sie immer wieder vergessen wird. Die damalige Alt-Präsidentin des Bundes Schweizerischer Frauenvereine (BSF), Klara Honegger, 6 meinte am 18. Juni 1933 – in einer Zeit, in welcher die Männer gerne zu Waffen statt zu Wahlzetteln griffen – vor versammeltem Frauenpublikum: «Wir sind in Gefahr, nicht nur unsere Demokratie, sondern die ganze Schweiz. (...) Wir wollen die Gefahr nicht unterschätzen. Wir Frauen sollten wissen, was die Demokratie ist und sollten zusammenstehend uns nicht auf einzelne Punkte einlassen, sondern den gemeinsamen Boden finden, zusammenstehen und die Männer unterstützen, die noch für die Demokratie einstehen. (...) Wir Frauen aller Parteien sollen aufgeklärt werden. Wir sind noch nicht an eine Partei gebunden und sollten deshalb einen gemeinsamen Boden finden, den gemeinsamen Boden der Demokratie und dafür einstehen, dass die Demokratie nicht verloren geht.»⁷

Was führte denn zu solch klaren Aussagen? Die schweizerische Frauenbewegung sah sich Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre einer ständig wachsenden Dominanz ökonomischer Themen in der Innenpolitik und gleichzeitiger Ideologisierung der politischen Kultur der Schweiz ausgesetzt. 1921 thematisierten die progressiven Frauenverbände die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,⁸ 1928 bewiesen sie den hohen volkswirtschaftlichen Anteil der Frauen an der Schweizerischen Ausstellung für Frauenarbeit,⁹ und 1929 warben die Frauenrechtler und Frauenrechtlerinnen mit fast 250'000 Unterschriften für die bisher grösste Petition der Schweiz, für die sofortige Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts.¹⁰

Doch einmal mehr und seitdem immer wieder bewies sich die Macht gegen die Demokratie. Die für die europäischen Frauen zukunftsweisende Haager Kon-

ferenz zur internationalen Rechtskodifikation von 1930 zeigte deutlich, wie unwillig gerade die Schweizer Männerbehörden waren, wenn es darum ging, den Staatsbürgerstatus auch auf die Frauen auszudehnen. Individuelle Staatsbürgerschaft blieb in der sich als «älteste Demokratie» rühmenden Schweiz bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ausschliesslich Männersache. Die Schweizer Frauen verloren im Falle einer Eheschliessung mit einem Ausländer automatisch ihre eigene Staatsbürgerschaft (bis 1957) und ihre Niederlassungs- und Handlungsfreiheit (bis zur Einführung des neuen Eherechts am 1. Januar 1988). Dass dem so war, hing nicht zuletzt mit der systematischen Verdrängung der Frauen aus allen ökonomischen Schlüsselstellen während des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zusammen. Durften und mussten die Schwestern in Frankreich, Grossbritannien und den Niederlanden die kriegführenden Männer in den Fabriken, dem öffentlichen Verkehr sowie in den Büros selbstverständlich ersetzen, konzentrierte sich die nicht kriegführende Schweiz auf die Beibehaltung der Geschlechterordnung im Innern. Im Ersten Weltkrieg erregte die Idee, dass eine Frau die Strassenbahn lenken sollte, die Gemüter, im Zweiten Weltkrieg verkürzte der Bundesrat in harmonischer Übereinstimmung mit den Gewerkschaften kurzerhand die gesetzliche Kündigungsfrist für Frauen. Sogar das Melken von Kühen wurde Schweizerinnen untersagt, schliesslich war im Kuhschweizerland Melken seit Jahrhunderten ausschliesslich Männerarbeit! Diese Vorschriften sowie die zahlreichen gesetzlichen Zurückbindungsstrategien in der Sozialpolitik – so wurde die für den Schweizer Sozialstaat prägende Erwerbsersatzordnung ausschliesslich für den «Ernährer» konzipiert und hielt sich als System bis weit in die 1990er Jahre – sowie in Familien- und Wirtschaftspolitik kreierten eine politische Kultur, die das Gegenteil jeglicher feministischer Anstrengungen bedeutete. Dass dem so war, hing nicht zuletzt mit dem überaus staatstreuen Schweizerischen Katholischen Frauenbund (SKF) zusammen. So meinte der SKF 1931 beispielsweise: «Mag es auch für die Frau ein Opfer bedeuten, ihre Staatszugehörigkeit zugunsten derjenigen des Mannes aufzugeben, so muss sie dieses Opfer, wie so manches andere, das ihr das Eheleben auferlegen wird, dem Einswerden zuliebe auf sich nehmen.»¹¹ Systematisch hielt der Bundesrat die zahlreichen linken und bürgerlichen Frauenrechtlerinnen aus der Politik fern und stützte sich nur dann auf die Frauenorganisationen, wenn sie alle Pflichten ohne Rechte freiwillig und gerne übernahmen.

Trotz dieser Widrigkeiten ist die Schweizer Frauengeschichte voller beeindruckender Ereignisse, Biographien und Aktionen feministischer Politik. Dies zeigte sich eben auch sofort nach der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland. Nicht nur verteidigten die sozialdemokratischen und

liberalen Frauenkreise immer wieder und lautstark die feministischen Postulate gegen die rechtsaussen und männlichkeitsgeschaltete Politik, sondern sie waren auch die politischen Kräfte, die sich aufmachten, die Demokratie als Staatsform zu retten. Im «Jahrbuch der Schweizer Frauen» aus dem Jahre 1933 erteilte die damalige Präsidentin des Frauenstimmrechtsvereins, Annie Leuch-Reineck, 12 den faschistischen Diktaturen auf dem europäischen Kontinent eine deutliche feministische Absage. Sie redete von «männlichkeitsgeschalteten Frauen», deren Verführung durch die «Verherrlichung edelster Weiblichkeit» nichts Gutes zu verheissen versprach. 13 Sie äusserte starke Kritik am Konzept eines Führerstaates, der alles andere als die Garantie der Demokratie darstellte, wie es manche ihrer männlichen Zeitgenossen glauben machen wollten.14 Für Annie Leuch-Reineck war klar, dass einzig die Demokratie die «Gewohnheit des freien politischen Denkens und die Freiheit des persönlichen Entscheides» gewährleisten könne. Und obwohl sich gerade «die direkte Demokratie als ein schweres Hindernis für die Einführung der politischen Gleichberechtigung erwiesen habe», gelte es dennoch, dass «einzig die Demokratie der Boden ist, auf dem die Frauenbewegung so gut wie die Stimmrechtsbewegung ihre Entfaltungsmöglichkeiten haben.» Der antitotalitäre Charakter ihrer Ausführungen war unübersehbar.

Annie Leuch-Reineck stellte in der organisierten Frauenbewegung keinen Einzelfall dar. Neben dem Frauenstimmrechtsverband (SVF) setzte sich auch der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) angesichts des nationalsozialistischen Wahnsinns intensiv mit der Frage nach der nationalen und feministischen Selbstfindung der Schweiz auseinander. Eine Frage, die von den schweizerischen Sozialdemokratinnen schon längst feministisch geklärt, aber in den eigenen Reihen¹⁵ politisch noch längst nicht durchgesetzt war. Mit dem Aufkommen der Fronten im Frühjahr 1933 war für die bürgerlichen und die linken Frauen innenpolitisch das Signal gegeben, sich gegen die rechtsreaktionären Erneuerungsbewegungen zur Wehr zu setzen. Deshalb riefen die grossen schweizerischen Frauenverbände unter der Leitung des BSF schon im Sommer 1933 zur Gründung der «Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie». Die schon oben zitierte Ansprache der Alt-Präsidentin des BSF, Klara Honegger, vor der ersten Versammlung am 18. Juni 1933 liess keinen Zweifel über die akute innen- und aussenpolitische Gefährdung der Demokratie.

«Die Schweiz ist eine Demokratie oder sie wird nicht sein» – dieser Satz von Ida Somazzi¹⁶ wurde Leitplanke für die Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie». Die damals beteiligten Frauen konnten nicht ahnen, dass ausgerechnet dieser Satz wiederum gegen die Frauen ausgelegt werden würde.

Denn aus «Der Demokratie» wurde im öffentlichen Diskurs sehr schnell «Die Schweiz», aus dieser noch schneller «Die Eidgenossenschaft» und schliesslich «Die Volksgemeinschaft». Es waren vor allem die katholischkonservativen Frauenorganisationen, die sich, nach einer ersten Bejahung der «Frau und Demokratie», sehr schnell wieder von jeder demokratischen und feministischen Haltung distanzierten. Die Sympathie des SKF, wie die aller katholischer Organisationen und Institutionen, für die Erneuerungsbestrebungen von rechtsaussen war unübersehbar. 17 Damit versetzte der SKF der noch jungen, frauenpolitisch engagierten und demokratischen Organisation «Frau und Demokratie» einen schweren Schlag und nahm ihr die publizistische und politische Wirkungskraft. Denn der rechtsbürgerlich dominierte Bundesrat nahm jede Spaltung der Frauenorganisationen dankbar auf, um seine antifeministische Politik mit dem Klischee «Die Frauen selber wollen Gleichstellung ja nicht» zu legitimieren. Zudem verfügten die katholisch-konservativen Frauen dank «ihren» Bundesräten über direkte politische Einflussnahme an höchster Stelle. Dem BSF, dem SVF und dem SGF, traditionell der FDP eng verbunden, 18 sowie den Sozialdemokratinnen gelang es kaum, ähnlich den jeweiligen Vorstandsmitgliedern des SKF, derart stark Einfluss auf die männlichen Parteikollegen zu nehmen.¹⁹ Dies lag wohl nicht zuletzt daran, dass sich die liberalen und sozialdemokratischen Frauenverbände gewisse Eigenpositionen in Gleichstellungsfragen vorbehielten, während die katholisch-konservative Frauenorganisation willfähriges Instrument der katholischen Bewegung war und jede Gegenposition schon im Keim zu ersticken wusste. Die Allianz zwischen SKF und Bundesrat bedeutete für die progressiven Frauenorganisationen nicht nur ein Zurückdrängen wichtiger politischer Forderungen, sondern eine weitreichende Spaltung der Frauenbewegung. Als Georgine Gerhard²⁰ am 20. Juni 1936 der Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» vorschlug, den Bundesrat für seine «antidemokratischen Methoden» und das «Dringlichkeitsregime» zu kritisieren, um dem «wachsenden Autoritarismus der Landesregierung» entgegenzuwirken, fand sie unter den Frauen keine Mehrheit mehr.²¹ Anstatt eines lautstarken Protestes kam es zu einer gemässigten Erklärung an den Bundesrat.²² Somit verlor auch die Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» ihr ursprünglich feministisches und demokratisches Programm. Schon 1938 hatte sie sich deshalb unter der Führung der katholischen und bürgerlichen Frauen zum Landesverteidigungs- statt Gleichstellungsinstrument gewandelt.²³ Zum ersten Mal wurde an der Veranstaltung unter dem Motto «Wie stärken wir Schweizer Geist und Art?» einem Mann das Wort erteilt. Dies stellte einen Bruch mit der eigenen Organisation dar und war Zeichen dafür, dass sich

feministische Aktionen unter dem Druck der Zeit völlig verändern konnten. Zwar wehrten sich die Frauenrechtlerinnen an der Landesausstellung 1939 witzig und eindrücklich mit dem feministisch provokativen Frauenpavillon, «die Ecke, die dem freien schweizerischen Staatsbürger fast peinlich wird». ²⁴ Doch dieser und weitere Versuche der Frauenrechtlerinnen, das Thema politische Gleichberechtigung auch während der Krisen- und Kriegszeiten auf die öffentliche Agenda zu setzen, wurden durch «wichtigere» Belange der Landesverteidigung, durch die Antifeministinnen in den eigenen Reihen und durch die durchwegs frauenfeindliche Machtkonzentration in Politik, Militär und Wirtschaft verhindert.

«Das Unglück der kontinentalen Parteien, die ohnehin von der Macht und dem Staat grundsätzlich geschieden sind, war noch nicht einmal, dass sie in der Enge partikularer Interessen verstrickt blieben, sondern fing damit an, dass sie sich des «Materialismus» dieser Interessen schämten und daher zu beweisen trachteten, dass die jeweiligen, besonderen Interessen einer Klasse oder Gruppe haargenau mit dem Gesamtinteresse der Nation oder gar dem Interesse der ganzen Menschheit übereinstimmten.» So beschrieb Hannah Arendt die Ursprünge totalitärer Systeme.²⁵ Auch die schweizerischen Frauenverbände begannen sich unter Druck der politischen Macht wie durch den Verrat der Schwestern in den eigenen Reihen ihrer ausdrücklichen feministischen Interessen zu «schämen». Sie wagten sich, angesichts der äusserst desolaten Kriegszeitstimmung in der Schweiz, auch nicht mehr so laut zu äussern. Damit wurden die grossartigen Leistungen der Frauenbewegung der ersten Welle während des Zweiten Weltkrieges verdrängt und instrumentalisiert, nur um à la longue erst noch auf dem Müllhaufen der Geschichte entsorgt zu werden. Zwar führten die Frauenstimmrechtsorganisationen nach dem Krieg ihren wichtigen Kampf für die politische Gleichstellung weiter, doch das kulturelle und diskursive Klima der Zeit hatte sich völlig gegen sie gewendet. Der polit-kulturelle Mief der 1950er bis weit in die 1970er Jahre reichend, verunmöglichte die «Menschwerdung der Frau», für die sich die erste Welle der schweizerischen Frauenbewegung immer wieder starkgemacht hatte. Nicht nur das. Die engagierten Feministinnen und ihre Forderungen der ersten Stunde wurden in einer unfassbaren ahistorischen und verwerflichen Unachtsamkeit so schnell wie möglich verdrängt. Artikel wie der eingangs besprochene in der «NZZ am Sonntag» 2007 sind besonders deutlich sprechende Zeichen, wie demokratische, von menschlicher Vernunft geleitete und feministische Forderungen der öffentlichen Banalität geopfert werden. Frauen scheren sich viel mehr um Politik, als dies vielen Männern und den sich äusserst weiblich gebenden Antifeministinnen pas-

sen würde. Doch herrschende Klischees, ahistorischer Live-Fetischismus und die Infantilisierung der postmodernen Beliebigkeitsgesellschaft schaffen es ständig, nicht nur gegenwärtige Frauenpolitiken, sondern auch die historischen frauenpolitischen Zusammenhänge zu verfälschen, zu verdrehen und lächerlich zu machen. Um auf die aktuellen Zahlen der schlechteren Wahlbeteiligung von Frauen zurückzukommen: Es sind nicht die Frauen, die sich punkto Stimm- und Wahlverhalten verändert haben, sondern die Männer. Die erleben nämlich einen derartigen Mobilisierungsschwung, dass die schon immer bestehende und international auch übliche Geschlechterdifferenz (die übrigens eins zu eins mit der ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Machtstellung oder Ohnmachtsstellung der Frauen im betreffenden Land zusammenhängt) nun in der Schweiz weit höher ausfällt als noch vor 1999. Dieser männliche Mobilisierungsschub kommt – dies nur so nebenbei – nicht zuletzt der rechtspopulistischen und fast vollständig frauenfreien SVP zugute. Dies wären eigentlich die Themen, die Medien, Wissenschaft und vor allem Wahlstrategen beschäftigen sollten. Doch offenbar ist es beliebter, Frauen ständig als Mangelwesen zu kennzeichnen. Verknüpft mit einer offiziellen Geschichte und einer Medienöffentlichkeit. die so tun, als hätten die Schweizer Frauen vor 1971 nichts anderes getan als zu den eigenen Kindern und dem eigenen Mann zu schauen, werden dann aktuelle ahistorische Frauenbilder konstruiert, die vor allem eins bewirken: Weibliche Busen-Po-Prominenz in den Medien, zahlreiche banale und möglichst junge Antifeministinnen, fast unsichtbare Schriftstellerinnen, Philosophinnen, Historikerinnen, Ökonominnen, nicht einmal eine Handvoll Chefredaktorinnen sowie eine Medienlandschaft, die am 28. Juni 2007 tatsächlich ironiefrei rapportiert: «Wenn das Mami arbeitet, leidet das Kind.» Und so beginnt jede Töchtergeneration genau wieder dort, wo ihre Urgrossmütter es schon längst besser gemacht haben.

Anmerkungen

- 1 Siehe www.kommunikationsblog.ch.
- 2 Regula Stämpfli, Mit der Schürze in die Landesverteidigung. Frauenemanzipation und Schweizer Militär 1914–1945, Zürich 2002.
- 3 Ute Gerhard und Ulla Wischermann, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Hamburg 1990, S. 337.
- 4 Harry Mulisch, Die Entdeckung des Himmels, München und Wien 1993.
- 5 Schweizer Frauenblatt, 3.3.1933.

- 6 Klara Honegger (1860–1940) gehörte zu den Mitbegründerinnen der Union für Frauenbestrebungen, des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht u.a. Sie übte bei den grossen Frauenprojekten wie der Frauenspende, dem Frauenkongress und der Saffa wichtige Funktionen aus. Biographische Notizen, Archiv der schweizerischen Frauenbewegung, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 7 Protokoll der Sitzung Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 18.6.1933, in: Archiv des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes SKF-Archiv des Staatsarchivs Luzern, Dossier Verbände, Vereine und Arbeitsgemeinschaften 1922–1955. Zur ausführlichen Dokumentation der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie siehe im Archiv das Dossier BSF-Mitgliederverbände, Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 8 Zum Frauenkongress siehe Regula Stämpfli, a.a.O., S. 84–104 sowie BSF-Kongress für Fraueninteressen 1920/21, Gosteli-Stiftung Worblaufen. Zur schweizerischen Frauengeschichte siehe das Standardwerk von Elisabeth Joris und Heidi Witzig, Frauengeschichte(n), Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz, Zürich 1986.
- 9 Saffa (Hg.), Schlussbericht der Saffa. 1. Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit, 26.VIII.—30.IX. 1928, Bern 1928, Yvonne Voegeli: «Man legte dar, erzählte, pries und wich dem Kampfe aus». Saffa 1928 Saffa 1958», in: Marie-Louise Barben und Elisabeth Ryter (Hg.), Verflixt und zugenählt? Frauenebildung Frauenerwerbsarbeit 1888–1988. Beiträge zur gleichnamigen Ausstellung im Rahmen des Hundert-Jahr-Jubiläums der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule, Bern 1988. S. 121–130.
- 10 Es waren 249'237 Unterschriften. Jahrbuch der Schweizerfrauen 1928/29, Basel 1929, S. 23.
- 11 Katholische Schweizerin, 24.9.1931.
- 12 Annie Leuch-Reineck (1881–1978) war Mathematikerin und Gymnasiallehrerin, Mitbegründerin zahlreicher Frauenorganisationen, Präsidentin vieler gemeinnütziger und politischer Verbände und von 1928 bis 1940 Präsidentin des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 13 Annie Leuch-Reineck, «Frauenstimmrecht und Demokratie», in: Jahrbuch der Schweizerfrauen 1932/33, Basel 1933, S. 10.
- 14 Zur selben Zeit verfasste Gonzague de Reynold die Schrift «Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz» und meinte darin: «Die Schweiz ist krank. Sie muss sich einem Arzt anvertrauen. Sie braucht einen Mann und nicht nur Männer. Einzig und allein die Autorität eines Führers während der Übergangsperiode wird uns vor der Diktatur retten.» Gonzague de Reynold, Die Schweiz im Kampf um ihre Existenz, Luzern 1934. Diese monströse Gedankenfolge stellte bei weitem nicht das «Hirngespinst eines Sonderlings dar», sondern der Freiburger Aristokrat stand stellvertretend für die 30er Jahre. Siehe Aram Mattioli, Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritären Rechten in der Schweiz, Zürich 1994, S. 217.
- 15 Annette Frei, Rote Patriarchen. Arbeiterbewegung und Frauenemanzipation in der Schweiz um 1900. Zürich 1987.
- 16 Ida Somazzi (1882–1963) war Seminarlehrerin, Dr. phil. hist. der Universität Bern und Mitbegründerin sowie Vorstandsmitglied zahlreicher gemeinnütziger und politischer Frauenverbände. Sie wurde als erste Schweizerin in die Erziehungskommission der UNO in den Vorstand berufen. Die Ida-Somazzi-Stiftung setzt sich noch heute für die Förderung der Menschen-, Frauen- und Freiheitsrechte ein. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 17 Zur Geschichte der Affinitäten zwischen katholischem Konservatismus und den Erneuerungsbestrebungen von rechts während der Zwischenkriegszeit siehe Aram Mattioli, a.a.O., sowie Regula Stämpfli, a.a.O.
- 18 In Zürich und Bern wurde die Integrationsbereitschaft der Frauen honoriert. Die Freisinnigen Parteien der beiden Kantone nahmen zum erstenmal auch Frauen als Mitglieder auf. Diese bildeten eine eigene Gruppe, die sog. Frauengruppe, die sich an den Delegiertenversammlungen vertreten lassen konnte, ohne indessen das Stimmrecht zu besitzen. Pressebulletin des SVF, Januar 1936, Schweizerisches Sozialarchiv.
- 19 Bei der Sammlung der Unterschriften zur Stimmrechtspetition von 1929 rekrutierten vor allem die Sozialdemokratinnen Anhängerinnen für die Strassenaktion. Die bürgerlichen Frauen fanden kaum Unterstützung in den eigenen Reihen. Siehe dazu Sibylle Hardmeier, Die Schweizer Frauenrechtlerinnen und ihr Verhältnis zum Staat: Zwei Thesen zur Auswirkung des politischen Systems und der politischen Kultur auf die frühe Frauenstimmrechtsbewegung, in: AGGS (Hg.),

Olympe 25/26/07

- Frauen und Staat, Basel 1998, S. 22-27.
- 20 Georgine Gerhard (1886–1971) war Gymnasiallehrerin, Mitbegründerin und Präsidentin zahlreicher politischer und gemeinnütziger Frauenvereine, langjähriges Vorstandsmitglied des Schweizerischen Verbandes für Frauenstimmrecht und während des Zweiten Weltkrieges im Zivilen Frauenhilfsdienst und in der Flüchtlingshilfe aktiv. Biographische Notizen, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 21 Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.6.1936, Gosteli-Stifung Worblaufen.
- 22 Beilage zum Protokoll der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.6.1936, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 23 Protokoll der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie, 20.11.1938, Gosteli-Stiftung Worblaufen.
- 24 Schweizer Frauenblatt, 20,9,1939.
- 25 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 406

Le mouvement féminin Marocain au cœur du combat pour la démocratie

La réforme des lois discriminatoires

Damia Benkhouya

Im Frühjahr 2002 weilte Damia Benkhouya auf Empfehlung der bekannten marokkanischen Soziologin und Feministin Fatima Mernissi an der von Olympe im Gefolge von 9/11 organisierten Tagung «Zwischentöne: Frauen debattieren über Nationalismus, Krisen und Konflikte» im Romerohaus in Luzern. Damals interessierten sich die Zeitungen nicht für die Fragen der politischen Partizipation von Frauen in Marokko. Weder das von uns den Medien zur Verfügung gestellte Porträt Damia Benkhouyas von Fatima Mernissi noch dasjenige der deutschen Journalistin Katrin Schneider wurde veröffentlicht. Wir ergänzen nun Damia Benkhouyas Darlegungen mit Mernissis Kurzporträt und verweisen auf Schneiders informatives Porträt mit ausführlichem Interview auf unsere Homepage. Es ist zu finden im Archiv, genau unter: www.olympeheft.ch/seiten/damia_interview.html. Von besonderem Interesse ist der folgende Beitrag auch deshalb, weil sich die Iranerinnen in ihrer gegenwärtigen Kampagne für eine Million Unterschriften, von der in diesem Heft die Rede ist, an der erfolgreichen Kampagne der Marokkanerinnen orientieren.

«La démocratie est une quête commune pour donner effet à l'universalité des valeurs sous-jacentes de participation, d'égalité et de justice, tout en tenant compte de la diversité constitutive de l'humanité. En bref, le système démocratique reconnaît la capacité des citoyens à déterminer leur destin collectif dans un processus fondé sur le consentement, le pluralisme politique, la concurrence pacifique des partis, la légitimité de l'opposition, la pleine liberté de

contester les dirigeants en place ainsi qu'un cadre favorisant un passage du pouvoir sans heurt d'un gouvernement élu au suffrage universel à l'autre.»¹ Personnellement j'aime bien ce passage de l'intervention de Monsieur Jean-Louis Roy faite dans le cadre de la conférence internationale sur la démocratie² et que j'ai lu et relu plusieurs fois dans le bulletin Libertas, et à chaque lecture je me pose les questions suivantes:

- Comment mettre en action des idées comme celles contenues dans le texte ci-dessus dans une société comme la nôtre (et d'ailleurs comme toutes les société arabo-musulmanes) où la participation des femmes à la vie politique par exemple est très faible (sinon inexistante pour quelques pays arabes)?
- Comment mettre en action ces idées dans une société ou les femmes, jusqu'au début du millénaire et à cause des lois discriminatoires, étaient condamnées à rester mineures toutes leurs vie (elles le sont toujours dans beaucoup de pays arabes)?
- Comment mettre en action les idées de passage d'un gouvernement élu à l'autre, lorsque les femmes en sont pratiquement absentes?
- Et si le Maroc aspire à devenir un pays démocratique, est-ce qu'il existe des démocraties auxquelles les hommes et les femmes ne participent pas ensemble?
- Qu'est-ce qui explique que les femmes marocaines n'ont pas leur mot à dire quand il faut le dire? Est-ce qu'elles sont exclues ou éloignées de la scène politique par exemple ou s'en éloignent-elles d'elles-mêmes?
- Quels rôles ont le régime, les gouvernements qui se sont succédés depuis l'indépendance, les partis politiques, la société civile et les associations féminines dans l'absence des femmes de la scène politique ?
- Que faut-il faire pour que la femme marocaine soit partie intégrante de cette quête pour la démocratie?

La réponse à toutes ces questions nous mène à parler du rôle du mouvement féministe marocain pour le changement des conditions de la femme que se soit au niveau des lois discriminatoires ou au niveau de l'accès aux institutions politiques. Pour commencer il faut dire que le mouvement féministe marocain est un mouvement jeune, mais cela ne veut pas dire que la femme marocaine jouait auparavant le rôle de spectatrice. L'histoire moderne du Maroc ne nie pas le rôle de la femme marocaine dans le combat pour l'indépendance du pays ni son rôle pour l'amélioration de la condition, surtout sociale, de la femme, mais je vais mettre l'accent dans cet article sur le rôle des femmes dans le cadre d'un mouvement qui agit en faveur de l'instauration des droits de la femme tels qu'ils sont reconnus internationalement, c'est-à-dire dans le cadre du mouvement féministe marocain.

rocain s'est renforcé par la création de plusieurs associations féminines dont les objectifs étaient centrés surtout sur l'instauration des droits de la femme marocaine tels qu'ils sont reconnus sur le plan international. C'est cette nouvelle génération d'associations qui va former le premier noyau d'un mouvement féministe marocain qui s'est consolidé par la suite par l'engagement de multiples composantes de la société civile telles que les associations des droits humains, les groupes féminins des partis démocratiques, les comités de femmes dans les syndicats, auquelles s'ajoutent les sensibilités multiples de ces femmes et de ces hommes qui croient en les droits de la femme comme partie intégrante des droits humains. La fondation du mouvement féministe marocain a eu lieu dans des circonstances politiques marquées par l'existence d'associations de droits humains fortes, le commencement de l'ouverture du régime, la libération de prisonniers politiques des années de plomb et les début d'une pression internationale sur le Maroc pour améliorer la situation de la femme. Au milieu de cette situation, le mouvement féminin marocain va entamer sa lutte pour l'instauration des droits de la femme à la dignité et à l'égalité. Et le premier et grand combat du mouvement féminin marocain a été le combat pour la réforme des lois discriminatoires, en premier lieu le code de la famille, et la garantie des droits politiques des femmes.

A la fin des années 80 et du début des années 90, le mouvement associatif ma-

La réforme du code de la famille

En 1992, le mouvement féminin marocain a fondé le «Conseil national pour la réforme du code du statut personnel». Au nom de ce conseil, le mouvement féminin a élaboré un mémorandum pour la réforme du statut personnel qu'il a envoyé au palais royal après un discours officiel du roi dans lequel celui-ci déclarait pour la première fois que le code du statut personnel contient beaucoup de discriminations à l'égard des femmes. Et en 1993 le code du statut personnel était modifié pour la première fois depuis son entrée en vigueur en 1958. Les modifications touchaient à deux choses essentielles mais insuffisantes: Le droit de l'orpheline majeure à se marier sans tuteur et l'abolition de la répudiation de la femme sans qu'elle soit présente. Ces modifications étaient en deçà des attentes du mouvement féminin marocain, mais pour ce mouvement une chose est sûre, c'est la désacralisation du code du statut personnel qui était considéré comme intouchable.

Puisque l'ombre du statut personnel se projetait sur plusieurs autres domaines de la vie quotidienne de la femme marocaine, le mouvement féminin marocain va continuer ses combats et va élaborer en 1994 le mémorandum des revendications urgentes à travers lequel il va revendiquer le droit au logement de

la femme dévolutaire de la garde après le divorce, l'abolition de l'article 6 du code du commerce qui interdit à la femme l'exercice du commerce sans l'autorisation du mari, et la suppression de l'autorisation préalable du mari à l'établissement du passeport. Et en effet, le gouvernement a aboli l'article 6 du code pénal et supprimé la nécessité de l'autorisation du mari pour l'obtention du passeport.

En 1998, un gouvernement «d'alternance» a été formé par le premier ministre désigné par le roi. Ce gouvernement va élaboré un plan d'action national pour l'intégration de la femme au développement auquel vont participer plusieurs composantes du mouvement féminin. Le premier ministre annoncera officiellement le plan d'action en 1999 à l'occasion de la journée internationale de la femme.

Pendant ce temps d'autres mouvements ont commencé à s'imposer fortement au Maroc, ce sont les mouvements islamistes. C'est la vague d'opposition au plan d'action (surtout son axe concernant le code du statut personnel) qui va porter les mouvements des islamistes au devant de la scène, pour eux le plan d'action vient à l'encontre des lois de l'islam. La marche des islamistes à Casablanca témoignera de leur hostilité aux droits des femmes. Devant les menaces des islamistes, le gouvernement va mettre de coté le plan d'action. Le mouvement féminin, pour défendre le plan, créera «le réseau national pour le renforcement du plan d'action pour l'intégration de la femme au développement». Ce réseau comptera plus de 300 associations reparties à travers tout le pays. Et au moment ou la lutte entre les défenseurs du plan d'action et les opposants à ce plan est à son maximum, les partis politiques et les syndicats ont reculé, le seul parti qui occupera la scène est le parti des islamistes, c'est-à-dire le parti qui a déclaré la guerre au plan d'action.

Dans les pays démocratiques, un projet du gouvernement est soumis au parlement qui en débat et décide du refus ou de l'acceptation de ce projet et la décision du parlement doit être accepté par toutes les parties. Au Maroc le dossier de la femme a été soumis au roi qui a nommé un comité puis un autre pour s'en charger. Le deuxième comité (20 hommes et 3 femmes) a reçu les associations féminines afin qu'elles présentent leurs mémorandums et défendent leurs revendications. Le mouvement féminin a été présenté par «le printemps de l'égalité», organisme créé par le mouvement et dont le seul et unique objectif était la réforme du code du statut personnel.

En octobre 2003 le roi, dans son discours officiel lors de l'ouverture de la session d'automne du parlement, a présenté le nouveau «code de la famille». Les principales modifications portées à l'ancienne loi sont:

- Les premières modifications ont touché au langage de l'ancien code du statut

personnel qui contenait beaucoup de discriminations à l'égard des femmes et qui reflétait l'esprit patriarcal dominant dans ce code dont même le nom a changé, ce n'est plus le code du statut personnel mais le code de le famille.

- La modification de l'article premier relatif au mariage, ainsi la famille est placée sous la responsabilité des deux conjoints.
- La femme majeure peut conclure son contrat de mariage sans avoir recours à un tuteur, sauf si c'est un choix de sa part.
- L'instauration de l'égalité entre l'homme et la femme quant à l'age du mariage (18 ans).
- Pour les droits et devoirs conjugaux, la nouvelle loi insiste sur le respect réciproque, alors que l'ancien texte obligeait la femme à obéir à son mari et le mari à subvenir aux besoins de sa femme.
- La polygamie existe toujours, mais elle est soumise à des conditions et s'exerce avec autorisation du juge.
- Pour les marocains résidant à l'étranger, beaucoup de facilitations de procédure du mariage ont été adoptées.
- Quant au divorce, il a connu plusieurs modifications bien qu'il a gardé le principe du divorce et de la répudiation. D'autre part, c'est le juge qui donne l'autorisation au mari pour répudier sa femme. Les modifications ont adopté d'autres formes de divorce dont le divorce consensuel et le divorce pour cause de discorde (le chiqaq).
- En ce qui concerne les droits des enfants, la nouvelle loi a harmonisé les dispositions du code de la famille avec la convention internationale des droits de l'enfant.
- Pour ce qui est des biens communs, la nouvelle loi n'a pas prévu de dispositions concrètes. Les nouveaux époux peuvent établir un contrat à part contenant leur accord concernant les biens communs acquis pendant le mariage, sinon en cas de divorce, c'est au juge de faire une estimation.
- La femme ne revient plus par force de la loi au foyer conjugal, mais elle n'a plus le droit à la pension alimentaire, si jamais elle refusait de regagner le foyer conjugal.
- La garde des enfants est droit de la mère au premier degré. La garde dure jusqu'à l'age de 15 ans, ensuite les enfants peuvent choisir avec lequel des deux parents ils veulent vivre. Encore le mariage de la mère peut la priver de la garde des enfants dès qu'ils atteignent l'age de 7 ans.
- Le ministère public peut intervenir lorsque la femme est expulsée du foyer conjugal.

Les modifications du code de la famille ont été accueillies avec beaucoup de satisfactions de la part du mouvement féminin, des partis politiques et du gouvernement. La nouvelle loi a été très bien exploitée par le gouvernement, on ne parle que de l'égalité entre les hommes et les femmes instaurée par cette loi. Le monde entier (surtout l'occident) a applaudi à cette démarche qui est perçue comme un pas géant de la part du Maroc dans le domaine des droits de la femme. Quant au mouvement féminin, il suit de très près l'application de la nouvelle loi à travers les centres d'écoutes pour les femmes victimes de violences (presque chaque association a un ou plusieurs centres d'écoutes) dont les rapports annuels ont démontré que malgré les aspects positifs de la nouvelle loi de la famille, beaucoup d'efforts restent encore à fournir surtout en ce qui concerne le divorce, la polygamie, la garde des enfants, la pension alimentaire, etc. Pour cela le mouvement féminin a relancé le débat pour la mise au point et surtout pour repenser le mouvement, ses enjeux et ses attentes.

La réforme du code de la nationalité

La réforme de la loi de famille n'était pas le seul front de lutte (mais le plus important) pour le mouvement féminin marocain, mais d'autres fronts étaient ouverts et ont demandé beaucoup de concertation, de coordination et d'action, parmi eux, citons la loi de la nationalité marocaine.

La loi de la nationalité considérait marocain l'enfant né d'un père marocain. La nationalité de la mère (qu'elle soit marocaine ou non) n'était jamais prise en considération, encore que la relation entre les parents de l'enfant devait être légale et conforme au dispositions du code du statut personnel. Comme le statut personnel a été modifié, on s'attendait à ce que d'autres lois soient modifiées automatiquement. Mais rien n'a bougé malgré le fait que des associations féminines n'aient cessé depuis des années de revendiquer la réforme de cette loi, qu'elles considéraient comme discriminatoire et que des partis politiques aient, dès 2004, présenté des projets de loi au parlement en particulier pour en changer l'article 6.

En 2005 (deux ans après la nouvelle loi de la famille), le roi déclare dans le discours du trône «J'ai décidé en ma qualité de souverain et commandeur des croyants qu'un enfant né d'une mère marocaine aura le droit d'obtenir la nationalité marocaine.» Cette décision royale est restée prisonnière des bureaux du ministère de la justice pendant deux ans. Le mouvement féminin a eu peur, qu'un tel silence ne conduise à des réformes conditionelles qui entravent le droit des enfants des marocaines mariées à des étrangers à la nationalité de leurs mères. Pour activer la promulgation de cette loi et sous le slogan «ma nationalité est un droit à moi et à ma famille», le mouvement féminin marocain a préparé un dossier revendicatif qu'il a présenté au premier ministre et au ministre de la justice et a organisé séminaires, sit-in, publications, etc. Le dossier

revendicatif du mouvement féministe était axé sur trois points essentiels:

- La modification de l'article 6 de la loi de la nationalité sans conditions et d'une façon claire: est marocain l'enfant né d'un père marocain ou d'une mère marocaine.
- Les enfants nés avant la promulgation de la nouvelle loi doivent profiter sans conditions de ses dispositions.
- La modification de l'article 10 de façon à ce que le mari étranger puisse, après deux ans de séjour continu au Maroc, demander la nationalité marocaine, comme c'est le cas pour l'étrangère mariée à un marocain.

Et à partir de janvier 2007 la femme marocaine pourra transmettre sa nationalité à ses enfants nés de père étranger à condition que:

- Le mariage soit contracté conformément aux dispositions du code de la famille (le mari de la marocaine musulmane doit être musulman).
- L'application de la loi de la nationalité soit liée aux dispositions de l'article
 2 du code de la famille.
- L'établissement de la preuve de la filiation soit conforme à la loi sur le statut personnel du parent qui transmet la nationalité marocaine.

24 Le long chemin vers l'égalité entre citoyens et citoyennes

Enfin si le mouvement féministe marocain insiste sur l'action dans le domaine juridique, c'est parce qu'il croit fort que les lois basées sur l'égalité entre les citoyens et les citoyennes sans discrimination sont les bases de tout système démocratique, et c'est pour cela que le mouvement féminin marocain est au cœur du combat pour la démocratie. Tant bien même que le Maroc soit en train de mettre en place tout un arsenal juridique pour instaurer les droits de la femme, d'autres domaines connaissent toujours beaucoup de retard et demandent de la part du mouvement féministe de grands efforts et ce, même si ces domaines ne posent pas de problèmes au niveau des lois. Parmi ces domaines, on cite le domaine des droits politiques de la femme marocaine. Malgré le fait que l'article 8 de la constitution marocaine considère les hommes et les femmes égaux quant aux droits politiques, les femmes marocaines sont encore très loin de constituer une force dans la vie politique. Aux élections de 1977 les femmes ne représentaient que 0,6 % au parlement (soit 2 femmes) et 0,34 % des élus municipaux.

Le mouvement féminin marocain n'a cessé de réclamer le respect des dispositions de l'article 8 de la constitution et l'application de politiques basées sur l'égalité et la participation pour l'accès aux postes de décisions. En 2002 le mouvement féminin a fondé «le groupe des 20» dont l'objectif était la révision de la loi électorale et l'adoption du système du quota. Ce groupe a fixé un

pourcentage de 20 % minimum pour les candidatures des femmes, les partis politiques n'ont proposé que 10 %. Le résultat est l'arrivée de 30 femmes au parlement par le système du quota et cinq femmes par le système de scrutin normal ce qui a donné un pourcentage de 10,7 %. Pour les législatives de septembre dernier (2007), le mouvement féminin a crée «le mouvement pour le tiers des sièges élus». Séminaires, meetings, conférences de presse, campagne de sensibilisation et spots publicitaires, tels ont été les outils de travail du mouvement du «tiers», mais le résultat est presque le même sinon plus médiocre en comparaison de celui des élections de 2002. 34 femmes seulement ont été élues sur un ensemble de 325 députés, soit 10,4 %.

Après ces élections une question majeure se pose: Quelle est la cause de cette situation? Est-ce le refus des femmes de participer à la vie politique? En général, le taux de participation de tous les marocains, hommes et femmes, en septembre dernier témoigne de ce refus (37 %). Ou bien est-ce l'impact d'une société patriarcale? Et, est-ce que les partis politiques sont l'image de cette société? Sans aucun doute, le mouvement féminin marocain a encore devant lui des années et des années de lutte pour que les droits politiques de la femme soient instaurés et pour qu'une société démocratique voie le jour. De toute façon, dans le langage politique on ne parle pas de la démocratie au Maroc, mais de la transition démocratique!!

Anmerkungen

- 1 Jean-Louis Roy,president de «Droits et Democratie», centre international des droits de la personne et du developpement democratique - Canada in Libertas, bulletin d'information de Droits et Democratie, volume 17/1.
- 2 La conférence internationale de Droits et Democratie s'est tenue à Casablanca au Maroc le 8 et 9 juin 2007.

Damia Benkhouya – eine radikale Exponentin der marokkanischen Frauenbewegung

Fatima Mernissi

Diese kurze Charakterisierung der marokkanischen Frauen- und Menschenrechtsaktivistin von Fatima Mernissi ist zwar mittlerweilen mehr als fünf Jahre alt und Damia Benkhouya inzwischen in anderen Organisationen engagiert. Dennoch scheint uns der Text im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Entwicklung in Marokko wie der Aktion der Iranerinnen von Bedeutung. Zu Damia Benkhouya siehe auch die Seite Archiv auf der Homepage von Olympe.

Im Gegensatz zur älteren Generation von nordafrikanischen Feministinnen, zu der ich gehöre, schreiben die Exponentinnen der jüngeren Generation, obwohl des Französischen mächtig, auf Arabisch. Diese Generation ist weit radikaler als die erste, die sich noch vorwiegend westlicher Sprachen bediente. Denn diese neuen Feministinnen verankern ihre Forderungen im arabisch-islamischen Erbe. So lösen die Interventionen von Damia Benkhouya im marokkanischen Fernsehen immer ein ausserordentliches Echo aus, weil sie sich in ihrem Kampf gegen ein Rechtssystem, das Frauen nicht schützt, einer doppelten Argumentation bedienen: Zum einen beruft sie sich auf moderne Rechtsetzungen, u.a. auf die UNO-Konventionen, zum anderen auf islamische Gesetzestraditionen. In deren flexibler Verknüpfung liegt die Stärke der Exponentinnen der jüngeren Frauenbewegung, zu denen Damia Benkhouya gehört. Sie ist eine der Gründerinnen der Zeitschrift «8. März», der es gelungen ist, die politische Agenda umzukrempeln. Die Redaktionsmitglieder gingen persönlich auf die Strasse und sammelten rund eine Million Unterschriften von Frauen und Männern zur Unterstützung

der Forderung nach Abschaffung der Polygamie und anderer Gesetze aus der Scharia. Die religiösen Autoritäten des Landes, überrascht vom direkten Appell der Frauen ans Volk, reagierten mit deren öffentlicher Verurteilung durch Fatwas. Der König von Marokko sah sich persönlich genötigt, im Konflikt zwischen den Frauen und den religiösen Autoritäten zu intervenieren, ein klarer Ausdruck für die Bedeutung der innovativen Ideen der Frauen um Damia Benkhouya. Daher kommt meine grosse Bewunderung für diese Frau.

Damia Benkhouya wurde 1954 als Tochter eines gewerkschaftlich organisierten und feministisch orientierten Arbeiters geboren. Sie stammt aus dem Süden Marokkos, aus Rehamna, einer der ärmsten Regionen des Landes. Ihr Vater ermunterte sie schon in ihrer Kindheit zur Lektüre der grossen arabischen Autoren wie des Ägypters Taha Hussein oder Jabran Khalil Jabran. Sie beendete ihr Studium der Arabistik 1978 mit dem Lizentiat und schloss ihre universitäre Ausbildung zwei Jahre später mit einem Diplom der Fakultät für Informatik ab. Gleich anschliessend begann sie im Lycée Omar Ibn Khayyam von Rabat arabische Literatur zu unterrichten. Sie ist Mitglied und Präsidentin der 1992 gegründeten Association marocaine des droits des femmes. Ihr letztes, auch ins Französische übersetzte Buch zu Vergewaltigung, «Le Crime du Viol au Maroc: Analyse des Dossiers des Tribunaux», machte sie landesweit bekannt.

Übersetzung aus dem Französischen: Elisabeth Joris

27

Frauenquoten in Palästina

Die Rolle der NGOs bei der Unterstützung von Frauenkandidaturen

Hadeel Rizq-Qazzaz

Die Vermutung läge nahe, dass die im Rahmen der Heinrich-Böll-Stiftung geleistete Untersuchung von Hadeel Rizq-Qazzaz zur Partizipation der Frauen an den Wahlen im Zeichen der Spannungen zwischen der Westbank und dem Gazastreifen bereits jegliche Bedeutung verloren hat. Im Gegensatz zu dieser oberflächlichen Schlussfolgerung scheint es uns aber äusserst wichtig, auf die Resultate dieser Untersuchung einzugehen, sind doch Palästinenserinnen als gestaltende politische Kraft fast gänzlich aus unserer Wahrnehmung verschwunden. Der Beitrag stellt insbesondere Fragen nach der Funktion der NGOs bei der Vorbereitung auf die Wahlen, um Frauen und Frauenanliegen effektiver zu unterstützen – Fragen, die in Zukunft bei verschärfter Konfliktsituation ebenso wie bei einer allfälligen neuen politischen Ausmarchung neuer Handlungsspielräume rasch wieder relevant werden könnten.

Das politische Engagement von Frauen ist von grosser Bedeutung. Der Bericht über Entwicklungserfolge in arabischen Ländern (Arab Human Development Report) von 2002 hält fest, dass die Förderung (empowerment) von Frauen und ihre verstärkte Teilhabe am öffentlichen Leben einer der drei grundlegenden Faktoren für Entwicklung und Reformprozesse in der arabischen Welt seien. «Frauen in die Politik» war zum ständigen Leitsatz für Reformen und Vorschläge zum demokratischen Aufbau nicht nur in Palästina, sondern in der ganzen arabischen Welt geworden. Seit sich die palästinensischen Frauen 1996 zum ersten Mal an den Wahlen beteiligen konnten, wurden viele lokale Frauenor-

ganisationen ermuntert, dafür zu sorgen, den Frauenanteil im Parlament und in lokalen Behörden zu erhöhen. Den Anstoss dazu gaben die enttäuschenden Wahlresultate. Nur fünf Frauen schafften die Wahl in die erste palästinensische gesetzgebende Versammlung. In der Zeit nach den Wahlen von 1996 entstanden viele Programme und Projekte mit dem Ziel, Frauen zu fördern und sie auf eine verstärkte Vertretung in der politischen Arena vorzubereiten.

Palästinensische Frauen stellten 1996 27 Kandidatinnen; 15 kamen aus dem Gazastreifen, 12 von der West Bank. Das sind rund 3,7 % der total 627 Kandidaten für die 88 Parlamentssitze. Gewählt wurden drei Frauen aus dem Gazastreifen und zwei aus der West Bank. Der Frauenanteil im Parlament betrug also 5,7 %. Obwohl dieser Anteil geringer war als in Anbetracht der langen Geschichte der Beteiligung von Frauen am nationalen Befreiungskampf erwartet, gibt Habashneh (2002) zu bedenken: «Der Grund dafür ist, dass die Wahlen kurz nach der Machtübernahme der Palästinensischen Autonomiebehörde stattfanden, noch bevor sie Gesetze erliess.» Dazu kommt, dass in politischen Kreisen Uneinigkeit herrschte über die Frage der Beteiligung an Wahlen. Kandidatinnen mangelte es an Erfahrung und an finanziellen Mitteln für den Wahlkampf.

An den Parlamentswahlen von 1996 nahmen 42 % Frauen teil, im Vergleich zu 58 % Männern. Diese aktive Beteiligung dient als Indikator zur Beurteilung des Gewichts des politischen und sozialen Engagements der PalästinenserInnen während der letzten Legislaturperiode. Nur gerade zwei Frauen erhielten Ministerposten in einer der Regierungen der Palästinensischen Autonomiebehörde. Was die höheren Kader in der Regierung betrifft, finden sich unter den stellvertretenden Ministern nur 2 Frauen, daneben gibt es noch 22 Generaldirektorinnen. 15 % der Direktoren und 25 % der Departementschefs sind Frauen. Bei den politischen Parteien sieht es nicht besser aus. Im hundertköpfigen Zentralrat der PLO sitzen drei Frauen. Im Zentralkomitee der Fatah stellen sie 5 %. Dazu kommen 4 % Frauen im Supreme Movement Committee, 15 % im Zentralkomitee der PPL, 30 % im Zentralkomitee der FIDA und 15,5 % im Zentralkomitee der Demokratischen Front.

Die Lokalwahlen von 2004/2005 fanden in vier Phasen statt, und Anfang 2006 wurden die zweiten Parlamentswahlen in den palästinensischen Territorien abgehalten. Der Frauenanteil unter den Gewählten erhöhte sich sowohl im Parlament als auch in den lokalen Behörden. Zurzeit sind 17 der 132 Parlamentsmitglieder Frauen, das sind 13 %. Palästinensische Frauen haben auch 300 Sitze bei den lokalen Wahlen errungen. Die wichtigste Frage, auf die dieser Artikel eine Antwort zu geben versucht, lautet: War dieses Wahlresultat das Ergebnis der Anstrengungen von NGOs und der Frauenbewegung, den Anteil der Frauen in der Politik zu erhöhen, und entspricht das Erreichte den Anstrengungen der

letzten zehn Jahre? Um diese Frage zu beantworten, wurden 147 Wählerinnen, Kandidatinnen sowie Parlamentarierinnen und in lokale Behörden gewählte Frauen befragt. Ausserdem wurde die zur Verfügung stehende Literatur über palästinensische Frauen und ihre Teilhabe an der Politik ausgewertet.

Programme der NGOs zur Frauenförderung in der Politik

Auf die Frage, von welcher Art von Programmen der NGOs sie am meisten profitiert hätten, waren mehrere Antworten möglich. 86 % der Befragten nannten Bildungskurse, 22 % Beratungen, 44 % Kampagnen zu Stärkung des Gemeinsinns, 33 % Kurse über Wahlkampfführung, 5 % Kurse über die Finanzierung des Wahlkampfs und 4 % Kurse über mögliche Änderungen des Wahlsystems. Palästinensische NGOs betonten die Bedeutung von Aufklärungskampagnen zur Teilhabe von Frauen an der Politik und am öffentlichen Leben. Wenn Frauen sich als Wählerinnen ebenso wie als Kandidatinnen ihres Rechts bewusst sind, an den Wahlen sowie an Entscheidungsprozessen im politischen und öffentlichen Leben teilzunehmen, können sie ihre Rolle und ihren Beitrag auf der Grundlage von Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Befähigung wirkungsvoll verstärken. Die Hälfte der für diese Untersuchung 147 Befragten sagte aus, sie hätte direkt vom Bildungsangebot von NGOs profitiert, das Frauen unterstützt, die sich an politischen Prozessen beteiligen wollen. Weitere 21 % sagten, dass sie indirekt vom Wandel in der öffentlichen Haltung gegenüber weiblicher Kandidaturen profitiert hätten. 67 % – ein erschreckend hoher Anteil – der befragten Frauen sagten aber auch, dass sie wiederholt an Kursen verschiedener NGOs mit gleichem oder ähnlichem Inhalt für offensichtlich gleiche Zielgruppen teilgenommen hätten.

Von den gewählten Frauen hatten 47 % der Gemeinderätinnen und 3 % der Parlamentarierinnen das Bildungsangebot der NGOs in Anspruch genommen. Dasselbe gilt für 20 % der Frauen, die schliesslich nicht als Kandidatinnen nominiert wurden oder ihre Kandidatur zurückzogen. Die 3 % der Kursteilnehmerinnen, die gewählt wurden, aber das Amt nicht annahmen, deuteten an, dass die Anstrengungen der NGOs keinen oder nur einen vernachlässigbaren Einfluss auf ihre Nomination oder auf den Wahlerfolg gehabt hätten.

Die NGOs hatten den Grossteil ihrer Zeit, Anstrengungen und Finanzen in Bildungsangebote, Aufklärungskampagnen und Wahlempfehlungen gesteckt. Trotzdem stammte die Mehrheit der Kandidatinnen und der Gewählten aus anderen Kreisen als den Zielgruppen der NGOs. Die Kurse richteten sich an Frauen aus der Frauenbewegung, welche zumeist nationalen Parteien nahestehen, die eine fortschrittlichere Haltung gegenüber Frauen in Politik und Öffentlichkeit einnehmen. Nominiert und gewählt wurden hingegen viele Frauen, die den

islamischen Parteien oder mächtigen Familien angehören, welche die lokalen Wahlen beeinflussen können. Das heisst, dass die Zielgruppen falsch gewählt waren und die Programme nicht diejenigen Frauen erreichten, die jetzt politisch engagiert sind.

Die Qualität der Programme ist ebenfalls fragwürdig. Mehrere Frauen, welche an verschiedenen Kursen teilgenommen hatten, behaupteten: «Die Ausbildung war inkohärent, fand unregelmässig statt, hatte keine langfristige Wirkung und förderte die Kompetenz der Frauen nicht.» Die Programme wurden eiligst zusammengebastelt und sollten eine möglichst grosse Zahl von Frauen ansprechen mit der Absicht, so sagen viele, den Vorstellungen der internationalen Geldgeber zu entsprechen, in der Hoffnung, dadurch auch in Zukunft Beiträge erwirken zu können. So wurden Energien statt in die Qualität der Ausbildungskonzepte und deren Umsetzung in das Abfassen von Rechenschaftsberichten gesteckt, die nur auf dem Papier gut aussehen. Eine Frau, welche die Wahl gewann, kritisierte die Rolle der NGOs wie folgt: «Ich glaube, sie (NGOs) arbeiteten mit gewissen Frauen zusammen, die politischen Parteien nahestanden oder die gute Listenplätze hatten, während sie die Basis ignorierten. Diesen Organisationen würde ich sagen, dass viele Frauen von der Gesellschaft besser akzeptiert sind als diejenigen, die den Organisationen bekannt sind. Nach denen müsst ihr Ausschau halten (sic).»

Viele Frauen nahmen an Bildungskursen teil, die mit den Wahlen zu tun hatten, doch gelang es ihnen nicht, nominiert oder von ihren Parteien aufgestellt zu werden. Dagegen wurde die Mehrheit der Nominierten nicht auf ihre Aufgabe vorbereitet. Verantwortlich für dieses Wirrwarr sind beide Seiten: die NGOs und die Zielgruppen. Die Organisationen müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, Qualität gegen Quantität eingetauscht zu haben, während die Frauen den Einladungen der NGOs nicht in genügender Zahl Folge leisteten. Doch kann man den NGOs nichts vorwerfen, ohne den Hintergründen für die Wahl falscher Zielgruppen nachzugehen. Abgesehen von der Beteiligung der Hamas an den Wahlen, kandidierten auch andere Frauen, die nicht notwendigerweise Hamas-Mitglieder waren. Diese Frauen, an ihrem Wohnort meist wohlbekannt, wurden für die lokalen Wahlen aufgestellt. In einem Fall, in Beit Hanoun, wurde eine Hebamme als Vertreterin von Hamas für den Gemeinderat portiert, weil sie beliebt war und wusste, dass sie die Wahl gewinnen würde. Ein zynischer Kommentar dazu: «Sie hat schliesslich geholfen, die Hälfte der Einwohner zur Welt zu bringen (sic).» Aus zig Interviews mit Frauen, die auf lokaler Ebene gewählt worden sind, kann geschlossen werden, dass viele der Kandidatinnen an keinerlei Veranstaltungen von irgendeiner Organisation zur Wahlvorbereitung teilgenommen haben. Sie haben absolut keinerlei Erfahrung in der Mitwirkung auf Gemeindeebene oder

in Institutionen. Ausserdem gaben sie zu, dass sie gar keine Zeit für das Amt hätten, da sie voll berufstätig seien im Gesundheits- oder Erziehungswesen oder im privaten Sektor. Ihnen wird vorgeworfen, sich aus taktischen Gründen auf die Wahlen eingelassen zu haben, um die Frauenquote zu erfüllen, damit für starke und qualifizierte Frauen aus anderen Oppositionsparteien keine Plätze offen stünden.

Die Verschiebung der Wahlen und die Änderung der Wahlgesetze in letzter Minute schufen ein Klima politischer Zweideutigkeit, welches die Organisationen zu hektischem Handeln zwang, um mit der dauernd wechselnden Dynamik der Wahlen fertig zu werden. 2003 fingen Frauenorganisationen an, Fragen zu Wahlen zu bearbeiten, ohne sich klare Ziele zu setzen. Unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Lehrgänge wurden angeboten.

Missbrauch von Frauen durch Zwang zur Kandidatur

In vielen Fällen wurden Frauen ohne Vorbereitung oder nennenswerte Erfahrung zu einer Kandidatur gedrängt. Ihr Interesse und ihre Absicht, sich zur Wahl zu stellen, bleiben den NGOs verborgen. Daher kam deren Unfähigkeit, sie als Zielgruppe wahrzunehmen. Schätzungsweise nur 5 % der Frauen wurden aufgrund ideologischer, persönlicher oder beruflicher Verdienste gewählt. Eine ehemalige Fatah-Aktivistin sagte, dass sie dermassen verzweifelt eine Kandidatur angestrebt habe, dass sie aufgrund interner Auseinandersetzungen nicht auf die Liste gekommen sei. Sie desertierte zur Islamischen Jihad und wurde nominiert. Gewählt wurde sie nicht, jedoch später von der Fatah exkommuniziert. Eine andere Kandidatin, aus dem Gazastreifen, gab die Telefonnummer ihres Ehemanns als Kontaktadresse an. Als Wahlhelfer versuchten, sie telefonisch zu erreichen, um ein Formular auszufüllen, nahm ihr Mann ab und weigerte sich, seine Frau an den Apparat zu rufen. Er machte ihnen klar: «Sie können mich interviewen, wenn Sie wollen. Aber meine Frau hat nichts mit den Wahlen zu tun (sic).» Ein anderer Fall betrifft ein gewähltes Mitglied des Gemeinderats im Gazastreifen. Die Frau gab zu, Hausfrau zu sein und keine Zeit für die Aufgaben als Gemeinderätin zu haben, weil sie zu sehr mit der Hausarbeit und der damit verbundenen Verantwortung beschäftigt sei. Sie fügte bei, dass männliche Gemeinderatsmitglieder ihr gesagt hätten: «Du kannst zu Hause bleiben und wir übernehmen alle deine Aufgaben. Das Sitzungsgeld wird dir nach Hause geschickt.» Eine Frau aus einem Dorf mitten auf der West Bank sagte, sie könne die Ratssitzungen nur in Begleitung ihres Neffen, der ebenfalls Ratsmitglied ist, besuchen. Eine andere berichtete, ihr Schwiegervater begleite sie zu allen Ratsversammlungen.

Auf die Frage, wie sie Kenntnis von den NGOs und deren Programmen erlangt hätten, antworteten 50 % der befragten Frauen, dass lokale Gruppen und Partei-

sektionen sie nominiert hätten. Daher hätten sie angenommen, die NGOs hätten Frauenkomitees, politische Parteien und andere NGOs, die in derselben Gegend tätig sind, um die Namen von Frauen gebeten, die allenfalls interessiert sein könnten, an Ausbildungsprogrammen und anderen Veranstaltungen der NGOs teilzunehmen. Eigenartigerweise sollte dieses Vorgehen dazu dienen, Hamas-Mitglieder auszuschliessen, entweder auf der Grundlage von ideologischen Differenzen oder aus Furcht, die Geldgeber würden ihre Subventionen einstellen. Dazu kommt, dass NGOs von Frauen in den letzten zehn Jahren systematisch genau jener Masse entfremdet wurden, der sie zu dienen versuchen. Nur ausgewählte Mitglieder einer Elite durften noch mit ihnen zusammenarbeiten. Persönliche Kontakte wurden dazu benutzt, Zielgruppen zu erreichen. 19 % der Frauen sagten, dass sie durch KollegInnen, FreundInnen, Familien- oder Parteimitglieder auf die NGOs aufmerksam gemacht worden seien. Dies weist darauf hin, dass dieses Vorgehen auf kleine Netzwerke von FreundInnen und Bekannten beschränkt blieb, während die Nominationen mitten in den internen Auseinandersetzungen der politischen Parteien und der Familien in verschiedenen Gebieten ausgehandelt wurden, mit dem Resultat, dass es letztendlich zu Diskrepanzen zwischen deren Wahlvorschlägen und den Wahllisten der politischen Parteien kam.

Einige NGOs suchten den Kontakt mit den führenden Gemeinderäten und liessen sich von ihnen helfen, um Einladungen an die Wiederkandidierenden zu verteilen. Dieser Verteiler war unzuverlässig. Viele Kandidatinnen sagten, dass die männlichen Ratsmitglieder die Einladungen nicht weitergegeben und sie deswegen keine Kenntnis von Veranstaltungen und Versammlungen für Frauen bekommen hätten. Andere Organisationen erhielten «Hilfe» von den lokalen Wahlkomitees und vom Zentralen Wahlausschuss, indem ihnen die Kandidatenlisten zur Verfügung gestellt wurden, nachdem die Nominationen abgeschlossen waren. Ihre Funktionäre besuchten Versammlungen von NGOs, um den Frauen ihre Rechte und Pflichten, das Wahlprozedere und das Wahlgesetz zu erklären. Einige Organisationen, die danach gefragt wurden, wie sie Kursteilnehmerinnen auswählten, beklagten sich darüber, wie kompliziert es sei, die Namen der Kandidatinnen vom Zentralen Wahlausschuss zu erhalten, weil einige Frauen bis zum letzten Moment mit ihrer Zu- oder Absage für eine Kandidatur warteten. Darum sahen sich die Organisationen gezwungen, ihre Trainingsprogramme mit den Frauen durchzuführen, die gerade erreichbar waren. Wie nicht anders zu erwarten, hat nur ein Prozent der befragten Frauen über die Massenmedien von den NGOs und den Kursprogrammen erfahren, da die NGOs sich am wenigsten auf die Massenmedien verlassen, um ihre Aufgabe, ihre Ziele und ihr Programm öffentlich zu machen.

Eine NGO, spezialisiert auf Staatsbürgerkunde und Demokratie, nahm zu einer speziellen Methode Zuflucht, um Frauen zu erreichen. Ihre Angestellten führten eine inoffizielle Umfrage in Städten und Dörfern über bekannte Frauen durch, welche von den Befragten respektiert werden und denen sie bei den lokalen Wahlen ihre Stimme geben würden. Danach gingen sie zu den genannten Frauen und versuchten, sie zu einer Kandidatur zu überreden, auch wenn sie kein Interesse an den Wahlen oder am öffentlichen Leben hatten. In einem der Dörfer des Bezirks Ramallah erzählte eine Frau, Rektorin der Mädchenschule in jenem Dorf, der NGO-Vertreter habe sich sie, ihren Mann und ihre Kinder stundenlang einzeln vorgeknöpft, um sie davon zu überzeugen, wie wichtig es sei, dass sie sich an den Wahlen beteilige, denn das ganze Dorf achte und schätze sie. Schliesslich gelang es ihm, sie und ihre Familie zu überzeugen, an einem einmonatigen Lehrgang über Frauen in der Politik, deren Bedeutung und über andere Frauenförderungsmassnahmen teilzunehmen. Nach der Ausbildung war die Frau von der Idee begeistert. Sie trat der Liste für «Reform und Wandel» bei, die der Hamas nahesteht. Die Hamas bildete sie nicht weiter aus, sondern lud sie zu einer vierstündigen Versammlung der Frauengesellschaft Al Huda (eine islamistische NGO in Ramallah) ein. Danach wurde sie auf die Liste der Hamas-Bewegung gesetzt. Obwohl die Vorgehensweise dieser NGO einzigartig ist, lässt sich dennoch daraus schliessen, dass Frauen nur entsprechend ihrer Anzahl ausgewählt werden und nicht aufgrund ihrer Qualifikation oder, dass Frauen nur dann als Kandidatinnen ausgewählt werden, wenn sie als Vertreterinnen einer Ideologie weiblicher Gemeinnützigkeit gelten, die sich sogenannten weiblichen Zielen verpflichtet fühlen.

Was Frauen brauchen

Von den Frauen, die von Kursen profitiert haben, erklärten 50 %, dass ihre Bedürfnisse vorgängig von Angestellten der NGOs abgeklärt worden seien. Schaut man genauer hin, stellt sich heraus, dass die Abklärungen weder nach empirischen Methoden noch professionell durchgeführt wurden. Danach befragt, auf welche Weise ihre Bedürfnisse abgeklärt worden seien, sagten 32 %, dass sie ihre Meinung in Seminaren dargelegt hätten, 20 % füllten Fragebogen aus, und 18 % wurden persönlich befragt. Weitere 30 % gaben an, dass die NGOs eine Kombination von Methoden angewendet hätten, um Bedürfnisse zu erkennen und zu beurteilen. Eine Kandidatin, die auch gewählt wurde, behauptete: «Die NGOs klärten die Bedürfnisse entweder nicht ab oder interpretierten sie falsch. Ich kenne viele Organisationen, die Umfragen und Abstimmungen durchführten, aber ihre Analyse war nicht immer richtig (sic).» Immerhin erklärten 85 % der Frauen, die an Lehrgängen der NGOs teilge-

nommen hatten, diese seien auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten gewesen, und 81 % sagten, sie hätten ihren Erwartungen entsprochen.

Eines der Ziele dieser Untersuchung war es, einige der Module und Lehrmittel der Kurse daraufhin zu prüfen, wie sehr sie der Realität der palästinensischen Frauen entsprechen. Es war jedoch nicht möglich, dieses Ziel zu erreichen, da viele Organisationen den InterviewerInnen die Herausgabe des Unterrichtsmaterials mit der Begründung verweigerten, sie hätten es nicht aufbewahrt oder die Einsichtnahme sei wegen des Persönlichkeitsschutzes nicht möglich.

Die Koordination unter den NGOs

Abgesehen von beschränkten Absprachen während der Kampagnen, um die Teilnahme von Frauen zu fördern, gab es keine erwähnenswerten Anstrengungen, die Programme der NGOs koordiniert zu planen, durchzuführen und auszuwerten. Dieser Mangel an Koordination unter den NGOs führte zu einem Kräfteverschleiss und, in vielen Fällen, zu Überschneidungen. Eine Befragte führte aus, sie habe bei zwei Organisationen den gleichen Kurs absolviert mit zwei verschiedenen AusbildnerInnen. Nicht nur beeinträchtigte der Mangel an Koordination das Bildungsangebot der NGOs, er führte auch zu einem aggressiven und sturen Wettbewerb bei den Geldgebern um die Finanzierung, was das Verfahren zusätzlich erschwerte. Ausserdem bekamen viele Organisationen die Vorgaben der Geldgeber zum Ausgabenfluss und die Umsetzung der Programme und Projekte nicht in den Griff. In Nablus zögerten viele Organisationen, mit grösseren Organisationen zusammenzuarbeiten. Sie beurteilten deren Vorgaben bezüglich Auswertung und Forschung als «sinnlos». In der nördlichen Entwicklungszone um Nablus herum herrscht die Meinung vor, dass grössere Organisationen mit Sitz in Ramallah im Zentrum der Westbank «nur darauf aus sind, Geld für die Auswertung und Forschung lockerzumachen. Man wirft ihnen vor, vor Ort wenig oder nichts zu bewirken.»

Das damals neu geschaffene Ministerium für Frauenfragen versuchte, die Rolle als Koordinator der NGO-Programme zu übernehmen. Es lud die verschiedenen Organisationen ein, dabei mitzuhelfen, die Anstrengungen zu bündeln und einen strategischen Aktionsplan auszuarbeiten, um die Effizienz zu steigern und die Resultate zu verbessern. Ziel war, kreative Lösungen zur Überwindung der Probleme bei der Frauenförderung (empowerment) in der Politik und im öffentlichen Leben zu finden. Wegen des Mangels an Kommunikation unter allen Beteiligten, der Fesseln von politischen Sonderinteressen und den internationalen Geldgebern im Verbund mit der israelischen Besatzungspolitik wurde die Rolle des Ministeriums auf die eines wirkungslosen und handlungsunfähigen Beamtenapparats reduziert, und die Anstren-

gungen, den Anliegen der Frauen besser gerecht zu werden, wurden im Keim erstickt.

Die wichtigsten Errungenschaften der NGOs

Kandidierende Frauen sind von der Wählerschaft besser akzeptiert als kandidierende Männer:

Das Tätigkeitsprogramm von Organisationen der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und von Frauenorganisationen im Besonderen hat dazu beigetragen, die Akzeptanz von Frauen als Kandidierende bei Wahlen für die gesetzgebenden Behörden auf lokaler wie auf nationaler Ebene zu verstärken. Dies wurde erreicht dank gemeinsamer Anstrengungen, Veranstaltungen und Programme, dank öffentlichem Augenmerk und Kampagnen der Medien.

Die Quotenregelung ist ratifiziert:

Die langwierige und mühsame Diskussion über eine Quotenregelung in der palästinensischen Gesellschaft kam dank der Bemühungen von Organisationen der Zivilgesellschaft und der Frauenbewegung zu einem Ende, als beschlossen wurde, dass in jedem Gemeinderat zwei Sitze Frauen zustehen und bei den Parlamentswahlen einer der drei ersten Listenplätze von einer Frau zu belegen sei. Aufgrund ihrer Analyse der Wahlen von 1996 betonte Islah Jad, dass es unvernünftig wäre, das Quotensystem abzuschaffen, während gleichzeitig der einflussreichere Frauenausschuss für Technische Fragen (Women Technical Affairs Committee / WTAC) darauf beharrte, die Quotenregelung nicht zu übernehmen, da er glaubte, die populäre Parteibasis würde Gruppen und daher Frauen wählen. Der WTAC behielt nicht Recht.

Frauenorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft spielten eine existenzielle Rolle bei der Verfechtung des Quotensystems, v.a. im Rahmen der Gemeinderäte, ein in der arabischen Welt einzigartiger Vorstoss. Ausserdem gelang es den NGOs, die politischen Parteien zu bewegen, Frauen bessere Rollen zuzugestehen und zu erlauben, für die Wahlen zu kandidieren. Erst durch die Quotenregelung öffneten sich die politischen Parteien der Mitwirkung der Frauen.

Das schützte die Quotenregelung nicht vor Kritik, weil das System es zulässt, dass unqualifizierte und unfähige Frauen bei Wahlen nominiert werden. Das System, so wird argumentiert, erlaube es der Partei, der Interessengruppe, der Familie oder dem Klan, die Nominationen auf lokaler und nationaler Ebene zu beeinflussen. Der Kommentar in einem Interview lautete: «Frauen wurden nicht aufgrund ihrer Verdienste und ihrer Qualifikation ausgewählt, sondern wurden nach dem Zufallsprinzip für die Wahlen (als Kandidatinnen) ausgesucht. Aus-

serdem dienten viele Frauen nur als Lückenbüsserinnen, als der Termin für die Einreichung der Listen näher rückte. Die politischen Parteien waren klug genug, Frauen aus einflussreichen und mächtigen Familien zu nominieren.» Eine andere sagte, die Nomination von Frauen sei nur erfolgt, um die Listen zu füllen und um der internationalen Gemeinschaft zu genügen, nicht aus nationalem Interesse.

Erkenntnisse, Schlussfolgerungen und Empfehlungen

NGOs, vor allem Frauenorganisationen, spielten eine zentrale Rolle während der letzten Lokalwahlen sowie bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Einige trugen dazu bei, das öffentliche Bewusstsein für die Bedeutung der Wahlbeteiligung zu wecken, für die Rechte und Pflichten von WählerInnen und KandidatInnen und auch für die Wahlbeobachtung. Der am meisten spürbare Erfolg von NGOs und Frauenorganisationen ist jedoch die gesetzliche Einführung der Quotenregelung, womit die Vertretung der Frauen relativ verbessert wird. Trotzdem ist es ein hochgestecktes Ziel, die Anzahl von Frauen in den Gemeinderäten und im Parlament zu vergrössern, gar nicht zu reden von der Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben. Die politischen Parteien sind daher aufgerufen, endlich damit zu beginnen, Frauen als Zielgruppe zu erkennen und die Parteibasis, speziell die jungen Frauen, dafür zu sensibilisieren, Frauen bei künftigen Wahlen auf lokaler und nationaler Ebene zu nominieren.

Ausserdem herrscht die Ansicht vor, dass das Erreichte zu wenig ist im Vergleich zu den Geldmitteln und den Bemühungen, die in Programme und Projekte zur Frauenförderung investiert wurden. Der Fehler liegt in der falschen Auswahl der Zielgruppen aufgrund kurzfristiger Programme, die nicht der nachhaltigen Wirkung dienten. Effektiv wäre aber ein langfristiger, konsistenter und nachhaltiger sozialer Wandel gefragt.

Die Ergebnisse der Untersuchung bestätigen, dass Frauen und Organisationen der Zivilgesellschaft mit ihren Aufklärungskampagnen, Bildungsprogrammen und Veranstaltungen nicht immer die richtigen Zielgruppen erfassten. Dies geht auf strukturelle Mängel in der Kommunikation zwischen den Organisationen und der Bevölkerung zurück und auf Mängel beim Einbezug der Lebensumstände der Frauen in Palästina und deren politischen Umfeldes. Ausserdem hatte der Ausschluss von islamischen Kandidatinnen einen negativen Einfluss auf das Resultat der Kampagne. Viele Frauen wurden entweder nicht berücksichtigt, oder sie boykottierten die Bemühungen der NGOs wegen der Implikationen und der Druckversuche der internationalen Geldgeber, die ihre eigenen Interessen verfolgen und nicht diejenigen der palästinensischen Frauen und der palästinensischen Gesellschaft.

Übersetzung aus dem Englischen: Yvonne Lenzlinger

Literatur

Awad Taleb, Amending the Palestinian Electoral System, a paper presented for the amendment project, a Palestinian point of view by the Civil Forum and the German association Friedrich Nauman Foundation, 2003.

Awad Taleb, Palestinian Women and Political Participation: problems and solutions, the Internet for Arabic Media, Amin, in: www.amin.org/views/uncat/2003/dec/dec10.htmlin, 2003.

Development Studies Program, surveys and public opinion polls in the West Bank and Gaza Strip, August 2000–November 2002.

Ghulam Isma'il Farida, Quota systems and activating the political participation of women, in: www. aldemokrati.com.

Hajal Nadia, Women and Local Elections: Between chances and obstacles, MA program in women, development and law, Birzeit University, 2005.

Hamami Reema, The Intifada's Heritage in Contemporary Palestinian Politics, in: Analytical studies for the social and political orientations in Palestine, the Palestinian Center for Research and Studies: Survey and research unit, Nablus 1997.

Isma'il Dunya Amal, Palestinian Women and Political Participation, in: Ru'ya, 5th edition January 2001, Al Ammah for information.

Jad Islah, The Palestinian women movement and the legislative elections, in: Palestinian Politics, 3rd year, issue number 9, the Palestinian Center for Research and Studies, Nablus 1996.

Jerusalem Center for Women, documentation of the Palestinian elections in: from a women view. 1996.

Majdalani Ahmad, Reinforcing Palestinian Women Rights' Acquisitions.

Nazzal Reem, Let's elect women candidates in the Palestinian legislative council's circles for their courage, in: the civilized dialogue http://www.rezgar.com, 15/1/2006.

Nazzal Reema, Why did Palestinian women escape from candidacy in the circles for the legislative council?, in: the civilized dialogue http://www.rezgar.com, 8/1/2006.

Sa'id Nader Izzat, Women's political, social and economical rights within Palestinian awareness, in: Analytical studies for the political and social orientations in Palestine, the Palestinian Center for Research and Studies: Survey and Research Unit, Nablus 1997.

Sa'id Nader Izzat, Palestinian Women and Local Governance's Councils: development and the elections, Women Affairs Technical Committees: Ramallah 1996.

Sa'id, Nader Izzat, Palestinian Women and Elections, Muwatin – The Palestinian Institute for democracy study: Ramallah 1999.

Sarhan Rula, The limits of NGOs' interference in the electoral process (the Palestinian legislative elections 2006), the Palestinian News Agency WAFA.

The General Union of Palestinian Women, Palestinian NGO's report on the initiatives and obstacles that they faced in applying the domains of interest in Beijing Platform, presented to: The regional meeting for Arab NGOs for the preparation of Beijing 5th conference, Amman, 10/11 February 2000.

www.phrmg.org (The Palestian Human Rights Monitoring Group).

www.pcpsr.org (Palestian Center for Policy and Security Research).

Die geschlechtsspezifische Konstruktion von politischen Räumen: Frauen und Lokalpolitik in Indien

Stefanie Strulik

Mehr als zwei Millionen Frauen haben in Indien seit 1993 die bislang ausschliesslich von Männern beherrschte Bühne der Lokalpolitik betreten. Diesen fundamentalen Wandel ermöglichten zwei Verfassungsergänzungen. Im Kontext von Dezentralisierungs- und Demokratisierungsbemühungen entschloss sich die indische Regierung, das Panchayat-System lokaler Selbstverwaltung zu reformieren und als unterste Ebene in das administrative und politische System einzugliedern. Panchayats sind sogenannte traditionelle Dorfräte, die erstmals 1300 v. Chr. in der Rig Veda erwähnt wurden (Kuhn 1998:241). Bis zur Gesetzesnovelle 1993, die ab 1995 von den einzelnen Bundesstaaten sukzessive in die Praxis umgesetzt wurde, waren diese Räte jedoch ausschliesslich von hochkastigen Männern besetzt (Girtler 1972). Über die Jahrhunderte erlebten Panchayats je nach politischem Wind mannigfaltige Neuerfindungen – als Steuereintreibinstitution während der britischen Kolonialzeit oder während der Unabhängigkeitsbewegung als Objekt kultureller Selbstbehauptung im Sinne einer ur-indischen Form primordialer Demokratie. Neben sich wandelnden Aufgaben blieben Panchayats jedoch vor allem Institutionen zur Reproduktion lokaler Machtverhältnisse (Mathew 2000). Die «Wiederentdeckung» und Belebung dieser Institutionen lokaler Selbstverwaltung folgt zum einen neuen Trends des Entwicklungsdiskurses, zum anderen Strukturanpassungsprogrammen, die mehr Dezentralisierung fordern. Die Reformen beruhen hauptsächlich auf der Erkenntnis, dass Entwicklungsgelder in den bürokratischen Kanälen von der Zentralregierung zu den Dörfern fruchtlos versickern (Lieten and Srivastava 1999, Mathew 2000, Béteille 2002). Um Panchayats in eine Reform einbeziehen zu können, die Dezentralisierung und Demokratisierung als ihr

Ziel deklariert, wären jedoch weiterreichende Veränderungen nötig als lediglich das Übertragen von neuen Entscheidungsbefugnissen und Finanzmitteln. Ein neues Kernelement der Panchayat-Reform besteht daher in der Einführung von Quotenregelungen für Frauen (33 %) und niedere Kasten (entsprechend ihres prozentualen lokalen Anteils). Diese Quoten sind auch für die Führungspositionen innerhalb der Räte gültig.

Nach den neuen Gesetzen tagen die Dorfräte zweimal pro Monat. Sie diskutieren Dorfangelegenheiten, verabschieden Prioritätenlisten für Entwicklungsmassnahmen und fungieren darüber hinaus – neben vielen weiteren Aufgaben¹–als erste rechtliche Schlichtungsinstanz für familienrechtliche Streitigkeiten, Streit um Land und Grenzfragen etc. Der Pradhan (BürgermeisterIn) ist verantwortlich für den Hauptteil der Verwaltungsarbeit, für die Erteilung von Aufträgen an Baufirmen sowie für die Aufsicht über die Bauarbeiten im Rahmen der sanktionierten infrastrukturellen Programme. Während der Pradhan dem Panchayat gegenüber rechenschaftspflichtig ist, muss dieses sich einer Abschlussprüfung durch die jährliche Dorfvollversammlung unterziehen. Integriert ist das Dorfpanchayat in ein Drei-Ebenen-Modell, das Dorf, Subdistrikt (Bezirk) und Distrikt (Kreis) umfasst. Um Finanzmittel für bestimmte Projekte zu erhalten, hat man sich jeweils an die höhere Ebene zu richten.

Panchayats als geschlechtsspezifisch strukturierte Arena

Die Panchayat-Reform lediglich aus einer Evaluierungsperspektive zu betrachten erscheint mir hier nicht sinnvoll. Panchayats als eine politische Arena zu verstehen, als eine Schnittstelle zwischen staatlichen und (trans-)lokalen Wissenssystemen, ermöglicht erst, geschlechtsspezifische Konstruktionen von politischen Räumen ins Blickfeld zu holen.²

An der Schnittstelle Panchayat werden von allen beteiligten Akteuren die Inhalte der Reform in Interaktion ausgehandelt und entsprechend den bisherigen lebensweltlichen Erfahrungen neu interpretiert. Diese lokale Arena ist machtpolitisch kein leerer Raum, über den sich einfach Demokratisierungsverordnungen stülpen lassen. Auch ist die politische Arena keinesfalls geschlechtsneutral. Der Teil, der gemeinhin als «Politik» wahrgenommen wird, ist gemäss eines androzentrischen Diskurses strukturiert, in dem der Ausschluss von Frauen aus dem politischen Raum reproduziert wird und weibliche politische Räume, die bereits existieren, entweder ignoriert oder als minderwertig darstellt. Die Gesetzesnovelle, insbesondere hinsichtlich der Quoten für Frauen, muss in einer Gesellschaft, in welcher der dominante Gender-Diskurs Frauen als unfähig und zu naiv für ein politisches Engagement konstruiert sowie Familienehre eng mit Geschlechtersegregation (purdah³) assoziiert wird und welche im Rah-

men der geschlechtlichen Arbeitsteilung die Reproduktionsarbeit als die einzige gesellschaftliche Aufgabe von Frauen darstellt, als eine mit der alltäglichen Lebensrealität unvereinbare Forderung erscheinen. Es ist darum nicht allzu überraschend, dass viele der emanzipatorischen Ziele der Panchayat-Reform sich nur schwer in der Praxis finden lassen und viele Studien die Reformen als Fehlschlag oder bestenfalls als Farce beschreiben.

Selbst wenn viele der ambitiösen Erwartungen bislang nicht erfüllt wurden, vollzieht sich gegenwärtig dennoch ein dramatischer Wandlungsprozess. Trotz Umsetzungsschwierigkeiten, Reibungen und Widersprüchen eröffnet die Quote Frauen neue Handlungsspielräume und Möglichkeiten, Geschlechterbeziehungen in zuvor undenkbare Richtungen neu auszuhandeln.

Purdah und Quoten in Uttar Pradesh

Die in Uttar Pradesh, einem Bundesstaat in der Gangesebene in Nordindien, in die Lokalpolitik gewählten Frauen werden häufig als Alibi-Frauen, als sogenannte «Proxies» dargestellt, und es wird behauptet, sie seien lediglich Marionetten in den Händen ihrer politisch ambitionierten Ehemänner. Und tatsächlich sind Frauen so gut wie nie an den Panchayat-Sitzungen anzutreffen. Die äusserst populäre «Proxy»-Perspektive geht davon aus, dass die gewählten Frauen vollständig von ihren Ehemännern abhängig seien und nur ihren Namen und ihre Unterschrift bzw. ihren Daumenabdruck hergäben, um formal den Anforderungen der Reform gerecht zu werden. Je nachdem, wer kommentiert, wird diese Praxis als das «Versagen der Frauen, ihre Rechte einzuklagen» oder als «die einzige Art, auf die Lokalpolitik funktionieren kann, da Frauen nicht in der Lage sind, im politischen Spiel mitzuhalten» oder als «Produkt der omnipotenten patriarchalen Struktur indischer Gesellschaft» interpretiert. Anhand des Fallbeispiels von Manju Devi – die allen Klischees einer Proxy

gerecht werden würde – kann im Gegensatz zu diesen Interpretationen mittels einer akteurzentrierten Perspektive gezeigt werden, dass Frauen es selbst unter widrigsten Bedingungen gelingt, sich Teile des politischen Raumes anzueignen. Weder ist Manju ihrem Ehemann völlig ausgeliefert, noch ist sie Opfer patriarchalicher Strukturen. Sie ist eine nach ihren eigenen Rationalitäten handelnde soziale Akteurin, die an der Aushandlung ihrer politischen Partizipation und damit letztlich an der Gestaltung von Geschlechterbeziehungen beteiligt ist.

Manju ist eine vierzigjährige Rajput-Frau aus einem Dorf im östlichen Uttar Pradesh. Obwohl Manju seit drei Jahren Pradhan ist, hat sie noch nie eine Panchayat-Sitzung besucht. Im Grunde genommen hat sie ihr Haus seit ihrer Heirat vor zwanzig Jahren so gut wie nie verlassen, denn Manjus Familie als eine

respektable, hochkastige Rajput-Familie praktiziert selbstverständlich Purdah, die Trennung zwischen männlichen und weiblichen Räumen. Sie selbst, wie alle anderen im Dorf auch, sagt, dass sie nur auf dem Papier gewählt ist und dass alle politische Arbeit von ihrem Mann erledigt wird, denn – so die einhellige Meinung – das sei der einzige Weg, mit diesen «verrückten Quotierungen» umzugehen. «Wie soll sie, die nie ihr Haus verlässt, sonst der politischen Arbeit nachgehen?» «Nichtsdestotrotz verfolgt Manju höchst aufmerksam, «was da in ihrem Namen unternommen wird». Sie war zunächst gegen ihre Nominierung, denn «wie jeder weiss, ist Politik ein dreckiges Spiel», und sie hatte Sorge, dass ihr Name für Dinge, die sie gar nicht selbst veranlasst hat, in den Dreck gezogen werden könnte.

Niemand hat sie am Ende geschlagen oder gezwungen, die Nominierungspapiere zu unterschreiben, wie man es vielleicht von einem hoffnungslos untergeordneten «Proxy»-Pradhan vermuten würde. Sie verhandelte so lange, bis ihr Mann sich verpflichtete, ihr zumindest über alle Dinge im Zusammenhang mit der Panchayat-Arbeit zu berichten. Als Hauptgrund, doch zu kandidieren, nannte sie das «Glück» ihres Mannes und die Möglichkeit, über die Kandidatur den Status der Familie in der Lokalgemeinschaft zu erhöhen. Sie erwähnt auch die Hoffnung, dass «das Purdah sich eventuell etwas öffnen könnte». Diese Hoffnung wird bereits während des Wahlkampfes erfüllt. Ihr Mann lädt nicht nur Bewohner des Dorfes nach Hause ein, sondern stellt diesen sogar seine Frau, wenngleich verschleiert, vor. Diese Begegnung findet auf der Männerseite des Vorhangs statt, der das Haus in den öffentlichen Männerbereich und einen Frauenbereich teilt. Natürlich kann Manju nicht an der Wahlkampagne ausserhalb des Hauses teilnehmen. Als ihr Mann nach der von ihr gewonnenen Wahl nach Hause zurückkehrt, legt er ihr zum Dank feierlich eine Blumengirlande um den Hals.

Wenn man mit Manju über die Panchayat-Arbeit spricht, dann verweist sie darauf stets als «unsere Arbeit» und identifiziert sich stark mit der ausserhäuslichen Repräsentation durch ihren Ehemann. Es ist schwierig für Manju, informiert zu bleiben ohne das Haus zu verlassen. Aber auch dafür hat sie ihre Strategien entwickelt. Zum einen fragt sie, egal welche Frauen zu Besuch kommen, diese über die letzten Neuigkeiten aus, zum anderen befragt sie ihre jugendlichen Kinder oder schickt sie sogar gezielt los, um bestimmte Informationen einzuholen. Abends sitzt Manju im Halbdunkeln auf der Dachterrasse und beobachtet das Geschehen im Dorf oder schaut z.B., wie weit der Strassenbau vorangeschritten ist. Finden politische Treffen im Haus statt, nimmt sie hinter dem Vorhang Platz und folgt den Diskussionen – denn sie «möchte wissen, was in ihrem Namen draussen passiert».

Obwohl Manju die Schule seinerzeit frühzeitig abbrechen musste, hat sie sich mit der Hilfe ihrer Tochter durch das Panchayat-Handbuch gearbeitet. Sie ist der Meinung, mehr darüber wissen zu müssen, «was diese ganze Panchayat-Sache eigentlich ist, wie sie funktioniert, welche verschiedenen Programme und Finanzmittel zu beantragen sind und wie diese abgerechnet werden.»

Alle paar Monate «öffnet sich der Purdah-Vorhang» und Manju lässt sich – verschleiert – von ihrem Mann auf dem Soziussitz seines Motorrads zur Bank fahren, denn dort ist ihre Unterschrift vonnöten. Insgesamt hat sich «Purdah weniger geöffnet», als sie es erwartet hatte, aber Manju scheint das egal zu sein bzw. nicht wichtig genug, um deswegen «die Harmonie der Familie» aufs Spiel zu setzen. Stattdessen geniesst sie, was immer sich an kleinen aufregenden Freiheiten ergibt, und sei es bloss der Fahrtwind auf dem Motorrad. Der Panchayat-Sekretär, Staatsangestellter und Assistent des Pradhan, zieht es vor, die Geschäfte mit Manjus Mann zu erledigen, «weil das schneller geht» und Manjus Mann «weniger dumme Fragen stellt». Nur wenn Manjus Unterschrift benötigt wird, kommt sie in Kontakt mit dem Sekretär. Bislang hat Manju erfolgreich durchgesetzt, keine Blankopapiere zu unterzeichnen, und sie besteht darauf, dass man ihr erklärt, worum es geht.

Der vielleicht bedeutendste Wandel in Manjus Alltag äussert sich darin, dass nun fast täglich Dorffrauen zu ihr nach Hause kommen, um ihre Anliegen vorzutragen. Aufgrund von Kastenregeln kann Manju nicht alle Frauen im Inneren des Hauses empfangen. Niedere Kasten empfängt sie im «Vorzimmer», einem Raum gleich hinter dem Eingang des Wohnhauses, der unter normalen Umständen für die Frauen des Hauses nicht zugänglich ist. Hochkastige Frauen trifft sie im Innenhof des Hauses, in dem sie in einer Ecke eine Art Büro aufgebaut hat – mit einem Tisch und Hockern für die Besucherinnen. Die Dorffrauen sind «zu schüchtern», um die Regeln der Geschlechtersegregation zu verletzen und direkt mit Manjus Mann Kontakt aufzunehmen. Manju leitet die Anliegen der Frauen – z.B. Witwenrente, häusliche Gewalt, Trinkwasser, die Bitte, bei einem staatlichen Förderprogramm berücksichtigt zu werden – an ihren Mann weiter. Sie ist stolz auf ihre Vermittlungsfunktion, stolz darauf, «etwas Sinnvolles zu tun». Sie freut sich, wenn sie respektvoll mit «Pradhanji» («verehrte Frau Bürgermeisterin») angeredet wird, darüber dass jede und jeder im Dorf ihren Namen kennt und sie nicht nur eine gesichtslose und namenlose Ehefrau von XY ist. Die anderen Frauen des Hauses, insbesondere drei Schwägerinnen, servieren den Besucherinnen Tee. Nachdem diese ihre Anliegen vorgetragen haben, verbringen die Frauen oft noch einige Zeit miteinander, um Neuigkeiten und den neuesten Dorfklatsch auszutauschen, den sie zum Teil hitzig diskutieren.

Manju ist sich bewusst, dass die Ehre und der Ruf ihres Mannes, letztlich ihrer ganzen Familie, von ihrem «angemessenen Verhalten» abhängen. Das bedeutet, dass sie die Grenzen, auch wenn sie sich in Teilaspekten verschoben haben, nicht zu offensichtlich übertreten darf. Sie ist sich auch darüber im Klaren. dass ihr Mann ohne sie und ihre Unterschriften die «gemeinsame» politische Arbeit nicht verrichten könnte. Manju würde nie entgegen dem ausdrücklichen Willen ihres Mannes handeln. Wenn sie annimmt, dass er gewisse Dinge oder Wünsche nicht gutheissen wird, fragt sie ihn nicht direkt, sondern versucht ihn eher hintenherum «durch Nettsein» zu manipulieren, oder sie bittet ältere Familienmitglieder um Hilfe. Die Trennung von Frauen- und Männerwelt und die Prinzipien von Respekt, Ehre und Anstand verbieten es Manju auch, innerhalb des Hauses vor älteren Familienmitgliedern direkt mit ihrem Mann zu kommunizieren. Das eheliche Bett wird daher zum Ort, an dem das Ehepaar über Politik redet und Manju die Anliegen der Dorffrauen weiterleitet. Somit wird plötzlich der intimste, privateste Ort zur Öffentlichkeit – zu einem politischen Raum.

Manju ist nicht einfach nur passiv. Vielmehr ist es nicht immer eindeutig, wer bestimmte Interessen wie durchsetzt. Selbst wenn Manjus Handlungsspielraum relativ limitiert ist, gelingt es ihr, sich bestimmte neue Handlungsmöglichkeiten zu erstreiten und ihre Meinung und ihre Interessen einzubringen. Denn sie bestimmt, wessen Anträge und Wünsche sie wie gegenüber ihrem Mann vertritt, und somit auch, wessen Antrag berücksichtigt wird. Die Tatsache, dass sowohl ihre als auch die Stimmen von weiteren Dorffrauen überhaupt Gehör finden, bedeutet im Alltagskontext von Uttar Pradesh bereits einen zentralen Wandel in den Geschlechterbeziehungen. Darüber hinaus verweisen Manjus Erfahrungen auf weitere kleine Veränderungen der politischen Arena.

Herstellung weiblicher politischer Räume

Während «Purdah-Pradhane» tatsächlich grösstenteils von formaler Politik ausgeschlossen bleiben, gelingt es ihnen trotzdem, einen Teil des politischen Kuchens für sich zu reservieren. Purdah-Regeln verbieten Männern, an den Diskussionen zwischen Frauen teilzunehmen. Die Treffen, die in Manjus Büroecke im Innenhof oder im Vorzimmer stattfinden, stellen eine wichtige Plattform für den Austausch, die Meinungsbildung und das Formulieren von Interessen dar. Über die Purdah-Pradhane werden diese «alternative publics» (Fraser 1992) mit dem formalen politischen Feld verbunden. Im Vergleich zu männlichen politischen Räumen verfügen die «alternative publics» jedoch über wenig Ressourcen, um die Anerkennung ihres Wissens oder um ihre Vorschläge

und ihre Anträge durchzusetzen. Auch bleiben diese neuen Frauenräume vom Wohlwollen männlicher Politiker, wie hier Manjus Ehemann, abhängig und werden schnell als unwichtig oder gar lächerlich dekonstruiert.

Wissenssysteme und Informationsnetzwerke

Manju sind drei, wenn auch begrenzte Vorstösse in Wissenssysteme ausserhalb ihres unmittelbaren Umfelds gelungen. Erstens: Manju hat durch den direkten Austausch mit ihrem Ehemann Zugang zu neuen Ideen, Konzepten und Informationen. Ihr Mann behält jedoch dank seiner Monopolstellung die Kontrolle darüber, wie viel seine Frau überhaupt erfährt. Auch bleibt dieses durch seine Interpretationen und Darstellungen gefilterte Wissen ein «Zweite-Hand-Wissen». Seine geschlechtsspezifischen Vorstellungen darüber, was angemessenes und notwendiges Wissen für seine Frau sei, definiert das Mass von Manjus Partizipation und bestimmt, wie viel Unterstützung er von Manju erwartet und wie viel Einmischung er zulässt. Zweitens: Manju versucht gezielt, selbst Zugang zu männlichem Wissen zu erlangen. Sie bespitzelt Treffen durch den Vorhang, lauscht der Konversation männlicher Familienangehöriger oder sitzt auf ihrem Beobachtungsposten auf dem Dach des Hauses. Der dritte und sicherlich bedeutendste Vorstoss ist jedoch der Austausch mit anderen Frauen, durch den Manju Zugang zu neuem Wissen erhält, selbst aber auch in Interaktion Teil der Produktion neuen Wissens ist. Durch den Austausch werden unterschiedlichste Informationskanäle jenseits von Verwandtschafts- und Kastengrenzen angezapft und rückwirkend erweitert. Dieser Austausch bietet darüber hinaus die Möglichkeit, geschlechtsspezifische Erfahrungen, die zuvor als individuelles Einzelschicksal oder gar als persönliches Versagen gesehen wurden, in einen weiträumigeren gesellschaftlichen Kontext einzuordnen und Strategien der Verarbeitung bzw. der aktiven Veränderung zu entwickeln und weiterzugeben.

Demokratische Ideale versus demokratische Praxis

Manjus Fallbeispiel zeigt deutlich die Kluft zwischen demokratischen Idealen, wie sie als Motivation für die Panchayat-Reform dargestellt werden, und Werten, Regeln und Institutionen, wie sie die Alltagspraxis im ländlichen Uttar Pradesh strukturieren.

Im Gegensatz zu den Umständen in meinem zweiten Fallbeispiel versucht die lokale Behörde in Uttar Pradesh nicht, die Reformen ernsthaft durchzusetzen. Der gesetzgebende Staat ist weit entfernt in Delhi oder in der Bundeshauptstadt. Die lokalen Vertreter des Staates, die direkt mit der korrekten Umsetzung der Reformen betraut sind, teilen jedoch geschlechtsspezifische Werte und Regeln der Gesellschaft, in der sie leben und arbeiten. So sind sie selbst

stark verwurzelt in lokalen Realitäten. Die Zusammenarbeit von Ehemännern und lokalen Beamten beim Ausgrenzen gewählter Politikerinnen ist symptomatisch. Die meisten lokalen Beamten, wie beispielsweise der Panchayat-Sekretär in Manjus Beispiel, sind relativ gut verdienende Angehörige höherer Kasten und stammen selbst aus Familien, die Purdah praktizieren. Ein Panchavat-Sekretär rechtfertigte die Tatsache, dass er ausschliesslich mit dem Ehemann der gewählten Bürgermeisterin zusammenarbeitet, folgendermassen: «Man kann diese Frauenquote einfach nicht mit unserer Kultur vereinbaren. Die Regierung hat keine Ahnung, was sie da verlangt! Die wissen nichts über das Leben hier. Wenn meine Frau zum Pradhan gewählt würde, würde ich sie diese Arbeit auch nicht verrichten lassen. Sie hat keine Ahnung von diesen Dingen. Sie ist nicht lange zur Schule gegangen, und von Politik weiss sie schon gar nichts. Selbst wenn sie das lernen würde, wie bitte, soll sie zu den Bewohnern des Dorfes reden? Die würden sich alle über uns lustig machen, wie «modern> wir seien. Keiner würde mich, meine Familie und schon gar nicht meine Frau respektieren, wenn sie so etwas machen würde. Also, wie sollte ich so was gutheissen?! (...) Hier sind immer Männer Pradhan gewesen und haben ihre Arbeit gut gemacht. Wieso soll sich das ändern? (...) Wenn ich direkt mit einer Frau zusammenarbeiten müsste, die Pradhan wäre – ich müsste doppelt so viel und doppelt so lange arbeiten, nur um ihr jedes letzte kleine bisschen zu erklären.»

Zwar sind nicht alle Ehemänner in Uttar Pradesh prinzipiell gegen eine politische Funktion ihrer Frauen. Einige Ehemänner betonten vielmehr, dass sie es ganz im Gegenteil begrüssen würden, wenn ihre Frauen sich mehr in der Öffentlichkeit engagierten; sie gönnen ihnen durchaus, dass sie sich mit «etwas Interessanterem als Hausarbeit» beschäftigen. Es ist schwer einzuschätzen, inwieweit es sich dabei lediglich um eine diskursive Willenserklärung handelt, denn es wird schnell hinzugefügt, dass «das ja nicht möglich ist». Der Grund sei die Verurteilung eines solchen Vorhabens seitens der übrigen Dorfbewohner, aber auch der Mangel an Unterstützung durch lokale Beamte. Gerade letzterer Aspekt wird oft betont, und man wünscht sich «härteres Durchgreifen» seitens des Staates, dem vorgeworfen wird, die Nichteinhaltung der eigenen Gesetze nicht zu sanktionieren. Ohne diesen Druck seien die politische Partizipation und das Aufweichen der Purdah-Praxis gegenüber älteren Familienmitgliedern, aber auch gegenüber der Dorfgemeinschaft nicht zu legitimieren. Ein Ehemann fasste das Dilemma des «pradhan-pati-business» (Mann der Bürgermeisterin Business) folgendermassen zusammen: «Es ist alles eine Frage des Drucks. Wenn jemand Druck auf mich ausüben würde, dann würde ich meine Frau gerne selbst zu den Sitzungen gehen lassen. Aber ohne diesen Druck kann ich das nicht. Wenn ich nicht sagen kann, ‹Ich kann nichts dafür, ich muss sie gehen lassen›, dann werden die Leute hinter meinem Rücken zu tratschen anfangen ..., ‹Ohoooo, schau, für wie modern die sich halten ... Vor lauter Fortschrittlichkeit haben sie alles gute Benehmen vergessen!› (...) Die Gesellschaft muss sich ändern, bevor ich sie schicken kann. Wenn man mich zwingt, dann ist es möglich. Am besten müsste der Wunsch von den Dorfbewohnern selbst ausgehen. Wenn die darauf beharren würden, dann könnte mir niemand etwas vorwerfen.»

Herausfordern oder anpassen ...

Überraschenderweise versuchten weder Manju noch die Mehrheit der gewählten Frauen, ihre Unterschriftsgewalt dafür zu nutzen, aktiv mehr Freiheiten einzufordern.

Die gewählten Frauen sind äusserst bestrebt, Purdah oder andere geschlechtsspezifische gesellschaftliche Erwartungen nicht zu sehr in Frage zu stellen. Zum einen, weil sie viele dieser Erwartungen teilen, zum anderen, weil sie sich bewusst sind, dass zu radikale Forderungen mühsam ausgehandelte Handlungsspielräume auch wieder verschliessen könnten. Das «harmonische Familienglück» ist zu eng mit dem «eigenen Glück» verwoben, so dass es das vorrangige Ziel ist, dieses und den «Familienfrieden» zu erhalten.

Öffentliche Identität

Die kleinen Veränderungen im Alltag, neue Verantwortlichkeiten jenseits der Hausarbeit und die Erfahrung, zu einem bestimmten Wissen Zugang zu haben, sowie der Respekt den gewählten Frauen gegenüber werden von der Mehrheit der Frauen als Balsam für ihr Selbstbewusstsein empfunden. Insbesondere die Erfahrung, eine eigene öffentliche Identität zu haben – dass man sie unter ihrem eigenen Namen kennt, dass sie ein eigenes Bankkonto besitzen, dass Frauen zur Audienz vorbeikommen etc. –, wird als Bereicherung herausgestrichen. Manju wie auch andere Purdah-Pradhane identifizieren sich stark mit der Arbeit der in ihrem Namen handelnden Ehemänner. Aber Manju ist sich absolut im Klaren darüber, dass ihr Mann ohne ihre Kooperation nicht handeln kann und dass er seine Legitimitation über ihren Namen erhält. Letztere erhält er nicht nur durch ihre Unterschrift oder durch die «Bürozeiten», in denen Frauen sie aufsuchen, sondern vor allem dadurch, dass Manju die «Ehre» der Familie nicht in Gefahr bringt, indem sie die neu gewonnene Freiheit nicht über bestimmte gesellschaftlich akzeptierte Grenzen hinaus ausdehnt.

Ohne die 33 % Frauenquote für die Lokalpolitik wären Szenen wie die folgenden unvorstellbar gewesen: die direkte Interaktion mit dem eigenen Ehemann oder anderen Männern in der Öffentlichkeit – oder vielmehr wie in Manjus Fall in der Semiöffentlichkeit hinter dem Vorhang, der das Wohnhaus in Frauenbereich und öffentlichen Männerbereich aufteilt. Eine weitere zuvor undenkbare Begebenheit symbolisiert das Überreichen der Blumengirlande am Tag des Wahlsiegs, wodurch die Hierarchie zwischen Ehemann und Frau für einen Moment auf den Kopf gestellt wurde.

Auch das Schaffen von weiblichen politischen Räumen und damit die partielle Aneignung des Politischen – seien es die Konsultationsstunden für Dorffrauen oder die nächtliche Neudefinition des Bettes als Ort, an dem Politik diskutiert wird – sind fast unmerkliche, kleine und trotzdem substanzielle Neudefinitionen des Politischen und letztlich Infragestellungen institutionalisierter Geschlechterbeziehungen.

Die soziale Konstruktion von Politik

Das zweite Beispiel, aus Himachal Pradesh, zeigt die andere Seite des Spektrums der Möglichkeiten im Rahmen der Panchayat-Reformen. Obwohl durchwegs alle gewählten Frauen in Himachal Pradesh die Panchayat-Sitzungen besuchen und sich auch sonst im Vergleich zu den Frauen in Uttar Pradesh sehr aktiv in die Lokalpolitik und in die Organisation der Entwicklungsinitiativen einbringen, gilt Vandana Devi als «Vorbild-Pradhan» in ihrem Distrikt.

Vandana Devi ist ebenfalls vierzig Jahre alt, stammt jedoch aus einer niederen Kaste. Sie wohnt in einem Tal im Himalaya. Ihr Haus, in dem sie zusammen mit ihrem Mann und ihren drei Kindern inmitten ihrer eigenen Reisfelder lebt, ist nicht weit entfernt vom Pathankot-Mandi-Highway. Ihr Mann hat einen Bürojob im Elektrizitätswerk der nahen Kleinstadt. Er ist nach eigenen Angaben «nicht an Politik interessiert». Dank des eigenen Landbesitzes, aber auch dank der staatlichen Anstellung des Mannes geht es der Familie ökonomisch überdurchschnittlich gut.

Vandana liebt es, sich selbst als etwas naiv, als eine «einfache gläubige Frau» darzustellen. Sie hat eine sanfte Stimme, und es fällt schwer, sich Vandana als energische Politikerin vorzustellen. Sie ist nur wenige Jahre zur Schule gegangen, da ihre Eltern verlangten, dass sie auf dem elterlichen Hof mit anpacken sollte, und sie bereits mit 15 Jahren heiratete. Eine untypische «love marriage», wie Vandana eines Abends auf der Terrasse verschmitzt mitteilte, aber man solle das auf keinen Fall ihren Kindern erzählen ...

Kurz nach ihrer Heirat tritt Vandana einer Frauengruppe bei, in der vor allem

ein gemeinsames Freizeitprogramm organisiert wird. Nach und nach rücken jedoch ausbildnerische Elemente und «Credit-» und «Saving-Schemes» in den Mittelpunkt. In dieser Frauengruppe trifft Vandana auch Pramilla Devi, die ein paar Kilometer weit weg wohnt. Obwohl Pramilla Devi gut 15 Jahre älter ist und aus einer hochkastigen Rajput-Familie kommt, entwickelt sich zwischen den Frauen über Kasten- und Altersgrenzen hinweg eine Freundschaft. Pramilla Devi ist schon damals an Politik interessiert und ist Mitglied einer politischen Partei. In vielerlei Hinsicht wird Pramilla über die Jahre zu Vandanas politischer Mentorin. Obwohl Vandana als «Küken» der Frauengruppe startet, wird sie bald Multiplikatorin, gründet weitere Frauengruppen und interagiert in diesem Prozess jenseits der Distriktgrenzen auch mit NGOs, an deren Fortbildungsprogrammen sie teilnimmt.

Für Vandana werden Schreiben, Lesen und Buchhaltung in ihrer Arbeit immer wichtiger, und sie nimmt Nachhilfestunden bei ihrer ältesten Tochter.

Etwa zehn Jahre bevor sie kandidiert, wird Vandana, die ehemalige Analphabetin und Dorffrau, zum Literacy Campaigner für ein staatliches Alphabetisierungsprogramm für Erwachsene, und sie arbeitet in diesem Zusammenhang eng mit den jeweiligen zu diesem Zeitpunkt noch nicht reformierten Panchayats der umliegenden Dörfer zusammen. Jeden Tag ist sie «auf Tour» von Dorf zu Dorf. Schritt für Schritt wird sie in der Gegend als eine Person bekannt, die keine Mühe scheut, um Erwachsenen, die als Kinder dazu keine Gelegenheit hatten, Lesen und Schreiben beizubringen. Ihre Arbeit ermöglicht ihr auch den Zugang zu Informationen über politische Geschehnisse, staatliche Entwicklungsprogramme, Klatsch und die letzten Ereignisse – zu Informationen, die anderen, weniger mobilen Frauen nicht zugänglich sind.

Im Frühjahr 2000 stellt Pramilla Devi, die mittlerweile die lokale Frauenbeauftragte der Indischen Volkspartei (BJP) sowie Vorsitzende des Kreisrates ist, Vandana dem in der Nähe wohnenden Landtagsabgeordneten (MLA, Member of Legislative Assembly) vor. Mit ihr zusammen sind noch andere Frauen aus der Gegend ins Wohnzimmer des MLA eingeladen. Dieser ermutigt sie, sich für die bevorstehenden Panchayat-Wahlen aufstellen zu lassen. Er weist Vandana gezielt darauf hin, dass in ihrem Panchayat die nächste Pradhan-Position zweifach quotiert ist: für Frauen und für niedere Kasten. Ferner erklärt er, unterstützt von seiner Frau und Pramilla Devi, wie man am besten eine Wahlkampagne organisiert und seine politischen GegnerInnen am geschicktesten gegeneinander ausspielt. Vandanas Ehemann, wie auch Vandana selbst, ist eher skeptisch, ob es eine gute Idee ist, Teil des «dreckigen politischen Geschäfts» zu werden. Aber Vandanas mittlerweile fast erwachsene Töchter ermutigen ihre Mutter, diesen Schritt zu wagen. Während der Wahlkampagne geht Van-

dana in Teams aus Mitgliedern der Frauengruppen, die sie gegründet hat, auf Stimmenfang. Als Grund für ihren Wahlerfolg gibt Vandana an, dass ihre WählerInnen bereits wussten, dass sie «engagiert, ehrlich und fleissig» sei. Nach der Wahl bekommt sie eine Frau als Panchayat-Sekretärin zugeteilt. Sie selbst findet es sehr angenehm, mit einer Frau zusammenzuarbeiten. Aber auch ihr Mann begrüsst dies, da Vandana sehr viel Zeit allein mit der Panchayat-Sekretärin verbringt.

Obwohl Vandana die Wahl mit absoluter Mehrheit gewonnen hat, zeichnen sich die ersten Jahre ihrer Amtszeit durch sehr viel Gegenwind aus. Ihr erstes grosses «Projekt», der Bau eines Dorfratsgebäudes (Panchayat Bhawan), wird für die bisherige Elite zum Prüfstein, ob Vandana «kooperiert» und ihre Arbeit in «der bewährten Form» erledigt – das heisst, dass sie öffentliche Gelder in die eigene Tasche abzweigt und in die Taschen der lokal einflussreichen, hochkastigen und im Bauwesen tätigen Familien fliessen lässt. Vandana lehnt es ab, Arbeiter für den Bau des Panchayat Bhawans über Baufirmen zu engagieren. Sie stellt direkt lokale Maurer und Zimmerleute ein, um die Finanzmittel ohne Prozentabzug seitens der Baufirmen armen Familien zukommen zu lassen. Natürlich sind die derart geschnittenen einflussreichen Familien wütend über so viel «Dreistigkeit». Die für das Fundament frisch ausgehobene Baugrube wird auf mysteriöse Weise jede Nacht geflutet, und der Bauprozess kommt zum Stillstand. Das ändert sich erst, als Vandana beginnt, zusammen mit ihrem Sohn die Baustelle Nacht für Nacht selbst zu bewachen.

Da Vandana jetzt nicht mehr am Bau des Dorfratsgebäudes gehindert werden kann, starten Gegner eine Hetzkampagne gegen sie. Man bezichtigt sie eines liederlichen Lebenswandels, wirft ihr Affären vor und kritisiert sie, «unfähig» zu sein und ihrer Arbeit «stümperhaft» nachzugehen. Ausserdem dreht man den Spiess um: Die gleichen Personenkreise, die bislang an den Hebeln der Macht zur Verteilung von Korruptionsgeldern sassen, beschuldigen nun Vandana, Panchayat-Gelder in die eigene Tasche zu scheffeln. Vor allem die Männer der ökonomisch und kastenmässig einflussreichen Familien sind aufgebracht. Nicht nur dass es Vandana gelungen ist, sie komplett aus der Projektrealisation und vom Zugang zu den im Projekt enthaltenen Mitteln auszuschliessen, sondern insbesondere, dass sie dies als Frau und dazu noch aus niederer Kaste durchgesetzt hat, wird als unzumutbar betrachtet. Allein die Tatsache, dass Vandana mit ihnen gemeinsam in den Panchayat-Versammlungen auf gleicher Augenhöhe sitzt und ihnen öffentlich widerspricht, wird als frevelhaft wahrgenommen. Als der Spiessrutenlauf immer schlimmer wird und die Seitenhiebe bedrohlich werden, sucht Vandana Hilfe beim

Block Development Officer (BDO, dem höchsten Beamten auf Kreisebene). Aber dieser erweist sich als wenig hilfsbereit, und Vandana kommentiert das mit, «Er ist schliesslich selbst Rajput und ein Mann.»

An einer Beratungssitzung mit Pramilla Devi und einigen Frauen aus den Frauengruppen wird beschlossen, dass sie als Verstärkung bei der nächsten Panchayat-Sitzung gemeinsam aktiv intervenieren werden. An der nächsten Sitzung unterbrechen die Dorffrauen denn auch jeglichen Versuch der hochkastigen Männer, Vandana herumzukommandieren oder durch Lügen zu diskreditieren, und bauen sich wie ein Schutzwall gegen das Rumgeschubse um Vandana auf. Pramilla Devi hat geraten, die Frauenbeauftragte der Regierungspartei in der Hauptstadt des Bundesstaates aufzusuchen, um die lokalen Seilschaften zu umgehen. Vandana fährt tatsächlich allein nach Shimla. Die Frauenbeauftragte nimmt die Beschwerde ernst und leitet eine Verwarnung gegen den BDO ein, der sich daraufhin übellaunig gezwungen sieht, diese Verwarnung nach unten weiterzureichen.

Zwei Jahre nach diesem Vorfall sind beileibe nicht alle Spannungen gelöst. Trotzdem ist es Vandana in ihrem Amt gelungen, umfangreiche Entwicklungsmassnahmen zu ergreifen. Ausser dem Panchayat-Gebäude baute sie eine Verbindungsstrasse, etliche gepflasterte Wege, einen Anbau am Schulgebäude, zehn Brunnen und erreichte, dass acht extrem arme Familien (BPL) über ein staatliches Wohnungsbauförderungsprogramm ein Dach über dem Kopf bekamen. Diese für alle sichtbaren Erfolge machen es ihren Widersachern immer schwerer, Vandana als «unfähig» darzustellen.

Um gegen Anschuldigungen gemeinsam Front zu machen, sind die Frauen aus den Frauengruppen für Vandanas Arbeit über die Jahre zentral geblieben. Als Gegenleistung bemüht sich Vandana, den Interessen und Wünschen der Frauen in den Panchayat-Sitzungen Gehör zu verschaffen, und sie ermutigt sie auch, während der Dorfvollversammlungen selbst die Stimme zu erheben. Viele der Ideen, wie ein Problem zu lösen sei, was man als Nächstes in Angriff nehmen soll oder wie das Verhalten von XYZ zu interpretieren ist, gewinnt Vandana in den Diskussionen mit den Frauengruppen, die sie regelmässig besucht. Nicht nur die Frauen, auch die Männer ihres Dorfes kontaktieren Vandana während ihrer «Bürozeiten» im Panchayat Bhawan. Noch lieber sucht man Vandana jedoch zu Hause auf, wo sie ihren «Gästen» Tee serviert. Natürlich sitzt Vandana allen Panchayat-Sitzungen selbst vor. Während in Uttar Pradesh die Panchayat-Sitzungen in der Regel weiterhin draussen unter einem Baum stattfinden, hat die Himachal-Regierung nicht nur Gelder für den Bau eines Panchayat Bhawans zur Verfügung gestellt, sondern auch für das zugehörige Mobiliar. Folglich thront Vandana nun auf dem einzigen Lederdrehstuhl mit sehr viel «offizieller Autorität» hinter einem grossen Tisch, während alle anderen gewählten Mitglieder – Männer und Frauen egal welcher Kaste – auf Plastikstühlen auf gleicher Höhe im Kreis vor ihr sitzen. Die Anzahl der Stühle ist auf gewählte Mitglieder beschränkt, und es ist nunmehr fast unmöglich, Frauen und/oder niedere Kasten allein durch übergrosse Präsenz nicht gewählter Männer zu marginalisieren. Vandana erhält wie alle gewählten Mitglieder ein monatliches «Ehrenhonorar» für ihre ansonsten ehrenamtliche Vollzeitbeschäftigung. Ihre Sekretärin kontrolliert genau, dass dieses «Ehrenhonorar» nur an diejenigen Mitglieder ausbezahlt wird, die tatsächlich an den Sitzungen teilnehmen. Auch wenn Vandana das «Ehrenhonorar» als «Taschengeld» bezeichnet, bedeutet es für Mitglieder aus weniger wohlhabenden Familien ein substanzielles zusätzliches Einkommen, da es in etwa der Hälfte des Monatslohns eines Tagelöhners entspricht.

Vandana steht weiter in engem Kontakt mit Pramilla Devi und geht gelegentlich, obwohl sie «Parteipolitik an und für sich nicht attraktiv» findet, mit ihr zu den Parteitreffen – zum einen aus Neugier, zum anderen, um dort wichtige Kontakte zu knüpfen. Über die Freundschaft und die emotionale Unterstützung hinaus ist ihr die Beziehung zu Pramilla Devi auch extrem wichtig, weil Vandana über sie einen Draht zum Innersten der Kreisverwaltung hat. Vandana verfügt so stets als Erste über Informationen, wann, wie, wo welche staatlichen Mittel zur Verfügung stehen und für Projekte beantragt werden können. Zudem kann sie sich im Prozess der Sanktionierung des Budgets ihres Panchayats in der Person von Pramilla Devi auf die Unterstützung einer einflussreichen Kreisratsvorsitzenden verlassen.

Staatliche Fördermassnahmen

Im Gegensatz zur Regierung in Uttar Pradesh nimmt die Bundesregierung in Himachal Pradesh die Umsetzung der Panchayat-Reform ernst. Sie ist bemüht, über Rahmenbedingungen sowohl Frauen den Zugang zur politischen Partizipation zu erleichtern als auch gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Mit Panchayat-Sekretärinnen aber auch durch finanzielle Anerkennung des Engagements der LokalpolitikerInnen werden auch für Frauen neue Strukturen geschaffen, die ihnen das Aushandeln und die Erweiterung von Handlungsspielräumen erleichtern. In Ausbildungsworkshops und durch Handbücher erhalten die gewählten Frauen das Rüstzeug, um ihre Arbeit als «richtig und korrekt» zu legitimieren, und die gesellschaftliche Konstruktion von Frauen als unfähig und unwissend wird dadurch erschwert.

Aber auch die Bereitstellung von Geldern für Panchayat Bhawans und deren Mobiliar bietet die Möglichkeit, institutionalisierte Hierarchien und routinisierte Formen der Marginalisierung von Frauen symbolisch aufzubrechen.

Vielfältigkeit geschlechtsspezifisch strukturierter Unterstützungsnetzwerke Vandanas Fallstudie zeigt – und sie ist diesbezüglich keine Ausnahme –, dass die Frauen, die sich bereits vor ihrem Eintritt in die Lokalpolitik öffentlich engagiert haben, über wichtige Erfahrungen und Netzwerke verfügen, ohne die ein sich Behaupten in der Lokalpolitik schwierig bleibt. Die Fallstudie zeigt auch, dass es sich dabei um einen Jahre dauernden Prozess handelt, der lange vor der eigentlichen Wahl begonnen hat. Mit Hilfe ihres weitgefächerten Unterstützungsnetzwerks verknüpft Vandana erfolgreich weibliche und männliche soziale Räume und erhält so Zugang zu unterschiedlichen Wissenssystemen sowie zu deren Informationskanälen und diskursiven Ressourcen. Es ist diese Integration unterschiedlicher sozialer Räume, sowohl vertikal (formalisierte/professionalisierte Politik, NGOs) als auch horizontal (Familien-, Verwandtschafts-, Nachbarschafts- und Frauennetzwerke), die es Vandana letztlich ermöglicht, neue, vor allem öffentliche Handlungsräume aus einer machtvollen Position heraus auszuhandeln.

Transformation der politischen Arena

Es ist aber auch genau diese Integration von unterschiedlichen, bislang überwiegend aus der formalen Politik ausgeschlossenen Netzwerken, die zur Transformation der politischen Arena führt. Ihre vorgeblich «naive, einfache Art», mit der sich Vandana weigert, bestehende Korruptionskanäle weiterzuversorgen, stellt zum einen die bisherige «Art und Weise, in der man Politik macht» in Frage, zum anderen werden so auch Seilschaften «abgehängt», und der bisherigen politischen Elite wird nicht nur die finanzielle Machtbasis entzogen, sondern auch das Definitionsmonopol, was «Politik» eigentlich sei. Der grösste Angriff auf die bisherige politische Praxis ist jedoch die Art, wie Vandana lokale Frauengruppen in ihre Arbeit einbezieht, und zwar nicht nur wie sie die Gruppen als «pressure groups» etabliert, sondern auch wie durch Austausch und Diskussion gemeinsam mit den Frauengruppen Wissen produziert wird und in die Lokalpolitik einfliesst.

Fazit

Beide Fallstudien haben – wenngleich an den beiden Enden der Spannbreite möglicher politischer Partizipation – gezeigt, wie Frauen in Nordindien die Lokalpolitik-Quote nutzen, um ihre eigenen Handlungsspielräume zu erweitern. Auch wenn die allgemeine Bewertung des Fallbeispiels Manju dieses als Misserfolg abtun würde, war es Ziel dieses Aufsatzes, zu zeigen, dass beide hier

vorgestellten Frauen für sich selbst und innerhalb ihrer Lebenswelt weitreichende Veränderungen erreicht und als wissend und aktiv handelnde Akteure bestimmte Entscheidungen getroffen haben und dass jede für sich neue Handlungsräume eröffnet hat und dadurch bestehende, institutionalisierte Konstruktionen von Geschlecht in Frage stellt.

Trotz ihrer Unterschiedlichkeit zeigen beide Fälle, dass durch das politische Engagement von Frauen bislang «alternative publics» oder auch Frauenräume in das formale politische System integriert werden. Die Frauenquote hat also das Potenzial, zur «Waffe im Ringen über Bedeutungen» (Long 1992:24), d.h. zur Waffe in der sozialen Konstruktion von Politik zu werden. Es besteht Anlass zur Hoffnung, dass diese oberflächlich betrachtet marginal erscheinenden, letztlich jedoch substanziellen Bedeutungsverschiebungen im Laufe des andauernden Aushandlungsprozesses sich rückwirkend auch gesamtgesellschaftlich gesehen auf Prozesse der sozialen Konstruktion von Geschlecht auswirken. Da jedoch die Feminisierung des politischen Raumes, die Transformation dominanter Diskurse sowie institutioneller Wandel ein höchst umstrittenes Unterfangen sind und die bisherigen Inhaber von Machtpositionen diese nicht ohne Widerstand aus der Hand geben werden, ist es empfehlenswert, die der-

zeitigen Entwicklungen allenfalls als Beginn eines langen steinigen Weges zu

Anmerkungen

betrachten.

- 1 Zum Beispiel u.a. das Identifizieren von Begünstigten für staatliche Entwicklungsprogramme sowie deren Beantragung und Durchführung, Organisation und Supervision sämtlicher infrastruktureller Entwicklungsmassnahmen, die Verwaltung und Nutzung gemeinsamer Dorfressourcen (Trinkwasser, Bewässerung, Gewässer und Fischerei, Forst, Waidgründe etc.), Erwachsenen-Alphabetisierungs-Kampagnen, Kanalisation, Elektrizität, «Food for Work»-Programme, Supervision von Schulen und Lehrern, das Vergeben von Witwenrenten sowie Stipendien für SchülerInnen, die Verwaltung von Geburts-, Heirats- und Sterberegistern.
- 2 Als Beispiele für unterschiedliche Wissensformen können landwirtschaftliches Beratungswissen, Bürokratie, NGO, lokale Eliten, politische Parteien, Frauengruppen, Kasten, Panchayats respektive ihre jeweiligen Wissenssysteme gelten, aber auch andere (trans-)lokale alternative Diskurse. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass diese Aufzählung nicht auf feste, homogene klar definierte Einheiten abzielt, sondern, dass das Wissen situativ ausgehandelt und beständig in Interaktion (re-)produziert wird.
- 3 Purdah bedeute in Hindi wörtlich «Vorhang». Purdah kann unterschiedlich praktiziert werden, verweist aber immer auf die (räumliche) Trennung von Männern und Frauen sei es durch das Nichtverlassen des Hauses der Frauen, durch Verschleierung oder durch Vermeiden von Augenkontakt und Interaktion. Purdah wird in Nordindien sowohl von Hindus als auch von Muslimen praktiziert. Ausschlaggebend ist, ob man sich Purdah «leisten» kann, d.h., ob eine Familie auf die Erwerbsarbeit ihrer Frauen verzichten kann. Da ökonomischer Wohlstand in der

Regel weiterhin mit hoher Kaste zusammenfällt, wird Purdah vor allem von hochkastigen Hindus und Muslimen praktiziert.

4 Vgl. z.B. Aziz 2000, Bhaskar 2001, Bayishkar 2003, Das 1999, Hust 2001.

Literatur

Aziz Abdul, Women in Local Governance: Field Experience from Karnataka, unpublished Paper, Bangalore: Institute for Social and Economic Change 2000.

Baviskar B. S., Impact of Women's Participation in Local Governance in Rural India, unpublished Paper Institute of Social Sciences, New Delhi 2003.

Béteille André, The Distribution of Power, in: Vandana Madan, ed. The Village in India, New Delhi 2002 (1965).

Bhaskar Manu, Critical Evaluation of Experience of Women in Panchayati Raj Institutions, in: Women in Panchayati Raj, edited by Ambrose Pinto and Helmut Reifeld, New Delhi 2001.

Das Anita, Experience with the Panchayat Law: The 73rd Constitutional Amendment Act and Rights of Women, unpublished paper presented at the «Women Farmers: Enhancing Rights and Productivity» Conference at Centre for Development Research, Bonn 1999.

Fraser Elizabeth, Democracy, Citizenship and Gender, in: April Carter and Geoffrey Stokes, eds. Democratic Theory Today, Malden 1992.

Girtler Roland, « Ist eine Demokratie von unten im Sinne Mahatma Gandhis überhaupt möglich?», in: ibid. Die «demokratische" Institution des Panchayat in Indien: Ein Vergleich des «gesetzlichen" und des «traditionellen" Panchayat. Wien 1972.

Hust Evelyn, Political <Empowerment' of Women through Legislation: A Case Study Orissa, in: Ambrose Pinto and Helmut Reifeld, eds. Women in Panchayati Raj. New Delhi: Indian Social Institute.

Kuhn Berthold, Panchayat – Reform lokaler Selbstverwaltung in Indien, in: E+Z, 1999, 39:9, S.241-243.

Lieten G. K. and Ravi Srivastava, Unequal Partners: Power Relations, Devolution and Development in Uttar Pradesh, New Delhi 1999.

Long Norman and Alberto Arce, The Dynamics of Knowledge: Interfaces Between Bureaucrats and Peasants, in: Norman Long and Ann Long, eds. Battlefields of Knowledge: The Interlocking of Theory and Practice in Social Research and Development, London 1992.

55

Produzentinnen werden Politikerinnen

Frauen greifen in den Demokratisierungsprozess in Bolivien ein

Jael Bueno

Seit den 1990er Jahren haben die sozialen Bewegungen in Lateinamerika das Paradigma des Klassenkampfes abgelegt. Die führende Funktion übernahmen AkteurInnen, die nicht in der klassischen marxistischen Tradition stehen, entweder weil sie nicht direkt vom Gegensatz Kapital und Arbeit tangiert sind, oder weil sie sich nicht als VertreterInnen eines Gegenmodells zum kapitalistischen Produktionsmodell verstehen. Neuerdings widersprechen Bevölkerungskreise wie Indigene, Bäuerinnen, Landlose, urbane und suburbane Gruppen den neoliberalen Massnahmen, die viele Regierungen ergreifen wie z.B. Privatisierungen, und stellen sich dieser Politik entgegen.

Die Organisation der KokaproduzentInnen in Bolivien zum Beispiel hat auf ganz pragmatische Art die Militarisierung des Landes durch die US-Armee verhindert, wie es in Kolumbien, Peru und teilweise auch in Ecuador geschah. Dieser politische Erfolg zusammen mit dem Sieg im Kampf gegen die Privatisierung des Wassers – «La Guerra del Agua» – machen aus Bolivien ein Vorbild für andere Länder. Es geht dabei um die Umwandlung eines alltäglichen Protests in einen politischen Vorschlag, um schliesslich den Strukturwandel zu beeinflussen und die lokale Ökonomie im globalen Rahmen zu definieren. Die neuen sozialen Bewegungen in Bolivien suchen ihre Repräsentativität und geben sich eine eigene Identität (Selbstverortung). Das unterscheidet sie von den sozialen Bewegungen des letzten Jahrhunderts, die sich einem nationalen Projekt untergeordnet hatten, wodurch die Vielfalt unter einer neuen hegemonialen Macht verschwand. In diesem Prozess sind die diskriminierenden Kriterien der Hautfarbe und sozialen Herkunft, auf denen die koloniale und die postkoloniale Logik ihre Macht aufbauten, als Diskussions-

themen präsent und die polarisierenden Punkte der politischen Aktionen. Wie hat dieser Prozess, der beim Alltag als Bäuerinnen begann und bis zur Übernahme von Kandidaturen für eine politische Partei führte, bei den Kokaproduzentinnen angefangen und welche Widersprüche sind dabei entstanden?

Der Anfang: Marsch für die Souveränität und das Leben

Am 17. Januar 1996 erreichten ca. 500 Kokaproduzentinnen den Regierungshauptsitz von Bolivien in La Paz. In einem 31-tägigen Marsch vom Urwald (Chapare, Cochabamba 450 m.ü.M.) bis zum Altiplano (La Paz 4000 m.ü.M.) hatten die Frauen 560 Kilometer zurückgelegt. Das war die erste nationale und politische Aktion dieser Frauen. Wille, Strategie und Mut zeichneten diesen Marsch aus. Die polizeiliche Repression mit Festnahmen, sexualisierten Übergriffen, Schlägereien und Einsperren der Kokaproduzentinnen in militärischen und polizeilichen Bauten konnte nicht verhindern, dass die Kokaproduzentinnen mit ihren Forderungen den Dialog mit den ersten Damen des Landes (Ehefrauen des Präsidenten und des Vizepräsidenten) suchten. Sie schlossen auch ein Abkommen mit der Regierung über Respektierung der Menschenrechte in Bolivien und initiierten den für den sozialen Wandel notwendigen politischen Prozess.¹

Der Marsch der Kokaproduzentinnen machte die politische Teilnahme der Frauen innerhalb der sozialen Bewegung der Kokaproduzenten sichtbar. Mit klarer Identität und Strategie positionierten sie sich als Frauen und als Angehörige einer sozialen Gruppe. Politik in anerkanntem politischen Rahmen zu machen war das strategische Ziel, deshalb war es für sie wichtig, als politische Akteurinnen mit der Macht zum Verhandeln in die Regierungsstadt zu gelangen. Sie erreichten, dass die verschiedenen sozialen und politischen Gruppen zusammenkamen, um die Problematik der Kokaproduktion auf der nationalen und der internationalen Ebene zu betrachten. Ihre Forderungen erfassten die individuelle und die soziale Ebene. Durch die Präsenz dieser Frauen in der politischen Arena war für die bolivianische Bevölkerung erkennbar, dass das individuelle Erleben von Gewalt mit der politischen Unterdrückung bestimmter sozialer Gruppen zu tun hat. Das war der Anfang, damit die verschiedenen sozialen Gruppen begannen, in einem grösseren Rahmen zu denken und Ähnlichkeiten statt Differenzen zu suchen.

Die erste politische Lektion

In ihrer ersten politischen Aktion suchten die Kokaproduzentinnen das Gespräch «von Frau zu Frau» mit den Ehefrauen des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Republik. Die Damen der Republik erklärten sich bereit zum

Dialog und kamen mit zwei Beratern, dem Informationsminister und dem Arbeitsminister, und einer internationalen Beraterin.² Für die Gespräche brauchte es eine Übersetzung, da die Damen die indigene Sprache der Kokaproduzentinnen nicht verstanden. Nachdem diese über ihren Alltag und die Gewalt, die sie erlebt hatten, berichteten, brachten sie konkrete Forderungen vor, beispielsweise nach der Freilassung von Gefangenen, dem freien Handel mit Coca-Blättern, der Entschädigung von Verletzten, Witwen und Waisen, die Zerstörung von Coca-Plantagen zu stoppen und dass die Abkommen zwischen Regierung und Kokaproduzenten eingehalten werden. Die Ehefrauen des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie die beiden Minister sagten, dass sie nicht ermächtigt seien, Vereinbarungen mit den Frauen zu treffen. Sie offerierten «humanitäre Hilfe an Personen, die nicht in Verbindung mit dem Drogenhandel stehen und von den militärischen Einsätzen betroffen waren».

Die Kokaproduzentinnen lernten, dass «Frau zu sein» nicht immer «Frau sein» bedeutet, noch viel weniger, wenn soziale und wirtschaftliche Interessen im Zentrum stehen. Sie wechselten daraufhin die Strategie und organisierten einen Massenhungerstreik der 13 Tage dauerte. Dank der Mobilisierung der Kokaproduzenten im ganzen Land und der Unterstützung der Forderungen der Kokaproduzentinnen durch Gruppen aus anderen wirtschaftlichen Sektoren unterzeichneten die Frauen am 3. Februar 1996 das Abkommen mit der Regierung über die Respektierung der Menschenrechte in Bolivien.

Die Partei, die Wahlen und die Kandidatinnen

Zurück in Cochabamba, organisierten sich die Kokaproduzentinnen im Verband der Kokaproduzentinnen der Tropen Cochabambas (La Federacion de Mujeres Cocaleras del Trópico Cochabambino). Was sie am ersten Kongress der Bäuerinnen Anfang 1995⁴ gelernt hatten, half ihnen bei der Organisation der Frauen an der Basis. In jedem kleinen Dorf fanden Bäuerinnenkongresse statt, und sie arbeiteten in den Kommissionen Politik, Organisation, Coca-Blätter, Gesundheit, Soziales und Frauenrechte.

Dieser Organisationsprozess erreichte andere Provinzen und Städte. Die erste nationale Vereinigung dieser Tausenden Organisationen von Bäuerinnen, Bauern, Arbeitern, Arbeiterinnen, Quartiergemeinden, kleinen Unternehmerinnen, Lehrkräften, u.a. war die ASP (Asamblea por la Soberania de los Pueblos). In dieser Vereinigung wurde im Jahr 1997 die Partei MAS, Movimiento al Socialismo (Bewegung zum Sozialismus), geboren.

Die Kokaproduzentinnen waren ausserordentlich aktiv und erreichten, dass die Partei MAS in vielen Dörfern und Quartieren sowie in Organisationen von Bäuerinnen und Bauern, FabrikarbeiterInnen, StudentInnen, LehrerInnen präsent war. Sie führten die Vorbereitungsarbeiten für die Präsidentenwahl 2002 an. Zum ersten Mal in der Geschichte kandidierten Bäuerinnen und Gewerkschafterinnen als militierende Parteimitglieder. MAS erhielt fast 30 % aller Stimmen. Im bolivianischen Parlament traten die Kandidatinnen der MAS in ihrer traditionellen Kleidung auf – Teile der «hellhäutigen Oberschichten» waren empört.

Der zweite Wahlkampf im Jahre 2005, nach der unruhigen Phase der Regierung von Gonzalo Sanchez de Lozada und dessen Abtritt als Präsident, wurde unbestritten von MAS gewonnen. Evo Morales als Kandidat der MAS erzielte 54% der Stimmen. Er ist damit der erste Politiker in der modernen Geschichte Boliviens, der mit der absoluten Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt wurde, und Morales ist der erste Inhaber des Präsidentenamtes, der indianischer Abstammung ist.

Das politische Programm der MAS beinhaltet:

- 1. Die Nationalisierung der Erdgasindustrie gemäss den Ergebnissen des Referendums von 2004. Die Nationalisierung soll durch Neuaushandlung der bisherigen Förderkonzessionen und anderer Verträge erfolgen.
- 2. Das Land, das aus rein spekulativen Gründen nicht genutzt wird, soll an den Staat fallen. Damit sind in erster Linie Ländereien von Grossagrariern im fruchtbaren Tiefland gemeint, die zuletzt immer häufiger von aus der Hochebene des Landes kommenden landlosen Familien besetzt wurden.
- Die Bildung einer konstituierenden Versammlung, die eine neue Verfassung ausarbeiten soll.
- Die Bekämpfung von Korruption und den staatlichen Strukturen, die die Korruption ermöglichen.
- Die Sparpolitik in allen Bereichen zugunsten von Bildung und Gesundheit für die breiten Masse.⁵

Ein Land regieren

«Was hatte man nicht alles getan, um diesen Mann an der Spitze des Staates zu verhindern. Seit Evo Morales als Anführer der Coca-Bauern in die bolivianische Politik aufstieg, folgte eine Attacke der nächsten. Nicht nur im eigenen Land, sondern vor allem auch in Washington verfolgte man den Aufstieg des Indiopolitikers mit Argwohn. Ein «Faktor der Instabilität» sei Morales, hiess es von dort, seiner Bewegung zum Sozialismus wurde die aktive Förderung des «Drogenterrorismus» vorgehalten. Für die USA war das nach Nazis, Sowjets und Kubanern der jüngste Vorwand, demokratische Strukturen in Lateinamerika zu zerschlagen und durch eigene oder ferngesteuerte Militärregimes zu ersetzen.»

Bei der Wahl von 130 Abgeordneten und 27 SenatorInnen wurden insgesamt ca. 25 % Frauen gewählt. Nicht nur die MAS hatte Frauen in ihre Listen integriert, sondern auch die anderen Parteien.

Die Versprechungen wurden gehalten. Evo Morales gestaltete ein Kabinett mit Vertreterinnen der Frauenorganisationen, die im politischen Prozess aktiv waren. Zum ersten Mal in der bolivianischen Geschichte übernahmen Frauen vier der insgeamt 16 Ministerien. Ihre Ernennung wurde von den rechten Parteien und deren Intellektuellen heftig kritisiert, denn sie sind Frauen und stammen aus segregierten sozialen Gruppen. Arrogante Opposition leistete das RechtsanwältInnen-Kollegium gegen die neue Justizministerin Casimira Rodriguez. Ihre soziale Herkunft wurde bösartig kommentiert. Für die Rechtsanwälte war sie despektierlich nur eine arme Bäuerin, die keine Ahnung von der Gesetzgebung hat. Die rechten Parteien und die Oligarchie, die oberen sozialen Schichten, die ihre Herrschaft im Laufe der kolonialen Geschichte begründet hatten, brachten in ihren Fernsehkanälen, Zeitungen und Radiostationen jeden Tag Nachrichten über die «Unfähigkeit dieser Frau» und über «die Beschämung, die die Präsenz einer Chola als Ministerin für das Vaterland bedeutet» (Chola ist eine verächtliche Bezeichnung für eine Frau aus niederer sozialer Schicht, die einen indigenen Rock trägt).

Die androzentrische bolivianische Gesellschaft fühlte sich beleidigt. Es war schon zu viel, einen Präsidenten zu haben, der nicht Weisser oder mindestens Mestize war. Eine Frau aus der unteren Schicht als Autorität zu akzeptieren, dazu waren sie einfach nicht bereit. Für viele «weisse Bolivianer» war der Alptraum Realität geworden, und sie setzten im Kampf alle Waffen gegen die Ministerin ein.

Im Widerspruch zur journalistischen Ethik übernahmen einige Medien die Aufgabe des Sich-Lächerlich-Machens und der respektlosen Berichterstattung über den Präsidenten. Tagtäglich beschäftigten sie sich mit dem Aussehen des Präsidenten: Er trägt keine Krawatte, die Schuhe sind nicht glänzend, er trinkt viel Wasser, er beherrscht die Sprache nicht, er lässt die Regierungsmittagessen nicht in Fünf-Sterne-Restaurants organisieren, er spricht stundenlang ohne Unterbrechung usw. Diese Medien äusserten sich auch unverschämt mit sexistischen und rassistischen Sprüchen über die Justizministerin Casimira Rodriguez.

Der Prozess geht weiter

Sechs Monate nachdem die Regierung von Evo Morales die Macht übernommen hatte, die Vorbereitung für die «Asamblea Constituyente» (Verfassunggebende Versammlung) in der Stadt Sucre im August 2006 abgeschlossen

und die Teilnehmenden portiert waren, nahm die politische Opposition den Kampf gegen die Regierung auf. Die Verfassunggebende Versammlung sollte Pläne für eine Neugründung des Landes Bolivien unter Teilnahme aller indianischen Völker und sozialen Gruppen erarbeiten.

Zu diesem Zeitpunkt verlangte die Oligarchie und ehemalige herrschende Klasse von der Regierung, die Probleme des Landes gelöst zu haben: Analphabetismus, Arbeitslosigkeit, Delinquenz, Korruption, das Ausbleiben von Investitionen, Strassennetz, Unterernährung etc. Weil es nach sechsmonatiger Regierungszeit von Evo Morales in Bolivien immer noch Arme und Arbeitslose gab, klagte die Opposition die Regierung wegen «Unfähigkeit» an.

Der destruktive Diskurs übernahm Symbole und Forderungen der sozialen Bewegungen: Autonomie, Gebietsanspruch, Toleranz, Gleichberechtigung und Demokratie. Mit diesen Begriffen inszenierten die rechtsextremen Gruppen in den Städten Santa Cruz, Tarija und Sucre rassistische Angriffe auf die indiostämmige Bevölkerung. Schlagworte wie «mate un indio y haga patria» («Töte einen Indio und steh für das Vaterland ein») stehen an den Mauern von Santa Cruz, der Stadt, in der die rechtsextreme Gruppe Jugendunion Santa Cruz (UJC) die Bevölkerung terrorisiert und mit Waffengewalt Frauen und Männer zwingt, an den Demonstrationen gegen die Regierung teilzunehmen.

Diese Inszenierung des «Rassenkampfes» eskalierte im Januar 2007 in Cochabamba. Es kam zu einer Konfrontation zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung, zwischen «Weissen» und «Indios», mit katastrophalen Folgen. Die rechten Parteien manipulierten die Bevölkerung, indem sie den «bolivianischen weissen Alptraum» heraufbeschworen, und sprachen wie in der Kolonialphase von der «Indio-Invasion» in den Städten. Besagter Alptraum begann im Jahr 1781, als Tupack Katari und Bartolina Sisa einen Befreiungskampf gegen die spanische Metropole starteten. Die indianischen Rebellengruppen belagerten die Städte, in der die Mehrheit der Bevölkerung Weisse oder Mestizen waren. Zu dieser Zeit hatten die Indias und Indios keinen freien Zugang zu den kolonialen Städten ausser als HaushaltssklavInnen. Seither fühlten sich die «weisse» Gruppe und diejenigen, die sich mit dieser sozialen Sicht identifizieren, unsicher, und jetzt kommt erneut Panik vor der Indiada (Gruppen von Indios/as) auf, die droht «ihre Städte» einzuschliessen. Die Wegweisung der ursprünglichen Bevölkerungsgruppen wurde nach der Entstehung der bolivianischen Republik im Jahr 1825 nicht aufgehoben, obwohl die koloniale Herrschaft durch den Befreiungskampf unter Beteiligung indianischer Truppen besiegt worden war. Die räumliche und politische Ausgrenzung der einheimischen Bevölkerung endete erst 1952, als die Revo-

lution Frauen und Indios/as bürgerliche Rechte und Bewegungsfreiheit gab. Die Berichterstattung in den Medien über die politische Situation in Bolivien nach dem demokratischen Sieg von Evo Morales ist widersprüchlich. Im März 2007 besuchte deshalb eine Delegation des Europäischen Parlaments das Land, «um sich ein Bild von der aktuellen Situation nach einem guten Jahr unter der Regierung des Präsidenten Evo Morales zu machen. Die deutsche Ratspräsidentschaft lobt den Abgeordneten gegenüber, endlich sei das Land stabil und erfülle makroökonomisch gar Maastrichtkriterien. Der spanische wie der englische Botschafter sehen nur Fehler, unzulängliche Investitionsanreize, schleppende Entwicklung. Die Verfassunggebende Versammlung steht und fällt für sie mit den Zugriffsmöglichkeiten auf Gas und Land.»⁷ Dass Bolivien weiterhin ein polarisiertes Land ist, sollte nicht überraschen. In zwölf Monaten hat kein Land, keine Regierung in der menschlichen Geschichte eine Polarisierung, die seit mehr als 500 Jahren besteht, besiegt. Es gibt Versuche, die vielleicht erfolgreich sein werden, aber entscheidend ist die Beteiligung der globalen Gesellschaft durch ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen. Die Polarisierung ist Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in dieser globalen Phase. Solange sich die Kluft zwischen Armen und Reichen weiter öffnet, ist dies nicht nur ein nationales Problem von Bolivien, sondern es betrifft alle Nationen.

Die Ausarbeitung der neuen Verfassung gestaltet sich sehr turbulent. Die Verfassunggebende Versammlung soll im Dezember 2007 eine neue Magna Charta zur legislativen «Neugründung Boliviens» vorlegen, was die konservative Opposition mit allen Mitteln zu verhindern versucht. So hat sie beispielsweise einen «Streik für die Demokratie» in den Städten Cochabamba, Tarija, Pando, Beni, Santa Cruz und Chuquisaca angekündigt.⁸

«Der Streik, ausgerufen von regierungsfeindlichen ‹Bürger-Komitees›, ist gegen das vermeintlich ‹autoritäre Regime Morales› gerichtet. Diese nicht vom Volke gewählten Zusammenschlüsse von Unternehmern und Grossgrundbesitzern sind zusammen mit den regionalen Präfekten der streikenden Provinzen die derzeit stärksten politischen Gegner der MAS-Regierung unter Präsident Evo Morales».

Die Ministerinnen und die Demokratie

Die Kokaproduzentinnen, die eine politische Aufgabe übernahmen, mussten schnell lernen, dass das Regierungssystem funktioniert, und sich mit der Bedeutung der Demokratie und der Rolle des Staats auseinandersetzen.

Nach einem Jahr wurde das ganze Kabinett ausgewechselt. Innert kurzer Zeit hatten die Vertreterinnen von sozialen Schichten, die bis jetzt nie Zugang zu

politischer Macht gehabt hatten, begriffen, wie ein Land regiert wird. In das neue Kabinett wurden vier Frauen wurden gewählt: Susana Rivero Guzmán (Ministerium Ländliche Entwicklung und Umwelt), Celima Torrico Rojas (Justizministerium), Celinda Sosa Lunda (Ministerium für Produktion und kleine Unternehmen) und Nila Heredia Miranda (Ministerium für Gesundheit und Sport). Von sechzehn Ministerien werden vier von Frauen geführt (25 %). Unter den Vizeministern gibt es eine Mehrheit von Frauen, denen das Mandat aufgrund ihrer aktiven Beteiligung am politischen Wandel übertragen wurde. In diesem politischen Prozess stehen die Frauen vor dem alten Paradox der Demokratie: dem Widerspruch zwischen Mehrheit und Minderheit, Kollektivität und Individualität. Obwohl viele der Kokaproduzentinnen aus ihrem Alltag spezifische Frauenthemen zu politischen Themen gemacht haben, sind sie als Politikerinnen oft gezwungen, diese unter nationalen Themen zu subsumieren. Die Durchsetzung von Formen und Prinzipien der Volksherrschaft inner- und ausserhalb des staatlich-politischen Bereichs wirft noch mehr Widersprüche auf, wenn «das Volk» definiert werden muss. Wer vertritt das Volk? Welche Interessen (ihre sozialen oder geschlechtlichen Gruppen) sollen Frauen vertreten und verteidigen? Die demokratische Absicht, den Widerspruch zwischen politischer Gleichheit und sozialer wie ökonomischer Ungleichheit zu beseitigen, ist nicht leicht zu erreichen. Es gibt keine Theorie und keine konkrete Beispiele für demokratische Modelle, in denen der Demokratisierungsprozess die Vielfalt der Menschheit aufgenommen hat. Die Realität ist komplex, aber die Kokaproduzentinnen haben gelernt, dass Demokratie nur stattfindet, wenn die Akteurinnen die Macht haben, den demokratischen Prozess zu beeinflussen.

Anmerkungen

- 1 Evelin Agreda, Norma Rodriguez, Alex Contreras, Mujeres Cocaleras marchando por una vida sin violencia, Comite Coordinador de las cinco Federaciones del Trópico de Cochabamba, Cochabamba 1996, S. 135.
- 2 Evelin Agreda et al., S. 147.
- 3 Evelin Agreda et al., S. 152.
- 4 Maria Esther Pozo, Javier Garcia Soruco, Movimientos Socials y productores de coca: genero y violencia en Bolivia, in: Nina Laurie, Maria Esther Pozo (Hg.), Las Displicencias de Género en los cruces del Siglo Pasadp al Nuevo Milenio en los Andes, University of Newcastle Upon Tyne/CESU-UMSS, Cochabamba 2006, S. 114.
- 5 http://de.wikipedia.org/wiki/Movimiento al Socialismo (Bolivien), 30.08.2007.
- 6 In: Junge Welt. Regime change in Bolivien, 26.06.2007.
- 7 Gaby Küppers, Lieber gut als besser leben, in: ila Nr. 304, S. 43–45, Bonn 2007.
- 8 Benjamin Beutler, Cochabamba. Der Verfassungsstreit, in: Neues Deutschland, 26.06.2007.
- 9 Ben Beutler, Generalstreik gegen Morales, in: Neues Deutschland, 30. 08.2007

65

«Porträts aus einer globalisierten Mode-Welt»

Internationalität, Partizipation und Individualität in der Fotoserie von Barbara Davatz

Susi Wiederkehr

Beauty lies within, dieser doppeldeutige* Werbeslogan auf den Plastiktüten der Modekette H&M inspirierte vor ein paar Jahren die freischaffende Fotografin Barbara Davatz zu einer neuen Fotoserie. Seit Jahrzehnten schon spezialisiert auf Porträts und Porträtreportagen, erarbeitete Davatz in ihren bisherigen Projekten Verbindungen und Ähnlichkeiten zwischen Paaren, Verwandten und FreundInnen. Bewusst sucht sie die intensive Auseinandersetzung mit einzelnen Menschen, jeweils unter einem bestimmten thematischen Aspekt. Es entstehen Feldstudien, Porträtserien als Zeitdokumente. In ihrer jüngsten Studie ist der gemeinsame Arbeitgeber die Verbindung. Die visuellen Botschaften, die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den 89 porträtierten jungen Modeverkäuferinnen und -verkäufern aus 24 Ländern, die für eine global ausgerichtete Modekette arbeiten, werden sichtbar. Indem sie diese Menschen (in Farbe) vor hellgrauem Hintergrund im Studio im Tösstal fotografiert, zeigt Barbara Davatz sie herausgelöst aus ihrem Alltag. «Mich interessiert die direkte, ehrliche, essenzielle Darstellung, der ungekünstelte, unverschämte Blick, und dies in serieller Form. Hierin liegen für mich Kraft und Stärke der visuellen Aussage.» In den Gesichtern der Porträtierten sucht die Fotografin nicht einen gefälligen Ausdruck, sondern eine «Nullposition», einen Ausdruck von entspannter Wachheit. Offen, präsent und selbstbewusst in Blick und Haltung, oftmals sehr ernst, manchmal ein ganz zartes Lächeln andeutend – so wecken die Porträtierten das Interesse der Betrachtenden, ziehen den Blick auf sich, ins Bild hinein. Und schauen zurück. Die fotografierten jungen Frauen und Männer legen Wert auf das Sich-Kleiden: Jeans, T-Shirts, kurze Pullover, Blusen, Tops, manchmal übereinander, mal hochgeschlossen, mal weit ausgeschnitten, Gürtel jeglicher Art, Krawatten, Schmuck,

Tattoos, wenige Minijupes und Röcke. Viele von ihnen tragen, auch wenn sie ursprünglich aus dem Kosovo, Sri Lanka, der Türkei, Marokko, Brasilien oder Italien kommen, eine körperbetonte Mode. Grosse Vielfalt oder besser: Individualität in variierter Uniformität blickt einem entgegen, lebendiger Ausdruck der Globalisierung und Demokratisierung in der Mode. Auch junge Leute mit schmalem Budget können dank der Billigmodeketten teilhaben an der Welt der Schönen und Berühmten der internationalen Pop- und Filmszene. Denn stilsicher adaptierten die Modeunternehmen sogar die extravagante Haute Couture in kostengünstige, gut zu tragende Mode. Sobald die Stücke entworfen sind, braucht der Hersteller nur zwanzig Tage, um sie zu produzieren und in die eigenen Läden zu bringen. Weltweit kann so umgehend ein neuer Trend aufgenommen und sofort billig vermarktet werden. Abgesehen von der Fragwürdigkeit der Rohstoffpreise und der Arbeitsbedingungen, unter denen diese Kleider hergestellt werden, ist auch in Bezug auf die so entstehende internationale Ästhetik einige Skepsis am Platz. Gleichzeitig ermöglichen diese Art der Produktion und diese kommerzielle Ästhetik aber jungen Menschen wenig privilegierter Herkunft, die sich ebendiese billige, Individualität stiftende Mode leisten können, sich mit diesen Kleidercodes in einer globalisierten Welt nicht nur zurechtzufinden, sondern sich auch mit dem eigenen Schönsein wohl zu fühlen. Auch das ist eine Form der Partizipation an der Welt.

H&M, stellvertretend für alle Billigmodeketten, nur als Kommerz, als augenfälligen Ausdruck der Konsumwelt und des globalisierten Kapitalismus wahrzunehmen wäre trotz kritischer Perspektive zu einfach. Der Fokus bliebe auf die internationalen Konzerne fixiert, die Verkäuferinnen in ihrer je eigenen Würde und Individualität, auch in ihrem Willen nach Zugehörigkeit zur Welt, in der sie leben, würden einmal mehr übergangen. Barbara Davatz wählt eine andere Optik: Sie transferiert den Slogan «Beauty lies within» vom textilen Objekt auf die Schönheit der Trägerinnen und Träger. Schöne Kleider stärken das subjektive Gefühl, schön zu sein, verhelfen zum inneren Bewusstsein, jemand zu sein. Barbara Davatz sagt rückblickend auf die Zusammenarbeit mit den Porträtierten: «Ich habe viele starke, tapfere junge Erwachsene porträtiert mit je einem einzigartigen Schicksal. Ganz sicher sind es keine Mode-Tussis. Und ich bin glücklich und gerührt, diesen Einblick haben zu dürfen.»

Barbara Davatz: «Beauty lies within», Bildband, Limmat Verlag, Reihe FotoSzeneSchweiz, Fr. 46.–.

^{*}Beauty lies within kann «Schönheit liegt drinnen» (in der Tüte) oder «Schönheit liegt im Innern» (eines Menschen) heissen.



*1985 in Brasov, Rumänien

*1967 in Rio de Janeiro, Brasilien



Vera *1984 in Schwyz, Schweiz

*1985 in Malishev-Gjilan, Kosovo



*1963 in Casablanca, Marokko

Bukurije *1977 in Pristina, Kosovo



Tamara *1977 in Hanover, Jamaika

Balkar *1977 in Walenstadt, Schweiz



Lien*1984 in Rorschach, Schweiz

Marie-Laure *1976 in Schaffhausen, Schweiz



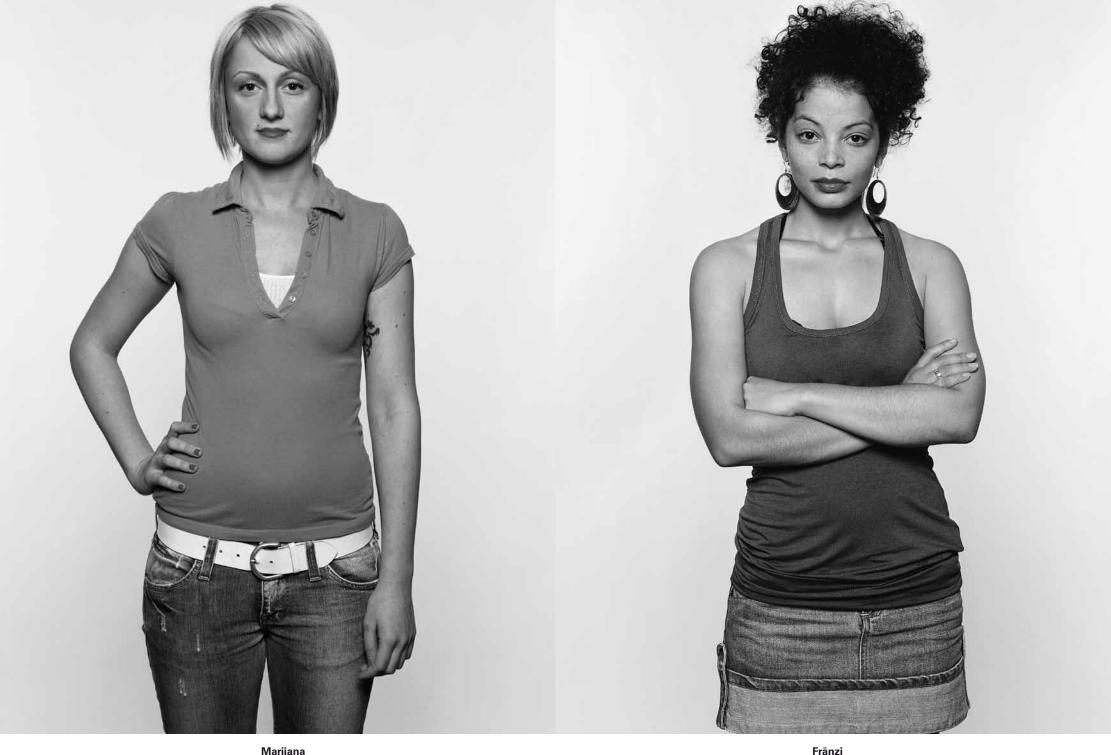
*1976 in Rio de Janeiro, Brasilien

Dilamiya *1989 in Jaffna, Sri Lanka



*1984 in Winterthur, Schweiz

Lulu *1970 in Laos



Marijana *1983 in Knjazevac, Serbien-Montenegro

Fränzi *1980 in Zürich, Schweiz

Neue politische Räume und Subjekte

Saskia Sassen

Die beiden grundlegenden Subjekte für eine Mitgliedschaft im modernen Nationalstaat, der/die StaatsbürgerIn und der/die Fremde, sind aktuell wesentlichen Veränderungen unterworfen. Daraus resultiert eine teilweise Verwischung sowohl der Staatsbürgerin/des Staatsbürgers wie auch des/der Fremden. Einige dieser Veränderungen sind nicht formalisiert und werden deshalb nur in gewissen Kontexten besonders offenkundig. Der wichtigste dieser Kontexte ist die Stadt, die als produktiver Raum für informelle oder noch nicht formalisierte Politiken und Subjekte gefasst werden kann.

Staatsbürgerschaft¹ dekonstruieren

Obwohl Staatsbürgerschaft oft als eigenständiges Konzept behandelt und als einheitliche Institution erfahren wird, beschreibt sie tatsächlich eine Anzahl eigenständiger, jedoch zueinander in Beziehung stehender Aspekte der Verbindung zwischen dem Individuum und dem Gemeinwesen. Aktuelle Entwicklungen zeigen die Spannungen zwischen dem Konzept von Staatsbürgerschaft als formellem rechtlichem Status und Staatsbürgerschaft als normativem Projekt oder als «Bestrebung» auf (siehe z.B. Giugni 2006; Ribas-Mateos 2005; Tunstall 2006). Die formelle Gleichbehandlung, die allen StaatsbürgerInnen gewährt wird, gründet selten im Bedürfnis nach substanzieller sozialer oder sogar auch politischer Gleichbehandlung. Kurz: Die aktuellen Gegebenheiten haben denjenigen Rechten und Bestrebung mehr Gewicht verliehen, die über die formelle juristische Definition von Rechten und Pflichten hinausgehen.

In den von Max Weber (1958) so bewunderten mittelalterlichen Städten waren es die Bürger der Stadt selbst, welche die Strukturen einrichteten, um ihre Rechte im städtischen Raum festzulegen und zu stärken. Heute stellt der Nationalstaat diese Mechanismen bereit – zugunsten des nationalen politischen Raumes. Allerdings könnten diese Mechanismen angesichts der Globalisierung und der damit einhergehenden Veränderungen im Nationalstaat und der wachsenden Bedeutung der Menschenrechte einmal mehr im Wandel begriffen sein. In jeder dieser Phasen haben sich die eigentlichen Formen und Inhalte der gesetzlichen Rechte und Pflichten ebenfalls verändert.

Einige dieser Themen können anhand der Herausbildung der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft über die letzten Dekaden hinweg illustriert werden. Auf Gleichbehandlung basierende Staatsbürgerschaft ist zentral für die moderne Institution der Staatsbürgerschaft.

In einem Land wie den USA bleibt das Prinzip der gleichberechtigten Staatsbürgerschaft auch nach erfolgreichen Kämpfen und rechtlichen Fortschritten in den letzten fünfzig Jahren unerfüllt (Karst 1997). Gruppen, die über Rasse, Ethnizität, Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung und andere «Identitäten» definiert werden, sind trotz formaler gleichberechtigter Staatsbürgerschaft nach wie vor von einer vollwertigen Teilnahme am öffentlichen Leben ausgeschlossen. Zudem schliesst Armut weite Teile der Bevölkerung aus, weil vollwertige Teilnahme als StaatsbürgerIn eine materielle Basis bedingt (Marshall 1977; Handler 1995); dieser Graben vergrössert sich stetig. Rechtliche Staatsbürgerschaft bringt demnach nicht immer vollwertige und gleiche Rechte der Mitglieder mit sich. Staatsbürgerschaft wird von der Positionierung verschiedener Gruppen innerhalb eines Nationalstaates beeinflusst.

Andererseits ist es genau die Positionierung dieser verschiedenen Gruppen, die diejenigen Praktiken und Kämpfe hervorgerufen hat, die Veränderungen in der Institution der Staatsbürgerschaft selbst erzwungen haben.

Diese Geschichte der Wechselwirkungen zwischen unterschiedlichen Positionierungen und erweiterten Einschlüssen weist auf die Möglichkeit hin, dass die neuen, von Ungleichheit und Differenz zeugenden Gegebenheiten und die damit einhergehenden neuen Arten des Anspruch-Erhebens weitere Veränderungen der Institution mit sich bringen könnten. Staatsbürgerschaft wird teilweise durch die Praktiken der Ausgeschlossenen hergestellt. Zudem hat der Nationalstaat den formellen einschliessenden Aspekt von Staatsbürgerschaft erweitert. Damit hat er zur Schaffung einiger Gegebenheiten beigetragen, die schliesslich zentrale Aspekte von postnationaler Staatsbürgerschaft in Richtung Erleichterung verändern könnten.

Es ist gut möglich, dass in diesen beiden Faktoren der Grund für die nichtlineare Entwicklung der Institution liegt. Ein Beispiel ist die Entscheidung von «First Nation»-Völkern der USA, sich direkt an die UNO zu wenden und direkte

83

Olympe 25/26/07

Repräsentation in internationalen Foren zu fordern, anstatt den Weg über den Nationalstaat einzuschlagen. Weitere Beispiele sind der zunehmend institutionalisierte Rahmen des internationalen Regimes der Menschenrechte sowie die neuen Möglichkeiten, unilaterale Staatssouveränität zu umgehen.

Die Bedeutung von Gleichbehandlung in der Institution der Staatsbürgerschaft hat zugenommen und ist sichtbarer geworden. Zudem spielt die nationale Gesetzgebung eine immer wichtiger werdende Rolle dabei, bisher unsichtbaren Minderheiten Präsenz und eine Stimme zu verleihen. Daher hat auch die Spannung zwischen Staatsbürgerschaft als formellem Status und Staatsbürgerschaft als normativem Projekt zugenommen. Globalisierung und Menschenrechte erhöhen diese Spannung und treiben damit die Elemente eines neuen Diskurses über Rechte voran. Diese Entwicklungen weisen darauf hin, dass das analytische Terrain, innerhalb dessen die Frage von Rechten, Autorität und Pflichten zu diskutieren ist, im Begriff ist, sich zu verlagern (Sassen 1996: Kapitel 2; Sassen 2006: Kapitel 6).

Tatsächliche Nationalität und informelle Staatsbürgerschaft

Nicht autorisiert und doch anerkannt

Vielleicht eines der extremeren Beispiele für eine tatsächliche – versus formelle – Nationalität ist der sogenannte informelle soziale Vertrag, der illegale ImmigrantInnen an ihre Wohngemeinde bindet (Schuck and Smith 1985). Dank dieses Vertrags können nicht autorisierte MigrantInnen, die bürgerliche Beteiligung, soziale Verdienste und nationale Loyalität beweisen, argumentieren, dass sie eine Aufenthaltsbewilligung verdienen. Zur Spezifizierung dieser kurzen Analyse konzentriere ich mich im Folgenden auf das Beispiel illegaler ImmigrantInnen in den USA.

Die alltäglichen Praktiken illegaler ImmigrantInnen in ihren Wohngemeinden – zum Beispiel für eine Familie sorgen, Kinder unterrichten, eine Anstellung haben – geben ihnen in den USA das Anrecht, Anspruch auf Staatsbürgerschaft zu erheben, selbst wenn ihnen der formelle Status und, im engeren Sinne, die Legalisierung dabei vorenthalten bleiben. Diese Praktiken produzieren also eine Teilanerkennung als vollwertige soziale Subjekte. In vielen Ländern der Welt, inklusive den USA, können illegale ImmigrantInnen, die schon lange im Land sind, zu einer Aufenthaltsbewilligung kommen, wenn sie ebendiesen langjährigen Aufenthalt und ihre «gute Führung» dokumentieren können. Bevor zum Beispiel 1996 das neue Immigrationsgesetz in Kraft trat, konnten alle illegalen ImmigrantInnen eine Aufenthaltsbewilligung für die USA beantragen, wenn sie nachweisen konnten, dass sie sich sieben Jahre ununterbrochen im Land aufgehalten hatten, einen guten Charakter haben und zudem glaubwürdig darstellen

konnten, dass eine Abschiebung in ihrem Fall untragbar hart wäre. NACARA (Nicaragua Adjustment and Central American Relief Act, 1997) dehnte diese Möglichkeit für einen Antrag auf Verzicht auf Abschiebung auf etwa 300°000 SalvadorianerInnen und GuatemaltekInnen aus, die sich illegal in den USA aufhielten.

Das Beispiel von illegalen ImmigrantInnen ist in vielerlei Hinsicht eine sehr spezifische und spezielle Illustration «tatsächlicher» Staatsbürgerschaft und Nationalität.

Darüber hinaus können Praktiken von MigrantInnen – selbst von illegalen – zur Anerkennung ihrer Rechte in ihren Herkunftsländern beitragen. Während des Bürgerkriegs in El Salvador von 1981 bis 1992 wurden salvadorianische MigrantInnen, obschon sie salvadorianische StaatsbürgerInnen waren, durch politische Gewalt, die prekäre ökonomische Situation und durch Verfolgung direkt oder indirekt aus El Salvador ausgesperrt (Mahler 1996). Sie kamen nicht in den Genuss ihrer Rechte als StaatsbürgerInnen. Nach ihrer Flucht unterstützten viele ihre Familien und ihre Community aus dem Ausland. Für die salvadorianische Wirtschaft wurden die Geldüberweisungen der MigrantInnen zu einem Schlüsselfaktor - dasselbe gilt für viele andere Länder weltweit. Die Regierung von El Salvador unterstützte Ausgewanderte sogar in ihren Bemühungen um eine US-Aufenthaltsbewilligung und schloss sich zu diesem Zweck gar in den USA angesiedelten aktivistischen Organisationen an. Die salvadorianische Regierung unterstützte also eigene, vormals ausgesperrte StaatsbürgerInnen – sie war auf einen ununterbrochenen Fluss der Geldüberweisungen angewiesen und die Ausgewanderten mussten angesichts der hohen Arbeitslosigkeit in El Salvador von der berufstätigen Bevölkerung ferngehalten werden. Die Beteiligung dieser illegalen MigrantInnen an grenzüberschreitenden Community-, Familien- und politischen Netzwerken trug also zu einer wachsenden Anerkennung ihrer legalen und politischen Rechte als salvadorianische StaatsbürgerInnen bei (Coutin 2000; Mahler 1996).

Autorisiert und doch nicht anerkannt

Der illegalen Immigrantin, deren Praktiken ihr dennoch ermöglichen, als Mitglied der politischen Gemeinde akzeptiert zu werden, stehen die vollwertigen StaatsbürgerInnen, die dennoch nicht als politische Subjekte anerkannt werden, gegenüber. In einer äusserst aufschlussreichen Studie zu japanischen Hausfrauen hat Robin LeBlanc (1999) genau diese Kombination beschrieben.

Hausfrau zu sein ist in Japan grundsätzlich eine Vollzeitbeschäftigung und schränkt das öffentliche Leben von Japanerinnen sowohl politisch wie auch symbolisch wesentlich ein. In Japan ist eine «Hausfrau» eine Person, deren Identität

üblicherweise diejenige einer partikulären, nichtpolitischen Akteurin ist. Paradoxerweise stattet ebendiese Gegebenheit diese Frauen gleichzeitig mit einem einzigartigen Vehikel für andere Formen politischer Partizipation aus. Ihr Hausfrau-Sein wird zum Vorteil, der anderen vorenthalten bleibt, die vielleicht Qualifikationen für eine höhere politische Laufbahn mitbringen. LeBlanc zeigt auf, dass die Hausfrau in der Welt der lokalen Politik oder im politischen Leben eines Bezirks im Vorteil ist: Gerade weil sie Hausfrau ist, kann ihr vertraut werden, sie kann sich mit anderen Hausfrauen vernetzen, sie hat den Ruf, erwünschte öffentliche Interessen zu vertreten und schlagkräftige – weil glaubwürdige – Kritik an der etablierten Politik zu formulieren.

In dieser Gegebenheit steckt etwas sehr Wichtiges, was diese Japanerinnen mit Frauen in anderen Kulturen und angesichts anderer Themen teilen. Zum Beispiel: In einer ganz anderen Situation – während der brutalen Diktaturen in mehreren Ländern Lateinamerikas in den 1970er und 1980er Jahren – traten Frauen als bestimmter Typ von politischen AkteurInnen auf. Es war ihre Positionierung als Mütter und Ehefrauen, die ihnen die Klarheit und den Mut gab, selbst angesichts bewaffneter Soldaten und Polizisten Gerechtigkeit und Brot zu verlangen. Mütter in den Barrios (hispanischen Wohnvierteln) von Santiago während Pinochets Diktatur, die Mütter der Plaza de Mayo in Buenos Aires, die Mütter, die während des Bürgerkriegs regelmässig vor den grossen Gefängnissen El Salvadors demonstrierten – sie alle wurden von ihrer Verzweiflung über den Verlust von Kindern und Ehemännern und von ihrem Kampf um Nahrungsmittel für die Familie zu politischen Taten getrieben – und sie wurden in diesen Taten auch anerkannt. Sie wurden als apolitisch wahrgenommen und konnten daher nicht einfach festgenommen werden – sie waren Mütter!

In einer ganz anders gelagerten Situation ergibt sich eine interessante Parallele zwischen diesen lateinamerikanischen Fällen und LeBlancs Beschreibung des Politischen bei der Positionierung der Hausfrauen auf der einen Seite und einer Reihe von Forschungsresultaten betreffend Immigrantinnen in den USA auf der anderen. Immigrantinnen gewinnen mehr persönliche Autonomie und Unabhängigkeit, während Immigranten im Vergleich zu ihrer Situation in ihren Herkunftskulturen an Boden verlieren. Frauen erlangen mehr Kontrolle über die Budgetierung und andere Entscheidungen im Haushalt, und sie können mehr Hilfe von Männern bei der Hausarbeit verlangen. Ihre Verantwortung für die Sicherung öffentlicher Dienste und anderer öffentlicher Ressourcen für ihre Familien gibt ihnen die Chance, sich in die Mehrheitsgesellschaft einzugliedern – oft sind sie diejenigen im Haushalt, die in diesem Prozess als Vermittlerinnen auftreten (z.B. Chinchilla and Hamilton 2001; Pessar und Mahler 2003).

Neben dem relativ grösseren «Empowerment» [Ermächtigung] von Immigran-

tinnen im Haushalt (das im Zusammenhang mit bezahlter Arbeit steht) zählen hier vor allem die aktivere Teilnahme der Frauen in der öffentlichen Sphäre und ihr mögliches Hervortreten als öffentliche Akteurinnen. Immigrantinnen sind in zwei Bereichen aktiv: in Institutionen für öffentliche und private Unterstützung sowie in migrantischen oder ethnischen Communitys. Pierrette Hondagneu-Sotelo (2003) beschreibt, dass Immigrantinnen aktivere öffentliche und soziale Rollen übernehmen, was ihren Status im Haushalt und im Niederlassungsprozess weiter stärkt. Diese Frauen sind aktiver in der Entwicklung der Community und in Aktivitäten der Community, und sie sind in Bezug auf die Wirtschaft im weiteren Sinne und in Bezug auf den Staat anders positioniert als die Männer. Sie sind diejenigen, die mit grosser Wahrscheinlichkeit mit der rechtlichen Verletzbarkeit ihrer Familie umgehen müssen, wenn sie öffentliche und soziale Dienste für ihre Familie in Anspruch nehmen wollen und müssen. Diese stärkere Beteiligung von Frauen weist auf die Möglichkeit hin, dass sie als kräftigere und sichtbarere Akteurinnen hervortreten und so auch ihre Rolle auf dem Arbeitsmarkt sichtbarer machen können.

Dies sind Dimensionen von Staatsbürgerschaft und bürgerlichen Praktiken, die nicht zu den Indikatoren und in die Kategorien von etablierten Bezugssystemen passen, die sich um ein besseres Verständnis von Staatsbürgerschaft und politischem Leben bemühen. Frauen in der Position von Hausfrauen und Müttern passen nicht in die Kategorien und zu den Indikatoren, die verwendet werden, um Partizipation am politischen Leben zu erfassen. Die feministische Kritik musste sich in ihren Bemühungen um die Definition ihres Subjekts oder um die Rekonfiguration ihres abgeflachten Subjekts in allen Sozialwissenschaften mit einer Reihe von ähnlich oder gleich gelagerten Schwierigkeiten und Spannungen auseinandersetzen. Die zu überwindende theoretische und empirische Distanz zwischen der anerkannten politischen Welt und der noch unkartierten bürgerlichen Erfahrung der Hausfrau - nicht der Frau an sich, sondern der Frau als Hausfrau, die nur eines von mehreren Subjekten ist, die dieselbe Frau sein kann - ist eine Distanz, die in vielen Arten von Untersuchungen beschrieben wird. Die Überwindung dieser Distanz verlangt nach spezifischen Formen von empirischer Forschung und Theoretisierung (siehe z.B. Ribas-Mateos 2005).

Diese Rekonfigurationen des politischen Subjekts lassen sich nicht leicht in die grossen Ideen über postnationale und transnationale politische AkteurInnen einfügen, die wir heute entwickelt haben, um Veränderungen im Konzept der Staatsbürgerschaft zu erfassen (z.B. Lustiger-Thaler 2004). Diese Ideen erfassen zwar die Möglichkeit, Politiken von StaatsbürgerInnen aus ihrem nationalen Gehäuse zu lösen. Was die darin enthaltenen Auffassungen der Begriffe «postnational» und «transnational» aber nicht erfassen, sind die hier beschriebenen

Veränderungen – die spezifischen weiblichen Subjekte, die die Hausfrau und die Mutter darstellen; die Unterscheidung zwischen autorisierten, aber dennoch nicht anerkannten und nicht autorisierten, aber dennoch anerkannten Subjekten. Im nächsten Abschnitt gehe ich kurz auf eine lange Reihe von Veränderungen ein, die sich innerhalb des Nationalstaates abspielen. Es bleibt die Frage, wie dieser generelle Rahmen verwendet werden kann, um die hervortretenden politischen Subjekte zu erfassen, die nicht unbedingt postnationale oder transnationale Dimensionen haben. Das ist eine Frage, deren Bearbeitung erst gerade begonnen hat.

Postnational oder entnationalisiert?

Aus der Perspektive einer auf der Nation basierenden Staatsbürgertheorie könnten einige dieser Veränderungen als Rückgang oder Entwertung von Staatsbürgerschaft oder allenfalls als eine Verdrängung von Staatsbürgerschaft durch andere, noch unbenannte Formen kollektiver Organisation und Zugehörigkeit interpretiert werden (Bosniak 2000).

Aus der Perspektive, aus der ich diese Themen betrachte, gibt es eine dritte Möglichkeit. Staatsbürgerschaft – auch wenn sie in «nationalen» institutionellen Kontexten situiert ist – ist möglicherweise dann eine veränderte Institution, wenn die Bedeutung des Nationalen selbst sich verändert hat. Mit anderen Worten: Insofern als die Globalisierung gewisse Eigenschaften der territorialen und institutionellen Organisation der politischen Macht und der Autorität des Staates verändert hat, hat sich auch die Institution der Staatsbürgerschaft verändert – ihre formellen Rechte, ihre Praktiken, ihre psychologische Dimension –, selbst wenn sie dabei im Nationalstaat verankert bleibt.

Ich unterscheide das, was ich im engeren Sinne als entnationalisierte Staatsbürgerschaft definieren würde, von postnationaler Staatsbürgerschaft. Letzteres ist der am häufigsten verwendete und der einzige Begriff, der in der breiteren Debatte verwendet wird. In meiner Interpretation haben wir es mit zwei eigenständigen Dynamiken zu tun und nicht nur mit der Entstehung von Schauplätzen für Staatsbürgerschaft ausserhalb des nationalstaatlichen Rahmens. Der Unterschied zwischen diesen Dynamiken ist eine Frage der Rahmung und der institutionellen Einbettung. Das etablierte theoretische Verständnis siedelt postnationale Staatsbürgerschaft teilweise ausserhalb der Grenzen des Nationalen an. Bezieht man jedoch die Prozesse der Entnationalisierung ein, verschiebt sich der Fokus auf die Veränderungen des Nationalen selbst, einschliesslich des Nationalen als Grundlage für Staatsbürgerschaft (siehe auch Iyotani et al. 2005). Man könnte also argumentieren, dass Postnationalismus und Entnationalisierung zwei Stossrichtungen darstellen. Beide sind gültig, und sie schliessen einander nicht aus.

Der erste und wichtigste Punkt meiner Interpretation betrifft die Stärkung (einschliesslich der Festschreibung in der Verfassung) derjenigen Staatsbürgerrechte, die StaatsbürgerInnen erlauben, rechtlich gegen ihre Staaten vorzugehen und sich auf eine gewisse Autonomie im formellen politischen Bereich zu berufen, die als wachsende Distanz zwischen dem formellen Staatsapparat und der Institution der Staatsbürgerschaft interpretiert werden kann. Sowohl die politischen wie auch die theoretischen Konsequenzen dieser Dimension sind komplex und erst im Entstehen begriffen: Wir können nicht voraussagen, welche Praktiken und Rhetoriken erfunden werden. Die oben diskutierten Subjekte sind oft SchlüsselakteurInnen in der Gestaltung dieser neuen Politiken.

Dem füge ich zweitens die Tatsache hinzu, dass Nationalstaaten ausländischen AkteurInnen eine ganze Palette von «Rechten» einräumen, wobei es meistens spezifisch wirtschaftliche AkteurInnen sind, die in den Genuss dieser Rechte kommen – ausländische Firmen, ausländische InvestorInnen, internationale Märkte, ausländische Geschäftsleute (siehe Sassen 1996: Kapitel 2; 2006: Kapitel 5 und 6). Zugegeben, dies ist nicht eine geläufige Rahmung des Themas. Sie ergibt sich aus meiner spezifischen Perspektive auf die Auswirkungen von Globalisierung und Entnationalisierung auf den Nationalstaat - einschliesslich der Auswirkungen auf die Beziehung zwischen dem Staat und seinen eigenen StaatsbürgerInnen respektive dem Staat und ausländischen wirtschaftlichen AkteurInnen. Ich sehe dies als wesentliche, wenn auch selten erkannte Entwicklung in der Geschichte des Anspruch-Erhebens. Für die Zukunft der Demokratie lautet für mich die Schlüsselfrage, wie StaatsbürgerInnen mit diesen neuen Konzentrationen von Macht und «Legitimität» umgehen sollen, die globalen Firmen und Märkten anhaften. Darin liegt meine Motivation, aufzudecken, in welchem Ausmass das Globale im Nationalen eingebettet ist, respektive durch das Nationale gefiltert wird (siehe z.B. das Konzept der «Global City», Sassen 2001). Es ist eine Möglichkeit, Verständnis dafür zu entwickeln, dass StaatsbürgerInnen - die immer noch massgeblich an nationale Institutionen gebunden sind – über nationale institutionelle Kanäle Rechenschaft von globalen wirtschaftlichen AkteurInnen verlangen können, statt auf einen «globalen» Staat warten zu müssen. Wiederum können die oben diskutierten Subjekte in mancherlei Hinsicht als Subjekte aufgefasst werden, die neue Räume für Politiken eröffnen, die weit über das traditionelle Wählsystem hinaus führen.

Staatsbürgerschaft in der «Global City»

Die heutige Grossstadt, insbesondere die «Global City», ist ein Brennpunkt der Entstehung und der konkreten Ausformung politischer Ansprüche. Der Verlust von Macht auf nationaler Ebene ermöglicht neue Formen von Macht und Politiken auf subnationaler Ebene (siehe z.B. Rogers and Tillie 2001). Die nationale Ebene als Gehäuse sozialer Prozesse und Macht ist gesprungen. Dieses gesprungene Gehäuse eröffnet Möglichkeiten für eine neue Geografie der Politiken, die subnationale Räume verbindet. Städte sind zentral in dieser neuen Geografie. Eine der damit verbundenen Fragen ist, wie und ob wir Zeug-Innen der Entstehung von neuen Arten von Politiken sind, die in diesen Städten verortet sind.

In grossen Städten konzentrieren sich sowohl die führenden Sektoren des globalen Kapitals wie auch ein wachsender Anteil der benachteiligten Bevölkerung – ImmigrantInnen, viele davon benachteiligte Frauen, generell «people of color» und, in den Megastädten der Entwicklungsländer, Massen von SlumbewohnerInnen. Daraus wird ersichtlich, dass Städte zum strategischen Terrain für eine ganze Reihe von Konflikten und Widersprüchen geworden sind.

Die aktuellen Gegebenheiten in den «Global Citys» bringen aber nicht nur neue Strukturierungen von Macht hervor, sondern öffnen gleichzeitig auch operative und rhetorische Lücken für neue Arten von politischen AkteurInnen, die bis anhin unsichtbar oder unhörbar waren. Ein Schlüsselelement dieses Arguments ist, dass die Verortung strategischer Komponenten der Globalisierung in diesen Städten bedeutet, dass die Benachteiligten die neuen Formen von globalisierter unternehmerischer Macht konfrontieren können. Zweitens führt die wachsende Anzahl und Vielfalt der Benachteiligten in diesen Städten unter diesen Gegebenheiten zu einer ausgeprägten «Präsenz». Daher muss zwischen Machtlosigkeit und Unsichtbarkeit oder Unvermögen unterschieden werden. Die Benachteiligten in «Global Cities» können «Präsenz» gewinnen sowohl durch ihre Auseinandersetzung mit Macht wie auch dadurch, dass sie sich gegenseitig wahrnehmen können.

Grundsätzlich eröffnen zwei Gegebenheiten die Möglichkeit, Städte als strategische Orte zu konzeptualisieren. Beide sprechen wichtige aktuelle Veränderungsprozesse an, die ältere Organisationssysteme von Territorien und Politik destabilisieren. Eine davon ist die Reskalierung der strategischen Territorien, die das neue politisch-ökonomische System artikulieren. Die andere Gegebenheit ist die teilweise Entlarvung oder zumindest Schwächung der Auffassung, dass das Nationale das Gehäuse von sozialen Prozessen darstelle. Diese Veränderung wird von der Gesamtheit der durch die Globalisierung und die Digitalisierung herbeigeführten Dynamiken angetrieben. Aus diesen Gegebenheiten ergeben sich verschiedenste Konsequenzen für die Städte; was hier aber zählt, ist das Hervortreten der Städte als strategische Orte für zentrale ökonomische Prozesse und für neue Arten von politischen AkteurInnen. Insofern als Staatsbürgerschaft eingebettet ist und umgekehrt durch ihre Einbettung auch mar-

kiert wird, könnten diese neuen Gegebenheiten auf Möglichkeiten für neue Formen von bürgerlichen Praktiken und Identitäten verweisen.

Hier gibt es etwas einzufangen – eine Unterscheidung zwischen Machtlosigkeit und der Gegebenheit, dass man trotz dieser Ermangelung AkteurIn sein kann. Um diese Gegebenheit zu benennen, verwende ich den Begriff Präsenz. Im Zusammenhang mit einem strategischen Raum wie z.B. der «Global City» sind die Arten von benachteiligten Subjekten, die hier beschrieben werden, nicht nur marginal; sie gewinnen an Präsenz in einem breiteren politischen Prozess, der über die Grenzen des formellen Gemeinwesens hinausgeht. Diese Präsenz weist auf die Möglichkeit zu Politiken hin. Die konkrete Ausformung dieser Politiken wird von den spezifischen Projekten und Praktiken verschiedener Communities abhängen. Insofern als das Zugehörigkeitsgefühl dieser Communitys nicht durch das Nationale abgedeckt wird, könnte es auf die Möglichkeit von Politiken verweisen, die zwar transnational, aber an konkreten Orten verankert sind und somit einer entnationalisierten Politik näherstehen.

Übersetzung aus dem Enblischen: Bettina Büchler

Anmerkung

1 Im Englischen «citizenship». In der angloamerikanischen Debatte wird «citizenship» stärker mit Bürgerrechten und der aktiven Beteiligung der BürgerInnen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens konnotiert als der hier verwendete deutsche Begriff der «Staatsbürgerschaft», der oft eher passiv die formelle Mitgliedschaft in einem Staat in engerem rechtlichem Sinne bezeichnet. «Staatsbürgerschaft» wird hier also in diesem erweiterten Sinne diskutiert: einerseits als Bezeichnung für die formelle Zugehörigkeit zu einem Staat, andererseits als soziale, politische und ökonomische Berechtigung und Zugehörigkeit in allgemeinerem Sinne.

91

Literatur

Bosniak Linda, «Nativism» The Concept: Some Reflections, in: Immigrants Out!: The New Nativism and the Anti-Immigrant Impulse in the United States, Juan Perea, ed. New York: NYU Press 1996.

Bosniak Linda, Universal Citizenship and the Problem of Alienage, in: Northwestern University Law Review 2000, 94(3), S. 963–984.

Chinchilla Norma und Nora Hamilton, Seeking Community in the Global City: Salvadorans and Guatemalans in Los Angeles, Philadelphia, PA: Temple University Press 2001.

Coutin Susan B., Denationalization, Inclusion, and Exclusion: Negotiating the Boundaries of Belonging, in: Indiana Journal of Global Legal Studies 2000, 7(2), S. 585–594.

Giugni Marco (Hg.), Dialogues on Migration Policies. Lexington, MA: Lexington Books 2006.

Hondagneu-Sotelo Pierrette, (Hg), Gender and U.S. Immigration: Contemporary Trends. Los Angeles: University of California Press 2003.

Indiana Journal of Global Legal Studies, Special Issue: «Feminism and Globalization: The Impact of The Global Economy on Women and Feminist Theory 1996, 4(1).

Isin Engin, Introduction: democracy, citizenship and the city, in: Democracy, Citizenship and the Global City, Engin Isin, ed. New York, NY: Routledge 2000.

Iyotani Toshio, Naoki Sakai und Brett de Bary (Hg), Deconstructing Nationality. Ithaca, NY: Cornell University East Asia Program 2005.

Karst Kenneth, The Coming Crisis of Work in Constitutional Perspective, in: Cornell Law Review 1997, 82(3), S. 523–571.

Karst Kenneth, Citizenship, Law, and the American Nation, in: Indiana Journal of Global Legal Studies 2000, 7(2): 595-601.

LeBlanc, Robin, Bicycle Citizens: The Political World of the Japanese Housewife. Berkeley, CA: University of California Press 1999.

Lustiger-Thaler Henri (Hg.), Social Movements in a Global World. Current Sociology 2004, vol. 52 (4), S. 657–674.

Mahler Sarah, American Dreaming: Immigrant Life on the Margins, Princeton, NJ: Princeton University Press 1995.

Marshall T.H., Citizenship and Social Class, in: Class, Citizenship, and Social Development. Chicago, IL: University of Chicago Press 1977 [1950].

Pessar P. und S. Mahler, Transnational Migration: Bringing Gender In, in: International Migration Review 2003, 37(3), S. 812-843.

Ribas-Mateos Natalia, The Mediterranean In The Age Of Globalization: Migration, Welfare, And Borders. Somerset, NJ: Transaction 2005.

Rogers Alisdair und Jean Tillie, (Hg.), Multicultural Policies and Modes of Citizenship in European Cities, Aldershot: Ashgate 2001.

Rubenstein Kim und Daniel Adler, International Citizenship: The Future of Nationality in a Globalized World, in: Indiana Journal of Global Legal Studies 2000, 7(2), S. 519-548.

Sassen Saskia, Losing Control?: Sovereignty in an Age of Globalization. New York, NY: Columbia University Press $1996\,$

Sassen Saskia, Guests and Aliens. New York, NY: New Press 1999. (German translation with Fischer Verlag)

Sassen Saskia, The Global City: New York, London, Tokyo, Second edition. Princeton, NJ: Princeton University Press 2001.

Sassen Saskia, Territory, Authority, and Rights: From Medieval to Global Assemblages. Princeton, NJ: Princeton University Press 2006. (German translation by Suhrkamp 2007 under the title: Das Paradox des Nationalen.).

Weber Max, The City. New York, NY: Free Press 1958.

Tunstall Kate E. (Hg.), Displacement, Asylum, Migration. The 2004 Amnesty Lectures. Oxford: Oxford University press 2006.

Grenzen setzen

Demokratiefeindliche Gruppen auf demokratischem Weg an die Macht

Christina Thürmer-Rohr

Die Demokratie braucht eine Bevölkerung, die die Demokratie bewältigt. Sie ist angewiesen auf Lernprozesse, die Menschen in die Lage versetzen, Affekte zu kontrollieren, Gewalt zu bändigen, Nachteile zu verkraften, Geduld zu üben, Widersprüche auszubalancieren, wachsam zu bleiben, Pluralität nicht nur zu tolerieren, sondern zu wollen, und Verletzungen dieser Bedingungen öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Manche meinen, dass in Europa solche Lernprozesse im Gange seien. Europa habe die geschichtliche Zeit als Lernzeit für Zivilisierungen genutzt. Die grossen Zornorganisationen seien bankrott. Der expansionistische Habitus habe seine Wirkmächtigkeit verloren. Ein vergleichsweise vorsichtiger, zivilisierter Menschentyp sei im Entstehen, der Typus der Kooperateure.¹

Rechtsextremismus in der Demokratie

Solche Diagnosen und mit ihnen der Erfolg demokratisierender Lernprozesse sind heute vor allem durch den sogenannten Rechtsextremismus in Frage gestellt. Dabei wird der Begriff «Rechtsextremismus» selbst fragwürdig, denn er impliziert, dass es sich um ein Randphänomen handelt, das von der gesellschaftlichen Mitte klar abgegrenzt ist. Das ist aber nicht der Fall. Wie längst bekannt, sind «rechtsextreme» Einstellungen auch in der Mehrheitsgesellschaft verbreitet. Sie finden sich nicht nur in explizit demokratiefeindlichen, sondern in allen gesellschaftlichen Gruppen, in etablierten Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und – zwar mit deutlichen Unterschieden – in Ost und West. Dabei wird ein Rechtsextremismus neuen Typs ausgemacht, der auch als Resultat «antidemokratischer Lernprozesse» und demokratiepolitischer Fehler der deutschen

Einigungspolitik nach 1989 eingeschätzt wird.² Diese Fehler haben den Rechtsextremismus radikalisiert und vor allem fremdenfeindlichen Einstellungen Legitimationsgewinne eingebracht. Trotz zunehmender Ernsthaftigkeit bundesweiter Debatten seit 2000 hat sich am Ausmass rechtsextremer Positionen und Aktivitäten wenig geändert. Muss das Untolerierbare toleriert werden? Muss man «mit dem Rechtsradikalismus leben»? Ist er mit rechtsstaatlichen Mitteln und diskursiv mit den Stimmen von Demokraten zu bekämpfen? Muss Pluralität auch für die gelten, die sie zerstören? Oder berechtigt das gleiche Prinzip zu ihrem Ausschluss?

Kontroverse Einschätzung des Rechtsradikalismus

Die Einschätzungen des Rechtsextremismus sind kontrovers und oft unsicher. Sie bewegen sich zwischen Verständnis und Empörung, Beschwichtigung und Dämonisierung, zwischen monokausalen und hochkomplexen Erklärungen. Sie verweisen auf Geschichtskontinuität und historisches Erbe oder auf aktuelles Protestverhalten, Sehnsuchtsfantasien, Grössenwahn und Hass, Dabei findet das Wort Hass neue kriminologische Beachtung.³ Die Rede ist von Hass-Parteien und Hass-Kriminalität: symbolischen Erniedrigungen und vorurteilsgeladenen Gewalttaten, deren Opfer als Stellvertreter abgelehnter Minderheiten zufällig ausgewählt werden und an den Kriterien dieser Ablehnung nichts ändern können.4 Der Rückgriff auf das Wort Hass signalisiert eine gewisse Ratlosigkeit. Jedenfalls zeigt er an, dass dem Erklärungswert ideologischer Tatbegründungen weniger getraut wird als der emotionalen Verfassung der Akteure. «Hass» verweist auf das Hässliche, Irrationale, Masslose der Taten und zugleich auf ein starkes, notgedrungen glaubhaftes Motiv. Dieses verführt dazu, den Hass bei den Zukurzgekommenen und Ausgemusterten, den Verlierern und deren Stellvertretern als legitimen Hassträgern anzusiedeln. Das ist riskant und irreführend. Zweifellos kennt die heutige Demokratie kaum noch Räume, an denen dieses unbotmässige Gefühl und seine Racheenergie gesammelt, gerechtfertigt, theoretisiert werden könnten, keine historische Perspektive, um sie zu organisieren und zu binden - Funktionen, die die alten Klassenkampfparteien der Linken mal hatten und heute weitgehend verloren haben.⁵ Ginge man aber davon aus, dass rechtsextreme Parteien heute die Funktion solcher Sammelstellen übernehmen, dann müsste man rechtsextreme Kämpfe als Kämpfe um Anerkennung verstehen, Kämpfe einer aufgebrachten Opposition. Die Frage nach dem Hass, die auf die Befindlichkeiten, Erfahrungen und Motive der Täter lenkt, lenkt ab von der Situation der Opfer und der Vielzahl psychopolitischer, langfristig gesellschaftlicher und kurzfristig situativer Bedingungen. Eine multikausale Analyse des Rechtsextremismus fragt nach vielen Faktoren: nach mentalen Traditionen, Obrigkeitsglauben und Autoritarismus, nach gesellschaftlicher Desintegration und sozialer Anomie, nach einer Politik ethnischer und sexistischer Diskriminierung und Nichtachtung der Menschenrechte und nach rechtsextremen Ideologien mit ihrer Geschichte, ihren Netzwerken und Sammlungsangeboten.⁶

Antidemokratische Einstellungen und rechtsextreme Organisation

In einer neuen Fragebogenerhebung⁷ wurde das antidemokratische Potenzial an sechs Kriterien gemessen: Zustimmung zu Diktaturen, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Dabei ist - unabhängig von Geschlecht, Bildungsgrad und Parteienpräferenz – die Ausländerfeindlichkeit mit 26.7% am stärksten vertreten (25.7 % West, 30.6 % Ost). Es folgen Chauvinismus mit 19.3 %, Antisemitismus mit 8.4 %, die übrigen mit 4 bis 5 %8. Der höchste Anteil rechtsextremer Einstellungen findet sich bei Rentnern und Vorruheständlern. Auch wenn die rechtsextreme Partei NPD in hohem Masse von jugendlichen Erstwählern und jungen Arbeitslosen gewählt wird, lässt sich die Zustimmung zu antidemokratischen und antiegalitären Positionen nicht auf junge «Orientierungswaisen» und Modernisierungsverlierer begrenzen. Parteiunabhängig existiert eine relativ stabile gesellschaftliche Reserve, die in die Verlässlichkeit politischer Eliten, in «die da oben» wenig Vertrauen setzt, gegen Fremde ein permanentes Ressentiment pflegt und gegen einen Einparteienstaat wenig Einwände hat. Man muss also bei der Diskussion des Problems unterscheiden zwischen rechtsextremer Partei, Wählern dieser Partei und rechtsextremen Tendenzen in der Mehrheitsbevölkerung. Leute mit rechtsextremen Einstellungen wählen nicht automatisch rechtsextreme Parteien, und rechtsextreme Einstellungen sind in der Bevölkerung stärker verbreitet, als in der Parteienwahl zum Ausdruck kommt.

Dieser Rechtsextremismus in der Demokratie geht nicht nur den Verfassungsschutz an und macht zugleich die Beantwortung der Frage so schwierig, wie mit antidemokratischen und zugleich demokratisch gewählten Parteien umzugehen ist. Der Rechtsextremismus lebt von der behaupteten oder tatsächlichen, erzeugten und geschürten Krise der Demokratie. Die nationalistischen Sammlungsbewegungen verstehen sich als antidemokratische Systemopposition und zugleich als Organisationen, die um Wählerstimmen werben und den Weg in die Parlamente suchen. Dabei können sie sich auf die latente Zustimmung einer stabilen Minderheit in der Gesamtbevölkerung berufen und ihr diffuses Stellvertreterhandeln legitimieren. Und mit dem Eintritt in Länderparlamente werden sie mit gleichen Rechten und Pflichten zu staatlich bezahlten demokratischen Organisationen.

Das Beispiel NPD

Die nationaldemokratische Partei Deutschlands – NPD¹⁰ – wird im Verfassungsschutzbericht als verfassungswidrig eingestuft. 11 Im Mittelpunkt ihrer «aktiv kämpferischen Haltung gegenüber dem Grundgesetz» steht ein völkisch fundierter und rassistisch zugespitzter Nationalismus. Generalnenner ist die kulturelle Hegemonie als Vorbedingung für den revolutionären Umsturz, eine ethnisch homogene Nation gemeinsamer Abstammung und Kultur, aus der «Andersartige», Fremde, Ausländer und Minderheiten zu entfernen sind. Die Würde des Menschen ist auf die biologisch-genetische Teilhabe an dieser «Volksgemeinschaft» beschränkt. Die Partei versteht sich als «Speerspitze der nationalen Erneuerung». Sie strebt eine «soziale Neuordnung» Deutschlands an, die ihrem «lebensrichtigen Menschenbild» entspricht und das Gleichheits- und Sozialstaatsprinzip abschaffen will. 12 Ungleichheits- und Ungleichwertigkeitsvorstellungen kommen in systematischen Straf- und Gewalttaten zum Ausdruck, die sich gegen Repräsentanten ethnischer, nationaler, körperlicher Unterschiede richten. Die Einstellungen wurzeln in einer mehr oder weniger strukturierten Ideologie, einem völkischen und sozialdarwinistischen Denken, das sich zu Fremdenfeindlichkeit und Rassenkampf verdichtet und die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlost oder leugnet. 13 «Für Rechtsextremisten sind Menschen durch biologische und kulturelle Herkunft so weit vorgeprägt, dass eine friedliche und gleichberechtigte Koexistenz nicht möglich ist. Daraus werden bestimmte Freund-Feind-Haltungen als naturgegeben abgeleitet.»¹⁴ Die Strategie der NPD folgt einem 3-Säulen-Konzept: Kampf um die Strasse, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Parlamente. Ihre ausserparlamentarischen Taktiken reichen von Bedrohung, Einschüchterung und Beleidigung ihrer Gegner – z.B. durch «Hausbesuche» und Versammlungen vor ihren Wohnungen - über Grundstückskäufe für Kultur-, Sport- und Schulungszentren bis zum Kampf um «national befreite» oder «demokratiefreie Zonen», die für die Attackierten zu «Zonen der Angst» werden. Diese Zonen sollen der Verteidigung gegenüber einer Gesellschaft dienen, die den Staat, der einen Vernichtungskampf gegen Teile der Bevölkerung führe, erobert habe.

Die NPD bedient sich eines Vokabulars, mit dem sie den an sie gerichteten Vorwurf der Demokratiefeindlichkeit gegen den bestehenden Staat und seine «demokratiefeindlichen Angriffe» kehrt. In der Nationaldemokratischen Schriftenreihe «Profil»¹⁵ heisst es: «Die politische Klasse der BRD untergräbt ... das demokratische deutsche Staatsbewusstsein zugunsten eines antidemokratischen und antisozialen Internationalismus.» Die NPD wolle «die verfassungsfeindliche Tendenz, die BRD in eine totalitäre Gesellschaft umzuwandeln, durch Aufklärung des deutschen Volkes verhindern». Sie gibt sich widerstandskämpferisch gegenüber einem «totalitär» titulierten Staat, sie benutzt ihr Wort «demokra-

tisch» im Sinne des Völkischen, sie verkehrt das Wort «Würde» im Sinne des Substanzerhalts völkischer Instinkte, das Wort «Volk» im Sinne einer «rassisch» und ethnisch homogenen Gemeinschaft, das Wort «Ausländer» im Sinne einer «Umvolkung» der Deutschen, das Wort «Demokratie» im Sinne einer «undeutschen Zeitkrankheit», das Wort «Demokratisierung» im Sinne von Zersetzung durch Überfremdung. Mit dem Wort «Aufklärung» gibt sie vor, an eine bereinigte Vergangenheit anzuschliessen, mit dem Wort «Opposition» will sie die eigene hassbasierte Rhetorik legitimieren, mit den Worten «antikapitalistisch» und «(deutsch)sozialistisch» Nähe zum linken Spektrum signalisieren. 16 Zugleich will der moderne Rechtsextremismus mit seiner Themenpalette - Ausländerpolitik, multikulturelle Gesellschaft, deutsche Identität, Arbeitsplatzverlust, Sozialleistungen, innere Sicherheit, Korruption in etablierten Parteien etc. - den Anschein erwecken, «Demokratie» zu fordern statt sich gegen sie zu wenden. 17 Man muss sich hüten, die ideologischen Einstellungen der NPD mit ihrem Erscheinungsbild gleichzusetzen. Auch die NPD ist lernfähig. Sie bemüht sich heute um Imageänderungen, um moderaten Ton, ziviles Auftreten und politikfähige, alltagsnahe Themen. Offensichtlich verfassungswidrige Aussagen werden zurzeit vermieden. Statt von «Blut und Boden» ist jetzt die Rede von einer «Rückkehr zu den Graswurzeln», einer «geräuschlosen Graswurzelrevolution», die vor allem im Osten Deutschlands beginnen soll. 18 Begleitet wird die Sprachoperation auch von einer programmatischen Umorientierung. Die NPD will sich verstärkt sozialen Fragen widmen. Die Mitglieder engagieren sich zunehmend im vorpolitischen Raum, wirken in kommunalen Initiativen und Elternvertretungen mit, gründen Bürgerinitiativen und soziale Beratungsstellen, organisieren Kinderfeste, Sonnenwendfeste, Sportveranstaltungen, bieten kostenlose Rechtsberatung für Arbeitslose an, laden mit der Werbung «Heimat erleben» zu Wanderungen und Klettertouren ein, verteilen kostenlose CDs und Schülerzeitungen etc. Das neue Image soll sie aus dem gesellschaftlichen Abseits und vom Makel der Unansehnlichkeit befreien und sie als anständige besorgte Bürger statt als Schläger, Biertrinker und Pöbler zeigen. Auf dem Weg zu einer sozialrevolutionären Partei mit antikapitalistischer Diktion verändert sich auch das Leit- und Feindbild vom Rechts-Links- zum Oben-Unten-Gegensatz. Neben der weiterhin ausländerfeindlichen Agitation greift sie Themen auf wie Irak-Krieg und Globalisierung und sind die «Altparteien», das Finanzkapital, die USA, Israel und die Juden¹⁹ Antipoden ihrer «Volksgemeinschaft». Die NPD-Funktionäre agitieren mit Worten, das Fussvolk mit Taten.

Der Einzug der NPD in die Landesparlamente in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern oder in die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin Treptow-Köpenick löste Entsetzen und mitunter ein ziemlich kopfloses Verhalten der übrigen Parlamentarier aus. Zensieren, ignorieren, schneiden oder bekämpfen? Auf den Fluren versuchte man, die NPD-Abgeordneten wie Luft zu behandeln, Anträge der NPD-Fraktion wurden rundherum abgelehnt. Man erwog sogar, allen Parteien die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen, Bürgerversammlungen und Infoabende im Rathaus zu verbieten, um die NPD von den Rathäusern fernzuhalten. Auf der ersten Sitzung im Landesparlament Sachsen unter NPD-Beteiligung (2005) wurde dem NPD-Sprecher das Mikrofon entzogen, Abgeordnete der etablierten Parteien verliessen unter Protest das Plenum, und die NPD-Abgeordneten verliessen es anlässlich einer Schweigeminute für die Opfer des NS-Regimes. Das Wort «Bomben-Holocaust», mit dem ein NPD-Mann die Bombardierung Dresdens im Februar 1945 benannte, löste einen medialen Sturm aus. Wie soll mit dieser Partei umgegangen werden? Trifft es zu, dass Demokraten zu schnell nach einem Verbot rufen?²⁰

Pro und Kontra eines NPD-Verbots

Eine vom Verfassungsschutz als verfassungswidrig eingestufte Partei kann, aber muss nicht verboten werden, wenn andere Mittel der Bekämpfung wie Beobachtung durch den Staatsschutz und Gegenwehr durch die Zivilgesellschaft – angemessener erscheinen. Die Einschätzung durch den Verfassungsschutz gilt lediglich als Lageanalyse, als begründete Überzeugung, die öffentlich zu machen ist und somit auch öffentliche Auseinandersetzungen nach sich zieht. Ein Parteiverbotsverfahren aber kann nur vom Bundesverfassungsgericht eingeleitet und die Verbotsentscheidung allein von ihm getroffen werden. So schwillt die bundesweite Debatte um ein NPD-Verbot seit Jahren an und ab. Dabei wird immer wieder an die Geschichte der Weimarer Republik erinnert, die in unvergleichlicher Weise «vom ersten Augenblick an ihren Feinden ... unbegrenzte Agitations- und Schimpffreiheit gewährt»²¹ und die Schwäche der Demokratie und der Demokraten vorgeführt habe. Diese Passivität, mit der antidemokratische Kräfte bis zum Wahlsieg der nationalsozialistischen Partei 1933 gestärkt wurden, soll sich nicht wiederholen. Dennoch bleiben die Konsequenzen dieser Geschichte bis heute wider-

sprüchlich. Die erste rechtsextreme Partei nach 1945, die «Sozialistische Reichspartei» (SRP), wurde 1952 verboten. Der zweite Versuch, das NPD-Verbots-Verfahren, musste 2003 wegen Verfahrensmängeln eingestellt werden. Der Verdacht konnte nicht zurückgewiesen werden, dass verdeckte Ermittler des Verfassungsschutzes sich als Scharfmacher betätigt und die NPD gelenkt haben, dass also die Geheimdienste selbst undemokratischer Machenschaften zu beschuldigen seien. Gegenwärtig setzen sich Politiker ver-

schiedener Parteien, vor allem der SPD, für einen erneuten Verbotsanlauf ein. Sie halten die Verfassungswidrigkeit der NPD für juristisch hieb- und stichfest und schlagen vor, sämtliche V-Leute aus der Szene abzuziehen, um die Authentizität des Beweismaterials nicht zu gefährden und ein erneutes Scheitern zu verhindern.²² Absicht und Wille des Bundesinnenministeriums, ein Verbot vorzubereiten, sind jedoch nicht in Sicht.

Unwidersprochen ist, dass bereits die Diskussion eines möglichen Verbots, erst recht seine formelle Beantragung und schliesslich das Verbot selbst den Aktionsradius vor allem der gewaltbereiten Rechtsextremisten erheblich einschränken würde. Laut Umfragen treten heute 67 % der Bevölkerung für, 20 % gegen ein NPD-Verbot ein. Die Verbotsbefürworter argumentieren mit der «wehrhaften Demokratie», die der Zerstörung ihrer Verfassungsgrundsätze nicht hilflos zusehen und ihre Feinde nicht auch noch finanzieren dürfe. Die Verbotsgegner bestehen auf der «streitbaren Demokratie», die mit Argumenten, nicht mit Verboten arbeiten müsse, und verweisen auf die schwerwiegenden Folgen innerstaatlicher Feinderklärungen und Eingriffe in demokratische Rechte. Bei einem Parteiverbot wären die Feinde der Demokratie nicht mehr lokalisierbar, sie könnten gestärkt statt geschwächt werden, neue Tarnorganisationen gründen, sich zu Märtyrern machen und sich als politisch verfolgte und ausgebürgerte Opfer profilieren. In dieser Ambivalenz begnügen sich viele mit der Hoffnung, dass die NPD-Vertreter sich in den Parlamenten selbst widerlegen und so ihre Basis verlieren, plädieren für die Intensivierung von Aussteigerprogrammen und für konventionelle Strafverfolgung. Man warnt davor, dass die Zivilgesellschaft in Angststarre verfällt und sich die Sprache verschlagen lässt. Man sollte rechtsextreme Parteien nicht dämonisieren, sondern der Lächerlichkeit preisgeben:²³ Die Deutschen müssten lernen zu lachen.

Lachen über Eichmann? Zum Politikverständnis von Hannah Arendt

Handelt es sich bei diesem Verweis auf Hannah Arendts Lachen über Eichmann²⁴ um ein Missverständnis? Arendt hat bekanntlich gesagt, sie habe beim Lesen von Eichmanns 3600seitenlangem Polizeiverhör gelacht, «... ich weiss nicht, wie oft ich gelacht habe; aber laut! ... Ich würde wahrscheinlich noch drei Minuten vor dem sicheren Tode lachen.»²⁵ Dieses Lachen, das ihr so nachhaltig übel genommen wurde, wollte Arendt allerdings nicht als politische Aussage verstanden wissen: Das sei ihr Stil, ihr ironischer Tonfall, der allein ihre Person betreffe. Jedenfalls, wenn man heute über den Rechtsextremismus lachen will, dann bestimmt nicht aus dem gleichen Grund wie Arendt über Eichmann lachte. Dieses Lachen betraf den Täter, nicht die Taten: die

Diskrepanz zwischen der Seichtheit eines Mannes, dem, sobald er den Mund aufmachte, so gar nichts Dämonisches anhaftete, und der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen, an denen er mitwirkte. Die «Banalität des Bösen» verharmlost weder die Tat noch die Täter, im Gegenteil. Arendts Geständnis, das Eichmann-Buch «in einem merkwürdigen Zustand der Euphorie» geschrieben zu haben und sich seitdem unbeschwerter zu fühlen, ²⁶ war nicht Ausdruck der Beschwichtigung, sondern der Ermächtigung zum Urteil. ²⁷ Diese Ermächtigung war für Arendt eine Frage der Würde. ²⁸

Arendts politisches Denken eignet sich nicht zur Suche nach Rezepten und Handlungsanweisungen. Die Frage, ob es beim Urteil über den heutigen Rechtsextremismus weiterhelfen kann, führt auf nicht vertraute Denkwege und zu einem Politikverständnis, das «ein anderes Bewusstsein von Freiheit und einen anderen Begriff von Politik» voraussetzt, als wir gewohnt sind.²⁹ Das Selberdenken nimmt Arendt uns nicht ab.

Urteilen ist zumutbar

Der universalistische Charakter ihrer Einsichten in das Wesen und den Ruin des Politischen und in das nationalsozialistische Böse als Verbrechen nicht nur am jüdischen Volk, sondern an der Welt, diese Einsichten können «erlösen», wenn sie die Urteilsfähigkeit der Lebenden wiederherstellen. Die Gräuel tragen den Sieg davon, wenn wir uns von ihnen erschlagen lassen. «Wir können mit dieser Vergangenheit nur fertig werden, wenn wir anfangen zu urteilen, und zwar kräftig.»³⁰ Arendt verachtete die verbreitete Reserve gegenüber dieser Fähigkeit. Sätze wie: «Ich masse mir kein Urteil an», «Man kann überhaupt erst urteilen, wenn man dabei gewesen ist»³¹ bekundeten für sie einen Mangel an Selbstvertrauen und Stolz. Das Urteilen ist zumutbar, sofern man sich als handeln könnender Mensch begreift.

Das grösste begangene Böse sah Arendt darin, dass es «von niemandem», d.h. von menschlichen Wesen getan worden ist, die sich weigern, sich vorzustellen, was sie anstellen, und sich zu erinnern an das, was sie taten: im Verzicht, «sich als ein Jemand zu konstituieren» 32, im fehlenden Unrechtsbewusstsein, in abgedichteten Bewusstseinsräumen und verschlossenen Vorstellungswelten, in der völligen Abwesenheit des Mitleids, in der Weigerung oder Unfähigkeit, sich irgendetwas vom Gesichtspunkt Anderer her vorzustellen, in einer Indifferenz, die Menschen zum Singular, gesprächslos und gewissenlos macht, in einer Eindimensionalität, die Arendt «Abwesenheit des Denkens» 33 nannte. Dieser totale moralische Zusammenbruch verweist auf ein Zerstörungswerk an der Welt und an den Menschen: auf die Zerstörung der Pluralität.

Das Gewicht der Pluralität

Pluralität ist der zentrale Begriff in Arendts politischer Theorie. Dass es nicht den Menschen, sondern nur die Menschen gibt, ist Bedingung unserer Existenz und Bedingung des Politischen und aller politischen Kategorien, von denen Arendt handelt. Das Zusammensein der Verschiedenen, der im Plural geschaffene Mensch,³⁴ ist für Arendt eine Tatsache,³⁵ in der alles Politische ankert und jeglicher Bezug zur Wirklichkeit gründet:³⁶ Das Aufeinander-Angewiesen-Sein der verschiedenen Menschen,³⁷ die Fähigkeit, Perspektiven anderer zu vergegenwärtigen, und die Aufgabe, die Beheimatung der Verschiedenen in der Welt zu garantieren. Pluralität bezieht sich also sowohl auf die Mitexistenz und das Anwesenheitsrecht konkreter oder abstrakter Anderer als auch auf die Beschaffenheit des Ichs selbst, das in seiner Fähigkeit zum inneren Zwiegespräch selbst plural³⁸ und damit in der Lage ist, zu denken und Standorte einzunehmen, die nicht die eigenen sind.

Das politische Gewicht, das der Pluralität zukommt, ergibt sich aus der Erfahrung ihrer Zerstörung und Zerstörbarkeit: Homogenität, Monokultur, völkisches Denken, totalitäres Denken, Gleichschaltung, Ausschluss, Säuberung. Pluralitätszerstörend ist auch eine Identitätspolitik, die mit der Etablierung kollektiver Einheiten die einen ein- und die Anderen ausschliesst – die «Wohltat der Inklusion» und die «Not der Exklusion». Je Identitätsdenken hat im Politischen grundsätzlich nichts zu suchen. Die Zuordnung und Selbstzuordnung zu einem kollektiven Singular, die Vorstellung, die Zugehörigen seien identisch und nur durch ein einziges Kriterium definiert – Kultur, Nation, Religion, Geschlecht etc. –, ist wirklichkeitsfremd, setzt Menschen in ihrer Würde herab und kann die Welt in Flammen setzen. Diese fundamentalistische «Verkürzung» der Menschen⁴¹ «stiftet weit mehr Unfrieden als das Universum der pluralen und mannigfaltigen Unterscheidungen».

Arendts umfassendes Pluralitätsverständnis ist den Politikwissenschaften eher fremd. Und dem gängigen, vor allem dem linken Bewusstsein war Pluralität lange ein Fremdwort oder ein Schimpfwort. Vielen schmeckt es bis heute nach Beliebigkeit,⁴³ oder es gilt als unvermeidliche Last, die eine korrekte Moral einem abverlangt. Für Arendt ist Pluralität aber keine Frage der Moral und der Toleranz, sondern der «Bedürftigkeit».⁴⁴ Politik braucht die Anwesenheit der Verschiedenen,⁴⁵ und ohne Pluralität ist Freiheit nicht denkbar.⁴⁶ Mit ihrer Abschaffung und ihrer Ersetzung durch den Automatismus einer Ideologie wird das Entscheidende, was Menschen tun können, nämlich selber zu denken und zu handeln, aus dem Gang der Ereignisse ausgeschaltet, bis sie sich selbst zum Stoff eines scheinbar zwangsläufigen Geschichtsstroms machen⁴⁷ und sich die Frage nicht mehr stellen, «wie man das Schwimmen im Strom überhaupt ver-

meiden kann».48

Grenzen setzen

Politisches Handeln kann Grenzen sprengen und Grenzen setzen. Nicht alles ist erlaubt. Menschlichkeit erweist sich da, wo die Grenze zu einer Gewalt gezogen wird, die anderen Menschen ihr Anwesenheitsrecht abspricht. Arendt beendete ihre fingierte Rede an den Angeklagten Eichmann mit den folgenden Sätzen: «Sie (haben) eine Politik gefördert und mitverwirklicht, in der sich der Wille kundtat, die Erde nicht mit dem jüdischen Volk und einer Reihe anderer Volksgruppen zu teilen, als ob Sie und Ihre Vorgesetzten das Recht gehabt hätten, zu entscheiden, wer die Erde bewohnen soll und wer nicht. Keinem Angehörigen des Menschengeschlechts kann zugemutet werden, mit denen, die solches wollen und in die Tat umsetzen, die Erde zusammen zu bewohnen. Dies ist der einzige Grund, dass Sie sterben müssen». 49

Mir geht es hier nicht um das Für und Wider der Todesstrafe im Fall Eichmann, ausgesprochen von einem israelischen Gericht, sondern um Arendts Argumentation, mit der sie die Hinrichtung Eichmanns legitimierte: nicht mit ausgleichender Gerechtigkeit, Abschreckung oder Rache, sondern damit, dass die Taten den Lebenden nicht zuzumuten seien. Sie überschreiten unsere Verantwortungsfähigkeit. Müssten wir «im Ernst die Verantwortung übernehmen»⁵⁰ für Taten, die weder zu bestrafen noch zu vergeben sind und die nie wieder gut gemacht werden können, dann könnten wir uns nur noch von der Welt abwenden. Arendts Analyse ist bestimmt vom Entsetzen über ein System, das Menschen so organisieren konnte, als gäbe es sie nur im Singular - der Zahl eins -, das Menschen in Dinge verwandeln wollte, die alle gleich funktionieren, das ihre vollkommene Beherrschbarkeit demonstrierte mit dem Ziel, sie als Menschen überflüssig zu machen, sie also ihrer Freiheit und Individualität zu berauben und zum reinen Weiter-so abzurichten, bis hin zum Liquidieren ungewollten Menschenmaterials. Arendt schrieb 1944,⁵¹ nur auf diejenigen sei Verlass, die «mit Furcht und Zittern» begreifen, «wessen alles der Mensch fähig ist». Die «Last der Menschheit für den Menschen» sei Vorbedingung jedes modernen politischen Denkens: die «genuine Angst vor der notwendigen Verantwortung des Menschengeschlechts».52 Angesichts der Öffnung des ganzen Abgrunds begründete Arendt wenig später ihr Nein: Den Lebenden ist der Nachvollzug dieser Taten nicht nur nicht zuzumuten, sie können mit ihnen nicht fertig werden.53

Diese Begründung der Hinrichtung mit dem Zustand der Lebenden ist vollkommen überraschend und zugleich ein Schlüssel, um Arendts politisches Denken und die Bedeutung, die sie dem Zustand der Welt gibt, zu verstehen – einer Welt, die zu erneuern ist.⁵⁴ Angesichts der Opfer dieser Zerstörung rettet Arendt die Lebenden, damit sie die Fähigkeit zum politischen Handeln aufrechterhalten oder wiedergewinnen können. Die Entscheidung, Grenzen zu ziehen und diese Taten als von keinem Menschen mehr tragbare Taten zu beurteilen, ist ein Handeln, das den Weg zu einer Wiederanfreundung mit der Welt frei machen kann.

Handeln und Entscheiden

Mit diesen Hinweisen soll der Fall Eichmann nicht mit dem gegenwärtigen Rechtsextremismus parallelisiert werden, der sich inmitten einer Demokratie und nicht eines totalitären Terrorstaates abspielt. Vielmehr geht es darum, an Arendts Urteilsmut zu erinnern, der auf die Zerstörung des Rechts, Rechte zu haben und zur Menschheit zu gehören, antwortete. «Es liegt am Menschen und nicht an einem dunklen Verhängnis, was aus ihm wird», schrieb Jaspers im Geleitwort zu Arendts Totalitarismusbuch.55 Der Zerfall des Politischen und mit ihm die Zerstörung von Pluralität auch in den Massendemokratien ist etwas, das von Menschen veranstaltet wird und das Menschen mit sich machen lassen. Arendt ging es darum, angesichts der immer drohenden Möglichkeit solcher Zerstörungen die Urteilskraft wiederzugewinnen und den Zugang zur Welt zu behalten. Arendt war viel stärker am Masshalten und Anhalten interessiert und um Grenzen durch Politik besorgt, als gemeinhin angenommen wird.⁵⁶ Sie setzt auf Verfassungen, die überdauern und zugleich das Anfangen zukünftiger Generationen schützen, auf den humanen Wert des Grenzeneinhaltens durch Gesetze, die Menschen sich selbst schaffen, auf Gesetzesherrschaft als Selbstbeherrschung ⁵⁷ und auf die Heilkraft des menschlichen Handelns, das jedes unbegrenzte Weiter-so stoppen und das unterbrechen kann, was unwiderruflich erscheint.58

Die Politik kann Entscheidungen treffen, die den Willen zum Ausdruck bringen, die eigenen politischen Fundamente und die Köpfe der Menschen vor nicht verantwortbaren Ideen und Aktionen in Schutz zu nehmen und den Akteuren Einhalt zu gebieten. Ein Verbot rechtsextremer Parteien kann den Rechtsextremismus zwar nicht aus der Welt schaffen, ist aber ein entscheidender Stein im Mosaik klarer Grenzentscheidungen. Ohne staatliches Verbot bleiben alle Versuche, rechtsextreme Aktionsräume einzuschränken, uneindeutig und unglaubwürdig, setzen sich Laisser faire, Zögerlichkeit und Ambivalenz der Staatsapparate fort und kann die sympathisierende gesellschaftliche Reserve sich ständig auf die formale Rechtmässigkeit einer gewählten Partei berufen. Die Aufgaben von Staat und Politik wären mit einem Verbot allerdings nicht erledigt – z.B. ein verstärkter Opferschutz, eine präventive Jugendarbeit, eine

zeitnahe Ahndung von Straftaten, eine Polizei, die mit potenziellen Opfern statt mit den Tätern kooperiert und der rechten Szene unmissverständlich vermittelt, dass sie schnell und konsequent agiert und über die Szene bestens informiert ist.⁵⁹ Auch systematische Aufklärungsarbeit und notwendige Wachsamkeit der Bevölkerung erledigen sich mit einem Verbot nicht. Aber mit und ohne Verbot können die staatlichen Verpflichtungen nicht einfach an die Zivilgesellschaft delegiert werden, zumal Erfahrungen zeigen, dass auch eine zur Gegenwehr bereite Bevölkerung ohne öffentliche Unterstützung und professionelle Bündnisse kaum in der Lage ist, sich vor der Bedrohung durch ihre eigenen Kleinstadtnazis zu schützen. 60 Was der Rechtsextremismus zurzeit legal und bezahlt betreibt, ist ein Wirklichkeitsverlust, mit dem jeder gesunde Menschenverstand abhanden kommt, vor allem aber der Versuch, das Potential menschlichen Handelns abzuschaffen, das durch die Macht der Pluralität und damit durch die Freiheit der anderen begrenzt ist. 61 Dieser Abschaffungsversuch ist keine Marginalie und kein Protest sozialer Aussenseiter. Er ist kein zu duldender Bestandteil demokratischer Wirklichkeit.

104

Anmerkungen

- 1 Peter Sloterdijk, Zorn und Zeit, Frankfurt a.M. 2006.
- 2 Hajo Funke, Paranoia und Politik Rechtsextremismus in der Berliner Republik. Berlin 2002, S. 9, 16f.
- 3 Hate crime stammt aus dem US-amerikanischen Strafrecht und verweist auf eine Tätermotivation, mit der die Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen Ausländer, Schwarze, Behinderte, Obdachlose, Schwule exemplarisch zum Verschwinden gebracht werden soll. Im deutschen Strafrecht gilt der Begriff nur indirekt, d.h. als zusätzliches strafverschärfendes Kriterium bei der Feststellung der Schwere einer Tat.
- 4 Auftraggeber: Bundesministerium für Justiz. AG Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige. Und: AG Massnahmen zur Kriminalitätsprävention im Bereich Hasskriminalität. Berlin 2003 (http://www.bmj.bund.de).
- 5 Peter Sloterdijk, Zorn und Zeit, Frankfurt am Main 2006.
- 6 Hajo Funke, Paranoia und Politik, a.a.O., S. 14.
- 7 Oliver Decker, Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, Friedrich Ebert Stiftung, Forum Berlin, Berlin 2006. Die Untersuchung wurde im Auftrag der Universität Leipzig in 258 Städten, Gemeinden und Landkreisen der alten und neuen Bundesländer durchgeführt und umfasst eine Stichprobe von 4872 Befragten. Auch wenn die Gesamtuntersuchung m.E. in mancher Hinsicht kritikwürdig ist, z.B. was reichlich simple Fragebogenfragen und die ergänzenden psychologischen Variablen anbelangt, sind die statistischen Ergebnisse doch aufschlussreich.
- 8 Oliver Decker, Elmar Brähler, Vom Rand zur Mitte, a.a.O., S. 43.
- 9 Claus Leggewie, Druck von rechts, München 1993, S. 52.
- 10 Die NPD wurde 1964 in der BRD gegründet. Damaliger Mitgliederstand: 25 000. Bei der Bundestagswahl 1969 erhielt sie 4,3 % der Stimmen, scheiterte also an der 5 %-Hürde. Heute hat die NPD ca. 6100 Mitglieder und ist im sächsischen Landesparlament (9,2 %, 12 Sitze)

und im Landesparlament Mecklenburg-Vorpommern (7,3 %) vertreten. Im Landesparlament Brandenburg sitzt ausserdem die DVU (Deutsche Volksunion).

- 11 Siehe Verfassungsschutzbericht 2007; siehe ausserdem Stellungnahmen zum Verfassungsschutzbericht seitens der Innenministerien der Länder.
- 12 H. Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken Merkmale und Methoden, Frankfurt a.M. 1995, S 25
- 13 Die Leugnung des Holocaust und anderer Völkermorde, die bisher in 9 von 27 EU-Staaten strafbar ist in Deutschland, Belgien, Frankreich, Litauen, Österreich, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien , soll 2007 europaweit verboten werden.
- 14 Eberhard Seidel, Wo Ralph Giordano irrt, in: taz vom 29.5,2007, S. 12.
- 15 Staatspolitisches Positionspapier des Arbeitskreises «Volk und Staat» beim NPD-Vorstand, Folge 13, 2002.
- 16 Siehe H. Joachim Schwagerl, Rechtsextremes Denken Merkmale und Methoden, Frankfurt a.M. 1995.
- 17 Wolfgang Kowalsky, Rechtsaussen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken, Frankfurt a.M./Berlin 1992, S. 16ff.
- 18 Bundesamt für Verfassungsschutz, Die NPD als Gravitationsfeld im Rechtsextremismus.
- 19 Andreas Förster, Zurück zu den Graswurzeln. Berliner Zeitung vom 28.2.2007, S. 4.
- 20 Seit 1992 erfolgten 24 Verbote rechtsextremer Organisationen durch Innenministerien der Länder.
- 21 Sebastian Haffner, Die deutsche Revolution 1918/19, Berlin 2002, S. 124.
- 22 Nach heutigen Schätzungen arbeitet jeder 7. NPD-Funktionär für den Verfassungsschutz.
- 23 Claus Leggewie, Darf man über Schönhuber lachen? in: Druck von rechts, a.a.O., S. 151 ff.
- 24 Dass., S.151.
- 25 Hannah Arendt, Fernsehgespräch mit Günter Gaus, in: dies., Ich will verstehen, München 1996, S. 62.
- 26 Hannah Arendt Mary McCarthy, Im Vertrauen. Briefwechsel 1949-1975, München 1995, S. 260.
- 27 Christina Thürmer-Rohr, Anfreundung mit der Welt Jenseits des Brüderlichkeitsprinzips, in: Heike Kahler, Claudia Lenz (Hg.), Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt, Königstein/Taunus 2001, S. 151 ff.
- 28 Hannah Arendt, Was heisst persönliche Verantwortung unter einer Diktatur? in: Dies., Nach Auschwitz. Essays und Kommentare, Berlin 1989, S. 97.
- 29 Hannah Arendt, Freiheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, a.a.O., S. 205.
- 30 Hannah Arendt an Gershom Scholem, in: Hannah Arendt, Nach Auschwitz, a.a.O., S. 75.
- 31 Hanna Arendt, Persönliche Verantwortung in der Diktatur, in: Israel, Palästina und der Antisemitismus, Berlin 1991, S. 9ff.
- 32 Hannah Arendt, Über das Böse Eine Vorlesung zu Fragen der Ethik, München 2003, S. 101.
- 33 Hannah Arendt, Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk, München 1996, S. 123.
- 34 Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München 1981, S. 15.
- 35 Hannah Arendt, Was ist Politik? München 1993, S. 9 ff.
- 36 Wolfgang Heuer, Politik und Verantwortung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (ApuZ), 39, 2006, S. 8.
- 37 Hannah Arendt, Denktagebuch Bd.1, a.a.O., S. 37f., 70f.
- 38 Hannah Arendt, Vom Leben des Geistes 1: Das Denken München 1989, S. 179 ff.
- 39 Amartya Sen, Die Identitätsfalle Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt, München 2007, S. 18.
- 40 Ausnahme ist, wenn Menschen wegen ihrer «Identität» verfolgt werden: «Wenn man als Jude angegriffen wird, muss man sich als Jude verteidigen», nicht «als Mensch».
- 41 Amartya Sen, Die Identitätsfalle, a.a.O., S. 12.
- 42 Amartya Sen, Die Identitätsfalle, a.a.O., S. 32.
- 43 Pascal Bruckner, Die demokratische Melancholie, Hamburg 1991, S. 174.
- 44 Hannah Arendt, Denktagebuch Bd.1, München 2002, S. 102, 218 f.
- 45 Antonia Grunenberg, Hannah Arendt und Martin Heidegger Geschichte einer Liebe, München 2006, S. 361.
- 46 Hannah Arendt, Freiheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, a.a.O., S. 202.
- 47 Hannah Arendt, Freiheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, a.a.O., S. 210.
- 48 Hannah Arendt. Denktagebuch Bd.1, a.a.O., S. 45.
- 49 Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München

105

/mpe 25/26/(

- 1986, S. 329.
- 50 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 704.
- 51 Hannah Arendt, Organisierte Schuld, in: Die Wandlung, 1. Jg., H. 4, 1945/46 (engl. 1944), S. 333–344 (Hg.: Dolf Sternberger; Mitwirkung,: Karl Jaspers, Werner Kraus, Alfred Weber). Und in: Hannah Arendt, In der Gegenwart Übungen im politischen Denken II, München 2000, S. 26–37.
- 52 Hannah Arendt, Organisierte Schuld, in: In der Gegenwart Übungen im politischen Denken II, München 2000. S. 37.
- 53 Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O., S. 704.
- 54 Hanna Arendt, Persönliche Verantwortung in der Diktatur, in: Dies., Israel, Palästina und der Antisemitismus. Berlin 1991, S. 19.
- 55 Karl Jaspers, Geleitwort in: Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, a.a.O., S.10.
- 56 Margaret Canovan, Verstehen oder Missverstehen. Hannah Arendt, Totalitarismus und Politik, in: Daniel Ganzfried, Sebastian Hefti (Hsg.), Hannah Arendt – Nach dem Totalitarismus, Hamburg 1997. S. 60.
- 57 Hannah Arendt, Denktagebuch Bd.1, a.a.O., S. 376.
- 58 Hannah Arendt, Freiheit und Politik, in: Zwischen Vergangenheit und Zukunft, a.a.O., S. 224.
- 59 Hajo Funke, Paranoia und Politik, a.a.O., S. 290 f.
- 60 s.z.B. Der SPIEGEL Nr. 27, 2007, S. 54-58.
- 61 Hannah Arendt, Denktagebuch, Bd. 1, a.a.O., S. 223.

Eva Herman und der «Kampfbund Nationaler Aktivistinnen»

Antifeminismus, Biologismus und völkische Töne

Elisabeth Joris / Lilo König

«Wir von der KNA wissen, dass dieses Buch ein Meilenstein ist», schreibt Denise Friederich in ihrer Rezension von Hermans «Das Eva-Prinzip». Doch wer ist Denise Friederich? Sie ist das einzige weibliche Mitglied des Vorstands der rechtsextremen PNOS, der «Partei national orientierter Schweizer»¹. Erneut auffällig wurde die PNOS, deren Mitglied Tobias Hirsch 2004 mit Hilfe von SVP-AnhängerInnen ins Stadtparlament von Langenthal gewählt wurde, im Sommer 2007 wegen des lautstarken und gewaltbereiten Widerstands gegen die Rede zum Nationalfeiertag von Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey auf dem Rütli, der von Schiller zur Geburtsstätte der Schweiz erhobenen Wiese am Vierwaldstättersee. Bei ihrem Widerstand gegen die angebliche «Zwängerei» der Weiber konnte diese rechtsradikale Bewegung auf das Wohlwollen einer nicht unbedeutenden Zahl von SchweizerInnen zählen. Weit weniger bekannt als der Widerstand gegen Calmy-Reys Rede, aber weit gefährlicher sind der von den deutschen Rechtsextremen mitbeeinflusste völkisch geprägte Rassismus und die äusserste Gewaltbereitschaft der PNOS, die sich gegen MigrantInnen, aber auch gegen alle Linken oder vermeintlich Linken richtet. So ist es wohl kein Zufall, dass diese rechtsradikale Organisation kurz vor dem 1. August 2007 ein weibliches Pendant ins Leben rief, um die Aneignung der Rütliwiese durch die Frauen und vor allem durch Calmy-Rey als erklärter Fürsprecherin des Völkerrechts zu konterkarieren. Mit dem «Kampfbund Nationaler Aktivistinnen», kurz KNA, ruft dessen Präsidentin Denise Friederich zum sofortigen Stopp des «falschen Feminismus mit seinem widernatürlichen Gleichheitsgedanken» auf.

Auf einer mit der Seite der PNOS verlinkten Homepage veröffentlicht der KNA seine Grundsätze. Er versteht sich als «ein eigenständiger Kampfbund, ein Sam-

melbecken nationaler Frauen jeden Alters mit politisch orientiertem Hintergrund»; die Organisation «dient zur Wissenserweiterung, zur Weiterentwicklung und Emanzipierung und Partizipierung der nationalen Frau». Mit Rückgriff auf Elemente des Feminismus und der radikalen Linken vermischt der KNA einen aggressiven Antifeminismus mit Antikapitalismus und völkischem Gedankengut, das an die Anfänge der nationalsozialistischen Propaganda in Deutschland erinnert. Bei der Gründungsversammlung des KNA am 21. Juli 2007 im Kanton Solothurn soll eine der beiden Referentinnen für eine gesunde Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und den Widerstand gegen die «totale Gleichmacherei der Geschlechter» eingestanden sein, die zweite kritisierte neben den «Feministinnen» auch das «Kapital», selbst die Männer kriegten nach der Eigendarstellung «ordentlich ihr Fett weg». Wie wenig ernst die Kritik an den Männern gemeint war, zeigte sich im Widerstand gegen die von Frauen organisierte und von Bundesrätin Calmy-Rey, der dezidierten Gegnerin von Christoph Blocher in der eidgenössischen Exekutive, forcierte Rütlifeier 2007 und im Aufruf an «jeden Eidgenossen» – und nicht etwa an die Frauen –, sich zu besinnen: «Nur wenige gedenken den (sic!) alten Eidgenossen ehrwürdig, wie es sich gehörte. Meinungen, welche sich für das Land und somit gegen die kapitalistische Tyrannei richten, werden von der heiligen Wiese verbannt.» Was und wer mit der kapitalistischen Tyrannei gemeint ist, bleibt offen, präzisiert wird dieser Angriff nicht. Unterschwellig wird damit aber an antisemitische und explizit an ausländerfeindliche Gefühle appelliert, denn kritisiert wird immer nur das sogenannte «internationale Kapital». Deutlicher zeigt sich die völkische und rassistische Ausrichtung im Antifeminismus des KNA: «Die Völker in Europa sehen sich mit einer Zersetzung der Volksgemeinschaft und längerfristig einem Volkstod konfrontiert.» So richtet sich die ursprünglich von Feministinnen formulierte Kritik an der Vermarktung der Frau in der Argumentation des KNA in einer irr anmutenden Umkehrung gegen den Feminismus: «Die Frau wird vom internationalen Grosskapital zum Werkzeug der Wirtschaft degradiert und von den Massenmedien zur Konsumsklavin herabgewertet. Der Feminismus unterstützt diese Entwicklungen mit seinen absurden Forderungen, wonach sich eine Frau selbst zu verwirklichen hat, indem sie zwanghaft nach beruflicher Karriere strebt, um schlussendlich ein egoistisches, konsumgesteuertes, bindungs- und kinderloses Leben führen soll, ohne dabei Rücksicht auf andere – vor allem nicht auf Männer - nehmen zu müssen.» Schlussfolgerung des KNA: «Wir müssen uns dem Radikalfeminismus entgegensetzten (sic!) und uns in der Rolle der nationalen Frau entfalten.» Oder noch deutlicher: «Es ist an der Zeit, die Revolution anzustreben. Und dies liegt vor allem bei uns Frauen. Wir müssen die Forderung nach einer neuen, emanzipierten Weiblichkeit umsetzen und den Volkstod verhindern. Wer, wenn nicht wir? Wann, wenn nicht jetzt?» Diese rhetorische Konstruktion geht zurück auf den berühmten Gelehrten Rabbi Hillel aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. Frecherweise oder in schlichter Ignoranz des Ursprungs bedienten sich Exponenten der extremen Rechten von Goebbels bis Haider dieses Zitats, und so greift eben auch der KNA darauf zurück. Was dieser mit diesem Rückgriff propagiert, hat aber nichts mit Revolution zu tun, sondern es geht um den Rückzug der Frau in die Familie, um möglichst viele Kinder zu gebären. Und damit sind wir wieder bei der eingangs zitierten Rezension von Hermans Buch «Das Eva-Prinzip».

Herman dient Denise Friederich als Kronzeugin wider alle Feministinnen – und gegen Alice Schwarzer im Besonderen. Sie dient ihr aber auch als Rehabilitierung der in der Schweiz verurteilten notorischen Holocaust-Leugner Jürgen Graf und Bernhard Schaub, wenn sie Hermans Entlassung als Nachrichtensprecherin mit dem Stellenverlust dieser beiden international vernetzten Rechtsradikalen in Zusammenhang bringt. Herman dient ihr zugleich als Kronzeugin gegen den Kommunismus, da sie Karl Marx als Erfinder der «ins Nichts führenden Selbstverwirklichung» der Frauen demaskiert habe. Diese Selbstverwirklichung habe sich in der DDR mit ihren Tausenden von Krippenplätzen gezeigt; die direkte Folge der Fremdbetreuung sei die Bindungslosigkeit. Abenteuerlich mutet die von Friederich mit Herman bezeugte These der direkten Verknüpfung der Kindererziehung im Dritten Reich mit den Erziehungsprinzipien der 1968erInnen an: «Das Resultat dieser strengen, autoritären Erziehung war die in den 1960er-Jahren entstandene antiautoritäre Erziehung, welche wir auch heute noch allzu oft antreffen. Eine Erziehung ohne Grenzen, Verbote und Autorität. Heute wird die fehlende Autorität, welche unter anderem durch Fremdbetreuung der Kindern entsteht, noch mit materieller Liebe ergänzt, um das schlechte Gewissen der Eltern zu kompensieren. Die Bindung bleibt auf der Strecke und führt uns immer weiter in eine Gesellschaft bestehend aus lauter materialistischen Egoisten.» Worum es Friederich letztlich mit der Propagierung von Hermans «Eva-Prinzip» geht, zeigt sich in ihrer ausführlichen Behandlung des von Herman als natürlich definierten Fortpflanzungstriebs, den die Feministinnen mit ihrer Forderung nach beruflicher Selbstverwirklichung untergraben würden. Die darauf zurückzuführende egoistische Verweigerung, Kinder zu gebären, und die Unterdrückung der Männer gefährdeten die nationale Zukunft. Damit wird mit Rekurs auf Herman implizit der in den Grundprinzipien des KNA als grösste Gefahr deklarierte «Volkstod» heraufbeschworen. Das ist der zentrale Grund für die uneingeschränkte Empfehlung des Buches «Das Eva-Prinzip» an das rechtsradikale Publikum der PNOS-Aktivistin Denise Friederich. Diese gibt ihren Leserinnen gleich noch «Die westliche Wertegemeinschaft» des HolocaustLeugners Jürgen Schwab als weiterführende Literatur mit auf den Weg. Was also auf Empfehlung von Denise Friederich braune Mädels als K(ei)mzelle der Familie so lesen, ist nicht gerade beruhigend. Dass Friederich als weiterführende Literatur auch «Der kleine Unterschied» von Alice Schwarzer aufführt, trägt nicht zur Beruhigung bei; dieses Werk dient ihr lediglich als abschreckendes Beispiel. Irritierender jedoch muss es für Iris Radisch sein, die Leiterin des Literaturclubs im Schweizer Fernsehen DRS, dass der KNA neben Eva Hermans Buch auch ihr Werk «Die Schule der Frauen» zur Lektüre empfiehlt. Wahrscheinlich eignen sich die neu auf dem Schweizer Parkett agierenden rechtsradikalen Frauen alle Argumente für die Förderung der Fortpflanzung an, sofern diese Argumente – selbst in klarer Verkennung der Absicht einer Autorin wie Radisch und in expliziter Verneinung jeglicher Pluralität – zur Vermehrung des national definierten «Volkes» beziehungsweise «Volksganzen» eingesetzt werden können.

110 Anmerkung

Denise Friederich wurde im Oktober 2007 zusammen mit Exponenten der PNOS im Kanton Aargau der wiederholten rassistischen Diskriminierung schuldig gesprochen. In diesem Herbst stellten sich auch erhebliche Fragen, inwiefern Eva Herman in ihrem neuen Buch «Das Prinzip Arche Noah» rechtsextremes Gedankengut vertritt.

Literatur

Bitzan Renate, Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Verlag Edition Diskord, Tübingen 2000.

Bitzan Renate (Hg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen, Espresso Verlag, Berlin 2002

Antifaschistisches Frauennetzwerk (Hg.), Braune Schwestern? Feministische Analysen zu Frauen in der extremen Rechten, Unrast Verlag, Münster 2005.

FANTIFA Marburg (Hg.), Kameradinnen – Frauen stricken am braunen Netz, Unrast Verlag, Münster 1995.

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der psychiatrischen Diagnose und Behandlung

Zur Macht über die Definition von psychischen Störungen¹

Susanne Businger

Demokratien sind an die idealtypische Vorstellung gebunden, dass ihre BürgerInnen selbstbestimmt ihr Leben gestalten und am Gemeinwesen mitwirken können. Im Gegensatz dazu beschreibt Goffman in seinem Werk «Asyle» (1961) die Psychiatrie als den Typus einer totalen Institution, die (mit-)bestimmt, was und wer in der Gesellschaft als «normal» definiert wird. Durch den Ausschluss der Öffentlichkeit werden die «PatientInnen» von ihren sozialen Rollen getrennt und ein gesellschaftlich nicht erwünschtes abweichendes Verhalten kontrolliert und behandelt.

Soziale Konstruktion des (Wahnsinns). Ein historischer Überblick.

Was in der Geschichte des Abendlandes als abweichend, «ver-rückt» oder gar «wahnsinnig» definiert wird, ist vom sozialen, kulturellen und historischen Kontext abhängig. In der Antike sind bestimmte Formen des Wahnsinns positiv konnotiert, als eine Quelle der Inspiration und des Sehertums. Aber auch im 18. Jahrhundert gibt es vor allem in Kunst und Literatur noch die Vorstellung einer Verbindung von «Wahn-Sinn» und Genialität. Als Krankheitsbild wird unter anderem die Melancholie beschrieben, die zwischen Verletzlichkeit und künstlerischem Schaffen oszilliert. Auch die Liebeskrankheit, lat. Morbus amatoris, gilt als eine Form des Wahns, die sich bei einer unglücklichen und unerfüllten Liebe einstellt. Diese Vorstellungen dürfen jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass vom 16. bis ins 19. Jahrhundert Personen mit psychischen Störungen von der Gesellschaft vehement ausgeschlossen werden.

Im 18. Jahrhundert gehen Lehrbücher davon aus, dass Irrsein durch eine Überreizung der Nerven hervorgerufen wird. Die Heilung bedarf daher einer beruhi-

genden Umgebung, und Ende des 18. Jahrhunderts entstehen die ersten Irren-Heilanstalten. Der Übergang ins 19. Jahrhundert kann als Paradigmawechsel in der Psychiatriegeschichte verstanden werden. Ein medizinisch-anatomischer Blick auf die Phänomene des Wahnsinns beginnt sich durchzusetzen, und der Begriff des Wahnsinns wird durch den Begriff der Geisteskrankheit ersetzt. Das Gehirn ist nun das Zentrum, in dem der Wahn angesiedelt ist. Aber auch Sexualität und Wahn werden immer wieder miteinander in Verbindung gebracht. Bis zum 19. Jahrhundert herrscht die Vorstellung, dass ein «unbändiger weiblicher Geschlechtstrieb> bestimmte Krankheiten, darunter die Hysterie, fördere. Menschen werden nach bestimmten Vorstellungen des Wilden und des Anderen kategorisiert. Insbesondere Frauen und Angehörige der Unterschicht gelten im Gegensatz zum (männlich-normalen) Bürgertum als triebhaft. Hysterie (griech. hystéra, die Gebärmutter) als Frauen zugeschriebene Krankheit wird mit weiblichen sexuellen Begehren in Verbindung gebracht. In der Gebärmutter angesiedelt, wird die Hysterie von Ärzten medizinisch durch Genitalverstümmelung «behandelt>. Auch die vollständige Entfernung der Gebärmutter ist im ausgehenden 19. Jahrhundert üblich. Neu wird die Hysterie nicht mehr nur als Ausdruck eines übermässigen weiblichen Geschlechtstriebes beschrieben, sondern Christina von Braun stellt fest, dass auch das Bild der frigiden, unbefriedigten Frau mit Hysterie in Verbindung gebracht wird. Frauen werden zum Ausstellungsobjekt und z.B. in der Salpêtrière in Paris durch den vom Hysteriespezialisten Jean-Martin Charcot Studenten in Vorlesungen vorgeführt.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der kapitalistischen Marktwirtschaft beginnt sich die Vorstellung eines «produktiven» Menschen durchzusetzen, und die Normalisierungskapazität reduziert sich. Mit der Entwicklung der Psychoanalyse eröffnen Fachärzte auch private Niederlassungen. Daneben bleiben die psychiatrischen Kliniken, wie die ehemaligen «Irrenhäuser» im 20. Jahrhundert genannt werden, im Kontext einer abgeschlossenen Institution bestehen, die von ihrer Funktion her an ein Gefängnis erinnerte. Krankheiten wie Schizophrenie oder manische Depressionen werden neu diagnostiziert. Durch Erkenntnisse aus der Genetik erhält die Psychiatrie eine biologische Stossrichtung. Mittels Psychopharmaka werden die diagnostizierten Krankheiten behandelt. Auch ein Rekurs auf die Hirnforschung findet statt, und das Verfahren der Lobotomie (Operationen am Gehirn), das schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstmals erforscht wird, kommt zur Anwendung. Als stark von der sozialen Norm abweichend etikettierte Personen wie ‹tobsüchtige› Patient-Innen werden durch eine Lobotomie ruhiggestellt und dadurch aller sozialer Fähigkeiten beraubt. Aber auch die Elektroschocktherapie ist in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts eine Methode, die bei auffälligen PatientInnen angewandt wird. Unter anderem zündeten soziologische Studien wie Goffmans «Asyle» oder die Arbeiten von Foucault den Funken, der die Antipsychiatriebewegung auslöste. Der öffentliche Druck der Antipsychiatriebewegung führte dazu, dass die Psychiatrien reformiert werden mussten und alternative Konzepte wie z.B. von Franco Basaglia in Italien überhaupt erst initiiert werden konnten.

Psychiatrie heute – Medikalisierung der psychiatrischen Diagnostik

Soziale Vorstellungen von Normen, wie ein gesunder Mensch auszusehen und zu agieren hat, prägen auch die heutige Klassifikation psychischer Störungen. Die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebene Internationale Klassifikation der Krankheiten (ICD-10) gilt als Standard in Europa, um in psychiatrischen Institutionen Diagnosen zu stellen. Der ICD-10 umfasst organisch bedingte psychische Störungen, Störungen durch psychotrope Substanzen (Alkohol, Drogen), Schizophrenie und wahnhafte Störungen, affektive Störungen (u.a. Depression), neurotische Belastungs- und somatoforme Störungen, Verhaltensauffälligkeiten mit körperlichen Störungen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen, Intelligenzminderung, Entwicklungsstörungen und Störungen mit Beginn in der Kindheit/Jugend.² Um ein Beispiel herauszugreifen: Ausgiebig werden etwa die «Störungen der Geschlechtsidentität» (F64) behandelt. Schon Störungen der Geschlechtsidentität im Kindesalter werden anhand von Kriterien diagnostiziert. Bei Mädchen deuten etwa die «anhaltende deutliche Aversion gegen üblicherweise weibliche Kleidung und Bestehen auf typisch männlicher Kleidung, z.B. männlicher Unterwäsche und anderen Accessoires> nach dem ICD-10 auf eine psychische Störung hin. Dies erinnert – trotz gesellschaftlichem Umdenken bezüglich der Geschlechtsidentität – stark an Klassifizierungen aus vergangenen Jahrhunderten wie z.B. von homosexuellen Menschen. Zudem ist die Moderne von einer massiven Differenzierung der psychiatrischen Diagnostik betroffen. Soziale Phänomene werden vermehrt als medizinische Probleme definiert. In der Schweiz gibt es im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und den USA häufiger psychiatrische Zwangsbehandlungen. Rund ein Drittel aller Personen, die sich in der Schweiz einer Behandlung innerhalb einer psychiatrischen Institution unterziehen müssen, wird unfreiwillig behandelt, davon ein grosser Teil zwangsbehandelt. Trotz verstärkter Sensibilisierung der Bevölkerung hat die Zahl der Zwangsbehandlungen in der Schweiz nicht abgenommen. Insbesondere die Massnahme der Verwahrung bei starker Delinquenz des psychisch Erkrankten wird weit öfter ergriffen. In der Schweiz ist der Fürsorgerische Freiheitsentzug (FFE) im Zivilgesetzbuch unter Artikel 397a ff. geregelt. Das Gesetz hält unter 397a, Abs. 1 fest: «Eine mündige oder entmündigte Person darf wegen Geisteskrankheit, Trunksucht, anderen Suchterkrankungen oder schwerer Verwahr-

losung in einer geeigneten Anstalt untergebracht oder zurückbehalten werden, wenn ihr die nötige persönliche Fürsorge nicht anders erwiesen werden kann.» Interessant ist, scheint mir, dass immer noch der Terminus «Geisteskrankheit» für die Beschreibung einer psychischen Erkrankung verwendet wird. Insbesondere beim Risiko einer Fremd- oder Selbstgefährdung kommt der Fürsorgerische Freiheitsentzug zur Anwendung, wobei gesellschaftlich unterschiedlich definiert werden kann, was dies alles beinhaltet. Das Gesetz sieht zwar die Möglichkeit eines Rekurses gegen den Fürsorgerischen Freiheitsentzug vor, doch in der Realität mahlen die Mühlen der Justiz oft so langsam, dass eine medizinische Zwangsbehandlung schon stattfand, bevor ein Rekurs eingereicht werden konnte. Zwangsbehandlungen innerhalb von psychiatrischen Einrichtungen waren schon immer ein sehr umstrittenes Thema. Kürzlich ist das Buch von Brigitta Bernet, Roswitha Dubach, Urs Germann und Marietta Meier mit dem Titel «Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich 1870-1970» erschienen. In einem Interview mit der «Wochenzeitung» (WOZ, Nr. 24, 14. Juni 2007) sagt Brigitta Bernet, dass die Zwangsbehandlung einen Eingriff in ein verfassungsmässig gesichertes Grundrecht darstellt, der jedoch in einer Notsituation verhältnismässig sein kann. Dies zeigt die Schwierigkeit der Diskurse um psychiatrische Behandlungen: Einerseits können durch Klassifikationssysteme Menschen, die aus dem Rahmen fallen, was in einer Gesellschaft als (gesund) definiert wird, ausgeschlossen werden. Andererseits ist der Zugang zu professioneller Hilfe und Pflege für alle Menschen ein fundamentales Recht.

Nach Horwitz gibt es bestimmte Bevölkerungsgruppen, die stärker Gefahr laufen, medikalisiert zu werden. Zum einen sind dies (in den USA) unter anderem junge, sozial abweichende Menschen, die noch von ihren Eltern abhängig sind. Oft machen Angehörige oder Behörden den ersten Schritt in Richtung einer therapeutischen Behandlung. Aber auch sehr alte Menschen, die nicht von ihren Angehörigen betreut werden können, werden viel häufiger in Institutionen eingewiesen als der Durchschnitt. Immer dann, wenn einer Person die Möglichkeit abgesprochen wird, ein eigenständiges Leben zu führen, ist die Medikalisierung wahrscheinlicher. Randständige Personen laufen Gefahr, zwangsweise therapeutisch (behandelt) zu werden, wenn laut Behörden eine Fremd- oder Selbstgefährdung vorliegen könnte. Hier fungiert die Psychiatrie bisweilen als soziales «Auffangbecken), obwohl der Staat und die Gesellschaft dafür verantwortlich wären, dass viele Lebensformen möglich und die entsprechenden Rahmenbedingungen auch finanziert werden. Andere Studien (Horwitz und Rosenfeld u.a.) zeigen, dass gewisse Menschen eher das (Label) deviant und abweichend erhalten als andere Personen. Drei Problemkreise werden hier ausgemacht: Erstens werden eher Menschen, die von der kulturell definierten Mehrheit abweichen, als deviant stigmatisiert. Zweitens sind Personen, welche den als sozial abweichend Definierten nicht kennen (denen er also <fremd> und anders erscheint), eher bereit, ihm das <Label> psychisch-krank anzuheften. Drittens sind es vor allem Personen mit einem sehr hohen Status, die häufiger Verhalten als psychisch krank definieren und auch häufiger eine psychiatrische Behandlung einfordern.

Etikettierung und Stigmatisierung als sozialer Prozess

In Disziplinen wie z.B. der Biologie wird nur die Entstehung von psychischen Störungen thematisiert. Etikettierungs- und Kontrolltheorien betrachten hingegen die soziale Reaktion auf ein gesellschaftlich definiertes abweichendes Verhalten. Während bestimmte Verhaltensweisen das Risiko einer Selbstgefährdung bergen (z.B. Essstörungen) und auch im Sinne der betroffenen Person angemessen behandelt werden müssen, gibt es Verhaltensweisen, die – auch wenn sie keine Selbst- oder Fremdgefährdung beinhalten – vom ICD-10 als psychische Störung klassifiziert werden. Nach Etikettierungstheorien bestimmen die Formen der sozialen Kontrolle einer Gesellschaft und ihrer Institutionen, ob ein nonkonformes Verhalten als abweichendes Verhalten gedeutet wird. Laut ICD-10 werden wie schon erwähnt bestimmte Verhaltensweisen als Störungen der Geschlechtsidentität klassifiziert. Auch Transsexualität wird als eine solche Störung behandelt (F64). Unsere Gesellschaft geht immer noch von der Vorstellung von zwei (klar abgrenzbaren) Geschlechtern aus. Hier zeigt sich die Kraft der gesellschaftlichen Definition von sogenannter Normalität. Mit solchen Definitionen gehen Stigmatisierungen und Etikettierungen (engl. <Labels>) einher, die bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschliessen. Hier braucht es ein Umdenken der Gesellschaft, damit unterschiedliche selbstbestimmte Lebensformen akzeptiert und auch als <normal> definiert werden. Durch die Definition der Weltgesundheitsorganisation werden also ganz unterschiedliche Verhaltensweisen und Krankheiten unter dem Begriff der psychischen Störung zusammengefasst. Es muss in jedem Fall differenziert werden, ob es um therapeutische Hilfe geht, da die Person sich durch ihre Krankheit in ihrer Lebensqualität eingeschränkt fühlt oder sich gar selbst gefährdet, oder ob es um eine rein ordnungspolitische Definition von Normalität geht.

Diese Problematik ergibt sich auch in psychiatrischen Institutionen, da sie sich u.a. auf die internationale Klassifikation psychischer Störungen durch die Weltgesundheitsorganisation stützen. Innerhalb der Psychiatrie war (ist?) es zuallererst ein wichtiger Schritt, dass die 〈Patientin〉, der 〈Patient〉 ihre resp. seine psychische Störung als solche anerkennt. Sie/Er wird dafür belohnt, wenn sie/er dies tut, indem sie/er als mit der Institution kooperierend eingestuft wird. Dadurch wird die/der Etikettierte jedoch in ihre/seine bestimmte Rolle gedrängt, und das

Stereotyp kann als eigentliche Selbstdefinition (‹Ich bin halt verrückt›) übernommen werden. Durch die Stigmatisierung der Betroffenen ist es ihnen zudem fast unmöglich, in ihre alten Rollen zurückzukehren.

Der historische Rückblick auf die Phänomene des «Wahnsinns» zeigt auch, dass kulturelle und gesellschaftliche Wertvorstellungen definieren, was abweichend ist. Sich für eine Firma aufzuopfern und 50 Stunden pro Woche zu arbeiten ist z.B. heute gesellschaftlich anerkannt. Hingegen sind Menschen, die als Fahrende umherziehen und keinen festen Wohnsitz kennen wie die Sinti und Roma, gesellschaftlich immer noch mit Stigmata wie verrückt, anders, kriminell usw. besetzt. Das Nichtkennen des Anderen führt dazu, dass das eine von den meisten Menschen als normal, das andere hingegen als abnormal wahrgenommen wird. Ein Ziel einer Zivilgesellschaft, die ein selbstbestimmtes Leben aller ihrer Mitglieder zum Grundsatz hat (haben sollte), wäre es, die normativen Standards, was als normal und was als nicht normal definiert wird, zu ändern. Daneben sollen Menschen, die von einer Krankheit betroffen sind, uneingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem haben und eine angemessene Behandlung einfordern können. Auch dies ist eine Grundvoraussetzung einer demokratischen Gesellschaft, die durch den gegenwärtigen Kostendruck immer mehr erodiert wird. Die neoliberalen Angriffe auf das Gesundheitssystem – aber auch auf die Psychiatrie - müssen vor diesem Hintergrund verstanden werden. Mit der ursprünglichen Argumentation der Antipsychiatriebewegung (die v.a. alternative Behandlungsmöglichkeiten forderte) hat dieser Diskurs nicht das Geringste zu tun, auch wenn medial verschiedene Argumentationen vermengt werden.

Geschlechtsspezifische Unterschiede in der psychiatrischen Diagnostik

Diagnostik und Therapie in der Psychiatrie werden auch von geschlechterkonstituierenden Rollenerwartungen, wie Frauen und Männer sich zu verhalten haben, beeinflusst. Im «Handwerks-Buch Psychiatrie», das 1998 erschienen ist und sich auf Deutschland bezieht, stellt Polina Hilsenbeck fest, dass bei Frauen viel häufiger Psychosen, Depressionen, Neurosen und Angststörungen diagnostiziert werden als bei Männern. Frauen werden auch markant häufiger Psychopharmaka verschrieben. Für 1992 hält eine Untersuchung (im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales von Nordrhein-Westfalen) fest, dass rund 70 % aller Psychopharmaka Frauen verordnet werden. Auch Brigitte Schmid-Siegel und Karin Gutierrez-Lobos stellen geschlechtsspezifische Unterschiede in der psychiatrischen Diagnostik fest. Frauen zwischen 15 und 30 Jahren werden sechsmal häufiger Psychopharmaka verschrieben als Männern aus dieser Altersgruppe. Eine ältere Studie von 1989 für die USA untersucht die sozialen und kulturellen Unterschiede der psychiatrischen Diagnostik. Schizophrenie ist bei

schwarzen Frauen die häufigste Diagnose, bei weissen Frauen die seltenste. Als Konsequenz werden schwarze Frauen dreimal häufiger zwangseingewiesen, erhalten häufiger Psychopharmaka und sind über einen längeren Zeitraum in einer Anstalt. In der Forschung wird diesen geschlechtsspezifischen Unterschieden zu wenig Beachtung geschenkt. Frauen sind entweder unterrepräsentiert oder nicht eingeschlossen. Anders formuliert: Es wird vom «Normalfall» Mann ausgegangen, und Frauen sind implizit mitgemeint. In der Untersuchung von Marietta Meier, Gisela Hürlimann, Brigitta Bernet und Jakob Tanner zu den Zwangsmassnahmen in der Zürcher Psychiatrie (1870-1970) werden Diagnosen und Behandlungen der PatientInnen nach Schicht und Geschlecht differenziert. Die Ergebnisse zeigen unter anderem, dass vor allem das Geschlecht einen erheblichen Einfluss auf die Diagnosestellung nimmt (schichtspezifische Unterschiede sind hingegen weitaus schwächer ausgeprägt). Schizophrenie wurde von 1870 bis 1970 weitaus häufiger bei Frauen als bei Männern diagnostiziert. Der Einblick auf Zwangsmassnahmen im Burghölzli zeigt ebenfalls, dass der Anteil der Frauen denjenigen der Männer um durchschnittlich 10 Prozent übersteigt. Zudem werden Frauen häufiger als Männer medikalisiert. Die Forscherinnen untersuchten, wie oft von 1946 bis 1959 im Burghölzli Leukotomien vorgenommen wurden. Auch hier zeigt sich bei der qualitativen Analyse klar, dass die Kategorie Geschlecht eine zentrale Rolle spielt und Frauen weitaus häufiger dem drastischen Eingriff einer psychochirurgischen Operation am Gehirn unterzogen wurden.

Aus einem anderen Blickwinkel erscheinen die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der psychiatrischen Diagnostik, wenn von einer effektiv stärkeren Belastung der Frau und damit verbundenen psychischen Auswirkungen ausgegangen wird. Frauen sind auch heute noch weit häufiger Belastungen ausgesetzt (z.B. alleinige Zuständigkeit für den Haushalt, unbezahlte Betreuungstätigkeiten, schlechtere Entlöhnung und Weiterbildungsmöglichkeiten im Beruf usw.) als Männer, was z.B. eine Depression auslösen kann. Die Psychologin Denise Russel und die Psychoanalytikerin Luce Irigaray sind zwei Feministinnen, die sich auf theoretischer Ebene mit dem Themengebiet «Women and Madness» auseinandergesetzt haben. Phyllis Chesler stellt in ihren Untersuchungen fest, dass Frauen in den psychiatrischen Einrichtungen überrepräsentiert sind. Sie sucht nach gesellschaftlichen Mechanismen, die diese stärkere Pathologisierung von Frauen erklären. (Madness) kann nach Phyllis Chesler nur im Zusammenhang mit den weiblichen und männlichen Geschlechterrollen verstanden werden. In der westlichen Zivilgesellschaft ist die weibliche Rolle der männlichen untergeordnet. Wenn Frauen ihre weibliche Rolle überbetonen, können Krankheiten wie Depressionen entstehen. Wenden sich Frauen jedoch von der ihnen zugeschriebenen Rolle ab, werden sie von der Gesellschaft als schizophren und verrückt eti-

118

kettiert. Luce Irigaray befasst sich v.a. mit dem Fehlen einer weiblichen Sprache. Frauen können sich nur in einer männlich dominierten Sprache ausdrücken und finden daher keine Worte für eine eigene Identität oder eine eigene Sexualität. Es ist die Sprachlosigkeit der Frauen, die zu Krankheiten und «Madness» führt. In diesem Sinne muss die patriarchale Gesellschaftsstruktur verändert werden und ein neues, solidarisches Zusammenleben entstehen. Eine feministische Sicht auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der psychiatrischen Diagnostik muss in ihrer Kritik beides verbinden: Einerseits müssen geschlechterkonstituierende Rollenerwartungen wahrgenommen werden, die zu einer stärkeren Belastung der Frau in der Gesellschaft führen können. Dazu gehört auch ein medial vermitteltes Frauenbild, welches insbesondere bei jungen Frauen übersteigerte Erwartungen an die eigene Körperlichkeit weckt. Andererseits wirken diese Geschlechterverhältnisse auch in der psychiatrischen Diagnostik, was zu einer stärkeren Pathologisierung der Frau führen kann.

Alternativprojekte

Bestimmte Gruppen von Menschen sind stärker von Zuschreibungen wie «wahnsinnig oder (abweichend) betroffen. Mehr Toleranz und ein starkes soziales Netz könnten helfen, auch Menschen, die psychisch erkrankt sind, gesellschaftlich zu integrieren. Jedoch können nicht alle diese Integration leisten, wenn es z.B. an Netzwerken und sozialen Ressourcen fehlt. Dazu kommt, dass innerfamiliäre Betreuungsleistungen, die meist von Frauen erbracht werden, immer noch nicht entlöhnt werden. Es braucht alternative Ansätze, wie psychisch kranke Menschen unterstützt werden können, ohne sie abseits der Öffentlichkeit zu therapieren. Hinter der Therapie steckt immer auch der Gedanke eines normativen Standards, was in unserer Gesellschaft als <normal> definiert werden soll. Wichtig ist zunächst einmal, dass psychisch erkrankte Menschen nicht einfach isoliert werden, sondern mitbestimmen können, was ihnen guttut. In alternativen Projekten können Menschen, die schon einmal psychisch erkrankt waren, eingebunden werden. Ein Beispiel für einen neuen Umgang mit psychisch Erkrankten ist das Windhorse-Projekt in Zürich. Menschen mit Psychoseerfahrung leben in einer WG mit gesunden Menschen und werden von Fachpersonen ein paar Stunden pro Woche begleitet (z.B. Hilfe beim Einkaufen, im Haushalt usw.). Dadurch wird einerseits ein neues soziales Netz aufgebaut, andererseits nehmen psychisch erkrankte Menschen am sozialen Leben teil und sind nicht ausgeschlossen. Eine Erkenntnis aus der Psychiatriegeschichte ist, dass Menschen v.a. in abgeschlossenen Institutionen ihre psychische Krankheit erst richtig entwickeln, da sie von einem Umfeld umgeben sind (Kranke versus ÄrztInnen), welches dies begünstigt. In unserer Gesellschaft zeigt sich immer mehr die Tendenz, Menschen, die

anders sind, auszuschliessen. Die 5. IV-Revision und der massive Kostendruck im Gesundheitsbereich sind nur einige Beispiele dafür. Eine solidarische Gesellschaft sollte Menschen in ihrer Vielfalt anerkennen und unterstützen.

Anmerkungen

- 1 Von der Weltgesundheitsorganisation wird der Begriff «psychische Störungen» verwendet, um die verschiedenen Krankheiten zu klassifizieren. Problematisch erscheint mir, dass im Begriff «Störung» eine normative Komponente (nicht normal, abweichend usw.) mitschwingt und somit eine Bewertung vorgenommen wird.
- 2 Alle Bezeichnungen sind aus dem ICD-10 übernommen.

Literatur

Bernet Brigitta, Dubach Roswitha, Germann Urs, Meier Marietta, Zwang zur Ordnung. Psychiatrie im Kanton Zürich 1870–1970. Unter Mitarbeit von Gisela Hürlimann, mit einem Schlusswort von Jakob Tanner, Zürich 2007.

Horwitz Allan, The Social Control of Mental Illness, New York 2002.

Gutierrez-Lobos Karin, Schmid-Siegel Brigitte, Geschlechtsspezifische Unterschiede bei psychischen Störungen – Überlegungen zur Epidemiologie, in: Mixa Elisabeth, Malleier Elisabeth, Springer-Kremser Marianne, Birkhan Ingvild (Hg.), Körper – Geschlecht – Geschichte. Historische und aktuelle Debatten in der Medizin. Innsbruck und Wien 1996. S. 268–274.

119

Nolte Karen, Gelebte Hysterie. Erfahrung, Eigensinn und psychiatrische Diskurse im Anstaltsalltag um 1900. Frankfurt/Main 2003.

Phelan Jo C., Link Bruce G., The Labeling Theory of Mental Disorder (I): The Role of Social Contingencies in the Application of Psychiatric Labels, in: Horwitz Allan V., Scheid Theresa L., A Handbook for the Study of Mental Health. Social Contexts, Theories and Systems, Cambridge 1999, S. 139–149.

Schmid-Siegel Brigitte, Gutierrez-Lobos Karin, Überlegungen zur psychischen Gesundheit von Frauen, in: Mixa Elisabeth, Malleier Elisabeth, Springer-Kremser Marianne, Birkhan Ingvild (Hg.), Körper – Geschlecht – Geschichte. Historische und aktuelle Debatten in der Medizin, Innsbruck und Wien 1996. S. 244–254.

Shorter Edward, Geschichte der Psychiatrie, Berlin 1999.

Tanner Jakob, Meier Marietta, Hürlimann Gisela, Bernet Brigitta, Zwangsmassnahmen in der Züricher Psychiatrie 1870-1970. Bericht im Auftrag der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich 2002.

Thoits Peggy A., Sociological Approaches to Mental Illness, in: Horwitz Allan V., Scheid A Theresa L., Handbook for the Study of Mental Health. Social Contexts, Theories and Systems, Cambridge 1999, S. 121–138.

Wildwasser Bielefeld e.V. (Hg.), Der aufgestörte Blick. Multiple Persönlichkeiten. Frauenbewegung und Gewalt. Bielefeld 1997.

WOZ Die Wochenzeitung, Nr. 24, 14. Juni 2007, «Anstalten machen». Yves Kramer im Interview mit Brigitta Bernet, S. 31.

Olympe 25/26/07

120

Gedanken über Demokratie, von den Rändern her betrachtet

Lise Cyrenne

Dieser Artikel ist eine Sammlung von Gedanken über die Widersprüche, mit denen wir in der Demokratie leben – Widersprüche, welche die Demokratie seit ihrem Entstehen begleiten. Sie verschwinden aus Geschichtsbüchern, sind kaum erwähnt in Sozialstudien, und werden im Namen des gesunden Menschenverstands von vielen Leuten unterstützt und weitergegeben. Diese Widersprüche sind in vielerlei Hinsicht tödlich, das heisst, es sind Aktionen, die wissentlich und vorsätzlich aus bestimmten Gründen durchgeführt werden. Die Widersprüche kennzeichnen die tödliche Herrschaft, die im Inneren der Demokratie «zivilisierter» Länder und Institutionen existiert.

Macht und Herrschaft sind kein böser, unbekannter Wolf, der irgendwo sein Unwesen treibt. Macht ist das, was wir alle jeden Tag tun und sagen; sie ist Teil unserer Gedankenwelt, unserer Art und Weise, zu arbeiten und zu spielen. Vielleicht werden wir uns anders verhalten, wenn wir uns näher damit befassen.

Die verschiedenen Gedanken zur Demokratie hängen zusammen – Sie als Leserin sind eingeladen, eigene Zusammenhänge herzustellen. Die Gedanken sollen keinesfalls Schuldgefühle wecken. Schuldgefühle lähmen und ermutigen zum Rückzug. Ich wünsche mir Diskussion, andere Meinungen, Debatten – je mehr, umso besser. Setzen Sie sich mit dem Artikel in einen bequemen Sessel, mit einer Tasse Tee oder einem Glas Wein, und lesen Sie ihn, so wie es Ihnen am besten entspricht. Sind Sie nicht meiner Meinung, streiten Sie energisch mit mir. Je mehr wir diskutieren und uns über diese tyrannischen Schatten in unserem Alltag unterhalten, umso mehr Klarheit und Hoffnung gewinnen wir, Demokratie auf neue Art zu leben.

Macht und Gefühl

Ein guter Gradmesser für Demokratie ist das Mass von Freiheit, Autonomie und Verantwortung, das Frauen und Männer, Mädchen und Knaben in ihrem Leben haben. Dieses Mass allein zeigt uns, dass es wenige oder vielleicht keine tatsächlich demokratischen Länder gibt auf der Welt – bis jetzt.

Bis vor sehr kurzer Zeit hatten Frauen in demokratischen Ländern eine untergeordnete Position. Sie durften kein Eigentum erwerben, nicht stimmen und wählen, keine Bankkonten führen oder Verträge unterschreiben und durften Kindern unseren Namen nicht weitergeben.

Väter, die am Hochzeitstag die Braut an den zukünftigen Ehemann übergaben, waren das mächtigste Symbol für den Status von Frauen als Eigentum. Diese Wahrnehmung war auch tief in den Herzen verankert.

Heirat, so sagen es die Märchen, die Lieder und unsere Hochzeitseinladungen, bedeutet Liebe, Wohlergehen und das Übernehmen von Verantwortung innerhalb der Gesellschaft. Hochzeitseinladungen und Lieder erwähnen nie, dass keine Wahl bestand. Das Bild ewiger Liebe ist viel verführerischer.

121

Macht und Gefühl waren und sind zutiefst ineinander verwoben.

Ein russischer Physiker in Zürich sagte mir einmal, er empfinde das westliche System als machtvoller und tyrannischer als die kommunistische Diktatur. In der Sowjetunion gab es Regeln, mit denen man leben oder sterben musste. Hier ist das System subtiler – es beeinflusst zutiefst unser Lebensgefühl.

Es gibt Worte, Geschichten, Lieder, die Gefühle auslösen, Verhaltensweisen forcieren, Erlösung versprechen, wenn wir nur kooperieren.

Im mittelalterlichen Europa waren diese Worte Gott, Himmel, Seele, Erlösung und Heilige. Heute sind es Arbeit, Profit, Arbeitsstelle, Verantwortung und das fortwährende, aber nie erfüllte Versprechen auf Reichtum.

Die Kirche erzwang Kooperation und Disziplin mit Begriffen wie Sünde, Hölle, Feuer und Verdammnis. Heute heissen diese Begriffe arbeitslos, stellenlos, illegal, faul, verantwortungsscheu und arm.

Als die Kirche in Europa herrschte, hatte sie mit der Beichte ein machtvolles Kontrollinstrument, das Menschen bis ins Innere beeinflusste. Einige logen permanent in der Beichte, nicht aber die grosse Mehrheit.

Heute sind Arbeitsevaluationen unsere Beichte und unser Abendmahl in einem. Die Absolution ist immer noch befristet.

Laut Foucault waren Bestrafungen öffentliche Akte, seien es Prügelstrafe oder Todesstrafe.

Heute ist die Disziplin intimer, geschieht von Mensch zu Mensch: Arbeitsplatzunsicherheit als Schocktherapie und bezahlte Detektive zur Kontrolle in der Invalidenversicherung und der Sozialfürsorge.

Aber gerne zu arbeiten scheint sehr wichtig zu sein. Arbeitgeber brauchen optimistische und begeisterte Menschen.

Die willigste Kooperation im Reich der Macht kommt von Leuten, die Hierarchien lieben. Alles, von schwacher Sympathie bis zur vollen gegenseitigen Bewunderung, macht Kooperation vielversprechender – und lustvoller.

Aus diesem Grund sind emotionale Kompetenzen für Manager heute so wichtig – um Kooperation zu erzielen und sie durch eine gewisse emotionale Nähe zu sichern. Das heisst Netzwerken.

Oder auch, gerne zu überleben.

Unsere sehr gut Ausgebildeten sind, um mit Hanna Arendt zu sprechen, oft die Ersten, die vor Gegebenheiten kapitulieren, sei es vor den Nazis oder der Firma.

An der Spitze ist es einsam.

Die Freundlichkeit am Arbeitsplatz dauert genauso lange wie die Kooperation. Höre auf zu kooperieren, und die Freundlichkeit hört auf. Andersherum funktioniert es genauso.

Der notwendige Lebensunterhalt wurde und wird «umgebracht», ganz einfach, wenn man den Arbeitgeber beleidigt – genauso einfach wie im Mittelalter, als ein Leibeigener als Strafe für die Beleidigung seines Herrn umgebracht wurde. Damals nannte man das einen Jagdunfall. Heute nennt man es Optimierung.

Ohne Netzwerke landet man früher oder später mit Sicherheit in der Hölle oder zumindest in der RAV-Schocktherapie. In beiden Fällen kommt die Verdammnis Schritt für Schritt.

Wir leben in einer liberalen Demokratie.

Töten für die Demokratie

Liberale Demokratie glaubt an die vollständige Autonomie und Freiheit des Individuums.

Anderer Meinung zu sein bedeutet Tod. Siehe Irak. Afghanistan.

Demokratie hat immer getötet. Oder Menschen gezwungen, schon im Leben tot zu sein.

In den USA:

«Charakteristisch für die Neue Welt war erstens ihr Anspruch auf Freiheit und zweitens die Existenz von Unfreien mitten im demokratischen Experiment – das entscheidende Fehlen von Demokratie, ihr Echo, ihr Schatten (...) der Widerspruch in sich einer freien Republik mit Sklavenhaltung...»¹

In Kanada:

«Im Januar 1904 wurde in Alberta ein indianischer Ältester aufgegriffen, der an einer traditionellen Zeremonie getanzt hatte. Obwohl der über Neunzigjährige schwach und beinahe blind war, wurde er zu zwei Monaten Schwerarbeit im Gefängnis verurteilt (...) Die Verbote indianischer Tänze wurden 1914 und 1918 weiter verschärft durch neue Zusätze im Indianergesetz. So konnten rituelle Übeltäter leichter verurteilt werden.»²

Taiaike Alfred, ein irokesischer Politologe, sieht als einzigen Unterschied zwischen Kolonisierung und Globalisierung, dass wir heute alle Indianer seien.

Le Jeune schrieb in den «Jesuitischen Berichten», dass die Bekehrung zum Katholizismus nach Kriegen, Verwüstungen und Demütigungen jeweils leichter erfolgt sei.

Roland Paris sagt, die liberale Marktwirtschaft sei die neue Theologie. Interessanterweise sind auch heute Bekehrungen nach Krieg und Verwüstung leichter. «Friedensstiftung ist heute ein wichtiges sozialpolitisches Experiment – ein Experiment, das auch westliche soziale, politische und wirtschaftliche Organisationsmodelle überträgt auf kriegsgeschädigte Staaten, um zivile Konflikte zu kontrollieren: anders gesagt, Befriedung durch politische und ökonomische Liberalisierung.»³

Soldaten und Missionare sind heute eins.

«Kanadische Militärs nehmen heute an Kriegen für fremde politische Ziele teil, für so genannte stabilisierende Operationen – jetzt töten sie Aufständische in Afghanistan. (...) Überlebenshilfe wird angeboten gegen politische Unterstützung (...) Oberst Steven Bowes, Befehlshaber der kanadischen Truppen in Afghanistan, sagte: Projekte zur Verbesserung des Lebensstandards sind ein Anfang, aber wir sind nicht in der Entwicklungshilfe um der Entwicklung willen.»⁴ Zugang zu Nahrung und sauberem Wasser gibt es nur nach der Bekehrung.

Demokratie sorgt nur für sich

Fundamentalismus auch.

Autonomie und Freiheit

Kant, Nietzsche und die meisten männlichen Philosophen hingen und hängen an der Idee der individuellen Freiheit und Autonomie. Nietzsche spricht von einem «Naturtrieb der Freiheit». Dies ist einer der wichtigsten Mythen westlicher Philosophen.

Aber der einzige wirklich autonome Akt kann Sterben sein.

Um wirklich zu leben, brauchen wir immer grosszügige Mitwirkung anderer Menschen.

Es gibt keine Geburt, kein Überleben und Aufwachsen als Kind, kein Erwachsenenleben ohne andere.

Es gibt keine Konflikte und keinen Frieden ohne andere.

Es gibt keine Gerechtigkeit, wenn man allein ist.

Nach Judith Butler ist dies eine «primary vulnerability», eine grundsätzliche Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit.

Unsere Sicherheit und unser Wohlbefinden hängen komplett von den anderen rund um uns ab.

Reichtum ist keine Garantie für Sicherheit und Schutz, wie viele in Nazideutschland realisierten oder im heutigen Simbabwe.

Die Verletzlichkeit kann durch Zwang und Herrschaft nicht aufgehoben werden. Seit dem 11. September und der Zerstörung der World Trade Towers mitten im militärisch am stärksten aufgerüsteten Land der Welt ist es klar, dass Herrschaft Verletzlichkeit nicht aufhebt.

Wir verleugnen das gerne. Und grundsätzlich. Bände um Bände werden geschrieben über die Bedeutung der persönlichen Autonomie und der nationalen Souveränität.

Grundsätzliche Verleugnung führt jedoch immer zur Wiederholung dessen, was verleugnet wird.

Wir verleugnen unsere fundamentale gegenseitige Verletzlichkeit. Und dann nützen wir sie gnadenlos aus.

Dov Weisglass, enger Berater des israelischen Premierministers, erklärte, Israel wolle für Gaza keinen Wohlstand, sondern Abhängigkeit von der Überlebenshilfe.

«Die Palästinenser sollen Gewicht verlieren, aber nicht Hungers sterben.»⁵

Das nennen wir Demokratie.

Verleugnung der Verletzlichkeit ist nie zu Ende

Sie geistert in unseren Kinos mit Horrorfilmen, in unseren Städten mit einer Multimillionen-Pornoindustrie. Wir scheinen gerne Angst zu haben und dringendst nackte Körper sehen und manipulieren zu müssen.

Oder wir verhalten uns wie Max Frischs Herr Biedermann und möchten dringend unseren guten Willen zeigen. Wenn jemand clever genug ist und die Schuldgefühle stark genug sind, zünden wir unsere eigenen Häuser an, um unseren guten Willen zu beweisen.

Ausbeutung lernen

Wir wurden alle nackt geboren, hungrig und bedürftig nach Pflege, Sicherheit und Ruhe. Von früher Kindheit an wollten wir an unserer Umgebung teilnehmen, unseren Teil beitragen zum Wissen, zur Arbeit und zur Fröhlichkeit.

Mit sechs oder sieben Jahren müssen wir in die Schule; wir lernen zu konkurrieren und zu gehorchen.

Wir lernen nicht, Bedürfnisse so menschlich wie möglich auszuhandeln. Wir lernen, Bedürfnisse so radikal wie möglich auszubeuten.

Unser Wunsch nach Teilnehmen wird schwächer, unser Wunsch nach Herrschaft stärker.

Irgendwann lernen wir, uns schuldig zu fühlen für unser Grundbedürfnis nach Nahrung, Kleidung, Sicherheit usw. Man sagt uns, wir erhielten diese nur unter bestimmten Bedingungen.

Diese Situation zu verändern ist nicht unser Traum. Wir träumen, eines Tages derjenige zu sein, welcher die Bedingungen setzt – der Chef.

Frauen hatten offensichtlich andere Träume. In letzter Zeit scheint jedoch die Vielfalt der Träume abzunehmen. Es scheint uns zu genügen, von Priesterinnen, Soldatinnen und Chefinnen zu träumen. Das heisst Chancengleichheit. Wir leben in einer Demokratie.

Wir waren schon vorher hier

Im kirchendominierten Europa schienen grosse Schenkungen an die Kirche den Weg in den Himmel zu erleichtern.

Heute verdienen CEOs Dutzende von Millionen pro Jahr. Offenbar glauben wir immer noch, dass Erlösung käuflich ist.

Im kirchendominierten Europa und seinen Kolonien feierten Familien grosse Feste, wenn ein Mitglied Priester oder Nonne wurde. Man glaubte, das garantiere das ewige Heil der Familie.

Heute werden berufliche Beförderungen speziell gefeiert.

Es gibt keinen einzigen Grund, weshalb das Malen eines Bildes, das Schreiben, das vollzeitliche Betreuen eines Kindes oder eines alten Menschen Armut zur Folge haben soll, während das Geldzählen Reichtum zur Folge hat.

Geldzähler verhalten sich heute wie Hausfrauen in den 1950er Jahren. Sie polieren zwanghaft ihre Münzen in der Hoffnung, man achte sie dafür.

Der einzige Vorteil des ewigen Polierens ist vielleicht, die absolute Leere in unseren Augen erkennen zu können.

Ursprüngliche Sünde, ursprünglicher Segen

126

Die primäre Verletzlichkeit – die Abhängigkeit von Nahrung, Kleidern, Unterkunft, Beziehungen, Einsamkeit, Ruhe und die vollumfängliche Teilnahme an der Gemeinschaft – darf nie Marktbedingungen ausgesetzt sein.

Es gibt keine Demokratie für Flüchtlinge oder für BürgerInnen, wenn Nahrung, Unterkunft, Ruhe und Ausbildung von Unterordnung abhängig sind. Gelebte Demokratie und freie Marktwirtschaft werden nur dann erfahrbare Realität, wenn wir die Arbeit frei und um der Arbeit willen wählen können.

Wir alle sind bedürftig geboren. Wir alle sind grundsätzlich verletzbar durch andere, damit wir überhaupt existieren können. In einigen Kulturtraditionen ist dies der Sündenfall, die ursprüngliche Sünde.

Würden wir unsere grundsätzliche gegenseitige Abhängigkeit zutiefst anerkennen und ernst nehmen, könnte sie zum Ausgangspunkt unseres Menschseins werden. Das könnte der ursprüngliche Segen sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Heidi Witzig

Olympe 25/26/07

Anmerkungen

- Morrison T., Playing in the Dark: Whiteness and the Literary Imagination, Cambridge, Harvard University Press, 1992, S. 48–50.
- 2 York G., The Dispossessed: Life and Death in Native Canada, Toronto, McArthur & Company, 1990. S. 264.
- 3 Roland Paris, as quoted in Keating & Knight, S. XXXIX.
- 4 Maloney S., Fennell T., Soldiers, Not Peacekeepers: Canada wages war in Afghanistan, in: The Walrus Magazine, March 2006, Volume 3 Issue 2, S.48–59.
- 5 McGreal C., Gaza under Siege, in: The Guardian Weekly, June 2-8 2006, Vol. 174, NO.24, S. 16.

127

THEORETISIEREN

Demokratie und Öffentlichkeit.

Utopie und Erbe der Aufklärung

Esther Kamber

Demokratie ist eine abstrakte Norm im Weltbild moderner Gesellschaften. Die Fundamente dieses Weltbildes entstehen durch die Ideen der Aufklärung und durch die Revolutionen zu Beginn der Moderne. Die grundlegenden Normen zeigen sich anschaulich in den revolutionären Postulaten «Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. Solidarität». Demokratien und ihre nationalstaatlich verfassten Gesellschaften haben sich seither verändert und weiterentwickelt. Normatives Fundament der Moderne geblieben ist die Vorstellung von Demokratie als freie Selbstherrschaft der emanzipierten Menschen über sich selber. Obwohl sich die «freie Emanzipation» nie eingestellt hat, ist der Anspruch auf eine freiheitliche, egalitäre und solidarische Gesellschaft und emanzipierte Individuen erhalten geblieben.

Vor diesem Hintergrund stellt der Beitrag die Fragen: Welche Normen bestimmen bis heute das Zusammenleben in modernen Gesellschaften? Wie haben sich Demokratien, ihre Gesellschaften und die Rolle der Frau verändert? Vor welchen Herausforderungen stehen Demokratien und die Frauen in ihrer Rolle als Staatsbürgerinnen?

Demokratie und Öffentlichkeit

Demokratie als Herrschaftsform löst im Übergang in die Moderne die durch göttliche Gnaden begründete Herrschaft des Einzelnen ab. Mit Bezug auf antike Philosophie entwirft die Aufklärungsphilosophie die Idee der Selbstherrschaft: Demokratie bedeutet die Herrschaft der Menschen über sich selber. Im Zentrum dieses Ideengebäudes steht der moderne Freiheitsbegriff. Der Mensch wird darin als «freies Wesen» entworfen. Diese «freie» Seinsordnung

unterscheidet die private und die öffentliche bzw. politische Freiheit des Menschen.

Private Freiheit, politische Freiheit und Selbstherrschaft

Die Emanzipation, die zu dieser «freien» Seinsordnung führt, befreit den Menschen zunächst durch seine Privatheit. Frei sind moderne Menschen in ihrem privaten Sein und dadurch geschützt vor (willkürlichen) Herrschaftseingriffen. Dieses Konzept der familiär-gemeinschaftlichen und wirtschaftlichen Freiheit des Menschen entwirft auf der einen Seite ein Recht auf private Lebensgemeinschaften und privatwirtschaftliche Tätigkeiten, die auf der anderen Seite durch die rechtsstaatliche Sicherung der privaten Sozialität und des Privatbesitzes garantiert werden. Die privaten Freiheiten und die Herrschaft der Gesetze in der Demokratie bedingen sich demnach gegenseitig.

Die Emanzipation des Menschen geht aber noch weiter. Die private Freiheit wird ergänzt durch die öffentliche bzw. politische Freiheit des modernen Menschen, welche die Selbstherrschaft in der Demokratie erst ermöglicht. Der politische Freiheitsbegriff begründet die wesentlichen Elemente von Demokratie. Der Staatsbürger partizipiert mittels freier öffentlicher Kommunikation an der Selbstherrschaft, und der Rechtsstaat ermöglicht diese Selbstherrschaft. Im Bereich von Öffentlichkeit wird die individuelle Freiheit des Staatsbürgers geschützt durch die Gewaltentrennung und seine Bürgerrechte im Rechtsstaat. Seine politische Freiheit wird gesichert durch die politischen Grundrechte und die politische Gleichheit in der Gemeinschaft. Die politischen Rechte münden zudem im Anspruch der politischen Pflichten des Individuums. Denn demokratische Selbstherrschaft ohne politisch tätige Menschen ist nicht denkbar. Diese individuelle Emanzipation des Menschen wird in der Aufklärungsphilosophie ergänzt durch den Gedanken der kollektiven Emanzipation. Freie Öffentlichkeit und freie Rede führen in diesem Gedankengut zu «Vernunft und Tugend». Dies zivilisiert den Menschen und bringt eine Gemeinschaft hervor, in der das «Publikum sich selbst aufklärt» (Kant) und sich dadurch selber friedlich zu steuern vermag (Imhof 2003).

Dieser umfassende Freiheitsbegriff hat utopischen Charakter. Dennoch ist er ideeller Massstab geblieben und bestimmt die soziale Ordnung, deren Regeln und Institutionen in der Moderne nachhaltig (Kamber/Imhof 2006). Demokratische Gesellschaften werden sich daher nie selber genügen, aber der stetige Versuch bleiben, der Gegenwart und der Zukunft und manchmal auch der Vergangenheit Genüge zu tun. Die Utopie der Aufklärung ist gleichzeitig das Erbe der Aufklärung: Demokratie ist der stetige Versuch, freiheitliche, egalitäre und solidarische Verhältnisse herzustellen.

129

«Mündige» Staatsbürgerinnen und Staatsbürger

In der rund zweihundert Jahre alten Epoche der Moderne verändert sich in der herrschenden Demokratie einiges. Anschaulich zeigen lässt sich dies am Konzept des «mündigen» Staatsbürgers. Zu Beginn der Moderne ist dieser nur frei als männliches, ökonomisch unabhängiges Individuum. Erst über Wahlrechtsreformen, die den Ausschluss von Ständen und von Frauen aufheben, erweitert sich die «mündige» Staatsbürgerschaft. Nicht zuletzt weil die Geschlechterrolle in der frühmodernen Gesellschaft mit der privaten Sphäre und ihren Freiheiten verbunden wird, lässt das Konzept der «mündigen» Staatsbürgerin lange auf sich warten, das heisst der Souverän umfasst in der Schweiz erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts alle erwachsenen StaatsbürgerInnen unabhängig von ihren sozialen Merkmalen.

Diese Integration in die «mündige» Staatsbürgerschaft und damit ins Innere des Nationalstaates vollzieht sich aber nicht nur auf der Ebene der Individuen. Die Politisierung von Klassenlagen, die Formierung von Interessenlagen und die Manifestation von Minderheiten sowie Benachteiligten über Öffentlichkeit erzeugen im Verlauf der Moderne den Druck zur Integration von Parteien und Interessengruppen sowie zur Berücksichtigung von speziellen sozialen Lagen. Damit wird auch gemeinschaftliche Integration eine Aufgabe in der Demokratie. Dies führt im Rechtsstaat zur Ausgestaltung von partizipativen oder konsultativen Politikformen, von Minderheitenrechten und von Sozialpolitik als wesentlichen Instrumenten der Integration.

Demokratien stehen aber nicht nur vor der Herausforderung der Integration im Inneren, denn sie entwickeln sich im Verlauf der Moderne zudem im Umfeld anderer demokratischer Nationalstaaten. Die «äussere» Integration von Nationalstaaten bzw. die Formierung internationaler politischer Organisationen (v.a. Völkerbund bzw. UNO und auch die EU) verstärkt sich im 20. Jahrhundert massiv. Dies vollzieht sich insbesondere auf dem Hintergrund der Erfahrung totalitärer Hochideologien und der Weltkriege, die ein friedliches, zivilisiertes Zusammenleben der Menschen in der Moderne zu dementieren drohen. Die Demokratien werden rechtlich ausgebaut, indem in internationaler Kooperation die Völker- und Menschenrechte anerkannt werden.

Völkerrecht und Menschenrechte

Während Demokratie als Norm in ihren Fundamenten bestehen bleibt, verändern sich die Reichweiten demokratischer Konzepte und die Instrumente zur Aufrechterhaltung zivilisierter, friedlicher, sozialer Ordnung. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich insbesondere die Vorstellung durchgesetzt, dass der Souverän alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger umfasst, die direkt oder indirekt,

aktiv oder passiv an der politischen Legitimation und am politischen Prozess teilhaben oder teilnehmen. Unbestritten wichtige Verbindungsglieder zwischen Rechtsstaat und Staatsbürgerinnen sowie Staatsbürgern sind die intermediären Akteure (Parteien, Interessenverbände). Zudem sind zivilgesellschaftliche Vereinigungen und die Medien heutzutage wesentliche Elemente im demokratischen Prozess. Mit Spannung behaftet sind nach wie vor bzw. immer wieder von neuem Menschenrechts-, Minderheiten- und Völkerrechtsfragen. Denn trotz den anerkannten inner- und zwischenstaatlichen Rechtserweiterungen stossen sie an das wichtigste Ordnungsprinzip der Moderne, den Nationalstaat und seine Basisnormen der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.

Entwicklungen in der Moderne

Die Veränderungen der Gesellschaft sind vielseitig. Die in der normativen Basis der Moderne bereits angelegte Individualität (private und individuelle Freiheit, Emanzipation der Menschen bzw. der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger) entfaltet sich insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Basis eines ökonomisch gesicherten und sozial akzeptierten individuellen Lebensvollzugs. Im Selbstbewusstsein des modernen Menschen ist die Freiheit der privaten und individuellen Lebensführung zunehmend verankert. Für Frauen ermöglichen die staatsbürgerliche Mündigkeit sowie die ökonomische Unabhängigkeit zunehmend Individualität. Weibliche Privatheit bedeutet nicht ausschliesslich familiäre Sozialität, sondern auch private Individualität.

Pluralität von Lebenswelten und von Geschlechterrollen

Gerade auf der Basis dieser individuellen Freiheit und in Verbindung mit der zunehmenden Durchlässigkeit von sozialen (und politischen) Milieus und mit der Einwanderung entsteht die sogenannte Pluralität moderner Gesellschaften. Staatsbürgerlich und gemeinschaftlich sind unterschiedliche abgeschottete Lebenswelten keineswegs problemlos. Kommunikative Anschlüsse sind notwendig, damit die Staatsbürgerschaft den gemeinsamen politischen Geltungsbereich wahrnehmen kann. Die Migration verschärft zudem die Ungleichheit im Rechtsstaat, wenn keine Staatsbürgerintegration folgt. Demokratien entwickeln Integrationskraft, wenn sie alle dauernd anwesenden Bevölkerungsgruppen in politische Rechte und Pflichte einbinden. Pluralität verlangt von Demokratien integrative Anstrengungen. Und: Die Pluralität von Lebenswelten erhöht auch die Pluralität von Geschlechterrollen.

Die Bindekraft von Nationalstaaten wird darüber hinaus beeinflusst von der Mehrebenenpolitik. Einerseits müssen föderale Strukturen, Randgebiete und Minderheiten in der nationalstaatlichen Politik Berücksichtigung finden. Andererseits werden internationale Organisationen und Gemeinschaften zunehmend regulationsfähig. Diese politische Internationalisierung ist aber längst nicht so weitreichend, wie sich die Globalisierung der Wirtschaft vollzogen hat. Bezeichnenderweise setzt sich die Idee der Globalisierung in der Privatwirtschaft stärker durch als in der Politik als öffentlichem Bereich, der zudem nationalstaatlich verankert ist. Im privaten Bereich globalisiert sich die «traditionell männliche» Privatwirtschaft, das «traditionell weibliche» soziale Privatleben bleibt kleinräumig.

Neoliberalismus als Entwertung der politischen Regulation

Obwohl sich die Globalisierung nicht nur auf die Wirtschaft beziehen muss (kommunikative Vernetzung, Mobilität, Kultur etc.), ist dieser Aspekt im Zuge des Neoliberalismus folgenreich. Politische Regulation wird aus dieser Sicht weitreichend entwertet, weil der Wirtschaft bzw. dem Markt umfassende, quasi natürliche Regulationsfähigkeiten zugeschrieben werden. Staatliche Deregulation bzw. Liberalisierung und Privatisierung sind Forderungen, die sich am Ende des 20. Jahrhunderts in vielen Bereichen (Rundfunk, Strom etc.) durchzusetzen vermögen. Die Politik als öffentlich begründete Handlungssphäre moderner Gesellschaft gerät daher zunehmend unter Druck seitens der privat begründeten Handlungssphäre, der Wirtschaft.

Eine der frühesten und erfolgreichsten Deregulierungsbestrebungen betrifft den Bereich der Telekommunikation und der Medien. Als neue Schlüsseltechnologien und Hoffnungsträger neuer Wertschöpfung in der Dienstleistungsgesellschaft werden Medien zum dynamischen Element in der Gesellschaft (Münch 1995). Medien im Sinne von Presse und Rundfunk sind in modernen Gesellschaften wesentliche Träger öffentlicher Kommunikation. Demokratie und Politik sehen sich daher einem weiteren Veränderungsdruck ausgesetzt. Der Strukturwandel der Öffentlichkeit schafft neue Verhältnisse und Bedingungen in der öffentlichen Kommunikation und wird damit ein wesentliches Moment des Wandels für Demokratie und ihre Prozesse.

Herausforderungen der Demokratie

Grundsätzlich steht Demokratie als Selbstherrschaft vor der Herausforderung des individuellen sowie des kollektiven staatsbürgerlichen Bewusstseins und der politischen Tätigkeit der Staatsbürgerschaft. Über sich selber kann nur herrschen, wer auch Herrschaft ausübt. Staatsbürgerinnen sind besonders gefordert, denn ihre Kulturtradition ordnet sie dem Privaten zu. Die Emanzipation zur Staatsbürgerin auferlegt auch politische Pflichten. Heutzutage liegt es an den Frauen, politische Rechte wie Pflichten auszufüllen. Allgemein sind In-

dividualisierung und Pluralisierung in der modernen Gesellschaft Entwicklungen, die viele Alternativen zur politischen Selbstdefinition als Staatsbürgerin und Staatsbürger zulassen. Politische Interesselosigkeit und das Nachlassen der Bindekraft des politischen Gemeinwesens sind für Demokratien problematisch und erfordern Integrationsanstrengungen. Die Frage der Integration stellt sich zudem für eingewanderte Bevölkerungsgruppen, die in der ersten Generation sowie in den Folgegenerationen den Staatsbürgerstatus nicht erlangen. Demokratische Politik zielt auf Ein- und nicht auf Ausschluss der Gruppen, welche die gesellschaftliche Realität mitbestimmen.

Frauenanliegen unter dem Druck des ökonomischen Machtpotenzials der Wirtschaft

Der Rechtsstaat und politische Interessenvermittler – also die institutionelle und intermediäre Politik – stehen vor der Herausforderung einer sich rasant wandelnden Umwelt. Der Veränderungsdruck durch Mehrebenenpolitik, Globalisierung und Neoliberalismus ist gross, und seine Folgen sind noch nicht abzusehen. Festgestellt werden kann, dass erstens der Rechtsstaat im Schnittbereich verschiedener Ebenen mit vielfältigen Ansprüchen konfrontiert wird. Folgen zeigt dies ebenso für politische Interessenvermittlung, auch im Hinblick auf Frauenanliegen: Der Druck, sich föderal bzw. regional, national und international zu vernetzen, steigt. Zweitens erwächst der Politik in der Wirtschaft ein starker Gegenspieler. Die Wirtschaft entwickelt im Zuge der Globalisierung und des Neoliberalismus ökonomische Machtpotenziale und einen Geltungsbedarf, der die Politik in Schranken weist. Unter anderem soll politische Regulierung durch wirtschaftliche Selbstregulierung ersetzt werden. Aus demokratischer Perspektive ist die Idee der wirtschaftlichen Selbstregulation mit einem einseitigen Freiheitsbegriff behaftet. Denn Freiheit in der Moderne bedeutet, dass das Ausüben der Herrschaft gleichzeitig einer Sicherung individueller Freiheiten und der Legitimation bedarf. Privatwirtschaft beruht zwar auf individueller Freiheit, ist aber nicht Garant für die individuelle Freiheit und ist auch nicht zur Regulation legitimiert. Es ist daher zu bezweifeln, dass soziale Interessen und Integration – auch jene der Frauen – durch die Wirtschaft besser zur Geltung kommen würden als in der Politik.

Der Politik und der Wirtschaft erwächst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zudem ein gemeinsamer Gegenspieler als zentrale Handlungssphäre moderner Gesellschaften: die Medien. Medien sind die verkannte Grösse im normativ-ideellen Fundament der Moderne, weil Öffentlichkeit vorab als Versammlungsöffentlichkeit ausgelegt wird. Idealistisch gedacht, soll der Staatsbürger aus seiner Privatheit heraustreten, und in freier Rede sollen Vernunft

und Tugend entstehen. In der Betrachtung der Geschichte der Moderne erweist sich diese Annahme als utopisch. Eine freie (Versammlungs-)Öffentlichkeit als herrschaftsfreier Raum, in dem frei von privaten und sozialen Interessenlagen debattiert wird, wodurch zwingend Vernunft und Tugend hervorgebracht werden, ist nicht entstanden. Vielmehr zeigt sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit, der in seiner grundlegenden Beschreibung auf Jürgen Habermas zurückgeht.

Politisierung des Privaten – Ökonomisierung der Öffentlichkeit

Öffentlichkeit ist demzufolge einem Wandel der sozialen Strukturen und einem Wandel der politischen Funktionen ausgesetzt. In der Moderne sind mehrere Etappen dieses Strukturwandels der Öffentlichkeit festzustellen. Der Wandel der sozialen Struktur der Öffentlichkeit beginnt mit einer Verschränkung von öffentlicher und von privater Sphäre, indem der Rechtsstaat mittels Wirtschaftsund Sozialpolitik ins Private eingreift. Umgekehrt dringen privatwirtschaftliche Interessen und «private» soziale Problemlagen in die Öffentlichkeit vor. Auf einen Nenner gebracht: Private Wirtschaft und Sozialität werden politisiert und öffentlich von Belang. Der Wandel der politischen Funktion von Öffentlichkeit beschreibt die Entwicklung von Versammlungsöffentlichkeiten hin zu einer massenmedial erzeugten Öffentlichkeit. Wichtige Träger dieser massenmedialen Öffentlichkeit sind nicht mehr die versammelte Staatsbürgerschaft, sondern der Rechtsstaat, die Parteien und das privatwirtschaftliche Gewerbe (Habermas 1990).

Dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit in der frühen Moderne findet im 20. Jahrhundert einen Fortgang. Im Zuge der Globalisierung und des Neoliberalismus unterliegen die Medien als wesentliche Akteure öffentlicher Kommunikation einer Ökonomisierung. Die Presse löst sich dabei von ihren politischen Trägern (Parteien, Verbände etc.) ab und unterstellt sich gleichzeitig der wirtschaftlichen Marktlogik. Die Dualisierung des Rundfunks führt zu einer Teilprivatisierung und ergänzt den öffentlichen Rundfunk bzw. den Service public durch einen privaten Rundfunkmarkt. Diese Ökonomisierung der Medien zeitigt vielfältige Folgen.

In sozialer Hinsicht verändert sich die Auslegung des Publikums: Zielgrösse der Medien ist nicht vorab das Publikum der StaatsbürgerInnen, sondern sind die MedienkonsumentInnen, die in ihrer «privaten» Nachfrage bzw. als Gruppe von KonsumentInnen angesprochen werden. Frauen sind dabei eine ökonomisch interessante Konsumgruppe. Frauenzeitschriften, welche Frauen insbesondere in ihrem privaten Sein (Schönheit, Mode, Kochen, Familie, Partnerschaft etc.) ansprechen, erlangen weite Verbreitung. Eine Voraussetzung

für grosse Verbreitung ist das Werbeaufkommen, das bei Frauenzeitschriften wegen der Verschränkung der Produktwerbung mit dem redaktionellen Inhalt stark ist (Ähnliches gilt auch für «männliche» Konsumgruppen, beispielsweise bei Autozeitschriften). Diese Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Kommunikation ist aber weiter reichend: Weil in der individualisierten, pluralen Gesellschaft die institutionelle sowie intermediäre Politik und ihre lebensweltlich-sozialen Institutionen (Schule, Religion, soziokulturelle Milieus) an Bindekraft verlieren (Giddens 1992), werden Massenmedien zu einem wichtigen Moment der Sozialintegration. Dabei wirken sie nicht nur in öffentlicher (politischer), sondern auch in privater Hinsicht integrierend. Aus dieser Sicht sind Medien sowohl Ursache wie Lösung des Problems der Sozialintegration in modernen Gesellschaften.

Hinsichtlich der Politik sind die Ökonomisierung der Medien und die Verschiebung des Publikumsbegriffs folgenreich. Die Vermischung «privater» Individual- und «öffentlicher» Massenkommunikation verschärft den Wettbewerb um Aufmerksamkeit und verbringt die politische Kommunikation in eine vielfältige Konkurrenzsituation. Politik bleibt aber auf die massenmediale Vermittlung insbesondere zwischen Rechtsstaat und Staatsbürgerschaft angewiesen und muss sich entsprechend auf die neuen Bedingungen massenmedialer öffentlicher Kommunikation einstellen: Öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen wird nicht nur zum Ziel im politischen Wettbewerb, sondern auch im Wettbewerb zwischen sozialen Handlungssphären sowie zwischen privaten lebensweltlichen Aspekten. Aus demokratischer Perspektive lassen sich Effekte des jüngsten Strukturwandels der Öffentlichkeit aus der Sicht der Politik und der Medien folgendermassen beschreiben (Imhof/Kamber 2001): Die institutionelle und intermediäre Politik - Rechtsstaat und v.a. Parteien als wesentliche Machtträger - verliert an Definitionsmacht in der Öffentlichkeit. Denn die institutionelle politische Agenda wird von der vielfältigen medialen Agenda (Politik, Wirtschaft, Sport, Kultur, Freizeit etc.) überlagert, und die Parteien büssen ihre eigenen Organe ein, um ihr Publikum direkt anzusprechen. Umgekehrt steigen die Chancen von politischen Oppositionsparteien, sozialen Bewegungen, NGOs und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, öffentliche Resonanz zu erhalten. Dies unter der Bedingung, dass sie besondere Aufmerksamkeit erzeugen können, indem sie den medialen Logiken der Neuigkeit, des Abweichenden, Spektakulären, Aussergewöhnlichen entsprechen. Dieser Inszenierungsdruck für alle Öffentlichkeitsakteure hat insofern einen emanzipativen Charakter, als unterschiedlich machtvolle Akteure gleichartige Chancen haben, öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen. Allerdings bedeutet der Zwang zur Inszenierung auch, dass öffentliche politische Kommunikation

kaum auf Verständigung und Problemlösung, sondern auf Positionierung und Problemdefinition zielt. Populistische und extremistische Politik findet unter diesen Bedingungen einen vortrefflichen Resonanzboden. Obwohl sich auch für Frauen und ihre Anliegen Möglichkeiten zum Erlangen öffentlicher Aufmerksamkeit erschliessen, dürfte insbesondere die Politisierung von Frauenfragen erschwert werden. Denn Frauen befinden sich nicht in einer einheitlichen sozialen Lage, so dass scharfe Positionierungen und Problemdefinitionen kaum Bindekraft entfalten.

Geschlechter im Spannungsfeld zwischen kollektiver und individueller Emanzipation

Medien erlangen eine hohe Gestaltungskraft, indem sie ihre eigenen Logiken entwickeln, was öffentliche Aufmerksamkeit verdient bzw. ihrer bedarf. Weil in der Demokratie Herrschaft nicht nur legitimiert werden muss, sondern auch der öffentlichen Kontrolle unterliegen soll, können Massenmedien diese Norm nutzen, um politisches Versagen Aufmerksamkeit erheischend zu skandalisieren. Mit anderen Worten: Mediale Enthüllung hat gleichzeitig eine politischnormative Funktion sowie eine Aufmerksamkeit bindende und damit ökonomische Logik. Demgegenüber ist der kommunikative Anschluss der Medien an die parlamentarische Öffentlichkeit nur teilweise attraktiv. Mediale Aufmerksamkeit erhält die legislative Arena bei besonders konfliktreichen Vorlagen bzw. bei polarisierenden Konfliktparteien. Demokratische Gesetzgebungsprozesse werden dadurch stückweise der medialen Öffentlichkeit entzogen. Das bedeutet, dass die Selbstherrschaft in der Demokratie im Ausschuss des Parlaments stecken bleibt und eine gesetzgebende Herrschaftsdelegation stattfindet. Damit ist die kollektive Emanzipation in der Demokratie rückläufig, während die individuelle Emanzipation rasant fortschreitet. Das Problem der Sozialintegration verstärkt sich durch diese Schere zwischen kollektiver Solidarität und individueller Freiheit. Inwiefern die Geschlechter in diesem Spannungsfeld eine Rolle spielen, ist schwer zu beurteilen. Betrachtet man die Kulturtradition, in der Frauen mindestens im Privaten auf Solidargemeinschaften bezogen sind und Männer auf die öffentlichen Freiheiten, sind unterschiedliche Anordnungen bezüglich Solidarität und Individualität zu vermuten. Allerdings kann dies nicht ohne weiteres auf die Rolle der Staatsbürgerin und des Staatsbürgers übertragen werden. Denn in dieser Rolle sind beide Geschlechter auf die nationale Solidaritätsgemeinschaft bezogen.

Wenn wir davon ausgehen, dass aus dem normativen Fundament der Moderne der Anspruch auf demokratische Selbstherrschaft und eine prozessuale Verständigung über die Regeln in dieser Selbstherrschaft mittels Öffentlichkeit erhalten bleibt, stellt sich zum Schluss die Frage: Welchen emanzipativen Gehalt haben diese Normen heute?

Die Charakteristik der Moderne sind der Emanzipationsgedanke und seine Gerinnung in Institutionen und Rechten. Demokratie ist daher abhängig von Kritik, welche die Selbststeuerung immer wieder von neuem erlaubt. Politik in der Moderne ist die kritische Betrachtung der Demokratie selber, die Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung und im Speziellen die Kritik an den Medien. Denn die Medien sind im 21. Jahrhundert zu einer entscheidenden sozialen Instanz geworden. Wenn Frauen die moderne Welt mitgestalten wollen, tun sie gut daran, ihre Staatsbürgerinnenrolle auszufüllen und an der Kritik der herrschenden Verhältnisse teilzunehmen.

Literatur

Giddens Anthony, Kritische Theorie der Spätmoderne, Wien 1992.

Habermas Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit, (Darmstadt) Frankfurt a.M. 1990 (1962).

Imhof Kurt, Der normative Horizont der Freiheit. «Deliberation» und «Öffentlichkeit»: zwei zentrale Begriffe der Kommunikationswissenschaft, in: Publizistik, Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung, Sonderheft 4/2003, Wiesbaden, S. 25–57.

Imhof Kurt / Kamber Esther, Politik und Gesellschaft im Strukturwandel der Öffentlichkeit. Zur Veränderung der Konstitutionslogiken der öffentlichen Kommunikation im Lichte der Integrationsund Ordnungsdebatten, in: Allmendinger Jutta (Hg.), Gute Gesellschaft? Plenumsband A zum Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Opladen 2001, S. 425–453.

Kamber Esther / Imhof Kurt, Die Utopie der Aufklärung als «List der Geschichte». Zur Notwendigkeit und Möglichkeit von Medienkritik, in: Becker Barbara / Wehner Josef (Hg.), Kulturindustrie Reviewed. Ansätze zur kritischen Reflexion der Mediengesellschaft, Bielefeld 2006.

Münch Richard, Dynamik der Kommunikationsgesellschaft, Frankfurt a.M. 1995.

137

. . .

Demokratisch zur Demokratie

Die politische Landkarte von Nancy Fraser

Annette Hug

Wenn ich einen Artikel von Nancy Fraser zum ersten Mal lese, habe ich das Gefühl, die Welt sei doch leichter zu verstehen, als ich geglaubt hatte. Die Hoffnung stellt sich ein, dass in wenigen Jahren präzise, überzeugende Forderungen im Zentrum von Grosskampagnen und spontanen Protesten stehen; dass zunehmende Erfolge in der Überwindung der Armut die sozialen Bewegungen zu einer engen Vernetzung bringen; dass Symbole für die neu gewonnene strategische Einheit auftauchen. Mit anderen Worten: Nancy Frasers Artikel wecken die Vorstellung, so etwas wie ein neuer Sozialismus sei denkbar, ein Sozialismus, der von Demokratie wirklich etwas begriffen hat und bei dem die Geschlechterfrage kein Nebenwiderspruch ist.¹ Die Erkenntnisse der Frauenbewegungen würden einen solchen Sozialismus erst ermöglichen. Und so wie sich hier der Konjunktiv einschleicht, so schwächt sich die Hoffnung ab, wenn ich die Artikel mit anderen diskutiere.² Es wird doch wieder alles komplizierter. Im folgenden Text will ich das Hoffnungsvolle aus dem Artikel «Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung» (2003) vermitteln, ohne dabei kritische Fragen zu unterschlagen. Den kürzlich erschienenen Artikel «Lageverzeichnis der feministischen Imagination: Von Umverteilung über Anerkennung zu Repräsentation» (2007)³ werde ich punktuell einbeziehen.

Ein Grundwert

Nancy Fraser ist eine Maschinenbauerin. Sie greift Begriffe auf, vornehmlich aus dem Setzkasten der kritischen Theorie, aber auch Worte aus Zeitschriften und Flugblättern. Diese Begriffe und Worte feilt sie kräftig, manchmal rabiat

zurecht, bis sie als Rädchen, Achsen und Fähnchen zusammenspielen. Es erscheint mir deshalb in der Beschäftigung mit ihren Vorschlägen wichtig, zuerst danach zu fragen, was diese Maschinen produzieren, und erst dann die Bearbeitung der einzelnen Teilchen unter die Lupe zu nehmen. Welche Praxis der Demokratie wird vorgespurt, wenn sich eine Gruppe von Menschen der Maschine «Umverteilung, Anerkennung, Beteiligung (UMAB)» bedient?

Das Herzstück der Maschine ist das Konzept der «partizipatorischen Parität» (2003, 54). Hier fliesst die Energie ein, denn es geht darum, Orientierung und Handlungsfähigkeit zu schaffen, Ziel ist soziale Gerechtigkeit. Man könnte sagen, die Maschine produziere politische Landkarten, die den Weg zu diesem Ziel zeigen. Das Herzstück ist nicht nur Energieträger, es prägt auch das Koordinatennetz der produzierten Karten.

Die partizipatorische Parität ist zusammengeschweisst aus Demokratie und Gleichheit. «Nach dieser Norm erfordert die Gerechtigkeit gesellschaftliche Vorkehrungen, die allen (erwachsenen) Gesellschaftsmitgliedern erlauben, miteinander als Ebenbürtige zu verkehren», schreibt Fraser (55). Sie spricht auch vom «gleichberechtigten Zugang zu gesellschaftlich gestalteten Möglichkeiten» (47). Damit ist klar, dass sie etwas Tiefgreifenderes im Sinn hat als eine repräsentative Demokratie. Die sozialistische Vision einer Demokratisierung der Wirtschaft ist hier auch enthalten, ohne dass Parteiendiktatur als Option denkbar würde. Der Begriff der Partizipation, der in den vergangenen dreissig Jahren unter anderem für das Streben von BürgerInnen-Initiativen nach Vertiefung und Radikalisierung der Demokratie stand, ist nicht zufällig in dieses normative Herzstück eingebaut.

139

Kulturelle und ökonomische Ungerechtigkeiten

Werden eine Situationsbeschreibung und eine diffuse Wahrnehmung, dass etwas ungerecht sei und man etwas tun müsste, in diese UMAB-Maschine eingegeben, dann wird zuerst geteilt: Fraser sagt, es gibt zwei Arten von Ungerechtigkeit mit ihren jeweiligen Unterformen. Die Situationsbeschreibung wird also nach folgendem Schema gescannt:

Bestehen ökonomische Hindernisse bei der Beschaffung partizipatorischer Parität?	Bestehen kulturelle Hindernisse bei der Beschaffung partizipatorischer Parität?
Liegt Ausbeutung vor? Werden «die	Ist eine kulturbedingte Herrschaft zu
Früchte der eigenen Arbeit von ande-	beobachten? Sind Leute «Interpreta-
ren in Besitz genommen»? (22)	tions- und Kommunikationsmustern

1	1	1
	4	1

	unterworfen, die mit einer anderen
	Kultur verknüpft und für einen selber
	fremdartig und/oder feindselig sind»?
	(23)
Liegt ökonomische Marginalisierung	Wird Anerkennung verweigert, in-
vor? Wird jemand auf «entwürdi-	dem jemand «über die massgeblichen
gende oder unterbezahlte Arbeit fest-	repräsentatorischen, kommunikativen
gelegt», wird ihm oder ihr «überhaupt	und interpretativen Praktiken seiner
der Zugang zu einträglicher Arbeit	eigenen Kultur ausgeschlossen wird»?
verwehrt»? (22)	(23)
Kommt es zur Verarmung, indem «ein	Herrscht Respektlosigkeit, weil je-
angemessener Lebensstandard ver-	mand «in stereotypen Repräsentati-
weigert wird»? (22)	onsakten des öffentlichen Raums und/
	oder in Begegnungen des alltäglichen
	Lebens routinemässig angefeindet
	und herabgesetzt wird»? (23)
	· · ·

In Frasers Abriss zur Geschichte der Frauenbewegung (2007) wird besonders deutlich, weshalb sie diesen Gegensatz von Ökonomie und Kultur wählt, der dann auf der Lösungsebene dem Gegensatz von Umverteilung und Anerkennung entspricht. Fraser postuliert, dass sich die Frauenbewegung – wie andere soziale Bewegungen auch – just in dem Moment von den ökonomischen Fragen ab- und identitätspolitischen Themen rund um «Differenz» zugewandt habe, als der furiose Siegeszug des Neoliberalismus seinen Anfang nahm und sich die Probleme der ökonomischen Ungleichheiten verschärften (268). Das heisst, die Ingenieurin Fraser geht davon aus, dass die BenutzerInnen ihrer Maschine die Tendenz haben, Fragen nach dem Mangel an Anerkennung für bestimmte Identitäten zu stellen und ökonomische Fragen zu vergessen. Deshalb konstruiert sie so, dass diese Fragen gleich zu Beginn gestellt werden müssen.

Indem sie die Formen der ökonomischen Ungerechtigkeit und der Verweigerung von Anerkennung zwar trennt, aber auf derselben Ebene ansiedelt, bringt sie Denktraditionen zusammen, die lange getrennt verlaufen sind. Sie muss sich einige Begriffe neu zurechtfeilen. Zum Beispiel definiert sie Anerkennung in Abgrenzung zu Axel Honneth als «Angelegenheit der Gerechtigkeit» und nicht der «Selbstverwirklichung» (44). «Mangelnde Anerkennung erleiden heisst also nicht, durch die Herabwürdigung seitens anderer eine beschädigte Identität oder beeinträchtigte Subjektivität zu erleiden. Vielmehr heisst es, durch institutionalisierte kulturelle Wertmuster daran gehindert zu werden, als Gleich-

berechtigter am Gesellschaftsleben zu partizipieren» (45). In Frasers Modell wird der Mangel an Anerkennung «nicht durch missbilligende Einstellungen oder freischwebende Diskurse bewirkt, sondern durch gesellschaftliche Institutionen erzeugt» (45). Ein grosser Vorteil dieser Definition liege darin, dass Handlungsoptionen bei institutionellen Regelungen ansetzen und nicht bei persönlichen Einstellungen. Fraser schreibt, sie wolle jede «Psychologisierung» vermeiden (48). Sie steckt ein Gelände des institutionell gestalteten gesellschaftlichen Lebens ab. Alle sollen die Möglichkeit haben, sich gleichberechtigt auf diesem Gelände zu bewegen, daneben scheint Fraser so etwas wie Privatsachen auszumachen, die auf der UMAB-Landkarte keinen Platz haben.

Zum Beispiel bezahlte Hausarbeit

Vergegenwärtigen wir uns die wiederkehrenden Debatten unter Schweizer Frauenorganisationen um die bezahlte Hausarbeit: An öffentlichen Veranstaltungen, z.B. organisiert vom Zürcher «Netzwerk Solidarität mit illegalisierten Frauen» von 1996 bis 2000,⁴ fuhr sich die Diskussion oftmals an der Frage fest, ob es zu rechtfertigen sei, dass eine feministische Schweizer Bürgerin eine illegale Migrantin als Putzfrau anstelle, oder ob sie sogar dazu aufgefordert sei, einen solchen Arbeitsplatz zu schaffen. Dabei beschäftigte in erster Linie die Frage, ob in der einen oder der anderen Haltung ein Mangel an Anerkennung für die andere Frau zum Ausdruck komme. Frasers UMAB-Maschine hätte solche Diskussionen schnell abgestellt. Die Fragen wären neu formuliert worden:

- Wann ist ein Lohn für Putz- und weitere Hausarbeit gerecht, d.h. nicht ausbeuterisch?
- Werden bestimmte Gruppen von Frauen und Männern darauf festgelegt, Hausarbeit unterbezahlt und unter entwürdigenden Bedingungen zu verrichten?
- Führt die Einrichtung «bezahlte Hausarbeit» zur Verarmung ganzer Gebiete oder Bevölkerungsgruppen? Ist Verarmung eine Bedingung dafür, dass diese Einrichtung besteht?
- Sind Migrantinnen, die in Westeuropa bezahlte Hausarbeit leisten, Gesprächs- und Vertragsregeln unterworfen, die sie nicht kennen und die ihre Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe einschränken?
- Werden Frauen und Männer, die bezahlte Hausarbeit leisten, in ihrer jeweiligen Kultur als minderwertig betrachtet? Welche Möglichkeiten im gesellschaftlichen und politischen Leben spricht man ihnen zu oder ab?
- Werden sie über ihre Tätigkeit, über ihre Herkunft oder beides in medialen und alltäglichen Darstellungen lächerlich gemacht?

Wie das Beispiel zeigt, sind in vielen Fällen mehrere, aber nicht alle Formen

von Ungerechtigkeit gleichzeitig im Spiel, die ökonomische und die kulturelle Dimension verschränken sich. Fraser will im Gegensatz zum Marxismus keine Priorität festlegen, es gibt keinen «Hauptwiderspruch», kein Basis-und-Überbau-Modell. «Zweidimensional benachteiligte Gruppierungen erleiden sowohl ökonomische Benachteiligungen als auch mangelnde Anerkennung, und dies in einer Form, in der keine der beiden Arten von Ungerechtigkeit eine indirekte Wirkung der anderen darstellt, in der vielmehr beide primär und gleich ursprünglich sind. Mithin wird in diesem Falle weder eine Politik der Umverteilung noch eine solche der Anerkennung allein ausreichen. Zweidimensional niedriggestellte Gruppierungen brauchen beides.» (2003, 32)

Zu diesem Denken kommt Fraser über die Auseinandersetzung mit den Kämpfen und Theorien der Frauenbewegung, die sie wie die Kämpfe der AfroamerikanerInnen als prototypisch ansieht: In der Unterdrückung dieser Gruppen spielen kulturelle und ökonomische Gründe eine gleichwertige Rolle, sie wirken unabhängig voneinander und beeinflussen sich doch gegenseitig. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Ökonomischem und Kulturellem sieht Fraser auch bei der Benachteiligung von Schwulen und Lesben am Werk, wobei sie hier ein Übergewicht des Kulturellen über das Ökonomische diagnostiziert, bei der Arbeiterbewegung umgekehrt ein Übergewicht des Ökonomischen über das Kulturelle. Aber die Wahl der Frauenbewegung als Prototyp schärfe den Blick dafür, wie stark die Forderung nach Anerkennung der eigenen Kultur auch in der Arbeiterbewegung gewesen sei, und welche ökonomischen Dimensionen die Benachteiligung von Schwulen und Lesben habe (36–42).

Der Prozess der Lösungsfindung

Die UMAB-Maschine enthält auch eine Vorrichtung, wie den zur bezahlten Hausarbeit aufgelisteten Fragen Antworten zugeordnet werden können. Bevor diese Vorrichtung jedoch zum Einsatz kommt, wird die Situationsbeschreibung nochmals neu gescannt, und dabei kommt die dritte Dimension sozialer Gerechtigkeit zum Vorschein: die Beteiligung (2003) oder wie Fraser in einem neueren Text sagt: die Repräsentation (2007).

Wer ist in die Verhältnisse, die zu einer bestimmten Ungerechtigkeit führen, involviert? In welcher Institution, in welchem Gremium können alle diese Gruppen gleichberechtigt zu einer Lösung finden? Wenn es eine solche Institution nicht gibt, wie kann sie geschaffen werden? Was braucht es zum Beispiel, damit Gewerkschaften auch Hausangestellte organisieren? Wie kommen Immigrierte zu einer politischen Stimme?

Das heisst: Bevor Lösungen vorgeschlagen werden, ist die Frage nach dem

Prozess der Meinungsbildung zu behandeln. Die partizipatorische Parität ist Weg und Ziel – damit verarbeitet Fraser die Erfahrungen und Forderungen der neuen sozialen Bewegungen: Resultat ist eine deutliche Differenz zur Praxis des klassischen Sozialismus. Im Falle der Hausangestellten wird klar, dass es nicht angeht, dass eine Gruppe Schweizer Mittelschichtsfrauen in den eigenen Reihen Lösungsvorschläge erarbeitet und vertritt. Zuerst müssen der reale Kontakt und eine gemeinsame Form der Organisation oder des Bündnisses mit Frauen (und Männern) gesucht werden, die in diesem Bereich arbeiten.

An diesem Punkt ist die Maschine jedoch sehr störungsanfällig, sie kann in einen lang andauernden Leerlauf verfallen. Die Gruppen, Gremien oder Institutionen, welche Lösungen diskutieren, müssen ihrerseits allen Beteiligten Anerkennung entgegenbringen, damit gerechte Lösungen gefunden werden. Die Lösungen müssen auch klassisch-vernünftig darauf geprüft werden, ob als Nebenwirkung die Beeinträchtigung der partizipatorischen Parität einer neuen Gruppe auftritt. Ausserdem soll diese zentrale Norm «dialogisch und diskursiv angewandt werden, nämlich vermittels eines demokratischen Verfahrens öffentlicher Debatten» (2003, 63). Das heisst, sie ist nicht in allen Details gesetzt, Fraser definiert sie nicht so, dass sie operationalisierbar wäre. Die zentrale Norm muss bei veränderter Zusammensetzung eines politischen Gebildes jeweils neu ausformuliert werden. Dieses Vorgehen funktioniert nur, wenn die Verhandlungen für gerechte Lösungen bereits im Zeichen dieser Gerechtigkeit stehen. Deshalb entzieht Fraser einige prozeduralen Regelungen dem demokratischen Prozess und übergibt sie der Verantwortung politischer TheoretikerInnen bzw. StaatsarchitektInnen (62-65). Wenn sich die Etablierung gerechter Regeln noch auf dem Weg befindet, weil zum Beispiel eine Gruppe Beteiligter keine politischen Rechte hat, dann fällt das Anwendungsprogramm in folgende Schleife:

001 Sind diejenigen, die von der Ungerechtigkeit profitieren und sie verursachen, bereit, gleichberechtigt mit den Benachteiligten zu verhandeln?

002 Wenn ja, gehe zu 100

003 Wenn nein, gehe zu 004

004 Sind sie durch Druck, Überredung, Koalitionenbildung dazu zu bringen, doch noch zu verhandeln?

005 Wenn ja, gehe zu 100

006 Wenn nein, gehe zu 001

100 Die Verhandlungen können beginnen.

Gerechte Lösungen

Wird die Zeile 100 erreicht, dann zeichnet die Maschine auf der politischen Landkarte Wege ein, wie die Ungerechtigkeiten behoben werden können. Gegen Ausbeutung hilft die Umverteilung des Einkommens und/oder des Vermögens. Gegen ökonomische Marginalisierung hilft eine Neuorganisation der Arbeitsteilung. Gegen Verarmung helfen eine Neuaufteilung des Grundbesitzes und die Demokratisierung jener Prozesse, durch die Investitionsentscheidungen getroffen werden (23). Gegen kulturelle Herrschaft, die Verweigerung von Anerkennung sowie Respektlosigkeit empfiehlt Fraser die «Neubewertung von Identitätsentwürfen und kulturellen Leistungen verleumdeter Gruppen», die «Anerkennung und positive Einschätzung kultureller Vielfalt» sowie die «umfassende Umgestaltung gesellschaftlich gestalteter Repräsentations-, Interpretations- und Kommunikationsmuster, damit sich die soziale Identität eines jeden verändert».

Die Landkarte zeigt also im Bereich der Ökonomie klassische sozialistische Lösungswege, angereichert durch die feministische Forderung nach einer Veränderung der Arbeitsteilung. Würden sich in einem Gremium, das gleichberechtigt Lösungen findet, auch VertreterInnen einer liberalen Wirtschaftspolitik befinden, welche die Überwindung von Armut und Marginalisierung durch Öffnung der Märkte und technologische Innovation fordern, dann müsste die Karte ohne Frasers Hilfe erweitert werden. Es scheint mir wichtig, diese Wege auch einzuzeichnen und ihre Konsequenzen zu bedenken, mögliche Kompromiss-Kombinationen – wie sie realpolitisch oft unumgänglich sind – zu prüfen. Ob man diese Wege wirklich gehen will, ist eine andere Frage.

In Richtung Anerkennung zeigt sich ein kniffliger Scheideweg. Die Neubewertung von Identitätsentwürfen verleumdeter Gruppen findet sich auch im Arsenal chauvinistischer und fundamentalistischer Gruppierungen (2003), und sie findet sich in jener Phase des Feminismus, die Fraser aufgrund der darin ausgeprägten Identitätspolitik kritisiert (2007). Dagegen steht die - von den dekonstruktivistischen Ansätzen inspirierte - Forderung nach einer stetigen und allgemeinen Veränderung und Auflockerung von Identitäten. Kann man in beide Richtungen gleichzeitig gehen? Fraser scheint sich für eine vorsichtige Auflockerung von Identitäten auszusprechen, wenn sie «nichtreformerische Reformen» fordert. Diese knüpfen an die bestehenden Identitäten von Gruppen und an daraus formulierte Bedürfnisse an, treten aber eine Dynamik los, in der radikalere Veränderungen – auch auf der Ebene der Identitäten – denkbar und möglich werden (114-119). In Bezug auf bezahlte Hausarbeit stelle ich mir unter einer Praxis der «nichtreformerischen Reform» zum Beispiel vor, dass sich russische Frauen, die illegal in der Schweiz Hausarbeit verrichten, zusammenschliessen, um einander Stellen, medizinische Hilfe, Tipps für Wochenendausflüge und soziale Kontakte zu vermitteln. Gemeinsam treten sie gegenüber Hilfsorganisationen auf, denen sie skeptisch gegenüberstehen, weil sie sich zu sehr als Opfer der Verhältnisse dargestellt vorkommen. Am liebsten würden sie sich den «Business and Professional Women» anschliessen, weil sie ihre Arbeit in der Schweiz als Investition in die eigene ökonomische Zukunft in Russland verstehen. Ob sie in diesen Verband – eine Art weibliches Pendant der Rotarier – aufgenommen würden, ist eine interessante Frage. Auf jeden Fall würden die Vorstösse und unterschiedlichen Allianzen der Gruppe eigene und fremde Zuschreibungen durcheinanderbringen.

Was tun?

Zuletzt zeichnet die Maschine ideale Routen auf der Karte ein, und markiert andere, die unbedingt zu vermeiden sind. Mit dieser Wertung antwortet Fraser auf ein Problem, das sie – neben der Verdrängung des Ökonomischen und der Wahl des falschen politischen Rahmens⁵ – als zentrales Problem heutiger Bewegungen identifiziert: das «Problem der Verdinglichung», das heisst die Verfestigung von Gruppenidentitäten in «Separatismen» und «gruppenartigen Enklavenbildungen», welche «Chauvinismus und Intoleranz, patriarchale und autoritäre Strukturen» begünstigen (125).

Für die vorgeschlagene Lösung spricht, dass sie es erlaubt, mit Hilfe einer Massnahme der ökonomischen Umstrukturierung ein Problem des Mangels an Anerkennung zu beheben. Verändert sich die Geringschätzung gegenüber Hausangestellten, wenn ihre Arbeit mehr kostet? Verbessert sich ihr gesellschaftlicher Status, wenn sie nicht mehr einzeln mit ArbeitergeberInnen verhandeln, sondern als VertreterInnen von (genossenschaftlichen) Betrieben auftreten, wie das z.B. Putzfrauen und Hausangestellte in Chile vorgemacht haben?

Auch umgekehrt empfiehlt Fraser Lösungen, die es erlauben, mit Hilfe einer Massnahme hin zu einem kulturellen und symbolischen Wandel eine ökonomische Ungerechtigkeit zu beheben. Führt eine veränderte, positive Darstellung der notwendigen Kompetenzen und der grundlegenden Bedeutung der Hausarbeit zu einer neuen Verhandlungssituation? Wie kann eine solche Aufwertung institutionalisiert werden (z.B. im Bildungssystem oder im Arbeitsrecht)? Sind dann Leute bereit oder gezwungen, mehr für diese Arbeit zu bezahlen?

Fraser warnt davor, eine unangebracht einseitige Politik der Anerkennung oder der Umverteilung zu betreiben – das könne dazu führen, dass im Kampf um Anerkennung ökonomische Nachteile verfestigt werden, oder dass im Kampf um Umverteilung die notwendige Anerkennung einer Differenz verloren geht. Ausserdem schliesst sie Lösungswege aus, die zu einer anhaltenden

Verfestigung von Gruppenidentitäten führen. Mit einigem spekulativem Aufwand kann auch hier das Beispiel der bezahlten Hausarbeit weiter ausgemalt werden. Das Folgende ist ein Gedankenspiel:⁶ Im schlimmstmöglichen Fall würde sich eine Gruppe von lateinamerikanischen Hausangestellten darauf berufen, dass sie als Frauen und Latinas wahre Familienwerte wie Herzensgüte, Liebe für Kinder und Betagte verkörpern und der Schweiz, der diese Werte verloren gehen, etwas Unverzichtbares bringen. Deshalb sei ihre Arbeit nicht hoch genug einzuschätzen. Sie fokussieren ganz auf die Frage der Aufenthaltsbewilligung und den Aufbau einer eigenen kulturellen Infrastruktur. Für gewerkschaftliche Politik interessieren sie sich nicht. In einer Überhöhung der mitgebrachten und der in der Fremde neu erfundenen Lebensart sehen sie Schwarzarbeit als Selbstverständlichkeit an, komplizierte Abrechnungen sind ihnen ein westlicher Greuel, dagegen verorten sie sich im sozialen Sicherungssystem der Familien. Damit wäre eine Gruppenidentität entstanden, die der ökonomischen Besserstellung in vielen Punkten gefährlich würde: Was passiert, wenn eine Hausangestellte genug hat von Haus und Kindern, nicht einmal Mutter werden möchte und ein ganz anderes Berufsfeld avisiert? Ist sie dann keine rechte Latina mehr? Es würden sich unheilige Allianzen zwischen einer solchen Bewegung und gesellschaftskonservativen, aber neoliberalen Kräften ergeben, die den Pflegebereich auf unausgebildete, «natürlich» begabte und schlecht bezahlte Migrantinnen abschieben möchten.

Ebenso fatal ist eine Position, welche die Emanzipation der Frauen und das zuverlässige Funktionieren eines Sozialversicherungssystems als kulturelle Eigenart der WesteuropäerInnen sieht und deshalb fordert, dass die Immigration von Arbeitskräften aus ausser- und südosteuropäischen Ländern zum Schutz dieser Eigenart bekämpft werden müsse.

Funktioniert die Maschine?

Der Einsatz von Frasers Maschine erlaubt also die Herstellung einer politischen Landkarte und die Auswahl einer günstigen Route. Rein technisch gesehen funktioniert die Maschine. Es bleibt die Frage, ob in der Herstellung einzelne Teile zu rabiat zurechtgefeilt wurden und ob die Qualität des Produkts darunter leidet. Am meisten Diskussionen ausgelöst hat die Aufteilung in Anerkennung und Umverteilung, das heisst in Kultur und Ökonomie. Bedroht Fraser durch die erneute Gegenüberstellung der beiden Begriffe die Erkenntnis, wie verwoben und untrennbar die beiden Bereiche sind? Reicht es zu sagen: Dies ist nur eine begriffliche Reduktion von Komplexität, oder müssten andere Begriffe gewählt werden?

An Frasers Begriff der Anerkennung kann zu Recht kritisiert werden, dass

er etwas preisgibt, was feministische Theorie auszeichnet: dass diese das tief Persönliche in die politische Theorie einbringt und somit Verknüpfungen zwischen politischer Theorie, Philosophie und Psychologie erzwingt. Wenn Frasers Konzeption als Denksystem für alle Lebenslagen gedacht ist, dann greift ihr Begriff der Anerkennung zu kurz. Aber für die Konstruktion einer Maschine, die es erlaubt, die Gedanken in Richtung Politik – im Sinne von Veränderung gesellschaftlicher Institutionen – zu lenken, ist der Begriff praktisch.⁸

Grund zur Skepsis ist denn auch die Erklärung Frasers, dass sie das «Unternehmen einer grossen Theorie, einer «grand theory»» weder als erkenntnistheoretisch unbegründet, noch als politisch antiquiert ansieht. «Im Gegenteil», schreibt sie mit Axel Honneth, «wir sind beide nach wie vor der Überzeugung, dass eine Gesellschaftskritik ihre theoretischen Geltungsansprüche und politischen Zielsetzungen nur dann einzulösen vermag, wenn sie normative Konzepte verwendet, die von einem systematischen Verständnis der gegenwärtigen Gesellschaft geprägt sind, das die aktuellen Kämpfe zu diagnostizieren erlaubt» (2003, 10f.). Es geht ihr darum, die kritische Theorie neu zu begründen und wenn möglich eine neue, umfassende, empirisch abgestützte Theorie zu entwickeln. Die Hoffnung, die in mir bei der Lektüre aufgekeimt ist, beruht aber nicht auf dieser Aussicht. Im Gegenteil, sie wird von der Vorstellung geweckt, dass es eine solche umfassende Theorie gar nicht braucht. Es reichen gute, kleine Gedankenmaschinen und Landkarten, heuristische Gebilde, welche die Orientierung in einer sich ständig und beschleunigt wandelnden Welt erleichtern. (Dabei gleichen diese Maschinen einer Skulptur von Jean Tinguely oder einer mechanischen Spielerei von Fischli/Weiss, es haftet ihnen etwas kunstvoll Gebasteltes an. In einer siebenjährigen Betrachterin wecken sie die Vorstellung, eine solche Maschine könne sie selber auch bauen.)

Die gelungene Kombination aus klaren, stabilen Werten und begrifflicher Beweglichkeit wäre die Voraussetzung dafür, dass sich der von Fraser dargelegte Weg stetiger Verhandlungen und neuer Bündnisse nicht als Grabenkampf unterschiedlicher Theorien, sondern als Suche nach gemeinsam getragenen Lösungen gestalten könnte. Die wissenschaftliche, empirische Abstützung wäre dort wichtig, wo es darum geht, einzelne Fragen zu beantworten, wie sie in diesem Text zum Thema bezahlte Hausarbeit aufgeworfen worden sind. Und schliesslich zeigt das Ende des eingeschlagenen Weges, ob die Landkarte hilfreich war.

Anmerku

1 Siehe z.B. das Kapitel 8 in Nancy Fraser, 1994, Widerspenstige Praktiken. Das Kapitel hat den

- Titel: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus.
- 2 Zum Beispiel Sitzung des Frauenrats für Aussenpolitik, Juni 2007, Modul «Entwicklungspolitik und NGOs» an der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern, Januar 2007.
- 3 Der Text ist 2006 in gekürzter Version in der WOZ erschienen.
- 4 Einen Überblick über diese Debatten bietet das Diskussionspapier des Frauenrats für Aussenpolitik, das in Heft 20 von Olympe erschienen ist.
- 5 Darunter versteht Fraser die Wahl einer falschen Institution als Adressatin einer Forderung, in neueren Artikeln ganz gezielt die Wahl des nationalen anstatt des transnationalen Rahmens. Auf diesen Hauptpunkt ihres jüngsten Abrisses über die Geschichte der Frauenbewegung (2007) gehe ich hier nicht näher ein, weil ich eine detaillierte Kritik daran für notwendig hielte, welche die Länge dieses Artikels verdoppeln würde.
- 6 Eine rhetorische Form, die Fraser oft und gern benutzt. Ich möchte betonen, dass dieses Beispiel mit der Realität der organisierten lateinamerikanischen Hausangestellten in der Schweiz nichts zu tun hat
- 7 Zum Beispiel Axel Honneth, Judith Butler.
- 8 Allerdings steht und fällt diese Aussage mit der Definition von Institution.

Literatur

148

Hug Annette, Wer putzt? Für wen? Wofür? Ein Diskussionspapier des Frauenrats für Aussenpolitik, in: Olympe Heft Nr. 20, 2004, S. 138–142.

Fraser Nancy, Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht, Frankfurt a.M. 1994.

Fraser Nancy, Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik, in: Fraser Nancy / Honneth Axel, Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt a.M. 2003. S. 13–128.

Fraser Nancy, Lageverzeichnis der feministischen Imagination: Von Umverteilung über Anerkennung zu Repräsentation, in: Grisard Dominique et. al. (Hg.), Gender in Motion. Die Konstruktion von Geschlecht in Raum und Erzählung, Frankfurt/New York 2007, S. 249–291.

Rassismus, Postkolonialismus und Menschenrechte

María do Mar Castro Varela

Je mehr die Frage der Integration von Migrantinnen in den Fokus politischer Debatten gebracht wird, desto mehr verlieren die Diskurse um die historische Kontinuität des Rassismus an Bedeutung. Wohlgemerkt sind hier die Diskurse um Rassismus gemeint, nicht rassistische Diskurse. Letztere halten sich hartnäckig und zeigen sich auch in den verschiedenen Variationen äusserst resistent. Rassistische Diskurse, so könnte man sagen, stellen eine soziale Normalität dar. Alltagsrassismus ist aus den europäischen Städten nicht wegzudenken (vgl. Essed 1991): Rassistische Werbung, rassistische Schaufensterdekorationen, rassistische Witze und Gags, aber auch die Demütigung und Ausgrenzung derjenigen, die als «anders» stigmatisiert werden, sind an der Tagesordnung. Sie schockieren nicht mehr. Dafür muss erst, wie kürzlich in Deutschland geschehen, ein Mob von 50 Leuten 5 Inder durch die Stadt jagen und verprügeln. Erst dann rührt sich die Empörung, dann spricht man von Rassismus.

Zu Recht bezeichnet Birgit Rommelspacher Rassismus als einen «hoch politisierte[n] Begriff, der stark in die politischen Auseinandersetzungen eingebunden ist, so dass auf der gesellschaftlichen wie auch auf der individuellen Ebene oft Widerstände wirksam sind, die einem selbstverständlichen Umgang mit ihm im Wege stehen» (Rommelspacher 2006, 13). Konsequenzen davon sind auf der einen Seite die Behinderung gesellschaftlicher Analysen und auf der anderen Seite die Nichtbenennbarkeit der Rassismuserfahrung für die davon direkt Betroffenen. Nicht zufällig negieren Migrantinnen häufig die tatsächliche Präsenz von Alltagsrassismus in ihrem Leben. In meiner eigenen Untersuchung, in der die Utopien migrierter Frauen im Vordergrund stand, verneinte beispielsweise die zum Zeitpunkt der Gruppendiskussion 24-jährige

Studentin Leyla, Erfahrung mit Rassismus gemacht zu haben, um dann später eher lapidar zu bemerken: «[...] oder dass sie meinen Briefkasten mit was weiss ich 〈Türkensau〉 beschmieren oder so was» (vgl. Castro Varela 2007, 166). Dass jemand an ihren Briefkasten beleidigende Bezeichnungen schreibt, scheint Leyla hinzunehmen, und somit auch rassistische Erfahrungen. Diese werden aber nicht nur geleugnet, weil das Benennen von Rassismus politisch verdächtig ist, sondern auch weil es Verletzlichkeit signalisiert.

Rassismus und Postkolonialismus

Es gibt viele Möglichkeiten, sich dem Phänomen «Rassismus» und seinen Konsequenzen zu nähern. Eine mögliche theoretische Zugangsweise bietet die postkoloniale Kritik, welche die Wirkmächtigkeit kolonialer Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforscht (vgl. Castro Varela/Dhawan 2005). Postkoloniale Theorie zeigt auf, dass der Kolonialismus auch eine intellektuelle, geistige Bewegung war, in deren Folge Europa und das Wissen über dieses und sein Anderes entstand. Beides wird nicht nur auf der Ebene territorialer Eroberungen einer Betrachtung unterzogen, sondern auch unter dem Aspekt der epistemischen Gewalt, die von diesen ausgeht. Einen wichtigen Diskursstrang bildet hier der Rassismusdiskurs, der immer wieder setzt, wer «gut» und wer «böse», wer «intelligent» und wer «dumm» ist etc.

So schreibt Gayatri Chakravorty Spivak, eine der bekanntesten Stimmen postkolonialer Theorie, dass kulturell und intellektuell gesehen «Deutschland» im 19. Jahrhundert eine der Hauptquellen sorgfältigster orientalistischer Gelehrsamkeit darstellte: Gerade hier wurde eine Mehrheit der autoritativen und «universellen» Erzählungen über den sogenannten Orient hergestellt. Ob nun Kant oder Hegel, keine der Produktionen dieser philosophischen Autoritäten hat je einen spezifisch akademisch kontrollierten Imperialismus installiert oder konsolidiert, und trotzdem bezeichnet Spivak ihre Schriften als Quelltexte einer europäischen ethisch-politischen Selbstrepräsentation (Spivak 1999, 9ff.). Hinzugefügt werden muss, dass sowohl Kant als auch Hegel und Marx in der Folge zu bekannten und beliebten Zitatgebern für viele RassistInnen wurden, die sich damit immer wieder in der Lage sahen, die Überlegenheit der weissen Europäer unter Beweis zu stellen und in der Konsequenz auch die etablierten Gewaltherrschaften zu legitimieren.

Als kritische Intervention, die interdisziplinär denkt und eine immense Bandbreite an Themen bearbeitet, ist postkoloniale Theorie von besonderer Bedeutung für aktuelle politische Auseinandersetzungen. Die akademischen Wortgefechte reflektieren die politischen Debatten, die mit dem Beginn einer weltumspannenden Antiglobalisierungsbewegung ein neu erwachtes Interesse

an imperialer Herrschaft, Neokolonialismus und Migrationsbewegungen hervorgebracht hat.

Als eines der Schlüsselkonzepte postkolonialer Theorie gilt das Othering, das den Prozess des «Fremdmachens» beschreibt (vgl. etwa Rommelspacher 2002), bei dem die «Anderen» geschaffen werden und ihre Position der Nichtzugehörigkeit festgelegt wird, wie auch diejenigen produziert werden, die als «normal» und dazugehörend gelten. Spezifische soziale Gruppen wie Migrantinnen, Roma und Sinti oder schwarze Menschen werden dabei als «rückständig» und «minderwertig» bestimmt, und diese Bestimmung wird fernerhin als natürlich gegeben festgelegt. In der Folge sprechen wir von Mentalitäten und dem «Sosein» von schwarzen Menschen, Asiatinnen, Roma etc. Der Prozess des Othering zeigt sich dabei eingebettet in die Produktion oppositioneller Dualismen, d.h., diejenigen, die als nicht dazugehörig konstruiert werden, stehen immer denen gegenüber, die als zugehörig definiert werden. Es entsteht dabei das bekannte «Wir» und die «Anderen» (z.B. «wir, die Deutschen» und «die fremden Ausländer»). Die daraus entstehenden Positionen sind allerdings immer sozial umkämpft und unterschiedlich in ihrer Durchlässigkeit. Antikoloniale und postkoloniale Diskurse versuchen nun aufzudecken, in welcher Weise diese Gegenüberstellungen innerhalb kolonialer Repräsentationen entstehen und funktionieren. Viele KritikerInnen haben dabei aufgezeigt, wie beim Versuch, das Othering transparent und verständlich zu machen, die kritische Stimme selber ständig der Gefahr ausgesetzt ist, die Prozesse des Othering zu reproduzieren und zu stabilisieren (vgl. etwa Young 1995; Castro Varela/Dhawan 2003). In anderen Worten ist zu fragen: Wo stabilisiert der Diskurs um «Rasse» und «kulturelle Differenz» zuweilen ungewollt rassistische Perspektiven? Gayatri C. Spivak spricht hier von einer «Wiederholung in den Rissen». Sie macht damit darauf aufmerksam, dass die einfache Umpolung dominanter Diskurse in der ein und derselben Logik verhaftet bleibt. Der Austausch der Pole irritiert den eigentlichen Dualismus eben nicht.

Die Zusammenführung feministischer und postkolonialer Kritik führte dabei zu einer doppelten Kritik an kolonialen Diskursen, die sich eben als rassistisch und (hetero-)sexistisch erweisen. Während der kolonialen Herrschaften wird die indigene kolonisierte Bevölkerung von den europäischen Kolonialisten als «primitiv» und «unzivilisiert» bestimmt, um damit nicht nur ihre Versklavung und Ausbeutung zu legitimieren, sondern auch die gewaltsamen Herrschaftsverhältnisse im Allgemeinen durchzusetzen. Und Legitimationen waren durchaus vonnöten, denn im Zeitalter der Aufklärung, das schließlich die Neuzeit und den Beginn der Kolonialzeit einläutete, spricht das aufkommende europäische Bürgertum von Respekt, Toleranz und Gleichberechtigung. Um die

durch koloniale Gewaltherrschaften produzierten Widersprüche aushalten zu können, wurde ein ganzes Arsenal «rationaler» «gut verständlicher» Gründe hervorgebracht. Zwei stechen besonders hervor: Auf der einen Seite wurde einem grossen Teil der Weltbevölkerung der Status des Menschseins abgesprochen, so dass die Betroffenen auch unmöglich die Rechte erwerben konnten, um als Menschen behandelt zu werden. Auf der anderen Seite wurde immer wieder die Notwendigkeit einer Lösung der «Frauenfrage» zitiert. Zwei machtvolle Diskursstränge, die bis heute miteinander verflochten sind. Aus beiden «Argumentationen» ergab sich für Europa die Dringlichkeit der «Zivilisierungsmission», denn die indigene Bevölkerungen ausserhalb Europas musste von ihrer «Verrohtheit» befreit werden. In diesem Zusammenhang sprachen die Briten auch von «der Bürde des weissen Mannes». Der weisse Mann nimmt gewissermassen die Bürde auf sich, die «Wilden» zu zivilisieren und ihre Frauen der Emanzipation zuzuführen. Dass zur gleichen Zeit die Frauen in Europa kein Wahlrecht hatten, schien kein Widerspruch zu sein.

Eines der Ziele postkolonialer Theorie ist die Sichtbarmachung und Dekonstruktion historisch gewordener essentialisierender und eurozentristischer Diskurse. Fundamental wird dabei davon ausgegangen, dass es auch - vielleicht auch insbesondere – die «rationalen Legitimierungsdiskurse» waren und sind, die heute erfolgreich eine notwendige Dekolonialisierung behindern und neokolonialistische Diskurse stabilisieren. Jede, die einmal versucht hat, auf einer Party, an einer soziologischen Tagung, in der Strassenbahn, in einer Behörde, in der Schule, im Seminar etc. auf rassistische Diskurse aufmerksam zu machen. weiss von der Hartnäckigkeit «rationaler Erklärungen» zu berichten. Der hochaktuelle Integrationsdiskurs ist hierfür geradezu ein Paradebeispiel. Im gerade veröffentlichten Nationalen Integrationsplan der Bundesrepublik Deutschland nimmt die «Frauenfrage» z.B. nicht zufällig eine prominente Stellung ein. Das Bild der «unterdrückten, unemanzipierten Migrantin» hat das der «unterdrückten unzivilisierten Kolonisierten» ersetzt, und die Diskurse ähneln sich in geradezu erschreckender Weise. So wurde in Deutschland eine Verschärfung des Zuwanderungsgesetzes gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Nationalen Integrationsplans angekündigt. Unter anderem können die Deutschen Botschaften nun ein Einreisevisum – auch zur Familienzusammenführung – verweigern, wenn die Antragssteller nicht über genügend Deutschkenntnisse verfügen. Eine der Begründungen spricht ein weiteres Mal von der «Gefahr von Zwangsheiraten», die man damit eindämmen möchte. Nicht dass Zwangsverheiratungen keine Realität wären – das waren auch die Witwenverbrennungen zur Zeit des britischen Empires –, spannend ist jedoch, dass eine patriarchale Gewalt staatliche Gewalt legitimiert (vgl. hierzu auch Castro Varela/Dhawan 2006). Die «Bürde des weissen Mannes» scheint noch nicht leichter geworden zu sein; noch immer muss er die «braune Frau vor dem braunen Mann» retten, wie Spivak in ihrem Aufsatz «Can the subaltern speak» zynisch schreibt.

Literatu

do Mar Castro Varela María, Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und Gelehrter Hoffnung, Bielefeld 2007.

do Mar Castro Varela María / Dhawan Nikita, Postkolonialer Feminismus und die Kunst der Selbstkritik, in: Steyerl Hito / Gutiérrez Rodríguez Encarnación (Hg.), Spricht die Subalterne Deutsch? Migration und postkoloniale Kritik, Münster 2003.

do Mar Castro Varela María / Dhawan Nikita, Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld 2005.

do Mar Castro Varela María / Dhawan Nikita, Das Dilemma der Gerechtigkeit. Migration, Religion und Gender, in: Das Argument 266, 48. Jhg., Heft 3, 2006.

Essed Philomena, Understanding Everyday Racism: An Interdisciplinary Theory, London u.a. 1991.

Rommelspacher Birgit, Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft, Frankfurt am Main/New York 2002.

153

Rommelspacher Birgit, Was ist eigentlich Rassismus? in: Dokumentation der IDA-Tagung «Rassismus eine Jugendsünde?» Aktuelle antirassistische und interkulturelle Perspektiven der Jugendarbeit, Düsseldorf 2006.

Chakravorty Spivak Gayatri, Can the subaltern speak?, in: Gary Nelson / Lawrence Grossberg (Hg.), Marxism and the interpretation of culture, Urbana/Chicago 1988.

Chakravorty Spivak Gayatri, A Critique of Postcolonial Reason: Toward a History of the Vanishing Present. Calcutta 1999.

Young Robert, Colonial Desire: Hybridity in Theory, Culture and Race, London/New York 1995.

Integrale Demokratie als «Way of Life»

Das Demokratieverständnis von Jane Addams

Silvia Staub-Bernasconi

«Democracy is government of the people, by the people, and for the people.» (Abraham Lincoln 1863)

«Es ist gut, sich ab und zu daran zu erinnern, dass ‹Ethik› ein anderes Wort für Gerechtigkeit ist, wonach in jeder Generation Männer und Frauen darnach gehungert und gedürstet haben, und ohne welche das Leben bedeutungslos wird.»

(Jane Addams 1902, 11)

«Wir sind nicht damit zufrieden, alle Menschen in unsere Hoffnung einzubeziehen, sondern es wurde uns bewusst, dass alle Menschen hoffen und Teil der gleichen (sozialen) Bewegung sind, deren Teil wir sind.» (Jane Addams 1902, 1, 179)

«Democracy and Social Ethics» (1902) war Jane Addams' erstes Buch. Auch bei der Durchsicht von einem guten Dutzend Übersichtswerken über Demokratietheorien fand ich keine einzige Erwähnung dieses Beitrags. Offenbar hielt man ihre Vorstellungen nicht für wichtig genug, um sie in die Ahnengalerie der DemokratietheoretikerInnen aufzunehmen. Jane Addams (1860–1935) war 1895, zusammen mit anderen Frauen, in einen von MigrantInnen bewohnten Stadtteil mit miserablen Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen gezogen und gründete dort – inspiriert von einem Besuch von Toynbee Hall, einer Aussenstelle der Universität in einem Londoner Slum – die mit der Universität von Chicago verbundene Universitätsniederlassung Hull House. Ihre praktische wie theoretische Auseinandersetzung galt dem Alltag, den Gesundheits-, psychischen, sozialen und kulturellen Problemen der EinwandererInnen.

In der Folge publizierte sie u.a. zu den Themen Soziale Arbeit in Settlements, progressive Bildung, Frauenfrage und Frauenstimmrecht, Kinderwohlfahrt, Künste, Arbeit, Gewerkschaften und Parteien, zivile Freiheiten, Krieg, Frieden und dem Völkerbund.¹ Für ihre internationalen Friedensaktivitäten und -schriften erhielt sie 1931 den Friedensnobelpreis.

Demokratie als normative Vorstellung, Wissen und praktische Lebensregel

Das Buch «Democracy and Social Ethics» ist eine Sammlung von Vorlesungen zum Thema, die Jane Addams an verschiedenen Colleges und universitären «Extension Centres» hielt. Die Beiträge wurden zuerst in *The Atlantic Monthly, The International Journal of Ethics, The American Journal of Sociology* und *The Commons* gedruckt. Das Buch begeisterte und verstörte ihre Zeitgenossen zugleich. Die einen bedankten sich dafür, dass sie zum ersten Mal die Psychologie, Werte und Normen der MigrantInnen, das heisst der armen Bevölkerung, verstehen würden, die sie bisher – wie die BewohnerInnen von Südseeinseln – nur als dumpfe, stupide Masse mit niederen moralischen Standards betrachtet hatten. Aber gerade die Relativierung der auf eine individualistische Moral beschränkten ethischen Standards und die Forderung, von den MigrantInnen und ihrer sozialen Gegenseitigkeitsmoral zu lernen, brachten dem Buch von anderer Seite auch massive Kritik ein.

Dabei ging es Addams nicht nur um die möglichst genaue Beschreibung zweier unterschiedlicher Kulturmuster und ihres sozialen Ortes in der Gesellschaftsstruktur: des individualistisch-ichzentrierten, kurz privatistischen Musters der Mittel- und Oberschicht und des sozialen, austausch-, gegenseitigkeitsbezogenen der Unterschicht. Voraussetzung für Letzteres sei Empathie für Menschen ausserhalb der eigenen Familie. Das Zentrum ihrer Analyse ist der empirische Nachweis, inwiefern die beiden Subkulturen ein illegitimes, undemokratisches Macht- bzw. Herrschaftsverhältnis im konkreten Alltag begründen und zudecken, das jeder Vorstellung von Menschenwürde, Gleichheit und Freiheit ins Gesicht schlägt - und zwar sowohl im politischen System, aber zusätzlich auch zwischen freundlichen Besucherinnen und in Not geratenen Menschen, Eltern und Töchtern, Bürgersfrauen und ihren Dienstboten, Fabrikherren und Arbeiterschaft, Bildungssystem, Lehrerschaft und Jugendlichen wie Arbeitern aus Migrationskontexten. Die tieferen Gründe für die Kritik an Addams' Demokratietheorie sind wohl darin zu suchen, dass sie die in den USA stark verbreitete pluralistische Gesellschaftsvorstellung und die pluralistische Demokratietheorie in Frage stellt, die davon ausgingen bzw. ausgehen, dass prinzipiell alle verschiedenartigen Interessen politisch artikuliert und organisiert werden können. Pluralismus, Vielfalt sei keineswegs, so Addams, identisch mit Gleichwertigkeit und erst recht nicht mit gleichen politischen Durchsetzungschancen, sondern vielmehr mit einer Doppelmoral der Machthaber. Implizit kritisiert sie damit auch eine elitistische Demokratietheorie, die eine durch Konkurrenz aus dem Volk hervorgegangene Elite als Regierung des Volkes definiert.²

Zentral für Addams' Demokratievorstellung ist, dass sie keine ausschliesslich normative Demokratievorstellung vertritt, denn Wissen sei die Bedingung und immer der Ausgangspunkt für wirksame demokratische Gesetzgebungen (168). Zudem müsse sich Demokratie auch als praktische Lebensregel bewähren, so dass man sie empirisch testen kann. Denn nur dank demokratischer Praxis – definiert als «Kontakt mit sozialer Erfahrung», genauer mit Machtgefällen und Subkulturen – lässt sich die Verschiedenheit menschlicher Erfahrungen und Situationen wahrnehmen, die über die Beschränkung der Sorge und Loyalität auf die eigenen Familienmitglieder hinausgeht. Und nur über Empathie für Andere ist ein «Korrektiv für Meinungen über soziale Ordnung und die Bestrebungen, sie zu ändern (möglich), auch wenn diese noch so bescheiden sind» (6f.). Diese Grundidee wird nun als «integrale Demokratie», als «Democratic Way of Life» im Hinblick auf ihre Tauglichkeit für Analyse und sozialen Wandel entfaltet.³

156 Von der unwürdigen Barmherzigkeitsattitüde zur demokratischen Hilfsbeziehung

Interessanterweise beginnt Jane Addams mit der Analyse von sozialen Hilfsbeziehungen, um ihr Hauptanliegen zu konkretisieren: «Vermutlich gibt es keine soziale Interaktionsbeziehung, welche Demokratie mehr und schneller verändern würde, als die barmherzige Beziehung zwischen WohltäterIn und WohltatempfängerIn; es gibt keinen Kristallisationspunkt in der aktuellen Erfahrung, der so klar das Fehlen dieser Gleichheit (equality) offen legt und Demokratie fordert.... Was soll das Gerede über Brüderlichkeit und Gleichheit, wenn man kein Recht hat, dieses Reden in der Hilfsbeziehung konkret umzusetzen?» (13f.). Demokratie fordere nämlich, dass man sich um die unwürdigen Armen so kümmere, wie man sich um die unwürdigen Familienmitglieder kümmere. Dabei sollte man nicht in erster Linie daran denken, wie sich ein Mensch richtig zu verhalten habe, sondern vielmehr die Frage beantworten, was er sei und was er werden könnte. Das sei für die jungen, freundlichen Besucherinnen eine völlig neue Vorstellung. Voraussetzung für eine demokratische Hilfsbeziehung sei die Ausweitung des Erfahrungshorizontes der Helfenden, ihr Verzicht auf die erbarmungslose Erzwingung ihrer Überzeugungen und moralischen Standards, sowie die Übernahme der sozialen Verpflichtung, ein Stück auf der gleichen Strasse mit den HilfeempfängerInnen zu marschieren, anstatt ihnen auf Nebenwegen zu begegnen.

Demokratie zwischen Eltern und Töchtern

Im Rahmen eines demokratischen Konzeptes sei es unmöglich, die Beziehungen zwischen Eltern und Töchtern, genauer: die Forderungen der Letzteren, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen, zu ignorieren. Dieser Wunsch werde aber von den Eltern entweder als «dummer, kindischer Enthusiasmus» oder als «ruhelose Suche nach einer Karriere, bei der die Tochter nicht wisse, was sie wolle» kritisiert – wie wenn eine junge Frau kein anderes Motiv haben könnte, als der Familie zu dienen. Addams bezieht sich hier in ihrer Analyse auf die Tragödie von King Lear und seiner jüngsten Tochter, der Lieblingstochter Cordula. Er sei unfähig gewesen, sich vorzustellen, dass seine Tochter Motive haben könnte, die sich von den seinen unterscheiden. Sie vertrat eine Auffassung von Leben, in der ihre Beziehung zum Vater eben nur Teil geworden war. Er aber sah in ihrem Verhalten nur Geringschätzung und Undankbarkeit. Er hatte sich so lange als noblen, gütigen Vater betrachtet, dass er nicht wahrnehmen konnte, wann er im Unrecht war. So nahm die Tragödie ihren Lauf.

Unter demokratischem Vorzeichen ist die Erzwingung einseitiger Anpassung von Töchtern nicht mehr legitim. Jetzt gehe es darum, einen demokratischen Kompromiss zwischen den Forderungen der Familie und den sozialen Forderungen des Gemeinwesens zu suchen. Dabei sei es unvermeidlich, die Ansprüche einer Familie, die ihre Tochter bis jetzt als Besitz betrachtete – zumindest für eine befristete Zeit - zu verletzen. So lange Eltern die Heiligkeit der Familie und die damit verbundenen «Forderungen der Götter höher gewichten würden als diejenige des Staates», würden die öffentlichen Aktivitäten von Frauen als egoistisch und Folge von Zanksucht gebrandmarkt statt als demokratischer Impuls gewürdigt. Im Unterschied hierzu hätten Eltern und Frauen aber keine Mühe, ihre Söhne, Ehegatten, Väter von kleinen Kindern in Zeiten des Krieges dem Staat herzugeben. Die Schwierigkeit im Zusammenhang mit der Demokratieforderung innerhalb der Familie sei allerdings, zwischen einer legitimen und einer illegitimen, egoistischen Forderung einer Tochter zu unterscheiden. Letztere strebe ausschliesslich nach Selbstverwirklichung ohne soziale Verpflichtungen gegenüber dem öffentlichen Wohl. Nach Addams hat die moderne Frau «einen Impuls, «als Bürgerin der Welt zu handeln». Sie akzeptiert die Erbschaft der Familie, ist emotional und loyal mit ihr verbunden, doch tritt sie in eine breitere Erbschaft ein, die wir, mangels eines besseren Begriffs, als <social claim> (sozialen Anspruch) bezeichnen.» (85) Allerdings sei die Ausbildung der Frauen in den Colleges sehr individualistisch geworden. Sie fördere vor allem den Wunsch nach persönlicher und sozialer Distinktion, klammere soziale Bedürfnisse aus und zerstöre die Empathie und die soziale Verantwortung für die Glücklosen dieser Gesellschaft. Was nottue, sei ein Ethikcode, der sich nicht ausschliesslich auf das Individuum, sondern auf die Beziehungen des

Individuums sowohl zur Familie wie zur Gesellschaft konzentriere.

Demokratie zwischen Ladys und ihren Dienerinnen

Die Diskrepanz zwischen egoistisch individualistischer und familienbezogener Ethik einerseits und demokratischer Ethik andererseits zeige sich nirgends so klar wie im Haushalt. So betrachte man jeden Fortschritt als gefährdet, wenn Frauen nicht zu Hause seien und zu ihren Kindern schauen würden. Unversehens wurde die Frau, die zu Hause bleibt, identisch mit der Frau, die ihre Tugend und ihre Ehre und diejenige der Familie erhält und hütet. Es entstand eine Ethik, die sich allein auf den Zusammenhalt des Familienkreises begrenzt und letztlich keine sinnstiftenden Aufgaben mehr kennt. So mag sich die englische Lady für ihre Dienstboten verantwortlich fühlen, dieweil sie keine Gewissensbisse hat, wenn Gesundheit und Moral der Mädchen in überfüllten und ungesunden Fabriken gefährdet sind.

Aber gerade dieses Verhältnis zu den Dienstboten sei unhaltbar: Im Unterschied zu denjenigen, die in die Fabrik gehen, sind diese jungen Frauen sozial isoliert, abgeschnitten von ihrer Familie, ohne Aufstiegschancen und ohne jede Bildungsmöglichkeit. Sogar diejenige über die Fortschritte in der Kochkunst wird ihnen vorenthalten. Wenn sie einen Fehler machen, beispielsweise Porzellan zerschlagen, sind sie der Willkür und der Bestrafung durch ihre Patronin ausgeliefert. Wenn in einer Fabrik eine Maschine kaputtgeht und der Vorgesetzte ein Mädchen ungerecht bestraft, dann wissen dies zumindest alle übrigen Arbeiterinnen und können darauf reagieren. So sind die Dienstmädchen in einer sozialen Klasse gefangen, die keine progressiven, sozial verantwortlichen Mitglieder des Gemeinwesens umfasst. Jeder Handwerker, der in Haushalten etwas repariert, würde solche Arbeitsbedingungen, das Aufgeben seiner Familienbeziehungen, nie akzeptieren. Das zeige, dass das Familienleben der einen wertvoller sei als das von anderen, was demokratietheoretisch ein Beispiel für Doppelmoral sei und nicht gerechtfertigt werden könne. Aber diese Hausfrauen seien unfähig, ihren Haushalt unter dem Aspekt von Arbeitgeberin und Arbeitnehmerin zu betrachten, was zur Aufrechterhaltung einer «nebulösen» und sich dauernd verändernden Beziehung zwischen «Mistress» und «Dienerin» führe. «In unserer Demokratie ist die Vorstellung eines solchen Dienstverhältnisses nicht mehr vereinbar mit persönlicher Würde. Der persönliche Dienst gegenüber den Bedürfnissen der Kindheit, Krankheit und dem Alter scheint uns vernünftig, wobei gerade die ersten beiden mehr und mehr zu Professionen werden ... Aber persönlicher Dienst gegenüber einem normalen, gesunden Erwachsenen, der die Energie und Zeit eines anderen Erwachsenen konsumiert, betrachten wir als problematisch in Bezug auf unsere

Demokratietheorie.» (113) Auf den guten Willen einer Arbeitgeberin angewiesen zu sein sei undemokratisch. Hausangestellte müssten mit ihren Familien leben und Freundschaften pflegen können; in Vorstädten brauche es die Gründung von Clubs. Dass die Rekrutierung von Hausangestellten immer schwieriger werde, weil viele Mädchen und Frauen die Fabrikarbeit vorziehen, könne man als ein «Zeichen der Revolte gegen eine «nicht bewusste Sklaverei» (136), aber auch als Entwicklung eines breiteren sozialen Codes interpretieren.

Demokratie in der Wirtschaft

Hier wird besonders deutlich, weshalb Jane Addams ihre Ausführungen mit einer Kritik an der Beziehung zwischen Wohltäter und Wohltatempfängerschaft beginnt und die Demokratisierung dieser sozialen Beziehung fordert. Auf der einen Seite haben wir den Fabrikeigentümer mit seinem aristokratisch-patriarchalen Management. Obwohl eine grosse Fabrik eine vergesellschaftete Arbeitsform, also nichts mehr Privates, Familiäres ist, verfolgt er nach wie vor individualistische, private Ziele. So wird diese an sich soziale Einrichtung allein durch das Diktat desjenigen Individuums gemanagt, dem das Kapital gehört. «Auch die demokratische Bemühung (effort), einen Teil des Gewinns Ende Jahr an die Angestellten auf der Basis ihres (bisherigen) Lohnes und ihrer Effizienz zu verteilen, ist dadurch geschwächt, dass die Arbeitgeberseite die Macht hat, zu bestimmen, wem die Gewinne zukommen sollen.» (158) Versteht sich der Fabrikherr als Philanthrop, greift er zu Wohltaten, z.B. schafft er anständige Wohnbedingungen, im Fall der Pullmann-Werke in Chicago war es der Bau einer Arbeiterstadt. Davon leitete er allerdings den Anspruch ab, auch das Privatleben und den Konsum der Arbeiter zu kontrollieren. Sofern sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollen, müssen sie auf diese undemokratischen Bedingungen eingehen, ohne dass sie die Möglichkeit erhalten, selber zu definieren, was für sie gut ist. Auch hier gehe es um das Recht, sich von den Werten und Normen eines Patrons zu unterscheiden. Statt einer Ethik der Gegenseitigkeit zu folgen, wird jede soziale Beziehung in eine individuelle, private Kontrollbeziehung umdefiniert.

159

Auf der anderen Seite haben wir eine Arbeiterschaft mit einem sozialen Organisationspotenzial, die gelernt hat, in vielen Sprachen zu sagen, dass «die Verletzung eines Einzelnen die Sache aller» sei, dass sich gemeinsame Anstrengungen lohnen und einen grösseren sozialen Wert haben als Einzelaktionen. Es geht um Unterordnung der individuellen Interessen unter die Ziele und Interessen der Arbeiterklasse und die Entschlossenheit, ihre Klasse von den widrigen Bedingungen zu befreien, unter denen sie arbeitet.

Diese Polarisierung zwischen Fabrikunternehmern und Arbeiterschaft zeigte

nicht mehr (an)erkennt.» (146)

chenbrand über die ganzen Vereinigten Staaten aus. Autos wurden angezündet, Schienen zerstört, das Militär musste einschreiten, so dass die Situation in einem mörderischen Vernichtungskrieg eskalierte. Jeden Tag meldeten die Zeitungen: «Der Präsident der Fabrik teilt mit, dass es nichts zu verhandeln gibt!» Er bezichtigte seine Arbeiter verbittert der Undankbarkeit und der Illoyalität, analog zum Vorwurf King Lears an seine Tochter Cordula. Sein einziges Bemühen war, das Bild des Wohltäters aufrechtzuerhalten, was aber dazu führte, dass jede menschliche Beziehung, die auf Gegenseitigkeit beruhte, verschwand und kein Interesse an einer gemeinsamen Sache mehr möglich war. «Zu viele gute Taten können dazu führen, dass man das Gute in den anderen

sich überdeutlich bei einem Streik in den Pullmann-Werken (Mai 1884), bei

dem es um Lohn- und Arbeitszeitkürzungen ging. Er breitete sich wie ein Flä-

Nach diesem Streik appellierten die Besitzer grosser Fabriken und Bergwerke an die Aktionäre, einen Prozentsatz des Gewinns für Bildung und die Erfüllung sozialer Anliegen abzuzweigen – dies mit dem Argument, dass man damit Streiks vorbeuge und das Geld dank grösserer Produktivität wieder an die Aktionäre zurückfliesse. Jane Addams weist dieses Ansinnen klar zurück mit dem Hinweis, dass Missverständnisse, Bitterkeit und Konflikte noch zunehmen würden, wenn die Beziehungen zwischen Wohltätern und Wohltatempfängern nicht demokratisch, d.h. partizipativ, strukturiert würden. Ferner würden individuelle Initiativen erst dann ihren sozialen Wert erhalten, wenn sie Folgen für das und im Gemeinwesen haben und über demokratische Aushandlungsprozesse in die Regierungstätigkeit integriert würden. Als Beispiel nennt sie die Gründung der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich, die aufgrund einer privaten Initiative entstand, nach einer demokratischen Abstimmung jedoch zu einer staatlichen Einrichtung für alle wurde.

Addams schliesst ihre Ausführungen zur Demokratie in der Wirtschaft mit folgenden Überlegungen (168–170): Man stelle sich eine Reihe von Tramgästen vor; ein 8-jähriges Kind steigt ein und verkauft Zeitungen, indem es die Details des letzten Mordes ausruft.

- Ein wohlhabender Mann kauft eine Zeitung ohne Zeichen eines moralischen Schocks; er dürfte sogar Selbstzufriedenheit darüber empfinden, dass er einem kleinen Jungen half, seinen Weg zu machen.
- Eine philantropische Lady mag denken, dass es eine Schande ist, dass ein so intelligenter Knabe nicht in der Schule ist, und nimmt sich vielleicht vor, ihre Anstrengungen für Schulen und Heime für Zeitungsjungen zu verdoppeln.
- Neben ihr sitzt ein Arbeiter und ausgebildeter Gewerkschafter, der weiss, dass er als Individuum nichts tun kann, um das Los dieses Zeitungsjungen

zu verbessern. Die einzige Chance ist, für Gesetze zu demonstrieren, die Kinderarbeit regulieren oder sie noch besser verbieten, damit das Kind Zeit hätte, die Schule zu besuchen.

Diese drei Menschen sind aufgrund ihres Wahrnehmungshorizontes und ihres ethischen Codes alle ehrlich und aufrichtig und anerkennen eine bestimmte Pflicht gegenüber diesen Kindern: Der «Selfmademan» respektiert die individuellen Anstrengungen des Jungen; die philantropische Dame will mehreren Kindern helfen; nur der Arbeiter muss alle Jungen seiner Klasse berücksichtigen. Da Arbeiter zu schwach sind, ausser in Bezug auf ihre Zahl, sind sie gezwungen, den Staat anzurufen, um sich und ihre Kinder zu schützen. Sie können sich nicht individuell über ihre Klasse erheben, wie dies der erfolgreiche Mann kann. Sie haben auch kein Geld und keine Zeit für Philanthropie.

So sind für Addams im Bereich der Wirtschaft die demokratische Neustrukturierung der Beziehung zwischen Fabrikherren und Arbeiterschaft, sowie parallel dazu die Erweiterung des individualistischen durch einen sozialen Code die wichtigsten Forderungen.

161

Demokratie, Bildungssystem und Bildungsmethoden

Das demokratische Ideal verlange von der Schule, dass sie den Kindern die Erfahrung des sozialen Wertes der Demokratie wie des eigenen Wertes ermöglicht, das heisst, dass sie ihnen vermitteln müsste, dass sie ihre eigenen Aktivitäten auch an denjenigen der anderen ausrichten sollten. Es gehe nicht an, dass ein ganzes Gemeinwesen von der Arbeit von Tausenden von Arbeitern profitiere, dieweil diese von jeder Bildung ferngehalten würden (180). Einmal mehr geht es um den «Kontakt mit sozialer Erfahrung» bzw. mit der sozialen Realität. «Ist unser kommerzialisiertes Denken so stark, dass auch unsere Schulen kommerzialisiert wurden, dieweil wir annahmen, dass das industrielle Leben von den breiten und aufklärerischen Wirkungen der Schulen profitieren würde? (...) Ist es möglich, dass der Geschäftsmann, den wir in Amerika so unglaublich bewundern, das Curriculum der öffentlichen Schulen diktiert und dies gegen die Vorstellungen der Lehrerinnen und die Empfehlungen von Universitätsprofessoren? Er sagt nicht «Ich will, dass Schulen Kommis und Buchhalter ausbilden, damit sie gehorsam und billig sind>. Aber er sagt, <Lehre die Kinder schön zu schreiben, schnell zu rechnen, pünktlich und ordentlich und vor allem gehorsam zu sein; dann wird es für diejenige Welt fit sein, in welcher ich es auch schaffte.» (191) Es sei viel einfacher, bei der Gestaltung von Studiengängen an die Ambitionen anzuknüpfen, im Leben als «Selfmademan» vorwärtszukommen, als neue Methoden auszuarbeiten, die demokratischen Kriterien genügten (204).

Wenn man davon ausgehe, dass es in Bildungsprozessen notwendig sei, mit den

Erfahrungen zu beginnen, die das Kind bereits gemacht hat, und seine spontane und soziale Aktivität zu nutzen, so erfüllen die Strassen diese Forderungen besser als die Schule. Ausgehend von den lebensweltlichen Hintergründen der italienischen ImmigrantInnen in Chicago, verweist Addams auf die damit einhergehenden Probleme: So hat der süditalienische Bauer Oliven und Orangen aufgelesen; hier schickt er seine Kinder, von auf die Geleise gefallene Kohle oder Holz von zerfallenden Bauten aufzusammeln. Unglücklicherweise führt dieser Prozess oft zu kleinen Diebstählen. Denn der Weg vom Geleise zur Auslage des Gemüsehändlers ist nicht weit (187). Und so geraten die Kinder in die Mühlen der Strafjustiz. Um diese Kinder und Jugendlichen würde sich keine Gewerkschaft kümmern.

Was heisst nun aber nach Addams, auf die realen Bedürfnisse und Erfahrungen der Arbeiter wie der Jugendlichen Rücksicht zu nehmen? Ein demokratisches Bildungssystem würde Einsicht in die Wirtschaft als Ganzes und in deren historische Entwicklung vermitteln und müsste dem Jugendlichen den Wert und den Zweck seiner Arbeit aufzeigen können. Dazu würde auch die Vermittlung und Einübung von demokratischen Partizipationsformen innerhalb und ausserhalb des Bildungssystems gehören. Aber weil letztlich offen oder versteckt die Wirtschaft über die Inhalte der Lehrpläne entscheide, liefen diese Forderungen ins Leere.

Demokratie und politisches System

Jane Addams hält fest, dass es sehr schwierig sei, in benachteiligten Quartieren von Grossstädten Demokratie im Alltagsgeschehen erfahrbar zu machen. Sie bleibe dort meist eine gouvernementale Einrichtung – weit weg von den Sorgen der EinwohnerInnen. In einem Artikel aus dem Jahre 1910 zum Frauenstimmrecht macht sie sich Gedanken darüber, aufgrund welcher menschlicher Erfahrungen sie Arbeiterfrauen vermitteln könnte, dass es sich lohnt, am politischen Geschehen teilzunehmen und wählen zu gehen (1910:104–107). «(...) wir sehen nur jene Dinge, auf die unsere Wahrnehmung hinorientiert wurde; wir fühlen uns nur für den Bereich zuständig, von dem man uns sagte, dass wir dafür verantwortlich sind. Wenn bewusste Frauen überzeugt wären, dass es eine bürgerliche Pflicht wäre, über die miserablen industriellen Bedingungen informiert zu sein, um Folgerungen aus diesem Wissen auf einem kleinen Zettel Papier für die Wahlurne auszudrücken, dann ist es unvorstellbar, dass sie dies verweigern würden, nur weil diese Handlungen gegen ihre alten Traditionen verstossen.» (107) So gibt sie zu bedenken, dass viele Frauen Haushalt und Kindererziehung nicht selber bewältigen könnten, weil sie in Bezug auf gesunde Lebensbedingungen in vielerlei Hinsicht von der Stadtverwaltung abhängig seien. So werde ihr Keller nicht trocken, ihre Treppe nicht brandsicher, ihr Haus würde nicht genügend

Fenster aufweisen, keine sanitären Einrichtungen haben, wenn es nicht das Department für öffentliche Arbeiten gäbe, das Inspektoren schickt, die beharrlich darauf bestehen, dass sie mit diesen elementaren Dienstleistungen und Einrichtungen versorgt werden. Ohne städtische Müllabfuhr wäre es nicht möglich, das Stadtviertel sauber zu halten. Dass sie ihren Kindern nicht verdorbenes Fleisch und faules Gemüse kaufen müssten, dafür sorgten der Fleischschauer und der Lebensmittelinspektor. Frauen müssten deshalb über die Familie hinaus ein Bewusstsein für Dinge entwickeln, die ausserhalb ihres Gesichtskreises lägen, also öffentlich seien. Individuelle Gewissenhaftigkeit und Hingabe würden da nicht mehr genügen. Zur Verbesserung der Gesetze müssten Frauen auch an sozialen Bewegungen teilnehmen. Auch gebe es nie genügend Frauen in den Schulbehörden und solche, die sich für Kindergärten, wissenschaftliche Haushaltkurse und Spielplätze einsetzen würden. Sie müssten deshalb lernen, die sozialen Bedingungen eines Problems zu sehen und sich für Verbesserungen einzusetzen. In ihrer Analyse des politischen Systems unterscheidet sie drei Typen von Politikern (Frauen hatten noch kein Wahlrecht):

- Die Well-to-do-M\u00e4nner betrachten Politik als etwas klar Abgrenzbares; sie \u00fcben ihre politischen Pflichten als gute B\u00fcrger aus, ohne sie jedoch zu einer «expression of their moral and social life» (einem Ausdruck ihres moralischen und sozialen Lebens) zu machen (222). Entsprechend beziehen sich Reformbewegungen von m\u00e4nnlichen Gesch\u00e4ftsleuten und anderen wohlanst\u00e4ndigen B\u00fcrgern fast ausschliesslich auf die «politische Maschinerie» mit dem Ziel der Verbesserung der Administrationsmethoden, der Durchsetzung von individuellen, insbesondere wirtschaftlichen Interessenn und kaum der Gew\u00e4hrleistung der Wohlfahrt aller Menschen. So erhalten die B\u00fcrokraten auf Kosten der W\u00e4hlerschaft immer mehr Macht.
- Die sozialen Reformer übernehmen die Rolle der Opposition und schreiben über Möglichkeiten einer besseren Zukunft. Allerdings beschränkten sie sich auf grosse Leistungen und Errungenschaften, die auf merkwürdige Weise wenig mit dem Alltag und den Sorgen der Menschen zu tun haben.
- Dann gibt es aber noch eine andere Gruppe von Politikern, die viele als Gauner bezeichnen: Sie sind oft politisch korrupt, aber dessen ungeachtet agieren sie aufgrund einer realistischeren, stichhaltigeren Theorie, auch wenn sie diese keineswegs formulieren könnten. Sie realisieren, dass die Menschen konkrete soziale Wirkungen, Ergebnisse sehen wollen, und sie erhalten ihre Macht dadurch, dass sie diese Forderung erfüllen. Sie bedienen alltägliche existenzielle und soziale Bedürfnisse (224).

Nach dieser Typologie beschreibt Jane Addams eine Erfahrung, die sie in einem Stadtteil von Chicago mit etwa 50000 MigrantInnen mit einem politisch

durch und durch korrupten Stadtabgeordneten gemacht hatte. Die Frauen von Hull House hatten vergeblich eine Kampagne gestartet, um ihn abwählen zu lassen. Weshalb dies nicht gelang, erklärt Addams nachträglich wie folgt: Der Politiker hatte verstanden, dass er, um einen gemeinsamen Nenner zwischen national und ethnisch ausserordentlich heterogenen Menschen zu finden, auf universelle Erfahrungen zurückgreifen musste. Der Schlüssel für die verblüffende Milde, die seine Wähler ihm gegenüber an den Tag legten, war, dass seine Korruption sozial war. Aufgrund seiner Freundlichkeit und seiner Grosszügigkeit bewunderten sie ihn als grossen Helden und bezeugten ihm am Wahltag ihre Loyalität. Moralische Fakten standen über moralischen Ideen, z.B. über der Sorge um das Wohl aller. Ein erfolgreicher politischer Kandidat muss der Moral seiner Wählerschaft entsprechen, die Standards also nicht zu hoch setzen, er darf aber auch nicht versuchen, sie zu reformieren. Er vollbringt diejenigen guten Taten, die seine Wähler in kleinem Massstab auch vollbringen können. Die Armen kennen das Gegenseitigkeitsprinzip, das besagt, dass man jemandem in Not helfen sollte, weil man nicht weiss, ob man selber in nächster Zeit Hilfe beanspruchen muss. So steht der Arme seinem Freund bei, wenn dieser betrunken ist, wenn er seine Frau oder ein Kind verliert, wenn es zur Wohnungsräumung kommt, wenn er wegen eines kleinen Deliktes verhaftet wird. Der Distriktpolitiker tut das Gleiche, einfach in grösseren Massstab. Er hilft jemandem in Not, einfach weil er in Not ist und unabhängig davon, ob da abstrakte soziale Gerechtigkeit im Spiel ist.

Das ganze soziale Leben der Wähler aus den Herkunftsländern der ImmigrantInnen dieses Stadtkreises bestand seit ihrer Kindheit aus Loyalität zu ihren Freunden. Nun, da sie Männer sind, lieben sie es, zu einer Gruppe von Kumpanen zu gehören, welche die Dinge verstehen und deren Interesse dahin geht, von einem starken Freund im Stadtrat unterstützt zu werden. All dies wäre ganz und gar legitim und auf der Linie der Entwicklung einer starken zivilen Loyalität mit zivilen Tugenden, sofern sie sozialisiert und erweitert würde (268). Es müsste möglich sein, den Wählern klarzumachen, dass individuelle Bedürfnisse gemeinsame Bedürfnisse und damit öffentliche Bedürfnisse sind und dass daraus Ansprüche entstehen, die nur dann legitim befriedigt werden können, wenn sie für alle befriedigt werden - betreffe dies Arbeit oder die Fülle des Lebens. Das würde aber bedeuten, dass die Basis unserer politischen Organisation zwangsweise sozial und ethisch werden müsste (269f.). «Eine Mutter, die ihren Weihnachtstruthahn, den sie vom Stadtpolitiker erhalten hat, mit Ehrerbietung isst, könnte mit der Zeit Dankbarkeit gegenüber der Stadt entwickeln, die für ihre Kinder einen Kindergarten einrichtet oder eine Gesundheitsstation aufbaut, die Fälle von Scharlach öffentlich publiziert und

ihr damit schlaflose Nächte ... aber auch Geld für den Arzt erspart. Der Mann, der vor dem Stadtteilpolitiker, der ihm seinen Sohn aus dem Gefängnis herausgeholt hat, vor lauter Dankbarkeit fast auf die Knie fällt, könnte die Freundlichkeit und Vernunft von Stadtbehörden erfahren, welche dem Jugendlichen einen Spielplatz und einen Leseraum zur Verfügung stellen ... Ein Mann, der dem Politiker dankbar ist, dass er nicht gegen das an sich verbotene Glücksspiel einschreitet, könnte lernen, gegenüber der Stadt loyal und verantwortlich zu sein, die ihm eine Turnhalle ... zur Verfügung stellt, ... Der Wähler, der dem Stadtpolitiker jederzeit zu Diensten steht, weil der Erhalt seines Arbeitsplatzes von seiner Gunst abhängt, könnte Erleichterung und Freude über einen Arbeitsplatz bei der Stadt empfinden, dessen Sicherheit aufgrund eines fair gehandhabten zivilen Dienstleistungsreglementes gewährleistet ist.» (266–267) Ein Sozialreformer, der die allgemeinen Bedürfnisse von Menschen wirklich kennen würde, hätte dann einen Schlüssel zum Erfolg, wenn er versuchen würde, herauszufinden, welche Bedürfnisse, die der Stadtabgeordnete befriedigt, legitim sind und die Stadt selber befriedigen könnte.

Sowohl der korrupte als auch der selbstgerechte Politiker, der Menschen zu «guten Bürgern» machen will und daher auf Kontrolle und Unterdrückung der «abweichenden Elemente» setzt, verhindert «den Übergang zu einer weiteren Moralität ... und beide sind verantwortlich dafür, dass neue Bewegungen immer wieder durch solche ins Leben gerufen wurden, die gegen das konventionell Gute rebellieren.» (271) «Was ansteht, ist die mühsame Erfassung genuiner sozialer Bedürfnisse mittels der politischen Maschinerie und zur gleichen Zeit die Notwendigkeit, diese Maschinerie zu erneuern, so dass sie ihre neuen Aufgaben erfüllen kann. Diese Aufgabe ist allerdings mit unvermeidlichem Unbehagen, mit der sozialen Unruhe eines Übergangs in einen neuen Typus sozialer, demokratischer Beziehungen verbunden.» (271)

Jane Addams versteht ihr Buch «Democracy and Social Ethics» nicht als endgültige Schlussfolgerungen, auch nicht als Anleitung zu weitreichenden Handlungen, wohl aber als Handlungsleitlinie, um «die Übel der Demokratie mit mehr Demokratie anzugehen» (11). Dabei zeige sich in der Realität, dass die notwendigen Veränderungen nicht unbedingt von den Gebildeten, sondern mehrheitlich von den einfachen Menschen ausgehen.

Jane Addams' Demokratieverständnis heute: ein Ausblick

Es wäre verfehlt, «Democracy and Social Ethics» als einen historisch möglicherweise interessanten, für heute aber irrelevanten, da veralteten Beitrag zum Demokratieverständnis abzutun. Jane Addams vertritt ein alle gesellschaftlichen Bereiche, alle sozialen Systeme umfassendes und zugleich aktivistisches

Demokratieverständnis, das nicht nur öffentliche Macht durch Rechtsstaatlichkeit kontrollieren, sondern auch illegitime, als privat bezeichnete Machtverhältnisse abbauen und in Richtung freiheitlicher, demokratischer Beziehungen verändern soll. Ihre Kritik gilt zugleich einem Pluralismus, der illegitime Herrschaftsbeziehungen mit der Forderung nach Anerkennung von Differenz tarnt und mit dem Recht auf Verschiedenheit illegitime Machtgefälle zwischen Gleichberechtigten konsolidiert. Das Recht auf Differenz wird nur dann bejaht, wenn es sich um unbeherrschte, gleichberechtigte Verschiedenheit und damit um Freiheit handelt, die zugleich den Bezug zum allen Gemeinsamen aufrechterhält. Demokratische Beziehungen beruhen nicht mehr auf der unhinterfragbaren Macht des Diktates, sondern auf Aushandlung und Kompromissfindung unter Gleichberechtigten und, wo nötig, auf dem Beizug von empirisch überprüftem Wissen. Auf dieser Hintergrundfolie lässt sich fragen, wo wir – in demokratisch verfassten Staaten des Nordens – heute stehen.⁴

Was wir heute vorfinden, ist im Vergleich zur privaten Moral, die zumindest noch Wohltaten einschloss, eine masslose Übersteigerung individualistischprivatistischer Moral der Selbstverwirklichung, des Selbstmanagements, der Selbststeuerung, Selbstwirksamkeit, Selbsthilfe, Selbstsorge, ja der Selbstermächtigung usw., wie wenn all diese Forderungen ohne jeglichen sozialen Bezug, ohne Austauschbeziehungen und Abhängigkeiten zwischen Menschen erfüllt werden könnten. Dazu kommt eine systematische, massenmedial verstärkte Abgewöhnung und Zerstörung von sozialer Empathie, Mitleid, der Beachtung der Not wie des Leidens von nahen und fernen fremden Mitmenschen weltweit. Sie hat sogar die Soziale Arbeit mit ihrem Mantra, nicht auf Probleme, sondern auf die vielen Ressourcen zu achten, die ihre AdressatInnen mitbringen, erreicht.⁵ Naives Gutmenschentum ist zu einem beliebten Schimpfwort für SozialarbeiterInnen, PolitikerInnen, AktivistInnen geworden, die lokal, national und weltweit soziale Gerechtigkeit einfordern. Es sollte uns deshalb nicht erstaunen, dass viele MigrantInnen diese Privatisierungsmoral auch heute mit Argwohn betrachten und aufgrund einer Vorstellung von Gegenseitigkeit, aber teilweise auch unter Bezug auf die «Forderung der Götter» (vgl. oben) ablehnen. Diese Forderung ist heute gewiss zu hinterfragen und je nachdem zu problematisieren. Dabei lässt sich nicht übersehen, dass - neben der Debatte über Geschlechterdemokratie – wir den mit erheblicher Resonanz verbundenen publizistischen Versuch einer ehemaligen Fernsehjournalistin haben, die Rückkehr zur patriarchalen und damit antidemokratischen Familienstruktur und -moral zu propagieren.

Dank der fortschreitenden technischen Ausstattung der Haushalte stehen die jungen Frauen, zumindest in den Gesellschaften des Nordens, nicht mehr im

gleichen Ausmass ihren *Hausherrinnen*, sondern vermehrt als Tänzerinnen, Animierdamen, verkaufte Frauen, Prostituierte, Porno- und Vergewaltigungsobjekte den Männern «zu Diensten». Sie migrieren nicht mehr innerhalb einer Gesellschaft vom Land in die Stadt, sondern aus den armen in die reichen Länder.

Von einer Demokratisierung der Wirtschaftsbeziehungen, der inzwischen zu Grosskonzernen fusionierten Fabrik- und Dienstleistungsunternehmen sowie der Organisationen wie WTO, IWF, Weltbank, EU, die unseren Alltag massgeblich bestimmen, kann keine Rede sein. Die Trennung von Kapital und seinem Besitzer zum einen und die Verwaltung des Kapitals durch eine Managementklasse zum anderen haben dieser neuen Klasse eine noch nie dagewesene Machtfülle gebracht. Und immer noch werden diese Riesengebilde öffentlich-rechtlich als *Privat*unternehmen mit verfassungsmässig garantiertem Eigentumsschutz betrachtet.⁶

Im *Bildungssystem* diktiert zunehmend – wie damals – die Wirtschaft mit ihrem neoliberalen Managementcode die Lehr- und Studienpläne vom ersten Schul- bis zum letzten, universitären Studienjahr mit dem Blickpunkt auf der möglichst schnellen, unmittelbaren Markttauglichkeit ihrer Produkte und AbsolventInnen.

Und wie steht es mit dem politischen System, das wir selbstbewusst – und in grossen Teilen mit Recht – als (direkt)demokratisch charakterisieren? Wie würde die Charakterisierung der «Well-to-do-Männer und -Frauen», Sozialreformer und korrupten Politiker durch Addams heute lauten? Wie weit weg wären diese ihrer Meinung nach vom Alltag der Working Poor, der MigrantInnen ohne Stimm- und Wahlrecht, der «Illegalen», der unter Dauerbeschuss und Misstrauensvorschuss stehenden Sozialhilfe- und RentenempfängerInnen? Mit Sicherheit würde sie fordern, dass man – als Alternative zum Dauerärger und zur Dauerkritik an einzelnen rechtskonservativen Politikern – genauer untersucht und zur Kenntnis nimmt, weshalb so viele BürgerInnen eine Partei wählen, die mit menschen- bzw. fremdenverachtenden Inseraten ihre Sicherheitsbedürfnisse missbraucht und zugleich gegen ihre sozialen Bedürfnisse und Interessen politisiert. Durch ihre Abwehr gegen alles Fremde, Nichtschweizerische werden sie zu bewunderten Helden der Nation. Es könnte sich erweisen, dass hier. sogar was das Männerbündische anbelangt, sehr ähnliche Mechanismen wie bei den Eingewanderten in Chicago mitspielen. Dazu müsste auch die Einsicht gehören, dass jede Politik bei der Anerkennung von missachteten physischen, psychischen und sozialen Bedürfnissen von Menschen ansetzen muss, wenn sie erfolgreich sein soll. Dies gilt in besonderem Masse für eine Ausländer- und Integrationspolitik, die verhindern will, dass sich Menschen gegenüber den

Forderungen einer rechtsstaatlichen Demokratie abschotten und sich religiös oder politisch radikalisieren.

So ist spätestens hier an Addams' Handlungsleitlinie zu erinnern, die Übel der Demokratie mit mehr Demokratie und sozialer Gerechtigkeit anzugehen. Demokratie wird aber zugleich davon ausgehen müssen, dass ihre Ideale immer nur teilweise verwirklicht werden, weil sich ihre politische Praxis auf Aushandlung und Kompromiss zwischen verschiedensten Interessen stützt. Perfektionismus und Demokratie sind unvereinbar. Dessen ungeachtet müssen ihre Instanzen auch fähig sein, beim Versuch ihrer Zerstörung klare Grenzen zu setzen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. hierzu Addams 1895, für eine Übersicht zu ihrem Schrifttum vgl. Cooper Johnson 1960, Lasch 1982, Staub-Bernasconi 2007.
- 2 Demokratietheorie nach Max Weber, vgl. Schmidt 1997, 151ff., 120ff.
- 3 Vgl. hierzu auch Smith/Lindemann 1926.
- 4 Vgl. dazu auch den Beitrag von Esther Kamber in diesem Heft.
- 5 Vgl. hierzu Alice Schwarzer 2007.
- 6 Im Unterschied dazu kennt das deutsche Grundgesetz die Formulierung, dass «Eigentum verpflichtet».

Literatur

Addams Jane, Hull House Maps and Papers, Macmillan, New York 1895.

Addams Jane, Democracy and Social Ethics, Macmillan, New York 1902

Cooper Johnson Emily (Ed.), Addams Jane – A Centennial Reader, darin: Why Women Should Vote, Macmillan, New York 1910, S. 104–107.

Lasch Christopher (Ed.), The Social Thought of Jane Addams, Irvington Publ., New York 1982.

Schmidt Manfred G., Demokratietheorien, UTB/Leske+Budrich, 2. Aufl., 1997.

Smith Thomas Vernor / Lindemann, Eduard C., The Democratic Way of Life. An American Interpretation, The New American Library, New York 1961/1926.

Schwarzer Alice, Die Antwort, Kiepenheuer/Witsch, Köln 2007.

Staub-Bernasconi Silvia, Jane Addams (1860–1935) – Systemtheoretikerin der ersten Stunde, und: Das sanfte Entschwinden einer Nobelpreisträgerin, in: Silvia Staub-Bernasconi: Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft, UTB/Haupt, Bern/Stuttgart/Wien 2007, S. 49–82, 83–100.

INTERVENIEREN

Fragen an Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey

Barbara Gavez

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Calmy-Rey

In Ihrer Rede «Platz da?! Frauen an die Spitzen der Macht» meinen Sie, dass die Ausübung institutioneller Macht noch lange nicht bedeutet, auch über politischen Handlungsspielraum zu verfügen. ¹ Können Sie diese Aussage etwas ausführen?

M. Calmy-Rey: Wir leben nicht in einer Monarchie, die Zeiten des Absolutismus sind vorbei. Es ist in der Schweiz in keinem politischen Gremium möglich, ungebremst Macht auszuüben. Gewaltentrennung und Machtverschränkung sind ein historisch gewachsenes Element unserer politischen Kultur. Je nach Thema und entsprechenden Mehrheiten kann der Handlungsspielraum einer einzelnen Politikerin oder eines einzelnen Politikers sehr eingeschränkt sein. Das politische System der Schweiz ist so angelegt, dass uneingeschränkte Machtausübung durch einzelne Personen oder einzelne Interessengruppen gerade verhindert wird.

Weiter sagen Sie, dass ein zentrales Mittel, um Macht effizient und das weibliche Potenzial zu nutzen, die Vernetzung sei. Nun scheint mir, dass die Frauen zwar vernetzt sind, aber vorwiegend in wenig einflussreichen Bereichen, wie z.B. in der Friedensarbeit, in kirchlichen Organisationen oder in der Kinderbetreuung. Andererseits haben Netzwerke der Macht auch ausschliessenden Charakter, und zu den Ausgeschlossenen gehören insbesondere Frauen und marginalisierte Gruppen wie beispielsweise Nichterwerbstätige, Kranke, MigrantInnen. Wie gehen Sie mit diesem Paradox um?

M. Calmy-Rey: Für mich hat jede Art von Netzwerke das Potenzial, Macht auszuüben, und ich möchte die Frauen – alle Frauen – ermutigen, ihre Netzwerke entsprechend zu nutzen. Ein Netzwerk zur gegenseitigen Kinderbetreuung kann sich auf Gemeindeebene für ausserfamiliäre Kinderbetreuung ein- und diese durchsetzen. Ein politisch interessiertes Mitglied eines solchen Netzwerks kann und soll dieses als Lobbygruppe für ein politisches Amt nutzen. In kirchlichen Organisationen ist es Frauen teilweise recht gut gelungen, mit vereinten Anstrengungen ihren Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen und den Frauenanteil in Entscheidungspositionen zu erhöhen. Es ist ein Netzwerken inhärentes Prinzip, dass sie Gleichgesinnte versammeln und gemeinsame Interessen bündeln. Deshalb ist es für Frauen generell eher schwierig, in Männernetzwerke einzudringen, d.h., sie haben – in Anbetracht der noch herrschenden Verhältnisse – weniger Möglichkeiten, in Netzwerke integriert zu werden, deren Mitglieder Positionen institutioneller Macht einnehmen.

Welche demokratischen Prozesse halten Sie als sozialdemokratische Aussenministerin für besonders wirkungsvoll angesichts zunehmender Vorherrschaft des Transnationalen und des Ökonomischen?

170

M. Calmy-Rey: Auf nationaler Ebene verfügen wir weiterhin über griffige Instrumente, um dem Volkswillen Nachdruck zu verschaffen, auch bezüglich internationaler Angelegenheiten. Die Vorherrschaft des Ökonomischen wurde auf nationaler Ebene teilweise vom Volkswillen gestützt, teilweise von diesem verworfen (Privatisierungen, Mittelkürzungen für den Staat etc.) und sie kam im Volkswillen zu Entscheiden bezüglich Aussenpolitik zum Tragen. Auf internationaler Ebene setze ich auf eine Stärkung und Weiterentwicklung des Völkerrechts und der UNO. Mit der zunehmenden Bedeutung des Internationalen brauchen wir international verbindliche Regelwerke und Rahmenbedingungen, eine internationale Politik. Es wird die Herausforderung der Zukunft sein, die nationalen demokratischen Prozesse optimal mit den internationalen politischen Prozessen zu verbinden und sie zu einem kohärenten Rahmengeflecht zusammenzufügen. Es darf nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger sich von der internationalen Politik ausgeschlossen fühlen. Vielleicht sollten wir angesichts der Vorherrschaft des Ökonomischen auch vermehrt über eine Demokratisierung wirtschaftlicher Ressourcen und Entscheide nachdenken, sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene. Erste Schritte in dieser Richtung geschehen zurzeit mit den Diskussionen über eine Erweiterung der Rechte von Aktionärinnen und Aktionären.

Der überwiegende Teil der Opfer von Kriegen und Konflikten sind Frauen, und

Frauen sind ökonomisch weltweit benachteiligt. Frauen machen 70 Prozent der 1,3 Milliarden Personen aus, die unterhalb der Armutsschwelle leben. Frauen sind systematisch von einer gleichberechtigten Teilnahme an der wirtschaftlichen Entwicklung ausgeschlossen. Sie haben oft weniger Zugang zu Landbesitz, Kredit, Erbe oder Ausbildungschancen. Die Schweizer Aussenpolitik engagiert sich deshalb für den Kampf gegen die Frauenarmut und für die Stärkung der Rechte der Frauen.

In Kriegen und Konflikten sind Frauen der grösste Teil der Opfer. Sie bilden die Mehrheit der Flüchtlinge und der Vertriebenen. Wir stellen fest, dass die Massenvergewaltigung zu einer Kriegsstrategie geworden ist. 20'000 Frauen wurden in den Balkankonflikten vergewaltigt, 250'000 in Ruanda. Laut Amnesty International wurden tausende von Frauen im Sudan Opfer sexueller Gewalt.

Im Jahre 2000 hat der UNO-Sicherheitsrat die Resolution «Frauen, Frieden, Sicherheit» angenommen, die sich spezifisch mit der besonderen Verletzlichkeit der Frauen in bewaffneten Konflikten befasst. Die Resolution 1325 verlangt, dass die Rolle und der Beitrag der Frauen in Friedensoperationen verstärkt werden, dass Frauen an Verhandlungen beteiligt und dass sie vor sexueller Gewalt geschützt werden. Die UNO-Mitgliedsstaaten sind aufgerufen, diese Ziele in nationale Aktionspläne umzusetzen. Die Schweiz hat in diesem Jahr als eines der ersten Länder einen solchen Aktionsplan vorgelegt.

Wir leben heute in einer Zeit, in der Frauen gerade in der Politik sichtbarer geworden sind, d.h., eine verstärkte Präsenz von Politikerinnen in Machtpositionen ist bemerkbar: Zu denken ist unter anderen an Angela Merkel, Ursula Plassnik, Condoleezza Rice, Ségolène Royal, Michelle Bachelet, Hillary Clinton oder an Nancy Pelosi. Bewegt sich doch etwas?

M. Calmy-Rey: Ich hoffe, dass diese Frauen nicht nur Ausdruck einer grösseren Akzeptanz von Frauen in hohen politischen Ämtern sind, sondern dass sie diesen Trend auch verstärken und zur institutionellen Verankerung einer paritätischen Vertretung der Frauen auf allen Ebenen der Politik beitragen: Die genannten Persönlichkeiten sind Rollenmodelle für andere Frauen, und sie tragen dazu bei, dass Frauen in hohen politischen Ämtern nicht mehr als Ausnahmeerscheinungen, sondern als Normalität – oder gar als Norm – betrachtet werden. Insofern bin ich überzeugt, dass tatsächlich etwas in Bewegung ist. Wie immer, wenn es um Gleichstellung geht, ist der Prozess langsam und von Rückwärtsbewegungen unterbrochen, aber er ist im Gange. Wir sehen das auch auf der Ebene Parlament: In der Regierung von Finnland z.B. bilden Frauen zurzeit die Mehrheit, und der französische Präsident Sarkozy hat sich nach seinem Sieg über

Das Interview mit Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey fand in ihrem Präsidialjahr 2007 statt.

1 Micheline Calmy-Rey, Platz da?! Frauen an die Spitzen der Macht, S. 24, in: Yvonne-Denise Köchli (Hg.), Frauen, wollt ihr noch 962 Jahre warten? Micheline Calmy-Rey über echte Chancengleichheit, S. 15–26, Zürich 2006.

172

«Frauen sind ihrer fundamentalsten Rechte beraubt.»

Zahra Erfani zu den Perspektiven der Unterschriftensammlung iranischer Frauen zur Änderung des islamischen Rechts

Susanne Businger / Elisabeth Joris

Zahra Erfani, eine Perserin, die als «anerkannter Flüchtling» in der Schweiz lebt, engagiert sich politisch für Asylsuchende und ist mit Frauenaktivistinnen lokal wie transnational vernetzt. Daneben ist sie Teil einer internationalen antiimperialistischen Bewegung von ExiliranerInnen, in der sich VertreterInnen von liberalen bis kommunistischen DemokratInnen für eine demokratische. laizistische und unabhängige Republik im Iran als Alternative zum inzwischen bald 30-jährigen Regime der Mullahs engagieren. Nach Zahra Erfani, die sich zur sozialistischen Gruppe dieser Bewegung zählt, leben heute rund 5 Millionen IranerInnen im Exil. Im Gespräch mit Zahra Erfani wollten wir mehr über die Lebenssituation der Frauen im Iran, über ihre Möglichkeiten zur öffentlichen Partizipation und vor allem über die Kampagne «Eine Million Unterschriften» erfahren. Das Gespräch fand in den Räumlichkeiten von «Radio LoRa» statt, einem Zürcher Projekt, das insbesondere für Migrantinnenorganisationen von unschätzbarem Wert ist, da es ihnen eine niederschwellige Plattform bietet für selbstorganisierte Öffentlichkeitsarbeit. Auch Zahra Erfani macht hier regelmässig Sendungen in Farsi, der Sprache der Mehrheit der IranerInnen. Ihre Hinweise auf Websites der gegenwärtigen Frauenkampagne (www.we-change.org) oder der iranischen Feministinnen und Juristinnen (www.iftribune.com) ermöglichten uns den Zugang zu einer Fülle von Informationen, die in diesen Beitrag einfliessen und die Ausführungen der Exiliranerin ergänzen.

173

Zur politischen Situation im Iran: «Alte Strukturen in neuem Gewande»

Die wechselvolle Geschichte und die Abfolge totalitärer Regimes hat Zahra Erfani am eigenen Leib erfahren. Als junge Frau studierte sie zuerst in Teheran,

dann an der Pacific Southern University in Los Angeles, wo sie in Management Studies promovierte. Während der Revolution gegen das Schah-Regime im Februar 1979 weilte sie noch als Studentin im Ausland und kehrte wie so viele andere mit Hoffnungen auf eine Veränderung in den Iran zurück. Doch im Iran verwandelte sich für viele RückkehrerInnen die einstige Hoffnung in eine riesige Enttäuschung, als sie erkennen mussten, dass unter Chomeini gegen jegliche Opposition mit grausamer Härte vorgegangen wurde und insbesondere Frauen unter den politisch-islamischen Gesetzen und der damit verbundenen Rechtlosigkeit zu leiden hatten. Politische Gefangene füllten die Gefängnisse und waren massivsten Folterungen ausgesetzt. Im Alter von 35 Jahren flüchtete Zahra Erfani in die Schweiz, wo sie heute noch lebt.

Für Zahra Erfani als dezidierte Befürworterin einer laizistischen, demokratischen Republik ist die in den hiesigen Medien diskutierte Unterscheidung zwischen liberaler und radikaler Regierung der Mullahs nicht relevant. Denn grundsätzlich ist nach ihr «die Regierung von Ahmadinedschad in ihrer Struktur gleich wie das Regime von Kathami», der ab 1997 iranischer Staatspräsident war und als liberaler Hoffnungsträger gehandelt wurde. Es ist und bleibt ein Regime von Mullahs, die nur ihre treuesten Anhänger an die Spitze jeder grösseren Organisation stellen. Im Iran gebe es keine von der Regierung unabhängigen Organisationen, führt Zahra Erfani weiter aus. «Regierungswahlen verkommen zur Farce, da nur regierungstreue Anhänger sich zur Wahl aufstellen lassen können.» Auch der Justizapparat ist mit regierungstreuen Anhängern besetzt, und es kommt vor, dass selbst Richter massive Menschenrechtsverletzungen begehen, beispielsweise angeklagte Frauen vergewaltigen. «Diese Situation führt dazu, dass Rechtsanwältinnen selbst mit einer Festnahme rechnen müssen, wenn sie politische Gefangene verteidigen.» So wurde auch die international bekannte iranische Anwältin Shadi Sadr verhaftet. Die Journalistin ist Vorsitzende eines Rechtsberatungszentrums der Menschenrechtsorganisation für Frauen RAAHI (www.raahi.org), Verteidigerin von zum «Tod durch Steinigung» verurteilten Frauen und Gründerin des ersten Internetportals, das sich der Arbeit von Frauenrechtlerinnen im Iran widmet (Zanan-e Iran / Frauen im Iran). Sie wurde bei der Kundgebung zum 8. März dieses Jahres zusammen mit 33 weiteren Menschenrechtsaktivistinnen in Teheran festgenommen, als sie gegen das Verfahren gegen fünf Frauenrechtlerinnen vor dem Revolutionsgericht protestierte. Erst nach Bezahlung einer Kaution wurde Shadi Sadr wieder freigelassen, muss jedoch im Falle einer Verurteilung mit einer Strafe von 2 bis 5 Jahren Freiheitsentzug und 74 Peitschenhieben rechnen. Das Büro ihrer Organisation RAAHI wurde geschlossen. Mit ihr zusammen wurde auch die Studentin Zeinab Peygambarzadeh verhaftet, die bereits im Dezember wegen Verteilens von Flugblättern

in der Metro festgenommen worden war. Sie konnte die verlangte Kaution nicht aufbringen, und wurde daher auch nicht freigelassen; ihre Einschreibung als Studentin wurde wegen politischer Aktivitäten suspendiert.

Zahra Erfani spricht eindringlich davon, dass unter dem frauenfeindlichen und korrupten Regime «insbesondere Frauen heute ihrer fundamentalsten individuellen Rechte beraubt sind». Sie erwähnt die Tatsachen, dass Frauen kein Sorgerecht für ihre Kinder besitzen und ohne Erlaubnis des Ehemannes weder reisen noch einer Erwerbsarbeit nachgehen dürfen. Eine aussereheliche Beziehung wird mit Steinigung bestraft. Dies gilt zwar auch für Männer, aber von zehn Verurteilungen zum Tod durch Steinigung betreffen acht Frauen. Auch gelten Frauen nur halb so viel wie Männer. Sie erben nur die Hälfte dessen, was ein Mann erben würde. Wird eine Frau getötet, erhält ihre Familie die Hälfte des Blutgeldes, die sie bei einer Tötung eines männlichen Familienmitglieds erhalten würde. Vor Gericht entsprechen zwei weibliche Zeugen einem männlichen. «Das ist noch nicht alles», führt Zahra Erfani aus. «Mädchen gelten schon mit 9 Jahren als strafmündig (Jungen mit 15 Jahren) und können dementsprechend für Vergehen bis zum Tod verurteilt werden.» Mädchen können mit 13 Jahren verheiratet werden, Jungen erst mit 15, und zudem ist Polygamie dem Mann erlaubt. Der Mann kann sich jederzeit von seiner Frau scheiden lassen, während die Frau den Nachweis erbringen muss, dass der Ehemann sie schlecht behandelt. Auch der öffentliche Raum, so Zahra Erfani weiter, sei für Frauen nicht gleich begehbar wie für Männer. «Schon das Zeigen des Haaransatzes oder von ein wenig Haut wird im öffentlichen Raum von den Pastaran mit Schlägen geächtet.» Die Pastaran kontrollieren als paramilitärische Religionswächter recht eigenmächtig das Verhalten. Ihnen stehen als weibliche Pendants Sittenpolizistinnen zur Seite, die darauf achten, dass Frauen die strengen Kleidervorschriften genau einhalten, ansonsten drohen auch sie mal mit Schlägen. Schliesslich sind Frauen nicht zu Fussballspielen der Männer zugelassen, wie das ein iranischer Film mit einer sehr berührenden Geschichte gezeigt hat. Das im Zusammenhang mit diesem Film initiierte Freundschaftsspiel zwischen dem Kreuzberger Amateur-Frauenfussballclub BSV Al-Dersimpor und dem iranischen Frauenfussballteam anlässlich der Berlina 2005 fand zwar 2006 in Teheran unter Ausschluss der Männer statt. das Gegenspiel in Berlin am 1. Juni 2007 wurde jedoch vom iranischen Fussballverband mit fadenscheiniger Begründung abgesagt.

Gegen ihren minderen Rechtsstatus protestierten die Frauen am 12. Juni 2006 mit einer friedlichen Aktion auf dem Haft-e-Tir-Platz. Im Anschluss daran lancierten sie unter dem Motto «Freiheit für Frauen, Gleichheit vor dem Gesetz» eine Unterschriftensammlung, die zur Abschaffung der Frauen diskriminierenden islamischen Gesetze führen soll. Initiiert von laizistisch orientierten Femini-

stinnen, wird die Kampagne nun auch von strenggläubigen Muslimas, die aber für eine zeitgemässe Neuinterpretation des Korans eintreten, mitgetragen. Ein Zusammengehen, das von den Feministinnen Kompromisse abverlangte, unter anderem jeglichen Verzicht auf Forderungen in Richtung einer grundsätzlichen Änderung der Regierung. Doch das Symbol der Kampagne, eine Waage, deren Schalen - eine mit dem Frauen-, die andere mit dem Männerzeichen - im Gleichgewicht stehen, verweist klar auf einen Bruch mit jahrhundertealten Traditionen. Vorbild für diese von einer breiten Frauenkoalition getragene Kampagne waren die Aktionen der Marokkanerinnen vor rund fünf Jahren, die zur Änderung des Gesetzes unter der Ägide des marokkanischen Königs geführt hatte (vgl. den Beitrag von Damia Benkhouya in diesem Heft). Nicht weniger als eine Million Unterschriften sind das Ziel. Sobald es erreicht wird, würde die international bekannte Rechtsanwältin und Nobelpreisträgerin Shirin Ebadi einen entsprechenden Gesetzesentwurf ins Parlament einbringen. Im Falle einer Zustimmung durch zwei Drittel der Abgeordneten könnte auch das Volk darüber abstimmen. Unter den gegenwärtigen Umständen ist zwar äusserst fraglich, ob eine solche verfassungskonforme Veränderung möglich ist. Aber wichtig ist vor allem der Mobilisierungseffekt dieser Kampagne, den das Regime besonders fürchtet. Schon auf die Festnahme der Frauenrechtlerinnen im März 2007 reagierten 620 führende Mitglieder politischer Parteien und Gewerkschaften mit einem offenen Brief an den obersten Richter Irans.

Zur Frauenkampagne «Eine Million Unterschriften»

Die Kampagne zielt darauf, alle politisch-islamischen Gesetze, die Frauen als Bürgerinnen zweiter Klasse behandeln, die Menschen- und Frauenrechte mit Füssen treten und sie gegenüber den Männern krass benachteiligen, aufzuheben. Namentlich also die strafrechtlichen und zivilrechtlichen Gesetze, wie z.B. das Erbrecht, Zeugenaussagen vor Gericht, die Steinigung bei Ehebruch, das Absprechen eines Sorgerechts für die Kinder, das Fehlen der Möglichkeit, ohne Erlaubnis des Ehemannes zu reisen oder erwerbstätig zu sein, sowie die Mündigkeit der Mädchen mit 9 Jahren und weitere Verletzungen fundamentaler Menschenrechte. Aber auch die rigorosen Kleidervorschriften, die immer wieder zu Übergriffen wie Verhaftungen oder Schlägen im öffentlichen Raum führen, sind Gegenstand der Kampagne. Sie sei überrascht gewesen, als sie von der Kampagne im Iran gehört habe, sagt Zahra Erfani auf eine entsprechende Frage. «Es ist sehr gefährlich im Iran, sich auf irgendeine Art politisch zu betätigen.» Die Gefahr, wegen «Aktivitäten gegen die Sicherheit des Staates durch Propaganda gegen das System» verhaftet zu werden, ist immens. Zahra Erfani glaubt, dass viele Frauen Angst haben, zu unterschreiben, und die Unterschriftensammlungen daher vor allem im privaten Rahmen und via Mundpropaganda stattfinden. So genau wissen dies die ExiliranerInnen nicht, sagt Zahra Erfani, da eine offene Kommunikation der Initiantinnen mit anderen Organisationen aufgrund der Überwachungen und Repressionen nicht möglich sei. Jedoch finden sich ausführliche Informationen auf zwei Websites, die auch eine öffentliche und internationale Wahrnehmung ermöglichen. Iranerinnen agieren also im Spannungsfeld zwischen privaten und öffentlichen Räumen, in denen Öffentlichkeit einerseits eine Gefahr darstellt, andererseits aber eine wichtige Möglichkeit ist, überhaupt international auf sich aufmerksam zu machen.

Von der Kampagne hatten wir Ende Mai beim ersten telefonischen Kontakt mit Zahra Erfani erfahren. Kurz darauf erschien in der NZZ ein Beitrag der freien Journalistin Elisabeth Kiderlen aus Freiburg im Breisgau, die im Winter 2005/2006 während vier Monaten in Iran als Dozentin an der Universität Isfahan gearbeitet hatte. Da die Kampagne vom iranischen Radio und Fernsehen sowie von allen Printmedien ignoriert wird, wurde sie auch von den europäischen Medien anfänglich kaum registriert, obwohl der Aufruf bereits Ende August 2006 auf Französisch unter dem Titel «Des militantes iraniennes pour les droits des femmes» verbreitet worden war. Die Übersetzungen aus dem Farsi ins Englische und ins Deutsche erschienen in den ersten Monaten des Jahres 2007. Als eine der ersten westeuropäischen Zeitungen berichtete die linke italienische Zeitung «Il Manifesto» schon im Dezember 2006 über die Aktion, weniger als zwei Monate später folgte der Artikel des im Berliner Exil lebenden Iraners Bahman Nirumand in der TAZ mit dem Titel «Iranerinnen fordern gleiche Rechte». Inzwischen unterstützen auch Irene Khan und Barbara Lochbichler, die internationale und die deutsche Generalsekretärin von Amnesty International, die Kampagne. Im Juni 2007 zählte die Bewegung im Iran schon um die 300'000 Unterschriften. Im Ausland hatten zu diesem Zeitpunkt bereits über 4000 Personen die Petition signiert.

Zur Partizipation der Frauen im öffentlichen Raum

Es ist erstaunlich, wie es den Frauen gelingt zu Unterschriften zu kommen, trotz des Totschweigens der Kampagne seitens der Medien und vor allem trotz der Gefährlichkeit der Unterschriftensammlung im öffentlichen Raum im Iran. Zwar sind regierungsunabhängige Organisationen im Iran verboten, doch «sind die Frauen in ihrer Struktur ähnlich einer NGO vernetzt», sagt Zahra Erfani. Sie nutzen das Internet als öffentliche Plattform und konstruieren so virtuell einen öffentlichen Raum mit transnationaler Wirkung, der sich, wenn auch nur zum Teil, der staatlichen Kontrolle entzieht. Sie sammeln Unterschriften im Netz, aber auch unentwegt in privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen, in Woh-

nungen und Festgemeinschaften oder in Parks und Cafés. So beschreibt Elisabeth Kiderlen in ihrem Beitrag in der NZZ eindrücklich, wie selbstbewusst Aktivistinnen aus dem studentischen Milieu sich nicht scheuen, in Restaurants selbst fremden jungen Leuten diskret den Unterschriftenbogen vorzulegen, da deren Verhalten verrät, ob sich das Risiko lohnt. Auch in ihrem Feature im Norddeutschen Rundfunk erzählte die Journalistin, wie die Frauen das zweiwöchige Neujahrsfest im Frühling, «Nowruz», für das Sammeln von Unterschriften nutzten, da in dieser Zeit ständig Familienmitglieder unbehelligt von Polizei und Pastaran zusammentreffen.

Wegen der Gefährlichkeit des Unterschriftensammelns ist es den Kampagnenleiterinnen wichtig, die AktivistInnen gut zu schulen. Sie gründeten dazu spezielle Komitees, die Freiwillige in Kursen ausbilden, in denen ihnen Grundlagenwissen über die relevante Gesetzgebung vermittelt wird, auch wenn dies sie nicht zu RechtsexpertInnen macht. Aber so können die Unterschriftensammlerinnen in Gesprächen auf Fragen der BürgerInnen kompetent antworten. In diesen Kursen erwerben sie auch die für die «face to face»-Methode notwendigen Kenntnisse und Verhaltensweisen, die Elisabeth Kiderlen in ihren Beiträgen so gut beschrieben hat. Ausserdem können freiwillige Aktivistinnen ihre Erfahrungen, die sie in Gesprächen mit anderen Frauen gesammelt haben, in so genannten «Tagebüchern» niederschreiben. Diese Berichte geben sie zusammen mit den Unterschriften als wichtige Grundlagen für die Kurse an die Organisatorinnen der Kampagne ab.

Auf die Teilhabe von Frauen im öffentlichen Raum angesprochen, sagt Zahra Erfani, dass sich die Kontrollen auf den Strassen seit Beginn der heissen Jahreszeit verschärft hätten. Auffallend sei, dass 2007 vor allem die Kontrolle der Frauen durch Sittenwächterinnen zugenommen habe. Die Struktur dieser Kontrollorgane sei alt, sagt Zahra Erfani weiter. Schon zu Zeiten von Chomeini entstanden aus dem Militär paramilitärische Gruppierungen, die den öffentlichen Raum kontrollierten. Unterstützt werden diese Paramilitärs von Polizisten und Polizistinnen. Die neuesten, verschärften Kontrollen seien auch als Reaktionen auf den internationalen westlichen Diskurs um die iranischen Atomprogramme zu verstehen, so Zahra Erfani. Die Rückbesinnung auf fundamentalistische «Werte» ist also gleichsam eine Abgrenzung gegen alles, was von «aussen» kommt. Und so ist auch nicht erstaunlich, dass das Regime den Aktivistinnen der Kampagne vorwirft, sich als Instrumente des feindlichen Auslandes zu agieren.

Auch die Situation an den Universitäten hat sich verändert. Nach der iranischen Revolution waren die Universitäten für mehr als zwei Jahre geschlossen, wie sich Zahra Erfani erinnert. Inzwischen hat sich die Situation grundlegend verändert, die Bevölkerung hat sich auf mehr als 70 Millionen EinwohnerInnen fast verdop-

pelt, die Zahl der jungen Leute, die studieren, ist noch stärker gestiegen. Heute sind im Iran 62 % der Studierenden Frauen. «Der Druck von Seiten der Universität, den hohen Frauenanteil zu reduzieren, erhöht sich.» Von den Universitätsleitungen wird angestrebt, den weiblichen Teil der Studierenden auf 50 % zu senken. Ironischerweise wird hier «Geschlechterparität» proklamiert, als ob es nicht die Frauen wären, die permanent ihrer Rechte beraubt sind. Obwohl der Anteil der Studentinnen sehr hoch ist, finden viele von ihnen nach dem Studium keine Stelle oder erhalten (z.B. von ihrem Ehemann) keine Arbeitserlaubnis. Als Beispiel führt Zahra Erfani die Medizinstudentinnen an, von denen 95 % nach Abschluss ihres Studiums arbeitslos sind. In diesem Klima der Rechtlosigkeit erhalten Aktionen von Iranerinnen wie die Lancierung einer Petition zur Abschaffung der islamischen Gesetze noch einmal ein anderes Gewicht. Die internationale Wahrnehmung der repressiven politischen Situation im Allgemeinen und der Kampagne im Besonderen wäre ein erster Schritt dazu, dass diese weiblichen Stimmen breiteres Gehör finden.

Unterschriften und Informationen unter:

- www.we-change.org
- gegen-frauendiskriminierende-gesetze.blogspot.com/2007/02/eine-million-unterschriften-zurnderung.html

Weitere Informationen über:

- iran-now.net, das iranische Nachrichten- und Community-Portal Iran-Now Network (INN).
- Elisabeth Kiderlen im Deutschlandfunk, 14. Juni 2007, 18 Uhr 40 unter www. Dradido.de/def/sendungen/hintergrundpolitik/636088.
- Elisabeth Kiderlen, Unterschriften für eine Änderung des islamischen Rechts, NZZ, 2. Juni 2007 (auch NZZ-online, www.nzz.ch).
- Antje Land-Lendorff, Iran sagt Fussballspiel in letzter Minute ab, in: TAZ, 1. Juni 2007, www.taz.de.
- Bahman Nirumand, Iranerinnen fordern gleiche Rechte, in: TAZ, 23. Januar 2007, www.taz.de.



Internationale Aktion zur Unterstützung der Kampagne «Eine Million Unterschriften» im Iran

179

Wir, die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen, im Namen von internationalen Frauengruppen und -aktivisten, Menschenrechtsorganisationen und -aktivisten, Universitätszentren, akademischen Zentren und Initiativen für soziale Gerechtigkeit, möchten unsere Unterstützung für iranische Frauen in ihrem Bestreben nach Gesetzesreformen und Gleichberechtigung innerhalb des iranischen Rechtssystems zum Ausdruck bringen.

Adresse: Iran – Teheran – P.O. Box: 14335-851 www.we-change.org

Feministinnen in Israel praktizieren Demokratie

Rela Mazali

Im November 2000, etwa einen Monat nach dem Beginn der zweiten *Intifada* – des zweiten palästinensischen Aufstand gegen die israelische Besetzung der 1967 eroberten Gebiete –, organisierte die feministische Friedensbewegung in Israel eine Protestkundgebung. 500 palästinensische und jüdische Staatsbürgerinnen standen Hand in Hand an der Wadi-Ara-Strasse, wo drei Wochen vorher palästinensische Bürger Israels von der israelischen Polizei erschossen worden waren. Die Warnungen von Sicherheitsbeamten, die Gegend sei unberechenbar und gefährlich, schlugen wir in den Wind. Keine einzige hebräisch- oder englischsprachige Zeitung berichtete über unsere Demonstration – sie passte nicht zu einem zentralen Thema der Medienberichterstattung über den Ausbruch der *Intifada*. Die gesamte israelische Linke, so behaupteten die Medien nämlich, sei enttäuscht, entmutigt und verwirrt über die palästinensische Ablehnung des (laut der offiziellen israelischen Version) «grosszügigen Angebots» für die endgültige Beendigung des israelisch-palästinensischen Konflikts, welches Premierminister Barak gemacht hatte.¹

Widerstand gegen Militarismus und Besetzung:

In den nächsten füng bis sechs Jahren ignorierten die Medien den feministischen Widerstand durchwegs; mindestens zweimal pro Jahr marschierten wir zu Tausenden durch die Strassen Jerusalems und Tel-Avivs und protestierten gegen die Besetzung, gegen die Verletzung von Menschenrechten und gegen die Weigerung der israelischen Regierung, jegliche nichtmilitärische Option auch nur in Betracht zu ziehen. Auch als im Sommer 2006 wiederum Tausende Woche für Woche gegen Israels Krieg im Libanon demonstrierten, angeführt von feministischen Organisationen, war nichts davon in den Medien zu lesen oder zu hören.

Konstruktion der «Anderen» in einer militarisierten Gesellschaft

In einer militarisierten Gesellschaft wie Israel eine ist, wird das relative Privileg einer bestimmten Gruppe durch die kontinuierliche Konstruktion von «Anderen» aufrechterhalten. Diese «Anderen» werden entweder als für die privilegierte Gruppe gefährlich (der Feind) oder als untergeordnet (Frauen und Kinder) dargestellt. Umgekehrt wird die privilegierte Gruppe zum einen als mächtiger Gegner (für den Feind) und zum anderen als starker und lebenswichtiger Beschützer (für Frauen und Kinder) konstruiert. In der militarisierten israelischen Gesellschaft entsprechen Frauen daher den machtlosen «Anderen», die Schutz brauchen. Meinungen und Proteste von Frauen zu Aspekten der Sicherheit werden daher per Definition nicht ernst genommen.

Um Frauen und Feinde als «Andere» zu konstruieren, werden ständige Angst und das Gefühl einer andauernden existenziellen Gefahr immer wieder reproduziert. Gleichzeitig wird Krieg als Lösungsmöglichkeit normalisiert und Soldatentum als bewunderns-, ja sogar erstrebenswert dargestellt. Der kulturelle und politische Vorgang, auf der einen Seite einen Feind und auf der anderen Seite eine verletzliche, feminisierte Heimat («home») zu konstruieren, beruht auf einer dichotomisierten Weltsicht: Töten oder Sterben; alles oder nichts; gewinnen oder verlieren etc. Nach Meinung der feministischen Wissenschaftlerin Carol Cohn liegt solchen Denkgewohnheiten das Modell der Geschlechtergegensätze zugrunde, weil diese allgemein als «natürlich» und «gegeben» betrachtet werden. Die soziale Aufrechterhaltung rigider und hierarchischer Geschlechterrollen, die diese Weltsicht stärken, ist daher für die Militarisierung eine Gesellschaft zentral.

Zudem sind in Israel wie an vielen anderen Orten Soldatentum und Männlichkeit eng miteinander verwoben. Frauen in Israel werden zwar zum Militär eingezogen, ihr Militärdienst demonstriert und konsolidiert jedoch ihren Status als BürgerInnen zweiter Klasse. Die meisten Soldatinnen arbeiten in Dienstleistungsjobs und sind massiv unterbeschäftigt. Wichtiger noch: Sexuelle Belästigungen sind in der Armee weit verbreitet und dienen dazu, die Frauen während und nach ihrem Militärdienst mit Nachdruck zum Schweigen zu bringen und zu marginalisieren.

Da israelische Frauen für die Armee als unwichtig gelten, können sie den Wehrdienst viel leichter umgehen als Männer. Das israelische Gesetz kennt die Freistellung aus Gewissensgründen für Frauen – aber nicht für Männer. Gleichwohl ist es für Frauen schwierig und demütigend, als Wehrdienstverweigerinnen wahr- und ernstgenommen zu werden. Auch die Bewegung der Dienstverweigerer in Israel marginalisiert die Verweigerung von Frauen. Obwohl diese Bewegung in Israel eine dissidente Position zur Gesellschaft einnimmt, hält sie in

einem beträchtlichen Ausmass an den Wahrnehmungen und Werten der nach Geschlechterrollen scharf geteilten, militarisierten Gesellschaft fest.

Direkte Begegnungen auf der Mikroebene

Dies ist der Kontext, in dem feministische Frauen die Führung in der Opposition gegen Militarisierung und Besetzung übernahmen. Sie protestierten gegen israelische Gewalt während der zweiten *Intifada*, gegen den Krieg Israels 2006 im Libanon, gegen die wiederholten Angriffe im Gazastreifen und gegen die tödliche Belagerung der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die feministische Friedensbewegung stand über all diese Jahre für den radikalsten Dissens in der israelischen Gesellschaft (vgl. Kasten). Für diese Beharrlichkeit und die Führungsrolle scheint es – abgesehen vom oben beschriebenen sozialpolitischen Kontext – mehrere Gründe zu geben.

Erstens hatten die feministischen Organisationen seit Jahren direkten Kontakt mit individuellen Frauen und Männern «der anderen Seite». Ihr Hauptaugenmerk war auf die Mikroebene und auf eine «people-to-people»-Politik gerichtet und nicht auf Analysen der Makroprozesse aus der Vogelperspektive. Im Mittelpunkt standen immer Begegnungen auf gleicher Augenhöhe, der Bezug zu individuellen Personen und individuellen Lebensläufen, und zugleich die Suche danach, wie Menschen auf beiden Seiten durch den Konflikt beeinflusst und geprägt werden. Carol Cohn hat im Zusammenhang mit Atomforschern gezeigt, dass Entscheidungsträger bei ihren Diskussionen über das, was sie Sicherheit nennen, konkrete Menschen routinemässig ausblenden. Der Blick auf die konkreten Menschen fällt marginalisierten Personen, die nicht «über» den alltäglichen Angelegenheiten stehen, leichter. Tatsächlich wird Marginalisierung so zu einer Ressource, zu einer Quelle von Wissen, zu der die Mächtigen, für die Menschen nur als Bevölkerungen und als Generalisierungen vorkommen, keinen Zugang haben.

Das ist der Grund, warum die *Intifada* für den feministischen Widerstand gegen die Besetzung keine Überraschung war. Wir waren uns des Ausmasses und der Details der Gewalt und der Unterdrückung, die PalästinenserInnen in ihrem Alltagsleben erfuhren, völlig bewusst. Wir hatten uns vom Narrativ des Friedensprozesses nach Oslo nicht irreführen lassen. Wir wussten, dass der Friede vor Ort nicht spürbar war. Daher führten feministische Friedensaktivistinnen nach Beginn der *Intifada* einfach dieselben Aktivitäten weiter, die sie bereits vor der *Intifada* als Prostest gegen Gewalt und Unterdrückung ausgeübt hatten. Allerdings hat die *Intifada* auch viele AktivistInnen in Israel wachgerüttelt und zu erhöhtem Engagement motiviert. Sie hat auch zu Umgruppierungen und zu neuen Koalitionen geführt. Dies wurde zu einer der Quellen der feministischen Führungsrolle.

Kontinuierliches Arbeiten am Rande

wirkungen messen konnten.

In einigen Fällen – nicht in allen – erleichterten die Sicht der feministischen Gruppierungen auf den menschlichen Faktor und das Bewusstein über die Zusammenhänge zwischen der persönlichen und der politischen Ebene einen echten gegenseitigen Rückhalt zwischen den AktivistInnen. Ein solcher Rückhalt ist entscheidend, wenn politische Gruppierungen Schikanen und Angriffe und individuelle AktivistInnen Ermüdung, emotionellen Burn-out und Verzweiflung überstehen sollen.

Zudem glaube ich, dass Feministinnen es wohl oder übel gewohnt sind, an den Rändern zu arbeiten, ohne oder mit sehr geringer Sichtbarkeit. Ich möchte Stereotypen vermeiden, aber es ist nichtsdestotrotz Realität, dass es auch in Israel die Frauen sind, die routinemässig die sorgfältige und langwierige Arbeit der Betreuung und der praktischen Erziehung ausführen. Diese Art von Arbeit verlangt unbegrenzten und beharrlichen Einsatz – auch wenn keine sichtbaren Resultate erzielt werden. Aufgrund dieser Erfahrungen waren feministische AktivistInnen und Gruppierungen fähig, auch angesichts eskalierender Gewalt und auch wenn keine Medienberichterstattung darüber erfolgte, öffentliche Veranstaltungen und Proteste durchzuführen.

Zudem ist Sichtbarkeit immer relativ. Feministische AktivistInnen in Israel und anderswo haben Wege gefunden, den Wert ihrer Arbeit unabhängig von der Existenz von Medienberichterstattung und gesondert von der politischen Grosswetterlage zu messen. Die dabei angewandten Kriterien und Werte beziehen sich auf konkret erfahrbare Grössenordnungen und zeigen Prozesse allmählichen Wandels an. Die feministische antimilitaristische Organisation, in der ich seit acht Jahren aktiv bin, heisst *New Profile* (www.newprofile.org). Im Folgenden möchte ich einige Beispiele anfügen, an welchen Kriterien wir unsere Arbeit und die Aus-

- Als wir vor fast einem Jahrzehnt begannen, die Militarisierung der israelischen Gesellschaft zu kritisieren, sprach noch niemand von Militarisierung. Als JournalistInnen einige Jahre später anfingen, diesen und verwandte Begriffe zu verwenden, ohne dass sie je über *New Profile* berichtet hatten, wussten wir, dass wir zu einem bedeutsamen Wandel im Diskurs beigetragen hatten.
- Drei MittelschülerInnen, die nicht mit New Profile in Verbindung standen, ketteten sich im Jahr 2004 an das Tor ihrer Schule, um gegen einen neu eingeführten Lehrplan zu protestieren und sie benützten genau diese Formulierung die Militarisierung der Bildung anzuprangern. New Profile hatte über verschiedene Kanäle über die Militarisierung der Bildung gesprochen und 2001 dazu eine internationale Konferenz organisiert.

- Immer mehr junge Menschen wenden sich mit Fragen an New Profile und bitten um Unterstützung in ihrem Kampf um Dienstverweigerung. Die Organisation hat ein landesweites Netzwerk von AktivistInnen aufgebaut, die Beratung und Unterstützung anbieten. Dadurch ermöglicht New Profile einen sozialen und politischen Wandel in kleinen Schritten.
- Einige der jungen Leute, die sich an uns wenden, werden später in der Organisation aktiv. Sie organisierten Diskussionsgruppen, veranstalteten Wochenendseminare und führen ein alternatives Sommercamp für (noch jüngere) Jugendliche durch, in dem sie über Militarisierung, soziale Themen, Feminismus, ökologische Fragen und den Wehrdienst sprechen. Dieser Prozess geht nun schon seit acht Jahren kontinuierlich weiter und zeigt, dass es New Profile-AktivistInnen zusammen mit diesen jungen Leuten gelungen ist, einen einzigartigen öffentlichen Raum zu schaffen, der Erwachsene und Jugendliche zusammenführt.
- Im Kontext von New Profile haben junge Frauen, die den Wehrdienst verweigerten, erstmals genug Selbstvertrauen geschöpft, um öffentlich als Dienstverweigerinnen aufzutreten was bisher noch nie geschehen war. Für die Mitglieder von New Profile ist dies eine äusserst bedeutsame Entwicklung, von der wir alle viel gelernt haben.
- Die Dachorganisation Coalition of Women for Peace hat ein neues, grossangelegtes Aufklärungsprojekt initiiert mit dem Ziel, den Begriff «Sicherheit» in einem weiten Sinn auszulegen und zu untersuchen, in welchem Masse Militarisierung zu einer so verstandenen Sicherheit beiträgt oder sie nicht vielmehr unterminiert. Die Coalition eignet sich so eine ursprünglich von New Profile vorgeschlagene Analyse an und macht sie weitherum bekannt.

Die feministische Führungsrolle in der israelischen antimilitaristischen und Antibesetzungsbewegung beruht zum grössten Teil auf anhaltender Präsenz und auf Beharrlichkeit. Die Bewegung investiert viel, um die Metapher der «grassroot»- Arbeit real umzusetzen. Sie bewirkt einen allmählichen Wandel in der Sprache und in den Einstellungen – auch wenn ihr Sichtbarkeit und Anerkennung verwehrt oder nur sehr langsam gewährt werden. Es handelt sich dabei um «leadership» aus den Rändern. Auch wenn nationale Entwicklungen und internationales Kräftespiel allem widersprechen, woran wir glauben und wofür wir stehen, tun wir unsere Arbeit weiter und versuchen einander dabei liebevoll zu unterstützen. Der ungetrübte Blick und die klare Zielsetzung, die für diese akribische Arbeit nötig sind, führen zur VorreiterInnenstellung, zu leadership im Friedenslager.

Die Frauenfriedensbewegung in Israel²

Die *Coalition of Women for Peace* besteht aus zehn Frauen-Friedens-Organisationen in Israel, die alle unterschiedliche Strategien verfolgen, aber mit dem gemeinsamen Ziel, Frieden mit den arabischen Nachbarn, vor allem mit den PalästinenserInnen, zu fördern. In diesen Gruppierungen sind sowohl jüdische wie auch palästinensische Frauen aktiv, alle Bürgerinnen von Israel. Die Mitgliedorganisationen und ihre Strategien sind:

Bat Schalom ist die Schwesterorganisation des palästinensischen Jerusalem Center for Women. Beide zusammen bilden zusammen den Jerusalem Link. Ihre Mitglieder arbeiten miteinander politische Abkommen aus, führen Dialoggruppen, dokumentieren die Geschichte der Frauen im Konflikt und sind vor Ort aktiv.

Bat Tzafon ist eine neue Partnerschaft zwischen jüdischen und arabischen Frauen, die aus dem Ableger von Bat Schalom im Norden Israels entstanden ist. Bat Tzafon konzentriert sich auf die Gleichberechtigung der palästinensischen BürgerInnen in Israel und arbeitet auch für das Ende der Besetzung. The Fifth Mother entstand durch eine Umgruppierung des Four Mothers Movement, das im ersten Libanonkrieg 1982 gegründet wurde und entscheidend war für die Beendigung der Besetzung Libanons. The Fifth Mother richtet sich an Frauen im Zentrum und verbreitet «weiche» (nicht «radikale») Botschaften wie z.B. «Krieg ist nicht meine Sprache».

Die Frauen von *Machsom Watch* agieren gegen die Misshandlung und die Demütigung von PalästinenserInnen an den vielen Checkpoints (Hebräisch: machsom), die auf palästinensischem Gebiet errichtet wurden. Die Gegenwart dieser Frauen, die die Checkpoints überwachen und Rapporte erstellen, genügt manchmal schon, um Probleme zu verhindern. Eine Frau von Machsom Watch hat einmal verhindert, dass ein Soldat auf ein Kind schoss. Sie hat sein Gewehr weggestossen und ist wegen «Einmischung und Störung der IDF» (Israeli Defense Force) verhaftet worden.

Frauen von *NELED* leben an der alten (1967er-)Grenze zu Palästina und unterhalten eine Dialoggruppe mit Frauen auf beiden Seiten der Grenze.

New Profile (siehe oben) hat neue Wege beschritten und ein Bewusstsein über Militarismus in Israel geschaffen. Dieser ist meist unsichtbar, genau weil er so weit verbreitet ist. New Profile unterstützt Männer und Frauen, die den Wehrdienst verweigern, und ermutigt zu anderen Arten von Verweigerung.

Noga ist ein feministisches Magazin und eine Webseite (auf Englisch leider nur sehr spärlich bestückt, siehe http://www.noga-magazine.org), die Nachrichten und Analysen aus einer feministischen Perspektive veröffentlicht.

TANDI: Movement of Democratic Women for Israel führt Workshops und Programme zur Mobilisierung und zum empowerment benachteiligter Palästinenserinnen mit israelischer Staatsbürgerschaft durch.

WILPF ist der israelische Ableger der Women's International League for Peace and Freedom (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF) und gewährleistet die Verbindung mit dem wichtigen internationalen Netzwerk.

Women in Black (Frauen in Schwarz) heissen die Frauengruppen (und die einzelnen Männern, die sich dazugesellen), die jeden Freitag an Verkehrsknotenpunkten in Israel ganz in Schwarz einstündige Mahnwachen abhalten und ein Ende der Besetzung fordern. Die internationale Bewegung der Frauen in Schwarz, die 1988 in Jerusalem ihren Anfang nahm, wurde seither zweimal für den Friedensnobelpreis nominiert.

Die Grundsätze der Coalition of Women for Peace wurden an einem Treffen am 8. November 2000 formuliert:

Ende der Besetzung

186

- Volle Einbeziehung von Frauen in Friedensverhandlungen
- Gründung des Staates Palästina Seite an Seite mit dem Staat Israel, auf der Basis der 1967er-Grenzen
- Anerkennung von Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt beider Staaten
- Israel muss seinen Teil der Verantwortung für die Folgen des Krieges von 1948 anerkennen und in der Suche nach einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge kooperieren.
- Widerstand gegen den Militarismus, der die israelische Gesellschaft durchdringt
- Gleiche Rechte für Frauen und alle EinwohnerInnen Israels
- Soziale und ökonomische Gerechtigkeit für alle BürgerInnen Israels und Integration in die Region

Übersetzung aus dem Englischen: Shelley Berlowitz

Jymne 25/26/07

Anmerkungen

- 1 Ehud Barak machte Yasser Arafat im Juli 2000 in Camp David bei Friedensverhandlungen unter der Ägide Bill Clintons ein Angebot, das häufig als «Barak's generous offer» bezeichnet wird. 9% der besetzten Gebiete sollten von Israel annektiert, im Gegenzug 1% israelischen Gebietes dem Staat Palästina übergeben werden. Weitere 10% der palästinensischen Gebiete wollte Israel in einem langjährigen Pachtvertrag übernehmen. Jerusalem sollte geteilt werden die jüdischen Quartiere unter israelischer Souveränität bleiben, was die Erweiterung der Stadtgrenzen seit 1967 sanktioniert hätte. Den Tempelberg mit den Moscheen wollte Barak den PalästinenserInnen nur in Treuhandschaft übergeben. Zudem wies er jede Mitverantwortung Israels für die palästinensischen Flüchtlinge von sich. Arafat lehnte das Angebot ab. Im September 2000 brach nach einem provokativen Besuch des israelischen Politikers Ariel Sharon in Begleitung von bewaffneten Polizeikräften auf dem Tempelberg ein gewaltsamer Konflikt zwischen militanten Palästinensern und den israelischen Streitkräften aus. Der palästinensische Aufstand, die zweite *Intifada*, dauerte bis 2005 an. Siehe auch: http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/campdavid.html (Anm. d. Übers.)
- 2 Informationen aus Gila Svirskys, The Women's Peace Movement in Israel, in: Estelle Disch (Hg.), Reconstructing Gender: A Multicultural Anthology, 3. Ausgabe, erscheint demnächst bei McGraw Hill Higher Education. (Anm. d. Red.)

Globale Interdependenzen und transnationale feministische Bündnisse

Nikita Dhawan

Es ist kaum möglich, sich eine politische Praxis in der heutigen Welt vorzustellen, die nicht die globalen Dimensionen sozialer Ungleichheit in den Blick nimmt. Shalini Randeria spricht in diesem Zusammenhang von «verflochtenen Geschichten», die es wenig schlüssig erscheinen lassen, unsere politische Verantwortung nur innerhalb nationaler Grenzen auszumachen (vgl. Conrad/Randeria 2002, 17). Ob es nun um die Frage der Wasserversorgung oder der international gültigen Patentregelungen geht, ob es um interethnische Konflikte oder die Vogelgrippe geht, immer deutlicher tritt zutage, dass auch die differenten Zukunftsszenarien miteinander verwoben sind. Zu Recht bemerkt Randeria darüber hinaus, dass aus der Perspektive der Mehrzahl postkolonialer Gesellschaften die Globalisierung als Versuch erscheint, sowohl «die Gegenwart zu rekolonialisieren als auch die Zukunft zu kolonialisieren» (Randeria 2000, 18). Die tragischsten Opfer im Spiel multinationaler pharmazeutischer Konzerne sind dabei die subalternen Frauen des globalen Südens, deren Körper im Namen der Bevölkerungskontrolle zum Kampffeld neoliberaler Politik geraten (Spivak 2002a).

Wichtige Differenzen werden verwischt

Obschon immer wieder globale Abhängigkeiten und Kolonialismus in den Mittelpunkt der kritischen Debatte gerückt werden, können die meisten Diskussionen im Bereich der Antidiskriminierung als blosser «theoretischer Nationalismus» charakterisiert werden. Die dabei angelegte Perspektive ist eine, die sich lediglich innerhalb nationaler Grenzen bewegt. In der Folge wird transnationalen Bewegungen eher wenig Beachtung geschenkt, und daneben werden

wieder einmal dualistische, essenzialistische Kategorisierungen verdinglicht. Wenn der Fokus von Antidiskriminierungspolitik nur auf die Menschen, die in der sogenannten Ersten Welt leben, gerichtet wird, werden, so meine Kritik, unweigerlich wichtige Differenzen verwischt. So zieht die Selbstsubalternisierung «privilegierter» Migrantinnen in der «Ersten Welt» schwerwiegende politische Folgen nach sich (vgl. Dhawan 2007). Slavoj Žižek (2004) hat hierzu treffend formuliert: «Einen armen Bauern mit demselben Begriff zu belegen wie den Angehörigen der «symbolischen Klasse» – also Akademikerin, Journalist, Künstlerin, Kunstmanager -, der oder die ständig zwischen Kulturhauptstädten hin und her reist, läuft auf dieselbe Obszönität hinaus wie die Gleichsetzung von Hungersnot und Schlankheitsdiät.» Die simple In-Eins-Setzung privilegierter Migrantinnenkollektive mit den «Anderen» des globalen Südens, die nicht von den Bühnen der (Ersten Welt) aus sprechen können, ist Spivak zufolge letztlich ein Resultat der Vereinnahmung der Perspektiven der «Dritten Welt» zum Wohle der ‹Ersten›. Rey Chow bezeichnet den Fokuswechsel von den materiellen Kontexten und Kämpfen der ärmsten Frauen im Süden hin zu den intellektuellen Migrantinnen in der ‹Ersten Welt› als eine Veruntreuung, werden doch die Begriffe für Unterdrückung, so Chow, um ihren kritischen und oppositionellen Beitrag gebracht (Chow 1993, 13).

Verstrickungen

Die meisten Analysen scheuen sich zudem davor, den aktuellen Nationalismus in postkolonialen Räumen im Kontext einer erstarkenden bürgerlichkonservativen Diaspora zu sehen. Dabei ist beispielsweise durchaus bekannt, dass rechte Hindu-Organisationen in Indien mit grossen Geldsummen von Immigrantengruppen unterstützt werden (Gopinath 2002, 158). Dies bedeutet, dass ein Teil der Migranten und Migrantinnen die Politik in ihrem Herkunftsland durch Kapitalzuwendungen lenkt, während er selbst weit genug entfernt vom «aktuellen Theater der Dekolonisierung» (Spivak 1999, 287) lebt. Spivak zeigt keinerlei Sympathie für diese postkolonialen Migranten/ Migrantinnen, die ihr zufolge in den Metropolen der ‹Ersten Welt› online einen Hindu-Nationalismus lebten und Klassenmobilität in Form von Mimikry und Maskerade als Widerstand, Destabilisierung und Intervention re-kodierten. Scharf formuliert sie deswegen, dass ein «Migrantinnen-Hybridismus», die Gleichsetzung der Migrantinnen mit den Frauen ihrer Herkunftsländer, letztlich in Konflikt steht mit den Interessen der ärmsten Frauen des globalen Südens. Anders gewendet: Der im Norden lokalisierte und organisierte Widerstand von Migrantinnen richtet sich nicht notwendigerweise gegen globale soziale Ungleichheiten. Gelegentlich stehen Migrantinnen auch auf der Ausbeutungsseite der internationalen Arbeitsteilung, und solange keine Verantwortung hierfür übernommen wird, bleiben, so Spivak, «privilegierte» Migrantinnen Teil des Problems (Spivak 1999, 183). Spivaks provokante Analysen sollten jedoch nicht als totalisierende Kritik am Widerstand der Migrantinnen gelesen werden, sondern viel eher als Ruf nach einem Überdenken der Strategien und Taktiken, bei denen die internationale Arbeitsteilung und die eigene Verstrickung im globalen kapitalistischen System nicht aus den Augen verloren wird. Dabei sollten allerdings transnationale Allianzpolitiken hier nicht verstanden werden als «leichtes Spiel grenzenüberschreitender Analysen». Spivak warnt vor einer allzu simplen, wohlmeinenden transnationalen Politik (Spivak 1999, 276f.).

Allianzen sind notwendig

Zu Recht wurde immer wieder beklagt, dass die Handlungsmacht von Menschen aus der sogenannten Dritten Welt zu häufig übersehen wurde. Nur allzu oft wurden diese nur als Opfer gesehen, während politische Partizipation nur bei einer transnationalen Elite gesucht wurde, die ihre eigenen Erfahrungen zum Massstab deklarierte, um für andere zu sprechen. In diesem Zusammenhang spricht Spivak von der «transnationalen Analphabetin» und der «wohlmeinenden Feministin aus dem Norden mit ignorantem Wohlwollen» (Spivak 1999). Das klingt scharf, bringt jedoch die ungelösten Probleme einer Solidaritätsarbeit, die nicht über ihre Rolle innerhalb der internationalen Arbeitsteilung reflektiert, auf den Punkt, denn ein ignorantes Wohlwollen kann letztlich nur den westlichen Machthabern zugutekommen und den postkolonialen Frauen des globalen Südens nur schaden. Inderpal Grewal und Karen Caplan (1994) sprechen deswegen von einem transnationalen Feminismus, der berücksichtigt, dass die postkolonialen weiblichen Subjekte sogenannten verstreuten Hegemonien ausgesetzt sind und über eine globalisierte Ökonomie, nationale Patriarchate, «authentische» Traditionen und Regierungen unterdrückt werden. Transnationaler Feminismus sollte deswegen die vielfachen Machtquellen, die Dynamiken zwischen den diversen Machtfeldern und die daraus resultierenden kontextspezifischen Unterdrückungsstrukturen gleichzeitig betrachten. Es ist notwendig, den Fokus politischer Kämpfe zu erweitern und die taktische Notwendigkeit für Allianzen zu betonen, die sich unter anderem dem Ziel verschreiben, die für staatliche Interventionen verletzlichsten Menschen in das demokratische Tun einzubinden. Das heisst. während auf die Pluralität der Bewegung und Kämpfe gepocht wird, sollte gleichzeitig die Notwendigkeit von politischen Bündnissen mit dem Ziel einer demokratischen Zukunft hervorgehoben werden.

Differente Bewegungen nicht aus den Augen verlieren

Die kapitalistische Globalisierung hat weltweit deutliche, wenn auch widersprüchliche Einflüsse auf das Leben von Menschen. Einerseits wurden und werden ältere Formen von Herrschaft unterminiert, andererseits hat sich die Lebensrealität der Mehrheit der Menschen im Allgemeinen und von armen Frauen insbesondere eher verschlechtert. Die kapitalistische Penetration reicht tief hinein in Gegenden und Regionen postkolonialer Länder, die grösstenteils von Agrarwirtschaft bestimmt sind. Sie hat den dort existierenden Ökonomien bereits enorme Schäden zugefügt. So wurden angeblich traditionelle Patriarchatsstrukturen verfestigt und neue Formen der Unterdrückung hervorgebracht (vgl. Chatterjee 1999). In den Städten wiederum hat das fordistische Geschlechterregime, das bestimmt wird durch das Modell «männlicher Haushaltsvorstand und Lohnarbeiter versus Hausfrau und Zuverdienerin», in den 1960er und 1970er Jahren – dem ‹goldenen Zeitalter› ökonomischer Entwicklung – in Teilen der sogenannten Dritten Welt den Lebensalltag verändert. Gleichzeitig ermöglichte dieses Geschlechterregime durch die Eingliederung von Frauen in den Lohnarbeitsbereich und deren zunehmende Alphabetisierung und Bildung das Aufkommen feministischer Bewegungen als politisch ernstzunehmende Kraft. Frauen des globalen Südens fordern nicht nur die Herrschaftsstrukturen in ihren eigenen Ländern heraus, sondern beteiligen sich auch an transnationalen feministischen Bündnissen. Parallel dazu führen die zunehmende ökonomische Unsicherheit und eine anhaltende Verarmung, die ökologischen Herausforderungen - etwa die Vernichtung von Wasserreserven durch multinationale Konzerne -, die steigende Kinder- und Müttersterblichkeit und die damit zusammenhängende «erzwungene Migration» sowie die wachsende Zahl der bezahlten und unbezahlten Arbeitsstunden zu einer deutlichen Schwächung der bereits formierten Bewegungen. Diese differenten gleichzeitig stattfindenden Bewegungen gilt es zu beachten, wenn eine aktive feministische transnationale Bündnispolitik angestrebt wird, die nie ohne die eigene kritische Verortung auskommen wird.

191

Literatur

Chatterjee Partha, The Nationalist Resolution of the Women's Question, in: Kumkum Sangari/Suresh Vaid (Hg.), Recasting Women. Essays in Colonial History, New Delhi 1999.

Chow Rey, Writing Diaspora: Tactics of Intervention in Contemporary Cultural Studies, Bloomington/Indianapolis 1993.

Conrad Sebastian / Shalini Randeria, Einleitung. Geteilte Geschichten – Europa in einer postkolonialen Welt, in: dies. (Hg.), Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/New York 2002.

Dhawan Nikita, Die verzwickte Position der Postkolonialen Feministin: Gegen eine Subalternisierung der intellektuellen Migrantin, in: Müller-Funk Wolfgang / Wagner Birgit (Hg.), Eigene und Andere Fremde: Postkoloniale Kulturkonflikte im europäischen Kontext, Wien, 2005.

Dhawan Nikita, Can the Subaltern Speak German? And Other Risky Questions. Migrant Hybridism versus Subalternity, in: translate, webjournal of eipcp – European Institute for Progressive Cultural Policies, 2007, http://translate.eipcp.net/strands/03/dhawan-strands01en.

Gopinath Gayatri, Local Sites/Global Contexts. The Transnational Trajectories of Deepa Mehta's Fire, in: Cruz-Malavé Arnaldo / Manalansan Martin (Hg.), Queer Globalizations. Citizenship and the Afterlife of Colonialism, New York 2002.

Grewal Inderpal/ Caren Kaplan, Scattered Hegemonies: Postmodernity and Transnational Feminist Practices, Minneapolis 1994.

Randeria Shalini, Globalisierung und Geschlechterfrage: Zur Einführung, in: Klingebiel Ruth / Randeria Shalini (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht, Bonn 2000.

Chakravorty Spivak Gayatri, Discussion. An Afterword on the New Subaltern, in: Chatterjee Partha/Jeganathan Pradeep (Hg.), Subaltern Studies XI: Community, Gender and Violence, New Delhi 2002a.

Chakravorty Spivak Gayatri, Resident Alien, in: Goldberg David Theo / Quayson Ato (Hg.), Relocating Postcolonialism, Oxford 2002b.

192

Žižek Slavoj, Blut ohne Boden – Boden ohne Blut, Konzept-Filmreihe des Kölnischen Kunstvereins 6./7.2004.

Staatliche Interventionen, Bevölkerungskontrolle und Gender: Indien und China im Vergleich ¹

Shalini Randeria

Die in Zürich lehrende Ethnologin Shalini Randeria hat seit der UNO-Bevölkerungskonferenz in Kairo 1994 verschiedentlich über die Zusammenhänge zwischen weiblichen Partizipationsmöglichkeiten und demographischer Entwicklung geforscht und geschrieben. Der folgende Text ist ein Auszug aus dem Beitrag von Shalini Randeria, der in dem von Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp und Birgit Sauer im Campus Verlag herausgegebenen Buch «Achsen der Ungleichheit» erschienen ist.²

[...]

Die vom [chinesischen] Staat streng durchgesetzte Politik der «Ein-Kind-Familie» hat nicht nur demographische, sondern auch soziale Folgen. Eine unverändert starke Vorliebe für männliche Nachkommenschaft bedeutet in der Praxis, dass eine Ein-Kind-Familie auch eine Ein-Sohn-Familie ist. China, wie Indien auch, gehört zu den wenigen Ländern der Welt, wo es pro 100 Männer je nach Region zwischen 94–98 Frauen gibt. Hätte China dasselbe Geschlechterverhältnis wie Westeuropa (d.h. 105 oder 106 Frauen pro 100 Männer), dann gäbe es in diesem Land heute 11 % mehr Frauen, als dies der Fall ist. Deshalb spricht der indische Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen, der auf dieses Phänomen aufmerksam gemacht hat, von 50 Millionen «verschwundenen Frauen» in China (Sen 1990). In vielen Gebieten des ländlichen China herrscht ein akuter Frauenmangel oder, anders ausgedrückt, ein Überschuss an Männern. Einer offiziellen Berechnung zufolge gibt es heute über 100 Millionen Männer, die aufgrund der

Geschlechterasymmetrie keine Ehefrauen finden können. Folge dieser Frauenknappheit ist aber nicht die Aufwertung von Frauen, wie nach Prinzipien der
ökonomischen Rationalität zu erwarten gewesen wäre. Ganz im Gegenteil: Der
Mangel an Frauen in heiratsfähigem Alter bringt ihre Entwertung mit sich und
führt nicht zuletzt zur Ausübung von Gewalt gegen sie. Junge Frauen werden oft
aus benachbarten Regionen verschleppt sowie über die koreanische Grenze geschmuggelt und an bäuerliche Familien verkauft. In einigen Landesteilen Indiens
(z.B. Rajasthan, Gujarat, Tamil Nadu) werden gegenwärtig Gegenmassnahmen
ergriffen, um dasselbe eklatante Problem zu lösen. Im westindischen Bundesstaat Gujarat etwa wurde 2006 auf Versammlungen einiger Kasten mit extrem
asymmetrischen Geschlechterverhältnissen, und einem damit einhergehenden
akuten Mangel an Frauen im heiratsfähigen Alter, ein Verbot der Tötung weiblicher Föten beschlossen und durch einen öffentlichen Eid von Kastenmitgliedern bekräftigt.

Frauenrechtlerinnen machen in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Entwertung von Frauen aber nicht nur Wirkung, sondern auch Grund des Frauendefizits ist. Amartya Sen (1990) führt das Frauendefizit in China wie Indien auf die ungleiche Behandlung von Frauen und insbesondere die systematische Diskriminierung weiblicher Säuglinge und Kinder im Familienalltag zurück.

[...]

Die demographische Transitionstheorie, die auf modernisierungstheoretischen Annahmen beruht, geht davon aus, dass der Rückgang der Geburtenrate mit dem Grad der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung korreliert. Allerdings lassen sich weder die Differenz in der Gesamtfertilitätsrate zwischen Indien und China noch die zwischen den einzelnen Bundesstaaten Indiens allein anhand wirtschaftlicher Faktoren erklären. Denn die industrialisierten westlichen Bundesstaaten Gujarat und Maharashtra genauso wie die reichen nördlichen Bundesstaaten Punjab und Haryana weisen viel höhere Fruchtbarkeitsraten auf als die wesentlich ärmeren Südstaaten Kerala und Tamil Nadu, Hier kann nicht näher auf diese regionalen Unterschiede innerhalb Indiens eingegangen werden (Randeria 1994, 1995). Der am dichtesten besiedelte südindische Bundesstaat Kerala bietet aber in dieser Hinsicht einen lehrreichen Vergleich mit China. In Kerala mit einer Bevölkerung von über 30 Millionen Menschen wurde ohne jeglichen Zwang binnen 20 Jahren die Fertilitätsrate unter das Niveau Chinas gesenkt. Gleichzeitig wurden Bildungs- und Lebenserwartungsraten von Frauen erreicht, die höher als die entsprechenden in China sind. Im Gegensatz zu China und zu einer Vielzahl nordindischer Bundesstaaten verzeichnet Kerala kein Frauendefizit. Die Fertilitätsrate in China fiel zwischen 1979 und 1991 von 2.8 auf 2,0, wogegen sie in Kerala über denselben Zeitraum von 3 auf 1,8 sank. Heute hat sich die Fruchtbarkeitsrate in Kerala auf unter 1,3, d.h. auf mitteleuropäischem Niveau, stabilisiert, während sie in China, wo sie mit staatlichen Zwangsmassnahmen erreicht und mit zahlreichen Kontrollmechanismen überwacht werden muss, 1,9 beträgt.

Die Erfolgsgeschichte Keralas, die auf der positiven Wechselwirkung von staatlicher Sozialpolitik sowie historischen und kontingenten Faktoren, darunter einem matrilinearen Erbrecht und einem traditionell hohen Status von Frauen in diesem Gebiet, beruht, ist ein komplexes Thema, das hier nur kurz umrissen werden kann. Die hohe Alphabetisierungsrate, das späte Heiratsalter infolge längerer Bildungszeiten und die geringe Mutter- und Kindersterblichkeit dank guter staatlicher Gesundheitsdienste förderten den Wunsch nach Kleinfamilien. Die rasche und freiwillige Verringerung der Fertilität in Kerala war damit, ganz im Gegenteil zu China, eine nicht intendierte Folge fortschrittlicher staatlicher Sozialpolitik, die sich vorrangig eine Verbesserung der Lebensqualität der Menschen zum Ziel setzte und zwar unabhängig von den demographischen Auswirkungen, die sie haben könnte. Neben der Durchführung konsequenter Agrarreformen, gab die kommunistische Partei in Kerala in den 1980er Jahren 60% des Landeshaushalts für den sozialen Sektor einschliesslich der Einführung von Pensionen und anderen Strukturmassnahmen zur Steigerung der sozialen Sicherheit aus. Zwar verzeichnet Kerala kein sehr hohes Pro-Kopf-Einkommen, aber von allen indischen Bundesstaaten hat es die niedrigsten Werte in Sachen soziale und ökonomische Ungleichheit. Ferner zeigt sich in der Kinder- und Säuglingssterblichkeit sowie in der Lebenserwartung keine Diskrepanz zwischen den Geschlechtern. Was das Beispiel von Kerala deutlich zeigt, ist, dass Investitionen in Bildung, Gesundheit und Sozialversicherungssysteme eher von breiter demokratischer Partizipation und politischem Willen denn von hohem Wirtschaftswachstum abhängen, das schliesslich keine notwendige Bedingung für gute Sozialpolitik darstellt.

Das Beispiel Chinas ist auch in dieser Hinsicht instruktiv. Zwar beträgt der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag – wie von der Weltbank definiert – leben, nur 18,5% in China gegenüber 44,2% in Indien. Allerdings haben in den letzten 20 Jahren die ungleiche Einkommensverteilung sowie der Unterschied zwischen Stadt und Land wie auch zwischen Küstenregionen und Binnenland in China stark zugenommen. Die gegenwärtigen sozialen Indikatoren in China sind eher das positive Ergebnis der Sozialpolitik der Planungsära denn ein Resultat der Liberalisierung und Marktwirtschaft. Der Anstieg der Lebenserwartung in den Post-Reform-Jahren ist z.B. gering (1,8 Jahre zwischen 1981 und 1991 verglichen mit 4 Jahren in Kerala im selben Zeitraum). Oder nehmen wir das Beispiel der Säuglingssterblichkeitsrate: Ende der 1970er

Jahre war die Säuglingssterblichkeit in China genauso hoch wie in Kerala. Bis 2000 fiel sie jedoch in Kerala stetig von 37 auf 14 pro 1000 Geburten, wogegen sie in China lediglich von 37 auf 30 sank. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums, das zweifelsohne erheblich zur Erhöhung von Privateinkommen beigetragen hat, gelang es dem chinesischen Staat nicht, eine Verbesserung oder zumindest Aufrechterhaltung der staatlichen Gesundheitsdienste und Bildung zu gewährleisten. [...]

Verbrauch von Verhütungsmitteln, Couple Protection Rate (CPR) und Gesamtfertilitätsrate (1999)		
BUNDESSTAAT	CPR in %	Gesamtfertilitätsrate
Andhra Pradesh	50.3	2.5
Gujarat	54.5	3.0
Haryana	49.5	3.4
Karnataka	55.4	2.5
Kerala	40.5	1.8
Madhya Pradesh	46.5	4.0
Maharashtra	50.1	2.7
Orissa	39.0	3.0
Punjab	66.0	2.7
Tamil Nadu	50.4	2.0

Anmerkungen

196

- 1 Mein Dank gilt Dr. Evangelos Karagiannis und Susanne Straessle für Unterstützung bei der Überarbeitung dieses Texts. Prof. Leela Visaria und Miriam Keller verdanke ich Hinweise zu Literatur über die Zwei-Kind-Norm in Indien. Nadia Mouci bin ich zu Dank verpflichtet für einige Recherchen für den Text.
- 2 Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp, Birgit Sauer (Hg.), Achsen der Ungleichheit: Verhältnisbestimmungen von Geschlecht, Klasse, Ethnizität, Frankfurt a.M. / New York 2007.

Literatur

Greenhalgh Susan 2005, Globalization and population governance in China, in: Aihwa Ong/Stephen Collier (Hg.): Global Assemblages: Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems, Malden MA, Blackwell, S. 354–372.

Olympe 25/26/07

Greenhalgh Susan / Winkler Edwin A. 2005, Governing China's Population: From Leninist to Neoliberal Biopolitics, California, Stanford University Press.

Randeria Shalini 1994, Das Wunder Kerala – eine Erfolgsgeschichte indischer Bevölkerungspolitik?, in: Ch. Wichterich (Hg.), Kinder nach Mass – Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen, Lamuv Verlag, S. 239–262.

Randeria Shalini 1995, Die sozio-ökonomische Einbettung reproduktiver Rechte: Frauen und Bevölkerungspolitik in Indien, in: Feministische Studien, "Heft 1, S. 119–132.

Randeria Shalini 2006a, Maltus contra Condorcet. Bevölkerungspolitik, Gender und Kultur aus ethnologischer Perspektive, in: Historische Anthropologie, Heft 1, Köln: Böhlau Verlag.

Sen Amartya 1990, More than 100 Million Women are missing, in: The New York Review, Volume 37 Number 20.

Schule als Praxisfeld für Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit

Yvonne Leimgruber

Sich demokratisch in gesellschaftspolitische Aushandlungsprozesse einzubringen ist ein grundlegendes Menschenrecht. Politische Bildung zielt darauf ab, eine solche politische Mündigkeit bei Schülerinnen und Schülern zu fördern. Damit ihr Anspruch auf Gehör und auf Würde gewahrt bleibt, sollen ihnen Instrumente in die Hand gegeben werden, um ihre Bedürfnisse und Interessen wirksam zu vertreten. Zugleich ist Politische Bildung bestrebt, Menschen verschiedenen Alters zu einem Engagement in demokratischen Gemeinschaften und Gesellschaften zu befähigen und zu motivieren, damit diese ihrer demokratischen Substanz nicht beraubt werden.

Gesellschaft wie Politik sind zum Nachteil vieler Frauen «gendered». Daher ist ein Fokus Politischer Bildung auf die soziale Konstruktion der Frauen und Männern zugeschriebenen Eigenschaften und die damit verbundenen Interessen und Machtkonstellationen gerichtet. Eine solche Politische Bildung bezweckt, die Lernenden zur Analyse und zur Reflexion ihrer Lebenswelt anzuregen. Ihnen sollen methodische Fähigkeiten vermittelt werden, um sich für eine verstärkte Geschlechtergerechtigkeit in Gesellschaft und Staat einzusetzen.

Politische Bildung und Demokratie

Demokratische Gesellschaften sind im Anschluss an den Aufbruch der Aufklärung entstanden und erlauben es mündigen Bürgerinnen und Bürgern, sich in die Gestaltung der jeweiligen Staatlichkeit einzubringen. Politische Mitbestimmung ist ein grundlegendes Menschenrecht, das wahrzunehmen jedoch bestimmte Kompetenzen erfordert. Sie aufzubauen bzw. zu fördern ist Ziel Politischer Bildung. Schulen können damit konkrete Orte zur Einübung demokratischer Praxis sein.

Demokratien sind auf eine Beteiligung breiter Bevölkerungskreise angewiesen. In der Schweiz wie in anderen westlichen Staaten zeigt sich aber eine Tendenz zur gesellschaftspolitischen Abstinenz, was eine Gefährdung demokratischer Systeme zur Folge hat. Eine weitere Herausforderung für Demokratien sind die politische Neugestaltung Europas und die zunehmende Globalisierung. Dies bedingt ein neues Verständnis von Partizipation und Zivilgesellschaft. Politische Bildung muss sich mit Prozessen auseinandersetzen, «die auf jeden Menschen als Mitglied einer sozialen und politischen Ordnung über unterschiedliche Gruppen, Organisationen, Institutionen und Medien politisch prägend einwirken»¹.

Grundsätzlich stellen sich daher weltweit ähnliche Fragen: Was kann Politische Bildung zu einer Entwicklung, Festigung und Tradierung demokratischer, solidarischer gesellschaftspolitischer Kulturen beitragen? Wie können junge Leute zu einem intensiveren gesellschaftlichen und politischen Engagement bewegt und wie kann ihre Entscheidungsfähigkeit gestärkt werden? Welches Wissen, welche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Methoden und welche Haltungen benötigen sie hierzu? Welchen Beitrag können schulische Institutionen und der ausserschulische informelle Bereich (z.B. Jugendarbeit und -verbände, Erwachsenenbildung) liefern?

Eine im demokratischen Sinne auf Mündigkeit angelegte Politische Bildung regt bei den Lernenden die selbständige Urteilsfindung an und lässt Raum für kontroverse Diskussionen. Dies bedingt ein Überwältigungs- bzw. Indoktrinationsverbot.² Die Lernenden sollten dazu befähigt werden, eigene Interessen in die gesellschaftliche Gestaltung einzubringen und unter Bewahrung von Kompromissbereitschaft zu vertreten. Dies setzt voraus, dass gesellschaftspolitische Vorgaben in Frage gestellt werden können und dürfen. Politische Bildung sollte aber auch den Blick für das Machbare schärfen, ohne Ideale und Utopien zu negieren.

Um die Lernenden auf eine erfolgreiche Beteiligung in demokratischen Gemeinschaften vorzubereiten, müssen Basiskompetenzen aufgebaut werden.³ Zu diesen Kompetenzen zählen:

- 1. *Politische Urteilsfähigkeit:* Sie ermöglicht, politische Ereignisse, Probleme, Kontroversen und Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sach- und Wertaspekten zu analysieren und zu reflektieren.
- 2. *Politische Handlungsfähigkeit*: Sie erlaubt, Meinungen, Überzeugungen und Interessen zu formulieren und vor anderen zu vertreten, Aushandlungsprozesse zu führen und Konflikte mittels Kompromissen zu regeln.
- 3. *Methodische Fähigkeiten:* Sie versetzen Menschen in die Lage, sich selbständig über politische, wirtschaftliche, rechtliche und gesellschaftliche Fragen zu

orientieren, fachliche Themen mit verschiedenen Methoden zu bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen zu organisieren.

Die Lernenden sollen dazu befähigt werden, mit Unterstützung dieser Basiskompetenzen vom Einzelfall aus auf grundlegende Funktionsweisen von Institutionen und Organisationen zu schliessen. Dieses konzeptuelle Deutungswissen soll ihnen erlauben, gesellschaftspolitische Probleme zu analysieren, zu beurteilen und angemessene Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Bei der konkreten Ausgestaltung von Politischer Bildung wurden und werden weltweit unterschiedliche Wege beschritten. Diese variieren zwischen dem Pol einer am politologischen Politikverständnis orientierten rein kognitiven Wissensvermittlung (Politik-Lernen; in der Schweiz bis vor kurzem der Staatskundeunterricht) und dem Pol einer auf reine Sozialkompetenz ausgerichteten handlungsorientierten Demokratie-Erziehung (Demokratie-Lernen). Eine effektive Vorbereitung auf ein gesellschaftspolitisches Engagement bedarf aber aller Elemente Politischer Bildung.

Schulen eröffnen den Lernenden die Möglichkeit, demokratische Mitwirkung einzuüben. Das Schulzimmer, der Pausenplatz oder der Einsitz in einem schulischen Gremium kann zum Ort der Partizipation, zum partizipativen Raum bis hin zur «Just Community», werden.⁴ Eine wichtige Perspektive eröffnet aber auch eine über die Grenzen der Schulstube hinausreichende Politische Bildung. Der Einbezug des eigenen Lebensraums bedeutet für die Lernenden persönliche Betroffenheit und beinhaltet die Möglichkeit, den eigenen Gestaltungsund Partizipationswillen in konkrete Projekte einfliessen zu lassen.⁵ Eine effektive Werteerziehung ist aber nur möglich, wenn die Lernenden Grundwerte wie Anerkennung und Wertschätzung in ihrem eigenen schulischen Alltag erkennen, Verantwortung übernehmen und an der schulischen Gestaltung partizipieren können. Politische Bildung kann zudem im ausserschulischen Raum stattfinden, beispielsweise in Jugendorganisationen, in Gewerkschaften oder in kirchlichen Institutionen.⁶

Politische Bildung muss die Vielschichtigkeit des Demokratie-Verständnisses berücksichtigen:⁷ In ihrer Ausprägung als Herrschaftsform beruhen demokratische Systeme auf politischer Gleichheit und politischen Beteiligungsrechten der erwachsenen Bevölkerung (Volkssouveränität) und umfassen den Staat, seine Funktionen und Aufgaben. Die Herausbildung «junger» europäischer Demokratien und die Globalisierung weisen darauf hin, dass nur eine gesellschaftliche Verankerung und Tradierung demokratischer Prinzipien das Funktionieren politischer demokratischer Systeme ermöglicht. Dies bedingt eine starke Zivilgesellschaft, in der Pluralismus und soziale Differenz Raum haben und Konflikte friedlich geregelt werden. Neben diesem Verständnis von Demo-

kratie als Herrschafts- und als Gesellschaftsform gibt es einen dritten Demokratie-Zugang, ausgerichtet auf Lebensformen. Themen sind das Alltagsleben und die Kultur des sozialen Zusammenlebens. Damit ist die Mikroebene demokratischer Kultur, beispielsweise die Familie oder die Schule, angesprochen. Sie wird als Grundlage eines demokratischen politischen Engagements und demokratischer Gesellschaften überhaupt gesehen. Denn wer in einer von Toleranz und Fairness geprägten Umwelt aufwächst, die Vielfalt der Lebensstile als Chance begreift und zu Solidarität und Selbstorganisation erzogen wird, hat nach dieser Sicht gute Voraussetzungen, innerhalb der Gesellschaft demokratisch zu agieren und sich demokratisch in das politische System einzubringen.

Politische Bildung und Geschlecht

Selbständigkeit und die Befreiung aus bevormundenden und unterdrückenden Verhältnissen sind grundlegende aufklärerische Ziele, denen auch Politische Bildung dient.⁸ Im Bereich der Geschlechtergerechtigkeit muss diesbezüglich noch viel geleistet werden, selbst in westlichen Staaten mit breiten Mitsprachemöglichkeiten, wie sie die Schweiz bietet. So sind niedere berufliche Stellungen von Frauen, grosse geschlechtsspezifische Lohnunterschiede, die Delegierung unbezahlter, jedoch gesellschaftlich notwendiger Arbeiten an Frauen oder deren Untervertretung in politischen Ämtern⁹ auch hierzulande weit verbreitet. Weltweit gesehen sind die Frauen benachteiligenden Machtverhältnisse noch viel stärker ausgeprägt.

Ausgehend von entwicklungspolitischen Anliegen, wurde anlässlich der dritten Weltfrauenkonferenz der UNO 1985 in Nairobi erstmals das gleichstellungspolitische Konzept des Gender Mainstreaming¹⁰ diskutiert, anlässlich der vierten Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 als neue Gleichstellungsstrategie propagiert und 1997 als verbindliche Aufgabe den Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgegeben. Die Integration der Gleichstellungsperspektive in den Bildungssektor – und damit auch in die Politische Bildung – wird damit forciert.¹¹ Bislang liegen allerdings weder ausgearbeitete feministische Didaktiken noch konkrete geschlechtergerechte Konzeptionen für Politische Bildung vor.¹² Hingegen gibt es didaktische und methodische Überlegungen, wie Genderkompetenz vermittelt werden kann, und die Genderforschung¹³ stellt Instrumente und Erkenntnisse bereit, von denen ausgehend Fragen der Geschlechtergerechtigkeit im Rahmen Politischer Bildung angegangen werden können.

Den Schülerinnen und Schülern sollen die Historizität und die Wandlungsfähigkeit von Geschlechterstereotypen aufgezeigt werden und dass diese gleichermassen in gesellschaftliche, institutionelle, soziale und private Kontexte eingebunden sind. Die Lernenden sollen erkennen, dass den gesellschaftlichen

de liegen, die in einem engen Zusammenspiel stehen mit Politik (z.B. Familien-, Sozial-, Bildungs- oder Steuerpolitik) und Gesellschaft (z.B. Verteilung von Erwerbs- und Hausarbeit, Kinderbetreuung). 14 Die kürzlich erstellte IEA-Studie, in welcher politisches Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen in 28 Staaten erforscht wurden, zeigte zudem eindrücklich, dass weibliche und männliche Jugendliche unterschiedliche Zugänge zum Politischen haben. 15 Geschlechtsspezifische Sozialisationsfaktoren sind also dafür bestimmend, wie ausgeprägt die jeweilige Bereitschaft zu Partizipation und Engagement in Gesellschaft und Politik ist.

Leitbildern und Arrangements bestimmte Männer- bzw. Frauenbilder zugrun-

An dieser Stelle sei ein 1986 publizierter theoretischer Grundlagentext herausgehoben, der die Diskussion um Frauen- und Geschlechtergeschichte nachhaltig beeinflusste: «Gender. A Useful Category of Historical Analysis». ¹⁶ Auch wenn in der Folgezeit die Diskussion mit postmodernen und dekonstruktivistischen Methoden und Diskurstheorien weitergeführt wurde, hat Scotts Position bis heute Gültigkeit. In diesem Text definiert Scott Gender als «konstitutives Element von gesellschaftlichen Beziehungen», gründend auf «wahrgenommenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern». 17 Gender beinhalte die folgenden, miteinander verbundenen Elemente bzw. Beziehungen: a) kulturell verfügbare Symbole und Mythen mit vielfältigen, einander auch widersprechenden Repräsentationsformen, b) normative Konzepte, enthalten in Doktrinen mit meist binären Gegensätzen, c) eine bestimmte Auffassung von Politik, Bezüge zu sozialen Institutionen und Organisationen sowie d) subjektive Identität. 18 Als zweiten Teil ihrer Gender-Definition sieht Scott den Begriff sodann als ein Mittel zur Bezeichnung von Machtbeziehungen, als ein Geflecht, «in dem oder mittels dessen Macht artikuliert wird»¹⁹.

Dieses Genderverständnis kann in die Politische Bildung aufgenommen werden, um geschlechtsspezifische Diskriminierungen in Gesellschaft und Politik aufzuschlüsseln. So können die Lernenden bezüglich der kulturellen Symbole (a) beispielsweise befragt werden, wie die Geschlechter in der Werbung oder in Kinofilmen präsentiert werden. Lassen sich daraus Geschlechterbilder ableiten, kann (b) beispielsweise gefragt werden, ob sie hierarchisch sind, ob die dargestellten Männer und Frauen ähnlich grosse Wirkungsmöglichkeiten haben, ob sie mit gegensätzlichen Attributen ausgestattet sind und welche Geschlechternormen sich daraus ableiten lassen. Haben die Schülerinnen und Schüler solche Frauen und Männer starr charakterisierende Normen herausgearbeitet, kann auf die Ebene gesellschaftspolitischer Institutionen und Organisationen (c) fokussiert werden: Sind beispielsweise in bildungspolitischen Festlegungen geschlechtsspezifische Normen erkennbar, die konkrete Auswirkungen auf die

schulische Praxis haben? So kann eine Klasse untersuchen, ob die verschiedenen Schultypen oder bestimmte Wahlfächer gleichermassen von Jungen und Mädchen besucht werden, ob Berufs- bzw. Hochschulausbildung «gendered» sind oder wie sich Männer und Frauen auf verschiedene Berufe verteilen. Diese Analyse können die Lernenden mit der eigenen Person in Verbindung bringen: Lassen sich beispielsweise aus einem bestimmten Berufswunsch oder der erhofften idealen Partnerschaft Rückschlüsse auf das eigene Selbstverständnis als Mädchen oder Junge ableiten? Wie sehen sie sich selber als junger Mann, als junge Frau? Diese Auseinandersetzung mit der subjektiven Identität (d) ist besonders dann spannend, wenn die eigene Anspruchshaltung an den gesellschaftlichen Bedingungen und den Möglichkeiten der Selbstentfaltung gemessen wird. Den Lernenden soll bewusst werden, dass Geschlechterstereotypen unmittelbar auf ihre Lebenswelt wirken, für sie mit Vor- und Nachteilen sowie mit Fragen der Gerechtigkeit verbunden sind. Die Frage nach konkreten Machtkonstellationen ist denn auch für Politische Bildung wie für die Auseinandersetzung mit Gender wichtig.

Scotts Genderverständnis bietet einen guten Einstieg in die Thematik. Allerdings ist es ein intellektueller, auf einer theoretischen Grundposition aufbauender Zugang, der für die Eingangsstufe und die Grundschule stark gebrochen werden muss. Viel direkter sprechen pädagogische Wege an, die bei aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen ansetzen und die besondere Betroffenheit oder Benachteiligung von Frauen oder Männern aufgrund ihres Geschlechts ins Zentrum des Unterrichts rücken. Hier können emanzipatorische Ziele oder mögliche Handlungsstrategien erörtert werden. Ein weiterer Ansatz ist die Thematisierung alltäglicher Problemstellungen in Geschlechterverhältnissen, beispielsweise Gewalt gegen Frauen oder strukturelle Hindernisse für Männer, Erwerbsarbeit mit Familienarbeit zu vereinbaren. Auch können, beispielsweise über Forschendes Lernen, verdeckte weibliche Beiträge in Politik und Geschichte aufgearbeitet werden. Dieser Zugang zielt darauf, Geschlechterstereotypen durchbrechende Biografien, die Vielfalt möglicher Lebensstile oder gegen Frauen gerichtete Diskriminierungsstrategien aufzuzeigen.

Für diese Zugänge können vielfältige Methoden genutzt werden.

1. ExpertInnenbefragung: Die Befragung von Expertinnen und Experten ermöglicht Kindern und Jugendlichen, Einsicht in Biografien von Menschen zu nehmen, die gängige Rollenmuster durchbrochen haben. Anhand konkreter Beispiele können so Perspektiven für die eigene Lebensgestaltung erarbeitet werden. Die Befragten können Tipps geben, wie sie in konkreten Fällen vorgegangen sind, und ihr Beispiel kann die Lernenden für eigene Wirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft und Politik sensibilisieren.

- 2. Biografisches Lernen: Dieses setzt bei den Lebenszusammenhängen der Lernenden an. Ausgehend von der eigenen Biografie, arbeiten sie gesellschaftliche Strukturen heraus, die geschlechtsspezifische Unterdrückung begünstigen. Die individuellen Lebenszusammenhänge werden dadurch entprivatisiert und das Verständnis für politische Wirkungskräfte und Machtverhältnisse gefördert.
- 3. Exkursionen und Praktika: Im öffentlichen Raum durchgeführt, können sie durch Einblicke in zuvor unbekannte Wirkungsmöglichkeiten das Bewusstsein für unterschiedliche Geschlechterrollen steigern, die Selbstreflexion anregen und so eine veränderte Teilhabepraxis fördern. 4. Körperorientiertes Lernen: Auch die in den Körper eingeschriebenen Geschlechterstereotypen mit «typisch weiblichem» oder «typisch männlichem» Verhalten, Gestik oder Mimik können angesprochen werden.

Nicht zuletzt sollte die Lehrperson aber eigenes geschlechterstereotypes Verhalten zu analysieren suchen. Lehrerinnen und Lehrer haben Vorbildfunktion und können dadurch die Geschlechterbilder der Lernenden nachhaltig beeinflussen.

Gender und Politische Bildung an Pädagogischen Hochschulen: Beispiel Fachhochschule Nordwestschweiz

An pädagogischen Hochschulen (PH) werden Lehrpersonen für die Volksschulen ausgebildet, womit PHs indirekt Einfluss auf das konkrete Unterrichtsgeschehen nehmen. Bezüglich Politischer Bildung sind die bildungspolitischen Vorgaben in der Schweiz weitgehend identisch: Im Gegensatz beispielsweise zu Deutschland wird sie hier nicht als eigenständiges Fach unterrichtet, sondern ist ein fächerübergreifender Unterrichtsinhalt. Sie kann also genauso gut in Biologie thematisiert werden (z.B. am Beispiel der Umweltzerstörung) wie in Deutsch (z.B. [Anti-]Kriegs-Literatur und ihr historisch-politischer Kontext), in Geografie (z.B. Asylproblematik unter dem Fokus der Globalisierung) oder in Geschichte (z.B. heutige geschlechtersegregierte Tätigkeitsfelder in der Arbeitswelt den Verhältnissen früherer Zeiten gegenüberstellen).

Wohl wird von politischer Seite immer wieder auf die Bedeutung Politischer Bildung für demokratische Gesellschaften verwiesen. ²⁰ Sie müsse gefördert werden, um der zunehmenden Stimmabstinenz junger Wahlberechtigter vorzubeugen. Geht es jedoch konkret um die Bereitstellung finanzieller Mittel oder um sonstige Formen der Unterstützung, schwindet die verbal geäusserte Zustimmung. Die Schweizerische Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) gab eine Studie zur Situation der Politischen Bildung in Auftrag, die im Jahr 2000 publiziert wurde. ²¹ Gemäss dem aktuellen Tätigkeitsprogramm²² gehört Politische Bildung derzeit aber nicht zu den Arbeitsschwerpunkten der EDK, womit die Ausgestaltung und Förderung der Politischen Bildung hauptsächlich bei den PHs liegt. Weil

die PH der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) der Politischen Bildung besondere Bedeutung beimisst, wird im Folgenden auf Bildung und Forschung an dieser Institution eingegangen.

Allerdings sei es gleich vorweggenommen: Gender ist an der PH der FHNW kein Schwerpunktthema. Dies spiegelt die derzeitige Bedeutung der Kategorie im Bildungssektor: Zumeist ist Gender unter «Heterogenität» subsumiert. Hingegen legt die PH der FHNW Wert darauf, dass bei der didaktischen Ausbildung und in Forschungs- wie Entwicklungsprojekten zumindest auf die Geschlechtergerechtigkeit bezüglich Sprache und inhaltlicher Berücksichtigung geachtet wird und die Anstellungsbedingungen für Männer wie Frauen dieselben sind.

Innerhalb des hochschuleigenen «Instituts Forschung und Entwicklung» wird im «Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik» zu wirksamen Formen der schulischen Politischen Bildung geforscht. Das soeben abgeschlossene Forschungsprojekt «Geschichte und Politik im Unterricht. Eine Videostudie»²³ untersuchte, wie Politik als schulischer Lernbereich unterrichtet wird, welche fachdidaktischen Inszenierungs- und Handlungsmuster dabei sichtbar werden und wie Lernen formal und qualitativ ermöglicht wird. Im Anschluss an diese Studie sind weitere Projekte vorbereitet worden. Ausgehend von der Erforschung wirksamer Wege der Politik-Vermittlung, ist das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik bestrebt, Entwicklungsprodukte für die schulische Praxis zu erarbeiten. Um Lehrpersonen ein modernes Medium der Information über Form, Zielsetzungen und Inhalte Politischer Bildung bereitzustellen, wurde die Website www.politischebildung.ch konzipiert. Sie ist seit Anfang 2007 online und wird von Lehrkräften hauptsächlich dazu genutzt, Materialien für den konkreten Unterricht herunterzuladen und sich über geeignete Lehrmittel zu informieren. Die Website stellt zudem Wissen über didaktische und methodische Zugänge der Vermittlung zur Verfügung, informiert über schweizerische Forschungsprojekte zu Politischer Bildung, über deren Stand in der Schweiz und international und über wichtige Links. Als Work in Progress konzipiert, ist die Website auf Beiträge Interessierter angewiesen und wird weiter ausgebaut. Insbesondere fehlen derzeit Texte, welche die Genderthematik explizit aufgreifen.²⁴ In eine weitere Website werden Erkenntnisse aus einem grossangelegten universitären interdisziplinären Forschungsprogramm (NCCR Democracy²⁵) einfliessen. Diese Projekte untersuchten zentrale Herausforderungen wie Globalisierung und zunehmende mediale Beeinflussung der Politik, denen sich Demokratien heute stellen müssen. Das Zentrum war zudem an der Erarbeitung eines für die Schweiz neuartigen Schulbuchs zu Politischer Bildung beteiligt.²⁶

Die am Zentrum erarbeiteten Erkenntnisse sollen direkt für die schulische Praxis verwertet werden. Daher hat das Zentrum eine jährliche Tagung zu Poli-

Fazit

Eine auf politische Mündigkeit angelegte Politische Bildung eröffnet den Lernenden die Chance, grundlegende Menschenrechte einzufordern, und regt dazu an, sich in Gesellschaft und Politik zu engagieren. Für Geschlechtergerechtigkeit, einem zentralen Anliegen von Menschenrechtsbestrebungen, kann daher mittels Politischer Bildung sensibilisiert werden. Hierbei können vielfältige didaktische und methodische Zugänge genutzt werden, die gleichermassen kognitiv wie emotional ausgerichtet sind. Da Gesellschaft wie Politik «gendered» sind, kann Politische Bildung praktisch jedes Thema auf diese Kategorie hin fokussieren. Das Fehlen konkreter geschlechtergerechter Konzeptionen für Politische Bildung sowie das Beispiel der PH der FHNW zeigen, dass Politische Bildung ein erst wenig genutztes Potenzial eröffnet, um jungen Leuten Anliegen der Geschlechtergerechtigkeit nahezubringen.

tischer Bildung initiiert, die Lehrpersonen Inputs für ihren Unterricht vermittelt.

Frühere Themen waren darauf ausgerichtet, Lehrerinnen und Lehrer in Poli-

tische Bildung einzuführen und ihnen Hilfestellungen zur Thematisierung natio-

naler Wahlen zu geben. Geplant ist eine weitere Tagung zum Thema «Demokra-

tie und Partizipation – soziales und politisches Lernen». Am Forschungsinstitut

tätige Mitarbeitende der PH sind zudem in der Ausbildung aktiv und führen die

Vor kurzem hat sich dem Forschungszentrum eine interessante Perspektive er-

öffnet: Die Stadt Aarau, die Universität Zürich sowie die PH der FHNW bauen

derzeit gemeinsam das «Zentrum für Demokratie Aarau» (ZDA) auf. Dieses soll

zum Nachdenken über die Grundwerte der Demokratie anregen und Impulse

zu ihrer Weiterentwicklung geben. Neben dem Institut für Politikwissenschaft

der Universität Zürich und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum für

Direkte Demokratie «c2d», ebenfalls Universität Zürich (vormals Universität

Genf), wird das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH

FHNW in der Neugründung tätig sein. Damit besteht die Chance, im interdiszi-

plinären Austausch Beiträge an eine demokratische Gesellschafts- und Politik-

kultur und konkret an die schulische Demokratieerziehung zu leisten.

Studierenden im Rahmen eines Pflichtwahlfachs in Politische Bildung ein.

Anmerkungen

- 1 Peter Massing, Politische Bildung, Wiesbaden 2003, S. 500–509, hier S. 501.
- 2 Vgl. hierzu den sog. Beutelsbacher Konsens von 1976, in dem diese und weitere für Politische

- Bildung grundlegende Bedingungen festgesetzt wurden (Armin Scherb, Der Beutelsbacher Konsens, in: Dirk Lange [Hg.], Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2: Strategien der Politischen Bildung, Hohengehren 2007, S. 31–39).
- 3 Vgl. dazu: Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung GPJE, Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf, Schwalbach/Ts 2004.
- 4 Allerdings müssen die Grenzen solcher schulischer Mitwirkungsmöglichkeiten ebenso im Auge behalten werden wie grundsätzlich die Frage, ob schulische Partizipation direkt den Weg öffnet zu politischem Engagement. Vgl. hierzu Carsten Quesel, Fritz Oser (Hg.), Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Zürich/Chur 2006, spez. Beitrag Roland Reichenbach, Diskurse zwischen Ungleichen. Zur Ambivalenz einer partizipativen Pädagogik, S. 39-61.
- 5 Reinhard Fatke, Matthias Niklowitz, Den Kindern eine Stimme geben. Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz, P\u00e4dagogisches Institut der Universit\u00e4t Z\u00fcrich 2003 (Kurzfassung).
- 6 Benno Hafeneger, Politische Bildung in der ausserschulischen Jugendbildung, in: Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung, 3. überarb. Aufl., Schwalbach/Ts. 2005, S. 282–299; Volker Reinhardt, Ausserschulische Politische Bildung im Vergleich. Strukturen der ausserschulischen politischen Bildung und Erwachsenenbildung in Deutschland, Frankreich und der Schweiz mit einem grenzüberschreitenden Schwerpunkt, Göttingen 2003.
- 7 Vgl. dazu: Gerhard Himmelmann, Demokratie Lernen. Als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform, Schwalbach/Ts. 2001; Peter Massing, Demokratie-Lernen oder Politik-Lernen?, Schwalbach/Ts. 2002, S. 160–187; Bernhard Sutor, Demokratie-Lernen? – Demokratisch Politik lernen! Zu den Thesen von Gerhard Himmelmann, Schwalbach/Ts. 2002, S. 40–52.
- 8 Klaus-Peter Hufer, Emanzipation und Politische Bildung, in: Dirk Lange (Hg.), Basiswissen Politischer Bildung, Bd. 1: Konzeptionen Politischer Bildung, Hohengehren 2007, S. 141–149.
- In der Schweiz stellen Frauen 53 % der Wahlberechtigten, unter den für politische Ämter Kandidierenden finden sich noch ein Drittel Frauen, während dem bei den Nationalratswahlen von 2003 nur gut ein Viertel der Gewählten Frauen waren. Vgl. Eidg. Büro f. d. Gleichstellung von Frau und Mann, Bundesamt für Statistik (Hg.), Auf dem Weg zur Gleichstellung? Statistiken, Neuchâtel 2004.
- 10 Vgl. dazu: Michael Meuser, Claudia Neusüss (Hg.), Gender Mainstreaming. Konzepte Handlungsfelder Instrumente, Bonn 2004.
- 11 Als Beispiel für diese Bemühungen: GECEL-Projektgruppe (Hg.), Politische Bildung und Lernen für Gender Mainstreaming. Beispiele guter Trainings-Praxis Höhepunkte und Hindernisse. Ein Handbuch aus dem Projekt GECEL, Bonn 2006. Dieses Handbuch ist das Produkt einer über dreijährigen transnationalen Zusammenarbeit unterschiedlichster Organisationen aus Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland und Island in einem EU-Sokrates-Projekt.
- 12 Dagmar Richter, Geschlechtsspezifische Aspekte politischen Lernens, in: Wolfgang Sander (Hg.), Handbuch politische Bildung, 3. überarb. Aufl., Schwalbach/Ts. 2005, S. 407–418, hier: 411.
- 13 Vgl. dazu beispielsweise Christina Braun, Inge Stephan (Hg.), Gender-Studien. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar 2000; Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp, Birgit Sauer (Hg.), Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität, Frankfurt am Main 2007; Gudrun-Axeli Knapp, Angelika Wetterer (Hg.), Soziale Verortung der Geschlechter. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster 2001; Angelika Wetterer, Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. «Gender at Work» in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz 2002.
- 14 Friederike Maier, Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit in der Europäischen Union, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 2 (1997), S. 15–27.
- 15 Judith Torney-Purta, Rainer Lehmann, Hans Oswald, Wolfram Schulz, Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries: Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam 2001. Auf die Schweiz bezogen: Fritz Oser, Horst Biedermann, Jugend ohne Politischem Sieder IEA Studie zu politischem Wissen, Demokratieverständnis und gesellschaftlichem Engagement von Jugendlichen in der Schweiz im Vergleich mit 27 anderen Ländern, Zürich/Chur 2003.
- 16 Joan W. Scott, Gender. A Useful Category of Historical Analysis, in: American Historical Review 91 (1986) 5, S. 1053–1075. Die folgenden Zitate sind der folgenden deutschen Übersetzung

entnommen: Joan Wallace Scott, Gender: Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse, in: Nancy Kaiser (Hg.), Selbst bewusst. Frauen in den USA, Leipzig 1994, S. 27–75. Zu Scott vgl. auch Claudia Honegger, Caroline Arni (Hg.), Gender. Die Tücken einer Kategorie. Joan W. Scott, Geschichte und Politik. Beiträge zum Symposion anlässlich der Verleihung des Hans-Sigrist-Preises 1999 der Universität Bern an Joan W. Scott, Zürich 2001.

- 17 Scott, Gender, S. 52.
- 18 Scott, Gender S. 53-55.
- 19 Scott, Gender, S. 56.
- 20 Beispielsweise im Jahr 2005, das vom Europarat zum Jahr der Politischen Bildung ausgerufen worden war.
- 21 Fritz Oser, Roland Reichenbach, Politische Bildung in der Schweiz. Schlussbericht, Bern 2000.
- 22 EDK, Tätigkeitsprogramm, www.edk.ch/PDF_Downloads/LLTG/tgpro_d.pdf.
- 23 Peter Gautschi et al. (Hg.), Geschichtsunterricht heute. Eine empirische Analyse ausgewählter Aspekte, Bern 2007.
- 24 Vorschläge für Beiträge nimmt die Autorin gerne entgegen (yvonne.leimgruber@fhnw.ch).
- 25 www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr.
- 26 Rolf Gollob et al., Politik und Demokratie leben und lernen. Politische Bildung in der Schule. Grundlagen für die Aus- und Weiterbildung, Bern 2007.

208

Demokratie und kritisches Handeln

Lise Cyrenne

In vielen aktuellen Studiengängen wird betont, wie zentral kritisches Nachfragen und Reflektieren des Lernstoffs für den Lernprozess seien. Und doch existieren in den meisten Studiengängen unhinterfragte Hierarchien. Es wird kaum diskutiert, wie und wann etwas gelernt werden soll. Die Studiengänge sind voll von vorgegebenen Prozessen und feststehenden Massstäben für Erfolg oder Misserfolg. Ziel des Lernprozesses ist die Formung von Menschen, die sich an eine ausbeuterische Arbeitsumgebung anpassen können. Hierarchien als solche zu hinterfragen, beim Studium wie bei der Arbeit, ist kein zentrales und wesentliches Prüfungskriterium.

Hierarchie ist ein «pyramidaler Entwurf»: Millionen Menschen an der Basis, mit zunehmender Fülle von Privilegien und Macht werden es weniger. Trotz des allgegenwärtigen demokratischen Diskurses konzentrieren wir, die Kinder der Kolonisierung, unsere Aufmerksamkeit und Vorstellungskraft auf die «Spitze». Nur wenige kämpfen gegen die Hierarchie oder gegen den Zwang zu Konzessionen, die wir dann notgedrungen selbst wieder weitergeben.¹ Vielleicht träumen einige von der Subversion im Inneren der Hierarchie; aber nur wenige besitzen einen «goldenen Fallschirm», die die Angst vor Misserfolg mildern könnte.

Je höher wir steigen, umso dünner wird die Luft: Schweigen ist angesagt, Vertraulichkeit ist ein «Must», und die Bedingungen an der Spitze sind gnadenlos: Verfehle sie, und du scheiterst. Ironischerweise unternehmen die meisten alles, um nicht zu scheitern – obwohl Scheitern ein kleiner Schritt in Richtung Gerechtigkeit wäre. Sofern der Schein gewahrt bleibt, dass man sich den Bedingungen beugt, gibt es auch in den Toppositionen Raum für kritisches Handeln

und Denken. Doch braucht es jedoch eine grosse Portion an Verstellungsvermögen und an Kraft zum Verbergen der eigenen kritischen Haltung, wenn man nicht einfach nur die asymmetrischen Machtverhältnisse weiter reproduzieren und konsolidieren will.

Judith Butler skizziert in ihrem Buch «The Psychic Life of Power» erfolgreich die Stufen, dank welcher wir an der Macht – einer oft ausbeuterischen Macht – partizipieren, ohne diese grundsätzlich zu hinterfragen. In meinen Augen hat dieser Prozess mehr oder weniger vier Stufen, die nicht voneinander zu trennen sind. Sie bedingen sich gegenseitig in einem Prozess, der schwer zu beschreiben und in einzelne Ereignisse aufzuteilen ist. Trotzdem möchte ich im Folgenden den Versuch wagen.

Die erste Stufe ist, die Bedingungen für den Erfolg zu verdrängen und zu verleugnen. Wir nehmen an Prozessen teil, die uns sehr missfallen, und so arbeiten wir oft gegen unsere wirklichen Interessen, nur um einige Anerkennung und existenzielle Sicherheit zu erhalten. Wir arrangieren uns mit schimpfenden Eltern, Lehrern und Chefs, um materiell zu überleben. Und wir leugnen zutiefst, dass wir uns gegen uns selbst stellen, nur um uns abzusichern.

Zweitens leugnen wir nicht nur, dass wir gegen uns selbst handeln, sondern wir reproduzieren dieses Verhalten gegenüber unserer Umgebung. Dieser Selbstbetrug, das Handeln gegen sich selbst und gegen andere, ist laut Butler der Ursprung des «guten Gewissens». Diese Dynamik wurde beispielsweise deutlich in den Diskussionen um den Mutterschaftsurlaub in der Schweiz. Viele Frauen, die seinerzeit keinen Mutterschaftsurlaub hatten beziehen können, stellten sich öffentlich gegen die Einführung – sie hätten es ja auch ohne geschafft. Not schweisse Familien zusammen, wie das Sprichwort sagt.

Drittens bewirkt dieses Verhalten gegen uns selbst und unsere Umgebung laut Butler eine Verschleierung. Die Auswirkungen der Macht werden nicht mehr wahrgenommen als etwas, was uns unterwirft und formt; wir verkennen, dass wir dies uns selbst antun. Dies sehen wir oft, wenn Frauen erklären, Frauen seien schlechtere Chefinnen und sie würden lieber für Männer arbeiten. Ein anderer Effekt ist die gängige Überzeugung von Frauen unter vierzig, man müsse «tough» sein und harte Entscheidungen treffen können, wenn man nach oben kommen will. Das führt zu Butlers letztem Punkt.

Butler erklärt, dass Macht nicht existiert, nicht existieren kann, ohne sich laufend zu reproduzieren. Macht ist keine autarke Realität ausserhalb unser selbst, sondern sie ist abhängig von unserem Mittun. Hier öffnet sich eine kleine Perspektive, die Butler «human agency» nennt. Wir können nicht eines Tages aufwachen und die Welt neu erfinden. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass die Privilegierten unter uns, privilegiert bezüglich Bildung, höherer sozialer

und materieller Stabilität, auch bezüglich Geschlechtszugehörigkeit und/oder Hautfarbe – dass diese Privilegierten Zugang haben zu Machtmomenten, die benutzt werden können, um Machtbeziehungen in etwas weniger ausbeuterische Beziehungen umzuwandeln.

«Wie lange kannst du deine Meinung sagen, ohne deine materielle Existenz zu gefährden?» – dieser entscheidenden Frage müssen wir uns stellen. So viele Menschen in privilegierten sozialen und ökonomischen Verhältnissen sind depressiv und in ärztlicher Behandlung, genau weil das (hohe) Einkommen an Bedingungen geknüpft ist: Schweigen, Kooperation mit und Gehorsam gegenüber ausbeuterischen Strukturen. Unser schweigender Gehorsam tötet uns und alle in unserer Umgebung. Gelebte Demokratie braucht kritisches Hinterfragen, das im Alltag lebt und gedeiht, nicht nur in der Theorie. Lebendige Demokratie braucht kritisches Denken und Handeln als Herzstück erzieherischer Programme von der Kindheit bis ins Erwachsenenalter. Demokratie ist nicht realisiert und lebendig, wenn sie Gehorsam einfordert. Hierarchien in Erziehung und Arbeitswelt müssen zentraler Gegenstand kritischer Fragen und Aktionen sein.

Übersetzung aus dem Englischen: Heidi Witzig

Anmerkungen

1 Vgl. Ken Wilburs Naturalisierung der Hierarchie zur Holarchie in «A Brief History of Everything»: «Precisely because the Kosmos is composed of holons, and holons exist holarchically, you can't escape these nested orders» (S. 31).

Wie demokratisch sind Sie?

Lise Cyrenne

- 1. Sie haben in einer bestimmten Firma über drei Jahre Erfahrung gesammelt. Sie hoffen auf den folgenden nächsten Schritt:
- a) zur das Team leitenden Person befördert zu werden;
- 12 b) zur Abteilungsleiterin befördert zu werden;
 - c) mit einem eigenen Unternehmen selbständig zu werden;
 - d) Teil des Vorstands mit rotierender Leitung zu werden.
 - 2. Hierarchie im Arbeitsprozess mag unumgänglich sein,
 - a) um Zeit zu sparen;
 - b) um Geld zu sparen;
 - c) um den Angestellten Disziplin beizubringen;
 - d) um ein Beispiel effektiver und guter Führung zu geben;
 - e) weil Belohnung für Erfolg und Angst vor Misserfolg wirkungslos sind, wenn alle gleichgestellt sind.
 - 3. Eine angestellte Person, die ihren Arbeitgeber oder ihre Arbeitgeberin beleidigt,
 - a) sollte eine ernsthafte Verwarnung erhalten;
 - b) sollte Gelegenheit erhalten, ihren Standpunkt zu erklären;
 - c) braucht Raum und Mittel, um den Konflikt direkt auszutragen;
 - d) sollte befördert werden aufgrund des offen gezeigten Muts zur Konfrontation.
 - 4. Sie sind der Arbeitgeber von mehreren Angestellten. Eines Nachmittags, an dem nichts vorwärts geht, beobachten Sie Ihre/n beste/n Angestellte/n in einem

leeren Büro beim Meditieren. Sie

- a) beordern die Person sofort zurück an die Arbeit;
- b) warten, bis sie fertig ist, und diskutieren mit ihr die Rolle der Meditation;
- c) richten einen regulären Meditationsraum ein und verlangen von allen Mitarbeitenden, mindestens einen Meditationskurs zu besuchen;
- d) warnen die oder den Mitarbeitende/n, dass die Zeit am Arbeitsplatz dem Arbeitgeber gehört und nicht für private Belange genutzt werden soll.
- 5. Sie hören am Radio, dass eine Schweizer Gruppierung sich für ein garantiertes Minimaleinkommen von 2800 Franken pro Monat für alle einsetzt und dafür zunehmend breitere Unterstützung gewinnt. Ihre erste Reaktion ist:
- a) Ihren Freunden eine SMS zu schicken mit der Empfehlung, sich die Radiosendung anzuhören;
- b) zu denken, dass eine solche Idee die Arbeitsmotivation völlig untergräbt;
- c) zu denken, dass der Wert harter Arbeit und persönlicher Leistungen völlig verkannt wird:
- d) zu denken, dass Leute, die mehr als 250°000 Franken als persönliches Eigentum besitzen, davon ausgeschlossen werden sollten.

Was haben diese Fragen und Antworten mit Demokratie zu tun? Wie viel Zeit können Sie sich am Arbeitsplatz nehmen, um sie zu diskutieren? Ist das für Sie akzeptierbar? Warum? Warum nicht?

Übersetzung aus dem Englischen: Anni Lanz

Sieg der Patriarchen

Schweizer Parlamentswahlen 2007

Julia Gerber Rüegg*

Bei den Wahlen 2007 ist es den Frauen gelungen, ihre Vertretung im Nationalrat leicht auszubauen. Von den 200 Nationalratssitzen belegen sie neu 59, während sie in der vergangenen Legislaturperiode nur 50 innehatten. Das entspricht einer Steigerung von 3,5 %, also von 26 % auf 29,5 %. Das ist natürlich bei weitem nicht genug! Niemand hat erwartet, dass es in diesem Wahlgang gelingen wird, den Frauen endlich die Hälfte aller Sessel im Nationalratssaal zu verschaffen. Aber das Ziel von einem Drittel, wie es die Zürcher Frauenzentrale propagierte, hätte doch 36 Jahre nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts erreicht werden müssen. Schliesslich stehen heute ausser der Schweizerischen Volkspartei (SVP) alle Parteien hinter der Forderung nach Gleichstellung von Frau und Mann in Gesellschaft, Familie und Beruf.

Sag mir, wo die Frauen sind

«Sag mir, wo die Frauen sind, wo sind sie geblieben?», fragte mich eine Freundin nach den Wahlen, und sie bezog sich dabei nicht ausschliesslich auf das Wahlergebnis, sondern auch auf die Präsenz der Frauen und der Gleichstellungsthemen im Wahlkampf. «Die ganze Männerdominanz, die Hahnenkämpfe während des Wahlkampfes. Ich habe mich dauernd gefragt, wo denn im lauten Getöse die Frauen bleiben. Natürlich ist der ganze Stil von den Rechtskonservativen geprägt worden. Doch wo bleibt die Antwort der Frauen?»

Zunächst konnte ich ihre Frage nicht verstehen. Hatte sie nicht mitbekommen, wie Bundesrätin Micheline Calmy-Rey zusammen mit Nationalratspräsidentin Christine Egerszegi das Rütli für die Frauen erobert hatte? Wusste sie nichts von der erfolgreichen Präsidentin der Grünen, Ruth Genner? Und was sagte sie zu

den jungen sozialdemokratischen Frauen Evi Allemann, Pascale Bruderer und Chantal Galladé?

Ich dachte an die Rede von Micheline Calmy-Rey am 29. September 2007 auf dem Lindenhof in Zürich. Eine ausgezeichnete Rede gegen Ausgrenzung und Entsolidarisierung. Da wurde sichtbar: Frauen haben Antworten auf die Herausforderungen der Zeit. Frauen wollen soziale und physische Sicherheit. Sie wissen genau, wie die Sicherheit in unserem Land verbessert werden kann und sie sich im Ausgang frei und sicher bewegen können. Sie wissen, wie häusliche Gewalt einzudämmen ist. Dazu gehören nicht nur die Waffen ins Zeughaus. Ultimativ zu fordern sind auch die Bekämpfung von Armut und die Erziehung zu Respekt.

Frauen kennen die Antworten

Die Antworten der Frauen sind klar, aber nicht einfach! Frauen haben klare Vorstellungen über die Wege zur Integration. Sie setzen sich nicht nur für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern ein, sie arbeiten an ihrer eigenen Integration in die Erwerbswelt. Sie fordern die Männer auf, sich an der nichtbezahlten, aber gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu beteiligen. Sie wissen, wie wichtig Bildung und Erziehung sind, und verlangen bei der Erfüllung dieser Aufgabe mehr Entlastung durch Väter und den Staat. Zu Recht fordern sie Gestaltungsspielraum für ihr Leben und Teilhabe an der Macht. Endlich wollen sie die Fesseln der weiblichen Rollen ablegen! Frauen haben schon viel erreicht. Zum Beispiel eine Verfassung, die gleiche Rechte für Frau und Mann garantiert, und sie haben Gesetze durchgesetzt, welche die Lohngleichheit sicherstellen. Sie brauchen aber einen langen Atem. Jetzt kämpfen sie wieder: für die Umsetzung dieser garantierten Rechte. Sie fordern die Stärkung der AHV und ein ausreichendes medizinisches und pflegerisches Grundangebot, damit alle in Würde und möglichst gesund alt werden können. Die Leistungen der Frauen vollständig aufzuzählen würde den Rahmen dieses Textes sprengen.

Im Wahlkampfgetöse untergegangen

Erwähnt sei noch das Engagement von Frauen im Umweltschutz. Zum Beispiel die im Kanton Zürich abgewählte Nationalrätin Barbara Marty Kälin, welche die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates präsidiert hatte. Ihre Abwahl ist nicht das einzige Beispiel, das zeigt, wie konkrete Leistungen von Politikerinnen zu wenig kommuniziert und nicht wahrgenommen werden. Das gleiche Schicksal haben auch die SP-Nationalrätinnen Vreni Müller-Hemmi, eine Spezialistin für Menschenrechtsfragen, und Vreni Hubmann, Fachfrau für Migrationsfragen, erlitten. Die Leistungen der Frauen sind im unsachlichen Wahlkampfgetöse der rechten Titanen untergegangen. Umso mehr als der

Lärm der SVP-Mannen durch die sensationslüsternen und auf Einschaltquoten fixierten Medienschaffenden noch massiv verstärkt wurde.

Die psychologische Kriegsführung der Rechten

Laut war das Säbelrasseln zum Beispiel beim Thema Gewaltprävention: Laut wurde da nach Jugendknast geschrien. Das widerhallte sogar in den Reihen der SP und verhalf dem Strafrechtsprofessor Daniel Jositsch zu einen Nationalratssitz. Ausgrenzung ist hip, raus mit den schwarzen Schafen! Wer die schwarzen Schafe sind, verstehen sogar PrimarschülerInnen, wenn sie vor dem SVP-Plakat stehen. Auch die Kinder der MigrantInnen kapieren sofort: Wir sind gemeint, und wir sind nicht willkommen. Wenn sie das nicht gleich begreifen, erleben sie es spätestens bei der Lehrstellensuche, wo sie mit ausländischen Namen schlechte Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Und sie können zwei Konsequenzen ziehen. Entweder sie werden überangepasst, verleugnen ihre Wurzeln und rufen zusammen mit den rechtsbürgerlichen Schweizern nach Rauswurf und Repression. Oder sie nehmen sich mit Respektlosigkeit und Gewalt, was ihnen beliebt. Das ist nicht entschuldbar, aber irgendwie logisch. Und es dürfte den rechtsbürgerlichen Kreisen, die auf die Angst der Leute und auf Sündenböcke setzen, wohl auch mehr als recht sein. Das gibt ihnen die Gelegenheit, noch hemmungsloser und noch lauter nach Rauswurf und Repression zu schreien.

Abzocken im Schatten der Missbrauchsdebatte

In millionenteuren Inseratekampagnen und PR-Artikeln werden AusländerInnen, SozialhilfebezügerInnen und RentnerInnen pauschal unter generellen Missbrauchsverdacht gestellt. Den LohnbezügerInnen, deren Löhne stagnieren, wird weisgemacht, sie müssten einen Grossteil ihres Lohnes abgeben, um der grossen Schar von faulen MissbraucherInnen ein gemütliches Leben zu finanzieren. So lässt sich der Missmut der LohnbezügerInnen auf die angeblichen Scharen

von AusländerInnen lenken, die nur eines im Sinn hätten: nämlich zuerst uns die Arbeitsplätze streitig zu machen und anschliessend unseren Sozialstaat zu plündern. Im Schatten dieser unehrlichen Diskussion können Manager dann unangefochten abzocken und mit Hilfe ihrer Anwälte unser Steuerrecht missbrauchen und hintertreiben.

Die Verantwortung für die von der SVP mit allen Mitteln «zelebrierten» Missstände wird konsequent der Linken zugeschoben. Und das so erfolgreich, dass sich niemand daran erinnert, dass es die Bauern und Gewerbler der SVP sind, die jeweils bei guter Konjunktur Arbeitskräfte ins Land holen und sich darum foutieren, dass Menschen kommen. Die Schuldzuweisungen an die Linke werden mit Hilfe der grossen Werbebudgets so oft wiederholt und gebetsmühlenartig

über das ganze Land verbreitet, dass immer mehr Leute glauben, es seien tatsächlich die linken Parteien, allen voran die SP, die immer mehr Ausländer in die Schweiz holen.

Die SP tappt in die Falle der rechtsbürgerlichen Patriarchen

Als Reaktion auf diese massive Provokation hat die SP Schweiz sich zum Ziel gesetzt, den Vertreter der Rechtsbürgerlichen im Bundesrat, Christoph Blocher, aus dem Bundesrat zu werfen. Mit diesem Entscheid ist sie auf einen von patriarchalen Traditionen und martialischen Mustern geprägten Wahlkampf um alles oder nichts eingeschwenkt. Und weil es eben um alles oder nichts geht, werden tendenziell alle Massnahmen und der ganze Mitteleinsatz diesem strategischen Ziel untergeordnet. Kein Wunder, dass dabei kommunikativ nicht mehr viel Aufmerksamkeit für die Gleichstellung, eine differenzierte Sozialpolitik und für Botschaften der Menschenwürde übrig blieb. Die SP hat sich in einem in der männlichen Tradition geführten Wahlkampf aufgerieben und dabei einen Teil ihrer Wählerschaft verloren.

Gerade in den letzten Wochen vor den Wahlen ist der Anteil der Wählerinnen laut dem Forschungsinstitut gfs.bern überdurchschnittlich zurückgegangen. Niedergeschlagen hat sich das im Wahlresultat eindeutig: Von den 9 abgewählten SP-NationalrätInnen sind 6 Frauen. Der Frauenanteil in der SP-Nationalratsfraktion ist von knapp 50 % auf 42 % gesunken. Dies ist ein Alarmzeichen, das der SP und ganz besonders den SP-Frauen Schweiz zu denken geben muss. Bemerkenswert scheint mir, wie leicht eine Partei, die sich die Gleichstellung von

Frau und Mann auf die Fahne geschrieben hat und diese sogar mit Hilfe eines Gleichstellungs-Controllings sichern wollte, von ihrem Kurs abgebracht werden konnte. Die Vereinnahmung der Wahlkampfstrategie und des Auftritts der SP durch die rechten Wahlstrategen dürfte neben dem klimatischen Trend, grün zu wählen, mit ein Grund dafür gewesen sein, dass sich langjährige SP-Wählerinnen dieses Jahr den Grünen zugewandt haben.

Frau sein ist noch kein politisches Programm

Trotz des Verlusts an Frauen in der SP-Fraktion hat der Frauenanteil im Nationalrat zugenommen. Immerhin, aber plus 3,5 % ist zu wenig. Und die Zunahme der Frauensitze in einer Fraktion garantiert noch lange nicht, dass sich ihre Politik nun stärker nach den Zielen der Gleichstellung von Frau und Mann ausrichten wird. Gerade die fünf jungen SVP-Frauen, die gewählt wurden und den Frauenanteil in der SVP auf 13 % hievten, stehen nicht für mehr Gleichstellung. Sie vertreten das Eva-Herman-Prinzip – auch wenn es im Widerspruch zu ihrem eigenen Lebenskonzept steht – und finden, dass die Frauen an den Herd gehören.

Bei den Mitteparteien zeichnet sich nur ein leichter Zuwachs ab: Die Christlichdemokratische Partei der Schweiz (CVP) steigerte ihren Anteil von 32 auf 39 %, und bei der Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) blieb der Anteil der Frauen mit 19 % stabil. Die Fraktionen der Mitte tragen die Forderungen nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar mit, solange sie wenig kosten. Die Frauen in den Mittefraktionen haben aber kaum Durchsetzungskraft, wenn es um weitergehende Massnahmen geht, welche die Frauen den Männern wirklich gleichstellen würden, nicht nur wegen der Kosten. Auch weil die Angst der altgedienten Parteimänner vor Macht- und Prestigeverlust noch viel zu gross ist.

218

Olympe 25/26/07

TAGUNGSBERICHT

5. Nationale Tagung des Forschungsnetzwerkes Gender Health. Gender, Diversity and Public Health.

Fachhochschule Nordwestschweiz Olten (FHNW), 20. Juni 2007.

Der Begrüssung durch Prof. Dr. Luzia Truniger, die Direktorin der Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, folgten die ersten Referate zum Thema «Gender, Diversity and Public Health». Zunächst erklärte Prof. Dr. Brigitte Liebig, seit 2006 Professorin für Angewandte Psychologie an der Fachhochschule Nordwestschweiz, die Grundzüge des Diversity Conzept.

Ursprünglich entstanden ist das Diversity Concept in der Menschenrechtsbewegung und den «black movements» in den 1960er Jahren. Seit den 90er Jahren wird das «Diversity Concept» jedoch zumeist als «Workforce Diversity» verstanden, als Strategie, MitarbeiterInnen in ihrer Vielfalt zu fördern. Diversity umfasst nicht nur demographische Differenzen wie Geschlecht, Alter oder die ethnische Zugehörigkeit, sondern auch «Cultural Diversities» wie kulturelle Überzeugungen, Werte oder Religion und weitere interpersonelle Unterschiede (Lebensform, sexuelle Orientierung usw.). Diversity kann auch im Bereich Public Health Anwendung finden. So müssen die Lebenserwartung, Krankheitsformen, die persönliche Einschätzung der Gesundheit aufgrund von Geschlecht, ethnischer Zugehörigkeit, Bildungsstand usw. differenziert betrachtet werden.

Frauen schätzen z.B. ihren Gesundheitszustand als weniger gut ein als Männer, jedoch wird diese Tendenz vom Bildungsniveau der befragten Personen gebrochen. Insbesondere Personen, welche die obligatorische Schulbildung als höchsten Bildungsabschluss besitzen, schätzen ihren Gesundheitszustand als schlechter ein. Auch der Schlafmittelkonsum ist bei weiblichen Personen und Personen mit einem geringeren Bildungsniveau tendenziell höher. Die verschiedenen Variablen (Alter, Zivilstand, Bildungsniveau, Herkunft, Geschlecht u.a.) müssen in einer Analyse in Bezug zueinander gesetzt werden. Verschiedene ForscherInnen, die Gender in der Betrachtung von Public Health einbeziehen, stellen eine Medikalisierung und Pathologisierung des weiblichen Körpers fest. Zum einen gibt es soziokulturelle Unterschiede des Gesundheitsempfindens zwischen den Geschlechtern, die sich u.a. mit Rollenvorstellungen und Identität erklären lassen. Untersuchungen zeigen z.B., dass Frauen eine Krankheit eher im lebensgeschichtlichen Kontext darstellen, während Männer sie eher als einen bei der Arbeit entstandenen Schaden definieren. Diese Geschlechterrollen setzen sich zum anderen auch in der Diagnosestellung fort: z.B. werden ‹Emotionsstörungen> wie Depressionen häufiger bei Frauen diagnostiziert. Diversity im Gesundheitssystem soll v.a. folgenden Tendenzen entgegenwirken:

^{*} Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz

220

- Anders sein bedeutet immer noch defizitär sein
- Vielfalt wird als Bedrohung wahrgenommen
- Es wird eine Anpassung an dominante Werte gefordert

Die Förderung der Sprach- und der kulturellen Kompetenz im Gesundheitswesen wäre ein Schritt, um auch ethische Minderheiten zu verstehen. Zudem muss Diversity die Grenzen eines an Durchschnittswerten orientierten Menschenbildes aufzeigen, das immer noch von Mensch als männlich und weiss ausgeht. Gender muss Eingang in Gesundheitsförderung, Gesundheitsversorgung und Gesundheitsforschung finden.

Nach einer kurzen Pause folgte das Referat von PD Dr. Elisabeth Zemp Stutz, welche die methodischen Zugänge von Gender and Diversity näher erläuterte. Da Gender, Diversity und Gesundheit multidimensionale Phänomene sind, braucht es auch Methoden, die dieser Breite gerecht werden können. In der empirischen Datenanalyse werden zumeist multivariante Modelle (multiple logistische Regression u.a.) verwendet, aber auch qualitative Methoden wie Biographieforschung, oral history, ExpertInnen-Interviews usw. sind denkbar. Wichtig ist bei beiden Methoden die Frage nach den verschiedenen Wechselwirkungen zwischen Gesundheitsdeterminanten und Gender. Den Praxisbezug stellte abschliessend Helena M. Trachsel Weibel her, die im Diversity Management der Swiss Reinsurance Company in Zürich arbeitet. Der Mittags-Stehlunch bot die Möglichkeit, Erfahrungen, Erwartungen, Eindrücke auszutauschen. Anschliessend vertieften vier Workshops das Thema Diversity and Gender:

Workshop 1: Gender, Diversity and Culture

Dieser Workshop unter der Leitung von PD Dr. Brigit Obrist setzte sich mit Stereotypen auseinander, die im Public-Health-Diskurs in Bezug auf HIV/Aids thematisiert werden.

Workshop 2: Gender and Diversity in Transactional Sex

Workshop 3: Diversity and Men's Health

Im Workshop 3 unter der Leitung von Frank Luck stand die Frage im Zentrum, welche Aspekte in einer Männergesundheitsforschung berücksichtigt werden sollten und wie Konstruktionen von Männlichkeit auf die Erfahrung von Gesundheit und Krankheit wirken.

Workshop 4: Gender and Diversity in Mental Health

Die Verbindungen zwischen Geschlecht und anderen Gesundheitsdeterminanten waren Gegenstand des Workshops 4 unter der Leitung von Dr. Anita Testa-Mader und Dr. Sybille Nideröst.

Ursula Koch leitete den Workshop 2 zum Thema 'Gender and Diversity in Transactional Sex>.

Ziel des Workshops war es, einen Einblick in die Lebens- und Arbeitsbedingungen verschiedener Subgruppen des Sexgewerbes zu ermöglichen. Andres Pfister stellte eine (noch nicht publizierte) Studie zum Einfluss verschiedener Situationsvariablen auf das Schutzverhalten von männlichen Sexworkern vor. Milena Chimienti widmete sich der Frage nach den Ressourcen und Risiken von Sexarbeiterinnen in Neuchâtel und Genf. Sie differenzierte nach unterschiedlichen Settings der Sexarbeiterinnen: Sexarbeit in Cabarets, in Massagesalons und in Bars. Je nach Umfeld der Sexarbeiterin kann sie auf unterschiedliche Ressourcen zurückgreifen, und auch die Risiken für die einzelnen Personen stellen sich differenziert dar. Zuletzt wurde die Frauenberatung Flora Dora näher vorgestellt. Mit einem Frauenteam von sechs Personen (auch einer juristischen Beratung u.a.) steht Flora Dora mit einem Bus als Ansprechstation den SexarbeiterInnen im Zürcher Kreis 4 offen. Beide Studien waren ein gutes Beispiel für die Umsetzung von Diversity Concept: Sie zeigen die Wichtigkeit, verschiedenen Ausgangslagen Beachtung zu schenken und nach unterschiedlichen «Settings» innerhalb der Forschung zu differenzieren. Erst durch ein differenziertes Bild eines sozialen Brennpunktes wie der Prostitution oder des HIV-Schutzverhaltens von SexarbeiterInnen können auch Massnahmen ergriffen werden, die entsprechende Personen in ihrer Sprache, in ihrer kulturellen Vielfalt usw. erreichen.

Susanne Businger

221

Alice Schwarzer: Die Antwort.

Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

Alice Schwarzer, die Ikone des Feminismus, hat diesen Sommer in ausverkauften Sälen ihr neuestes Buch präsentiert: «Die Antwort.» Der Buchtitel, so Schwarzer, sei ironisch zu verstehen. Im Zuge der medial aufgebauschten Polemik über den Backlash sei sie immer wieder gefragt worden, was sie denn dazu zu sagen hätte. Also hat sie sich entschlossen, ihre «Antworten» in Buchform zu geben. In elf Kapiteln mit plakativen Titeln nimmt sie darauf und auf den als neu gepriesenen Feminismus Bezug. Ihre Message ist deutlich, die alten Themen sind die neuen, der Feminismus muss nicht neu erfunden werden, und: Frauen (und Männer), bekennt euch zum Feminismus. Denn auch wenn sich für Frauen vieles verbessert hat und die Gleichstellung in den westlichen Ländern in den wichtigen Bereichen - zumindest gesetzlich - vollzogen ist, können junge Frauen die Emanzipation nicht einfach als selbstverständlich oder gesichert hinnehmen. Die meisten Themen, über die die Wortführerin Schwarzer seit den 1970er Jahren analysierend, aufklärend und tabubrechend geschrieben hat, wobei sie mit ihren Artikeln in der Zeitschrift EMMA auch Steine ins Rollen brachte, sind heute noch aktuell. Noch ist die Chancengleichheit in Beruf oder Politik nicht gewährleistet, bei der Familienfrage werden weiterhin Mütter gegen Nichtmütter ausgespielt und die Männer zu wenig in die Verantwortung eingebunden, noch immer ist Abtreibung in Deutschland illegal (in der Schweiz kennen wir dank einem Volksentscheid aus dem Jahr 2002 die Fristenlösung, während in Deutschland «nicht das Volk entscheidet, sondern der Vatikan», wie sich Schwarzer empört). Nach wie vor wird auf unkontrollierten Frauenhass von Fundamentalisten oder Gewalt gegen Frauen zu wenig reagiert. Noch propagieren die Werbung und die Modebranche ein Schönheitsideal, das mitverantwortlich ist für die Sucht Nummer eins unter jungen Frauen, die Magersucht.

Mit harten und gut recherchierten Fakten und in ihrem pointierten Stil rekapituliert Schwarzer den Kampf um die Emanzipation. «Ich kann nur sagen, was ist – und aufzeigen, was sein könnte.» Ihre Bilanz ist weder verbittert noch zynisch. Vielmehr liefert sie stichhaltige Argumente und konstruktive Denkanstösse und benennt die noch wunden Punkte. Besonders erschaudern lassen einen die beiden Kapitel zu Pornographie und Prostitution, ihr thematisches Steckenpferd seit Beginn ihres leidenschaftlichen Engagements für die Rechte der Frauen. Betroffen macht einen nicht allein die Tatsache, dass das Geschäft mit der «Ware Frau» weit lukrativer ist als Waffen- und Drogenhandel. Alarmierend ist vielmehr, dass in diesem Zusammenhang zwei wesentliche Faktoren einfach nicht ernst genommen werden: die Auswirkungen der (besonders via Internet) grenzenlos konsu-

mierbaren Pornographie auf junge Menschen – denn «während die Frauen selbst zunehmend zum Subjekt ihres Lebens werden, macht der Blick einer männerdominierten Kulturindustrie sie verstärkt zum Objekt» – und die Verharmlosung dieser Themen, bei denen es um die Würde der Frau geht. Schwarzers neuestes Buch zeigt die Zusammenhänge nochmals klar auf und gibt tatsächlich Antworten. Nicht zuletzt auch auf die gängige Meinung, das mit dem Feminismus habe sich doch erledigt. Sollte für eine breite Sensibilisierung Schwarzers Antwort nicht zur Pflichtlektüre erkoren werden?

Esther Quetting

Feministische Studien: Zeitschrift für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung.

Wiederkehrende Fragen. Heft Nr. 1, Mai 2007.

Mit einem schönen Porträt von Olympe de Gouges (1748–1793) auf der Titelseite unterstreichen die Herausgeberinnen der Feministischen Studien ihren Standpunkt gegenüber den apolitischen und geschichtsfeindlichen Tendenzen, die sich seit gut einem Jahr im Rahmen der Diskussionen über einen «neuen» Feminismus in deutschen Feuilletons und Talkshows breitgemacht haben. Denn bekanntlich hat die französische Schriftstellerin nicht nur Romane und Theaterstücke, sondern zur Zeit der Revolution auch einen Entwurf für einen «Gesellschaftsvertrag» zwischen Eheleuten vorgelegt, mit gleicher Verteilung von Aufgaben und Pflichten, und hat eine Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin publiziert, die zu den politischen Gründungstexten des Feminismus zählt.

Doch um es gleich vorwegzunehmen: Die gerechte Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Frauen und Männer, eines der wichtigsten feministischen Postulate, steht heute – ungeachtet der Bemühungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf – weniger denn je zur Debatte, in einer Zeit, da Frauenpolitik – nicht nur in Deutschland – zunehmend in den Sog demographischer Diskussionen gerät. Der Rekurs auf die Geschichte tut heute not angesichts des neoliberalen und/oder konservativen Feldzugs, unter dessen Einfluss die meisten Entwürfe zu einem «neuen» Feminismus stehen. Denn diese gehen nicht – wie zu wünschen wäre – von jungen Frauen und deren privaten und poli-

223

tischen Erfahrungen aus, wie Christel Eckart in ihrem Beitrag «Feminismus als Streitkultur» zeigt, sondern orientieren sich in erster Linie an einem individualistischen Leistungsprinzip, wie es die beiden Soziologinnen Sabine Hark und Ina Kerner unter die Lupe nehmen («Der neue Spartenfeminismus»). «Der neue Feminismus passt sich mithin in Denkweisen ein, bei denen es um die Abwehr von Geschlechtergerechtigkeit geht», schreiben sie, und nur weil er sich in politischer Bescheidenheit übe, sei er überhaupt medienwirksam geworden. Zu den neuen Feministinnen zählen sich ausschliesslich beruflich erfolgreiche Frauen wie Thea Dorn, Autorin des 2006 publizierten Bandes «Die neue F-Klasse. Wie die Zukunft von Frauen gemacht wird». Jede, die den «Mut [habe], Führung zu übernehmen», so Dorn, könne zu einer «positiven Bilanz in Sachen Gleichberechtigung» kommen.

Das neoliberale Einverständnis dieser «neuen Frauen» wertet Konzepte wie Solidarität, Quotierung oder institutionelle Formen der Frauenförderung ab. «Wer heute diskriminiert wird, ist selber schuld», zitiert Ute Gerhard eine junge Studentin und fragt sich, inwiefern Verdrängung oder Gleichgültigkeit gegenüber sozialer Ungerechtigkeit am Werk sei, wenn strukturelle Barrieren wie etwa die geschlechtsspezifische Organisation des Arbeitsmarktes nicht mehr als solche wahrgenommen würde. Die individualistischen Konzepte leugnen kollektive Diskriminierungsfaktoren und lehnen deshalb den «alten» Feminismus sowie seine Vordenkerinnen und Vorkämpferinnen ab. Eine Ablehnung, die Christel Eckart in Anlehnung an die Ethnologin Mary Douglas dem «institutionellen Vergessen» zuordnet, das den Erfolg des Feminismus begleite. Dieser Erfolg, so Eckart, lasse die Erfahrungen, die einmal Anlass zu Kritik und Widerstand gaben, die Konflikte in persönlichen Beziehungen und den Mut zum Experiment und zu vorbildlosen Lebenswegen aus dem kollektiven Gedächtnis verschwinden.

Wen wundert's angesichts solcher Geschichtsvergessenheit, dass sich der «neue» in einer krassen Dämonisierung des «alten» Feminismus gefällt und ihm vorwirft, Frauen einseitig auf eine Opferposition festzulegen. Auf diese pauschalisierende Kritik antworten die Herausgeberinnen einleitend mit Bezug auf Christina Thürmer-Rohr: «[Thürmer-Rohrs] These von der Mittäterschaft der Frauen findet im Zuge der aktuellen gesellschaftlichen Debatte über einen neuen Feminismus hervorragendes Anschauungsmaterial.» Doch was bleibt zu tun in Zeiten des politischen Rückschritts? Christel Eckart erinnert an die 1970er Jahre, als sich der Feminismus als Gesellschaftskritik verstand und «laut gegen die Monokultur der Arbeitsgesellschaft Widerspruch erhoben hat». Sie plädiert für einen «Feminismus als Streitkultur», der sich einmischt und substanzielle Inhalte kontrovers zur Sprache bringt, auch unter Frauen.

Ute Gerhard ist versöhnlicher und ruft auf zur Bildung von «Koalitionen und Kompromissen». Ihr Konzept eines «samtenen Dreiecks» vereint Akteurinnen der Frauenbewegung mit Frauen der Politik und der Verwaltung sowie der Wissenschaft. Wie dem auch sei: Wir brauchen Einmischung und Reflexion.

Catherine Silberschmidt

225

Anja Weckwert / Ulla Wischermann (Hg.): Das Jahrhundert des Feminismus.

Streifzüge durch nationale und internationale Bewegungen und Theorien, Ulrike Helmer Verlag, Königstein 2006.

Der Band versammelt die Vorträge des Kongresses «Das Jahrhundert des Feminismus», der 2004 zu Ehren von Ute Gerhard anlässlich ihres Rücktritts als erste deutsche Professorin für Frauenforschung abgehalten wurde. Ute Gerhard gilt als Grenzgängerin zwischen den Disziplinen Soziologie und Geschichte, und entsprechend breit ist die Palette der Beiträge ihrer Kolleginnen und ehemaligen Studentinnen. Im ersten Teil werden die verschiedenen Frauenbewegungen des 20. Jahrhunderts als Teil der sozialen Bewegungen untersucht, deren Akteurinnen erfolgreich und radikal den sozialen Wandel mitprägten. Im zweiten Teil geht es um Perspektiven, Kontroversen und Ansätze der modernen Geschlechterforschung. Wie die Herausgeberinnen betonen, kann ein einzelner Band der Breite und Heterogenität des Themas kaum gerecht werden.

Ich greife als erstes zentrales Stichwort «Intersektionalität» heraus. Frauenbewegungen sind verschiedenen Ursprungs – national, international – und basieren auf verschiedensten primären Diskriminierungserfahrungen – bezüglich Geschlechts-, Rassen- oder Klassenzugehörigkeit. Sie sind weder genuin «westlich» noch feministisch. Die in der westlichen Mittelschicht – und in der deutschen Genderforschung – so prägende «Normalitätsfolie» der Frauenbewegung als Emanzipationsbewegung in Männerdemokratien ist nicht die «Norm», von welcher andere Frauenbewegungen «abweichen». So stellt beispielsweise Ingrid Miethe dar, dass Frauenbewegungen in der DDR möglichst auf einen kleinen, vertrauenswürdigen Kreis konzentriert bleiben mussten, sich mit gleichgesinnten oppositionellen Männern erfolgreich verbündeten und Strategien für den Fall von Repression und Verhaftungen entwickelten. Die an der westlichen «Nor-

malfolie» entwickelten Strategien, wie breite Mobilisierung und Öffentlichkeit, feministische Inhalte, stabile Strukturen, wären in Diktaturen defizitär und zum Scheitern verurteilt.

Das Plädover für «Intersektionalität», für das Bewusstsein, dass AkteurInnen sozialer Bewegungen immer und notgedrungen aufgrund verschiedenster Unrechtserfahrungen und Alltagsbedingungen agieren und sich entsprechend definieren, wird auch von Isabell Lorey vertreten. Sie klagt insbesondere die deutsche Frauenforschung an, von einer universalen Abwertung des weiblichen Körpers durch die herrschende Männerkultur auszugehen. Diese primäre Abwertung jedoch, so Lorey, gilt nur für westliche Industriegesellschaften. Dies nicht zu berücksichtigen, heisse, den weissen weiblichen Körper als «Norm» zu setzen und rassistische Abwertungen des weiblichen Körpers als «Abweichung von der Norm» zu verstehen. So führten Körperdiskurse im 19. Jahrhundert in Europa einerseits zur erwähnten Abwertung des weiblichen Körpers, anderseits aber auch zur Vorstellung des reinen weissen Volkskörpers, in welchem weisse Frauen gegenüber andersrassigen Frauen (und Männern) immer als Überlegene, Zivilisierte galten. «Geschlecht ist eine zentrale Strukturkategorie, aber sie kann weder die einzige noch die primäre sein» (S. 216). Dieses Postulat ist nicht neu, es wird seit Jahrzehnten diskutiert, und trotzdem ist Kritik «von den Rändern her» immer wieder notwendig, um Blindheiten in Theorie und Forschung aufzuzeigen und durch Anerkennung der «Intersektionalität» die Frauenbewegungen in ihrer herausfordernden und befruchtenden Heterogenität wahrzunehmen.

Zweites zentrales Stichwort sind Frauen- und Menschenrechte. Verschiedene Autorinnen betonen die Bedeutung internationaler Zusammenarbeit - eine Tradition der Frauenbewegung seit dem 19. Jahrhundert – und vor allem der Pekinger Aktionsplattform von 1995. Die 1993 von der UNO als Teil der universalen Menschenrechte anerkannten Frauenrechte wurden damals konkretisiert in einem Rahmen, der Unrechtserfahrungen in den verschiedensten Kontexten als Menschenrechtsverletzungen definierte. Sonja Wölte beschreibt die Bedeutung dieser von den meisten Staaten ratifizierten Rechtsnormen für die nationalen und lokalen Frauenbewegungen Kenias. Der Zwang zur regelmässigen Berichterstattung über den Stand der Durchsetzung der Frauen-/Menschenrechte ermöglicht eine breite Mobilisierung von Frauen zur Durchsetzung einer neuen Verfassung oder auch die Ausbildung von LaienanwältInnen auf dem Land, welche den Frauen ein Rechtsanspruchsdenken vermitteln. Auch in europäischen Ländern ist die Pekinger Aktionsplattform von zentraler Bedeutung. Bozena Choluj betont, dass die polnischen Frauenorganisationen mit Hilfe der Frauen-/Menschenrechtsdefinitionen eine politische Handhabe fanden, nach 1989 aktiv und konstruktiv mit national konnotierten weiblichen Mythen wie der «Mutter Polin» umzugehen. Für die nordischen Länder stellt Solveig Bergman fest, dass feministische Theorie und Praxis schon vor der globalen Frauen-/Menschenrechtsdiskussion fest verankert waren in einem Staats- und Demokratieverständnis, das Gleichstellungspostulate seit den 1960er Jahren integriert hatte.

Das Buch bietet insgesamt einen erhellenden, ehrlichen und gut lesbaren Überblick über aktuelle Entwicklungen und Debatten.

Heidi Witzig

227

Beatrix Mesmer: Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht.

Die Politik der schweizerischen Frauenverbände 1914–1971, Chronos Verlag, Zürich 2007.

Beatrix Mesmer, Verfasserin des Standardwerks «Ausgeklammert – Eingeklammert. Frauen und Frauenorganisationen in der Schweiz des 19. Jahrhunderts», hat die lange erwartete Fortsetzung vorgelegt. In ihrem neuen Buch untersucht sie die Politik der Frauenverbände vom Ersten Weltkrieg bis 1971, als den Schweizer Frauen das Stimm- und Wahlrecht zugestanden wurde. Erklärtes Ziel der Autorin ist die Darstellung der politischen Lernprozesse, welche einige Generationen von organisierten Frauen durchliefen, um ihre Interessen entgegen dem herrschenden Modell der geschlechtergetrennten Lebenssphären durchzusetzen.

Knapp die Hälfte des Buches beschäftigt sich mit der innovativen Phase bis Ende der 1920er Jahre. Der Prozess der Einbindung der Frauenvereine in die sich formierende gesamtschweizerische Parteienlandschaft zeitigte unterschiedliche Resultate. «Voll auf die Parteilinie verpflichtet» waren die SP-Frauen und der Schweizerische Katholische Frauenverein SKF, während der dominierende Freisinn sein Vereinswesen nicht formell koordinierte. Der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverband SGF galt als «bürgerlich», ohne sich in die Partei zu integrieren. Als «Sonderfall» identifiziert Mesmer die Frauenstimmrechtsvereine. Diese waren nicht in ein Delegationssystem eingebunden; sie kämpften für ihre eigenen Interessen. Ziel der im Bund Schweizerischer Frauenvereine BSF organisierten Frauen war generell die rechtliche Besserstellung der Frauen, während der eng liierte Frauenstimmrechtsverband FSV sich explizit auf das Frauenstimmrecht konzentrierte. Beide Gruppierungen hatten eine kohärente und eigenständige Frauenpolitik zum Ziel. Der Erste

Weltkrieg galt den Frauenverbänden als «willkommene Bewährungsprobe». Die Leistungsfähigkeit der Frauen sollte der Öffentlichkeit vorgeführt werden. Und diese Probe bestanden sie glorios. Während des Krieges konnten sie sich relativ selbstbestimmt in Gebieten installieren, die eigentlich von Männern dominiert waren: in der zivilen Fürsorge (Rotes Kreuz), in der Armee (Verband Soldatenwohl), in der Unterstützung der Bundesfinanzen (die Nationalen Frauenspende brachte mehr als 1 Mio. Franken zusammen) und auch in der internationalen Friedenspolitik (Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit IFFF). Generell hatten sich die organisierten Frauen während der Kriegszeit politisiert, selbst der sich auf die spezifische weibliche Wesensart berufende SGF sah seine Tätigkeiten als nationale Arbeit. Gestützt auf diese Selbstwahrnehmung propagierte der 2. Schweizerische Kongress für Fraueninteressen 1921 eine Doppelstrategie: Hausfrauen wie auch Berufsfrauen sollten voll professionalisiert, qualifizert und entlöhnt werden – wobei der Hausfrauenlohn weniger vordringlich schien als die öffentlich-rechtliche Anerkennung von Hausfrau als Beruf. Wirtschaftliche Emanzipation, so die Überzeugung, würde auch politische Emanzipation mit sich bringen.

Die Desillusionierung folgte Ende der 1920er Jahre. Das Frauenstimmrecht hatte keine Chance, und im Verlauf der Wirtschaftskrise richtete sich die Doppelqualifikations-Strategie gegen die Frauen selbst. Hausfrauen konnten motiviert werden, zu Hause zu bleiben und sich im Haushalt zu professionalisieren, und erwerbstätige Frauen wurden zur Manipuliermasse der Wirtschaft. Statistisch belegbar wurden sie «umgeleitet» in den Hausdienst. Gleichzeitig wurden die Lehrzeiten typischer Frauenberufe wie Köchin oder Postgehilfinnen gekürzt, um der Unterstellung unter die BIGA-Bestimmungen zu entgehen. Eine Generation von jungen Frauen passte sich an und wählte eine Ausbildung in minderqualifizierten Frauenberufen, wo weniger Arbeitslosgkeit drohte als in qualifizierten Berufen. Dort wurden Frauen zudem als «Doppelverdienerinnen» diffamiert und bekämpft. Unter dem Stichwort «Geistige Landesverteidigung» gewann die Propaganda, die Forderung nach dem Frauenstimmrecht sei sozialistisch gefärbt, an Gewicht. Die in diesem reaktionären Umfeld 1933 gegründete Arbeitsgemeinschaft Frau und Demokratie reagierte mit einem Prioritätenwechsel: Die Verteidigung der Demokratie galt nun als Vorbedingung für das Frauenstimmrecht.

Das Frauenstimmrecht wurde während des gesamten zweiten Weltkriegs nicht mehr thematisiert, um die antifeministische Stimmung nicht zu verstärken. Der Einbezug von Frauen in die Landesverteidigung sollte nach dem Willen der Protagonistinnen durch einen freiwilligen, von Frauen selbst geleiteten Hilfsdienst geschehen. Dies liess sich, anders als während dem Ersten Weltkrieg, kaum mehr realisieren. Beim zivilen und erst recht beim militärischen Frauenhilfsdienst dominierten Tendenzen, Frauenorganisationen in die Verwaltung, respektive in die Armeehierarchie einzubeziehen.

Die ernüchternden Erfahrungen der unter dem Motto der Geistigen Landesverteidigung von Männergremien geleiteten und abqualifizierten Frauenverbände setzten sich nach dem Zweiten Weltkrieg fort. Das Frauenstimmrecht wurde nun wieder thematisiert, aber anders als etwa in Frankreich und Italien nicht eingeführt. Der 1946 abgehaltene 3. Frauenkongress verfolgte die gleichen Themen wie derjenige von 1921, keinen Schritt war frau weitergekommen. Im Gegenteil: Die Grundsätze der Aufklärung wie auch die errungenen Positionen wurden preisgegeben. Im Schlussbericht des Frauenkongresses dominierte die Propaganda der Mütterlichkeit so penetrant – «die Frau im Heim ist nicht eine Frau neben anderen Frauen, es ist die Frau schlechthin» –, dass sich die Autorin explizit die Frage stellt, ob die Referentinnen tatsächlich meinten, was sie sagten, oder ob sie dieses «Gerede» bewusst in Kauf nahmen, um konservative Frauenverbände einzubinden. In dieser frustrierenden Situation brachen auch die Differenzen zwischen den Frauenverbänden auf. Die Bemühungen um die Bildung eines noch so losen Dachverbands sämtlicher Frauenorganisationen scheiterten. Die mächtigen Verbände der gemeinnützigen Frauen SGF und der katholischen Frauen SKF blieben dem sich neu formierenden BSF fern. Die neue Strategie des BSF sah vor, möglichst viele qualifizierte Frauen in offizielle Gremien zu bringen und im korporatistischen Machtkartell mitzumachen. So sollte der Widerstand gegen das Frauenstimmrecht geschwächt werden. Jahre voller mühsamer und frustrierender Aktionen folgten, wobei sich die Frauenverbände auch intern mit rivalisierenden Machtansprüchen das Leben schwer machten.

Die neuen Anläufe zur Einführung des Frauenstimmrechts stammten von sozialdemokratischen Vorstössen, die ihren gemächlichen Weg durch die parlamentarischen Mühlen nahmen. Argumentationen und Inhalte der Kampagnen waren weitgehend diejenigen von 1920, und das äussere Umfeld glich «in fast peinlicher Weise» derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg. Zwei Jahre vor der ersten eidgenössischen Abstimmung 1959 wurde die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft für die politischen Rechte der Frau aktiv. Unterdessen war auch der SKF zu den Befürworterinnen gestossen. Die Saffa 1958 betrieb bezüglich Propaganda für das Frauenstimmrecht «eigentliche Selbstzensur», obwohl sie das Verhältnis der neuen Frauen- zur Männergeneration «erfrischend originell» thematisiert habe.

Nach der mit Zweidrittelsmehrheit verworfenen Vorlage von 1959 nahm der immer gleiche Kampf bizarre Züge an. Der gesellschaftliche und politische Wandel der 60er Jahre manifestierte sich: Hauptsächlich in welschen Kantonen wurde

das Frauenstimmrecht eingeführt. In den Diskussionen um die beabsichtigte Unterzeichnung der europäischen Menschenrechtskonvention mit dem Vorbehalt Frauenstimmrecht verlor die Schweiz international an Ansehen, der Wandel der Protestkultur führte zu spektakulären Aktionen der jungen Generation wie Teach-Ins und dem Marsch nach Bern 1969. Nicht zuletzt fanden die traditionellen «antifeministischen Affekte» im Kampf gegen die «Überfremdung» ein neues Ziel. Die Abstimmungsvorlage 1971 war auch unter diesen neuen Bedingungen ein Kompromiss: Einführung auf eidgenössischer Ebene, auf kantonaler Ebene konnte separat abgestimmt werden – 1990 endlich war dann auch Appenzell Innerrhoden so weit.

Beatrix Mesmer hat eine kompetente und zügig geschriebene Darstellung verfasst, die zahlreiche pointierte Analysen aufweist – und leider kein zusammenfassendes Schlusswort. Sie führt eine fein geschliffene Feder bei der Darstellung reaktionärer Legitimationsmuster. So charakterisiert sie ein Votum gegen das Frauenstimmrecht von 1939: «Als intellektuelle Leistung war diese Antwort sicher nicht auf dem Niveau, das man von einem freisinnigen Parteipräsidenten erwarten durfte, aber sie war zumindest ehrlich».

Die Lektüre wirkt beklemmend. Generationen begabter Organisatorinnen und Vernetzerinnen rieben sich auf in einem frustrierenden und letztlich auch demütigenden Kampf. Die Autorin hat ihr Buch Marthe Gosteli gewidmet, einer jahrzehntelangen Kämpferin für das Frauenstimmrecht. Wie sähe die schweizerische Gesellschaft aus, wenn sich diese Frauen auf allen Ebenen der Politik schon fünfzig Jahre früher hätten engagieren können?

Heidi Witzig

Leicht gekürzte Version der Rezension für Traverse, Zeitschrift für Geschichte, 2008/1.

Bettina Vincenz: Biederfrauen oder Vorkämpferinnen?

Der Schweizerische Verband der Akademikerinnen (SVA) in der Zwischenkriegszeit 1924–1939. Lizenziat Universität Zürich, Historisches Seminar, PD Dr. Béatrice Ziegler, Okt. 2006.

«Im Jahre 2005 waren 40 % der über 40-jährigen Hochschulabsolventinnen kinderlos: doppelt so viele wie alle anderen Frauen dieses Alters. Und viele von ihnen kommen gar nicht dazu, ihren Beruf auszuüben: So sind es von den lang

und teuer ausgebildeten Ärztinnen nur 30 %.» Dieser gegenwärtig auch in den Medien diskutierte Tatbestand sollte, so Bettina Vincenz in ihrer Einleitung zur Geschichte des Schweizerischen Verbandes der Akademikerinnen (SVA), nicht vergessen lassen, welche Fortschritte seit der Zulassung von Frauen zum Studium über anderthalb Jahrhunderte hinweg errungen worden sind. Diese Fortschritte sind nicht zuletzt ein Verdienst ebendieses Verbandes. Vincenz kritisiert denn auch die Nichtbeachtung des SVA durch die von der Neuen Frauenbewegung geprägten Historikerinnen (mich eingeschlossen) und führt sie auch auf die bis in die letzten Jahre dominierende dichotomische Zuordnung der verschiedenen Strömungen der Frauenbewegungen zu den Kategorien egalitär/dualistisch, fortschrittlich/traditionell, radikal/gemässigt zurück.

Die Anfänge des 1924 gegründeten SVA sind eng verknüpft mit den Aktivitäten der Frauenbewegung der 1920er Jahre, die in starkem Masse auf das Berufsleben fokussierte: Der Frauenkongress von 1921 beschloss die Gründung von weiteren Berufsorganisationen, 1923 entstand die «Schweizerische Zentralstelle für Frauenberufe», und 1928 führten die Frauenverbände die «Schweizerische Ausstellung für Frauenarbeit» (SAFFA) durch, in deren Kontext der SVA die Broschüre «Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen» herausgab. Vor dem Ersten Weltkrieg betrug der Anteil der Studentinnen an den Schweizer Universitäten bereits 25 % aller Studierenden, doch war die Mehrheit davon ausländischer Nationalität, vor allem russischer. Der Krieg beendete diese Situation abrupt. Die meisten Frauen studierten nun nicht mehr Medizin, sondern geisteswissenschaftliche Fächer. Viele brachen das Studium ab, und auch diejenigen, die es abschlossen, übten danach oft keinen akademischen Beruf aus. An den Hochschulen dozierten Frauen, wenn überhaupt, fast nur auf unteren Hierarchiestufen. Selbst an den Mädchengymnasien waren sie als Lehrerinnen in der Minderzahl, verdienten in der Regel deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen, und die verheirateten Frauen wurden in Zeiten der Wirtschaftskrise als Doppelverdienerinnen angeprangert und vielfach per Gesetz von der Berufsausübung ausgeschlossen. Auch die Erwerbsmöglichkeiten der Ärztinnen waren weit eingeschränkter als diejenigen der Ärzte, vor allem auf dem Land war die Situation schwierig. Die besten Berufsperspektiven hatten in den 1920er Jahren die Apothekerinnen, doch wurden ihre Ansprüche während der Krise in den 1930er Jahre wieder in Frage gestellt. Am offensichtlichsten brachen die Juristinnen in die Männerdomäne ein, da sie nicht wie die Ärztinnen oder die akademisch ausgebildeten Lehrerinnen an mütterliche Rollenmuster anknüpfen konnten, sondern die Rechtsprechung mit dem in der Schweiz immer noch rein männlich konnotierten Bereich des Politischen assoziiert wurde.

Während die Gründung der International Federation of University Women

(IFUW) 1919 in den angelsächsischen Ländern Aufbruch markierte, war der Start in der Schweiz eher harzig. Im Kontext der Ablehnung des Frauenstimmrechts in verschiedenen Kantonen und Städten war der Rückzug ins Private propagiert worden. So blieb auch das Echo auf die ersten Vorschläge zu einem nationalen Zusammenschluss äusserst gering. Erst der Genfer Ärztin Mariette Schaetzel und der Genfer Advokatin Nelly Schreiber-Favre gelang es, die in Genf, Bern, Basel und Zürich vereinsmässig organisierten Akademikerinnen von der Zweckmässigkeit des Dachverbands und dessen Mitgliedschaft im internationalen Verband zu überzeugen. Doch viele Akademikerinnen blieben dem Verband fern, insbesondere verheiratete lehnten grundsätzlich jegliche feministischen Tendenzen in der Frauenbewegung ab. Das schlug sich in der Zusammensetzung nieder: Zwei Drittel waren ledig, am höchsten war der Anteil der Unverheirateten bei den Lehrerinnen (89 %), am geringsten bei den Ärztinnen (57 %).

Die Mehrheit der Mitglieder rekrutierte der SVA über persönliche Kontakte und Frauenfreundschaften. Die initiativsten Mitglieder kannten sich schon von der Ausbildung her, viele waren auch in anderen Frauenverbänden aktiv. Eine wichtige Quelle der Motivation war der IFUW-Kongress im skandinavischen Christiania. Die Teilnehmerinnen aus der Schweiz fühlten sich überwältigt von einem Wir-Gefühl, das ihnen als marginalisierter Gruppe und rechtlich entmündigtem Geschlecht in der Schweiz völlig fehlte. Über Referate, ihre Vereinsblätter, berufliches Engagement suchten sie Akademikerinnen zum Beitritt zu animieren, leisteten sie Aufklärungarbeit und Meinungsbildung. Der im Rahmen des IFUW gegründete Stipendienfonds ermöglichte einigen Mitgliedern einen Studienaufenthalt im Ausland und verhalf ihnen damit zu einem entscheidenden Schritt in der akademischen Karriere hin zu internationalem Renommee als Wissenschaftlerin.

Breitesten Raum nimmt in der Arbeit die Analyse der Argumentation ein. Anhand der Stellungnahmen zum «Doppelverdienertum», der Kampagne des Schweizerischen Apotheker-Vereins gegen die Ausbildung und Berufstätigkeit der Apothekerinnen, der Selbstdarstellung an der SAFFA 1928 und der Publikationen zur Berufsberatung für junge Frauen untersucht Vincenz die Haltung des Verbandes entlang den Argumentationslinien Egalitarismus bzw. Dualismus. Überzeugend kann sie darlegen, dass die Zuordnung der Frauenorganisationen entlang dieser Kategorien zu kurz greift. Je nach Situation, je nach Adressatin und Adressat, ob nach innen oder nach aussen kommunizierend, engagierte sich der SVA für die akademische Ausbildung und Berufstätigkeit von Frauen mal mehr mit egalitären, mal mehr mit dualistischen Argumenten, mal mit beiden Argumenten gleichzeitig. Unterschiedlicher Argumente bediente sich der Verband nicht nur für das gleiche Anliegen, sondern aus taktischen Überlegungen

argumentierte auch ein und dieselbe Person für ein und dieselbe Sache kontextabhängig eher egalitär oder dualistisch. Grundsätzlich war der Verband egalitären Prinzipien verpflichtet. Vincenz bestätigt damit den Befund der Politologin Sibylle Hardmeier über die sich überlappenden Argumentationslinien der Frauenstimmrechtsbewegung. Und wie Hardmeier hebt sie die Bedeutung der Netzwerke hervor. Viele Mitglieder des SVA exponierten sich in anderen Frauenorganisationen. So war der SVA in der Zwischenkriegszeit trotz seiner verhältnismässig geringen Mitgliederzahl ebenso personell wie über seine öffentlichen Aktivitäten ein zentrales Element der feministischen Bewegung der Schweiz.

Elisabeth Joris

233

Nicole Gysin: Angst vor Frauenquoten?

Die Geschichte der Quoteninitiative 1993-2000. Reihe gender wissen Bd. 11, Verlag eFeF, Baden 2007.

Die Quoteninitiative, mit 82 % Nein-Stimmen eine der am wuchtigsten verworfenen Volksinitiativen der Schweiz, hat offensichtlich an politische Reizzonen gerührt. Die Historikerin und Sozialwissenschafterin Nicole Gysin ist in einer Untersuchung ihrer siebenjährigen Geschichte nachgegangen. Der Autorin stand ein reicher Fundus von Dokumenten aus dem Gosteli-Archiv zur Verfügung – und sie hat diese Chance genutzt.

In fünf Kapiteln schildert sie die Entstehung der Quotenidee in den 80er Jahren: die Geburtsstunde der Initiative anlässlich der Nichtwahl Christiane Brunners in den Bundesrat 1993; die Kontroversen um Formulierung, Lancierung und Unterschriftensammlung; den Verlauf der parlamentarischen Diskussionen und schliesslich den Abstimmungskampf und die Niederlage.

Ausgangspunkt der Quotendiskussion war eine ernüchternde Bilanz: Rund zwanzig Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts stagnierte der prozentuale Anteil von Frauen im Nationalrat 1991 bei 14,5 %, überdurchschnittlich gut waren Frauen in der Gruppe der Abgewählten vertreten, und nach dem Rücktritt von Elisabeth Kopp war im Bundesrat keine einzige Frau mehr. Als die Empörung über die Nichtwahl von Christiane Brunner die Frauen im sogenannten Brunner-Effekt 1993 von links bis rechts einte, schien die Zeit gekommen, die Machtfrage zu stellen. Bewusst konstituierte sich der Verein «Frauen in den Bundesrat» als überparteilicher Zusammenschluss von Frauen, der die

Forderung nach gerechter Vertretung beider Geschlechter in eidgenössischen Gremien vor Parteisolidaritäten stellen wollte. Die Konstruktion des Vereins «Frauen in den Bundesrat» erwies sich schon zu Anfang als labil und brüchig. Je mehr der «Brunner-Effekt» an Energie verlor, umso deutlicher wurden die Differenzen. Bürgerliche Frauen waren zu wenig eingebunden. Sie stiessen nicht nur in ihren Parteien auf entschlossene Abwehr, sondern distanzierten sich grossmehrheitlich, einzelne grossartige Kämpferinnen ausgenommen, von der Quotenidee. Die kontinuierliche Arbeit im Initiativkomitee wie im Verein leisteten Frauen aus dem grün-linken Spektrum. Aber auch innerhalb dieser Gruppierung bestanden Spannungen. Bei der Ausformulierung der Initiative standen sich Vertreterinnen der radikalen und der realpolitischen Sichtweise gegenüber. Ob die Initiative Maximalforderungen stellen solle, «um möglichst viel für die Frauen herauszuholen» und Grundsatzdiskussionen anzustossen, oder ob sie gemässigte, mehrheitsfähige Forderungen stellen sollte - diese grundsätzliche Frage wurde nicht entschieden, sondern mündete in einen Kompromiss, der die Initiative stark prägte. Sie enthielt sowohl grundsätzliche Forderungen (angemessene Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden) wie auch technische Details zur Vertretung in Nationalrat, Ständerat usw. In den Augen der Autorin war dieser Kompromiss ein Pferdefuss, denn «ohne eindeutige Funktionszuweisung und Zielsetzung konnte auch keine klar definierte Kampagne lanciert werden» (S.74). Aus dieser Ausgangslage ergaben sich bei der äusserst harzig verlaufenden Unterschriftensammlung wie später im Abstimmungskampf argumentative Schwierigkeiten. Um die technischen Details entspannen sich endlose Kontroversen. Dass die grundsätzliche Diskussion um die Notwendigkeit von Quoten an der breiten Öffentlichkeit schlicht vorbeigegangen sei – eines der bitteren Resultate der Wahlanalyse -, sei insofern ein «hausgemachtes» Scheitern gewesen.

Sehr erhellend ist das Kapitel über die parlamentarischen Diskussionen der Quoteninitiative. Die trödlerische Behandlung durch den Bundesrat – er liess sich zwei Jahre Zeit – setzte sich nach einem fulminanten Start im Nationalrat fort. Hatte der Nationalrat anfänglich als Gegenvorschlag die Idee von Listenquoten vertreten, die probehalber 1999 zum Einsatz gelangen sollten, wurde er vom Ständerat ausgebremst, worauf die Initiative zum Opfer endloser verfahrensrechtlicher Verzögerungen wurde. Offensichtlich galt sie als politisches Leichtgewicht. Quasi als Nebeneffekt kam es im verantwortlichen Vereinsvorstand zu Zerreissproben – personelle und finanzielle Ressourcen befanden sich einige Male nahe dem Nullpunkt.

2000 kam die Quoteninitiative endlich zur Volksabstimmung. GegnerInnen wie BefürworterInnen räumten ihr keine Chancen ein. Das Lager der Befürworte-

rinnen bestand im Kern aus Frauen der Grünen Partei; die SP-Frauen hatten wenig Verbindung zu ihrer Partei, und der Schweizerische Gewerkschaftsbund trat sogar offiziell aus dem Verein aus. Der BSF beschloss Stimmfreigabe, während der katholische und der evangelische Frauenbund die Ja-Parole herausgaben. Insgesamt war klar, dass keine gewichtige politische oder gesellschaftliche Macht hinter der Initiative stand. Letztlich, so das Fazit, wurde sie «(insbesondere auch finanziell) eine zur Hauptsache von Privatpersonen getragene Aktion» (S.169). So konnte es sich die Mehrheit leisten, im Abstimmungskampf fast ausschliesslich Frauen gegeneinander antreten zu lassen. Die Quoteninitiative wurde als Kampf links-grüner gegen die bürgerlichen Frauen inszeniert und wahrgenommen.

Nach der überaus deutlichen Ablehnung zeigten Vox-Analysen, dass die Gruppe der 18- bis 29-Jährigen die Initiative mit 93 % am massivsten verworfen hatte. Die Autorin interpretiert dies als «Metzler-Effekt» – war doch die junge, dynamische Ruth Metzler, damals erfolgreiche Bundesrätin, eine der entschiedenen Gegnerinnen der Initiative gewesen. «Wir schaffen das heutzutage» – diese Mentalität vertraten damals offensichtlich sehr viele junge Frauen. Drei Jahre später war Ruth Metzler abgewählt.

Die Schlussbetrachtungen lesen sich wie ein von Erfahrungen gespeister Leitfaden für das Handeln auf dem politischen Parkett. Der Versuch einer überparteilichen Frauenkoalition scheiterte an der Radikalität der Quotenforderung. Schien sie den Frauen aus dem links-grünen Spektrum ein angemessenes Instrument zur Durchsetzung von Gleichheitsansprüchen, interpretierten die bürgerlichen Frauen sie als Zwängerei, welche die Männer erschrecke und langfristig das partnerschaftliche Klima irritiere. Aufgrund dieser Ausgangslage stellte sich die Machtfrage nicht wirklich. Die Männer selbst blieben in Deckung, bis weit ins links-grüne Lager hinein. Erhellend die These der Autorin, dass bei der männlichen Mehrheit im Parlament immer und sofort, wenn es tatsächlich «um die konkrete und kurzfristige Umverteilung politischer Macht zugunsten der Frauen ging» – diese Gefahr drohte nur während kurzer Zeit –, ein «protektionistischer Abwehrmechanismus» in Gang kam.

Interessant wäre auch die Frage nach der Funktion und der Motivation unterstützender Männer gewesen. In der Gruppe, die den Initiativtext formulierte, wie auch im Abstimmungskampf und in der Auswertung des Abstimmungsdebakels griffen die Initiantinnen auf Ressourcen und Fachwissen von solidarischen Männern zurück – wie weit bezahlt oder unbezahlt, bleibt offen.

Nicole Gysin hat ihre Lizentiatsarbeit im Auftrag des Vereins «Politische Gleichstellung in Zukunft» zu einem leicht lesbaren, gehaltvollen Buch umgearbeitet. Ziel war explizit, Lehren aus der Niederlage zu ziehen und die andauernde Kontroverse um Instrumente der Frauenförderung in der Politik zu alimentie-

ren. Das ist in hohem Masse gelungen. Die Analysen können und werden bei weiteren Vorstössen zur politischen Gleichstellung nützlich sein. Auch die noch junge Tradition der «histoire immédiate», die sich mit dem Zeitraum befasst, in welchem frau selbst lebt, hat mit dieser Studie eine Bereicherung erfahren.

Heidi Witzig

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen: Viel erreicht – viel zu tun.

Bern, 29. Jahrgang, Nr. 2, November 2006.

Hat sich die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen mit ihren erfolgreichen Gesetzesrevisionen zur Beseitigung der Geschlechterdiskriminierung - Eherecht (1988), Gleichstellungsgesetz (1996), zahlreiche Gesetzesrevisionen in den Sozialversicherungen (AHV, IV, BVG, Mutterschaftsversicherung usw.) - und den positiven Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung, der Prävention häuslicher Gewalt und der öffentlichen Thematisierung familien- und schulergänzender Kinderbetreuung selber schon überflüssig gemacht? Chiara Simoneschi-Cortesi betont in ihrer Bilanz über 30 Jahre Tätigkeit der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, dass die Verfassungsbestimmung zur Gleichstellung von Frau und Mann verpflichtet, aber auch legitimiert, weiter an der tatsächlichen Gleichstellung in allen Lebensbereichen dranzubleiben. Im Moment der Geburt eines Kindes beginne heute für Frauen in der Schweiz ein Hindernislauf. Die Rahmenbedingungen würden die effektiven Bedürfnisse von Frauen, namentlich der Mütter, zu wenig berücksichtigen. Eine ausgeglichene Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern erfordere die enge Verknüpfung von Gleichstellungspolitik mit der Familienpolitik, verstanden als die Gesamtheit der Massnahmen zugunsten der Familien und ihrer Mitglieder. Dabei sei die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben eine unverzichtbare Voraussetzung, die Frauen und Männer gleichermassen betreffe. Ihr Fazit lautet: Damit die neuen Gesetze nicht toter Buchstabe bleiben, sei ein nationales Gremium, in dem Frauenkreise besonders gut vertreten sind, heute nötiger denn je. Vielfältige Beiträge von Frauen aus der Politik – Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Annemarie Huber-Hotz, Claudia Kaufmann etc. - beleuchten relevante Aspekte des Gleichstellungsprozesses. Längere Beiträge zu Frauenrechten,

Menschenrechten, Südafrika, Bildung und Passagen bilden weitere Schwerpunkte. «Frauen und ihre Rechte: Das Potenzial der internationalen Standards für die Schweiz» lautet der lesenswerte Artikel von Erika Schläppi. Sie schlägt den historischen Bogen von der Unterzeichnung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) 1950 zu den Menschen- und Frauenrechten in der Schweiz heute. Was bringen die Menschenrechte in der schweizerischen Gleichstellungspolitik? Dieser Frage folgend zeigt sie, wie die schweizerische Gleichstellungspolitik die wichtigen Impulse internationaler Standards und Kontrollmechanismen vermehrt kreativ nutzen könnte. Im Beitrag «Bildungsqualität durch Genderkompetenz-Training» stellen Anne von Gunten und Elisabeth Grünewald-Huber das Projekt «Höhere Unterrichtsqualität durch Genderkompetenz im Unterricht», Pädagogische Hochschule Bern, 2004–2006, vor. Die Tabelle «Matrix Genderkompetenz in der Lehre» gibt einen kurzen Überblick über die Grundlage, auf der sie das Genderkompetenz-Training aufbauten. Eindrücklich sind auch die Resultate der Wirkungsmessung durch je ein Assessment vor und nach dem Training.

Die Publikation gibt sowohl einen guten Überblick über 30 Jahre schweizerische Gleichstellungspolitik als auch viele anregende Informationen, die motivieren, am Thema dranzubleiben.

Verena Hillmann

237

Yvonne-Denise Köchli (Hg.): Frauen, wollt ihr noch 962 Jahre warten?

Micheline Calmy-Rey über echte Chancengleichheit, Xanthippe Verlag, Zürich 2006.

Anlass zum Erscheinen dieses Buches war ein vierfaches Jubiläum im Jahr 2006: 35 Jahre Frauenstimm- und -wahlrecht, 25 Jahre «Gleiche Rechte für Mann und Frau» in der Verfassung, 15 Jahre Frauenstreik, 10 Jahre Gleichstellungsgesetz. Wie die Herausgeberin Yvonne-Denise Köchli betont, ist das nicht nur ein Grund zum Feiern, sondern vielmehr zum Innehalten, denn die Rechte der Frauen konnten bisher nicht allerorts umgesetzt werden. So kann das Buch Köchlis als «Spurensicherung» zur jüngsten Frauengeschichte betrachtet werden. Im Buch werden analog zum 35-Jahr-Jubiläum 35 Frauen vorgestellt, die in dieser Zeit

die Schweiz bewegt haben, zudem 35 Bücher präsentiert, die Frauen «ein neues Fenster mit Weitblick» öffnen sollen.

Rund ein Drittel des Buches ist der SP-Bundesrätin und heutigen Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey gewidmet. Zu Beginn ihrer Rede «Platz da?! Frauen an die Spitzen der Macht» stellt sie lapidar fest: «Wo Macht ist, fehlen die Frauen.» Überall seien die Frauen zwar im Vormarsch, den Sprung in Spitzenpositionen würden sie allerdings nicht schaffen. Dabei gibt Calmy-Rey Erklärungen, macht sich zugleich auf die Suche nach Ursachen und plädiert schliesslich für die obligate Teilnahme der Frauen an der Macht. Diese Rede wird ergänzt durch ein Interview von Köchli mit Calmy-Rey sowie eine biografische Annäherung an Letztere.

Insgesamt handelt es sich um ein informatives Buch, das auch deshalb lesenswert ist, weil nebst Elisabeth Kopp, Ruth Dreifuss und Ruth Metzler auch weniger namhafte und bekannte Politikerinnen erwähnt werden, die sich für den Fortschritt in Sachen Frauenrechte eingesetzt haben. Und es ist schliesslich auch deshalb lesenswert, weil hier die mühsam erkämpften Vorlagen und Gesetze bezüglich der Rechte der Frau dokumentiert sind (z.B. Fristenregelung, Mutterschaftsversicherung).

238 Barbara Gavez

Mechthild Veil / Margret Krannich (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven. Frauen in Osteuropa.

Jahrbuch der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen, 2006.

Das Jahrbuch versammelt Aufsätze einer Tagung zur Entwicklung der politischen Partizipation von Frauen in Osteuropa seit der Wende sowie zur Veränderung der Selbst- und Fremdbilder von Frauen im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses der letzten zwei Jahrzehnte. Gesine Fuchs untersucht in ihrem breit angelegten Beitrag die verschiedenen Formen von zivilgesellschaftlicher Partizipation: Zwar haben sich die NGOs in den letzten fünfzehn Jahren dynamisch entwickelt. Mit den Demokratisierungsprozessen gingen aber viele ehemals oppositionelle männliche Führungkräfte in Parlamente und Regierungen. So sind heute ca. sechzig Prozent der Beschäftigten bei NGOs Frauen. In den Vorständen jedoch beträgt ihr Anteil weiterhin lediglich ein Drittel.

Anderseits ist auffallend, dass die Frauenorganisationen, obwohl sie nur einen kleinen Teil der zivilgesellschaftlichen Organisationen ausmachen, in den Ländern Osteuropas häufig zu den renomiertesten und sichtbarsten Vereinigungen gehören. Es ist ihnen gelungen, ihre zentralen Themen Arbeit und Bildung sowie Körper und Gewalt auf die politische Agenda zu setzen. So stärkt nach Fuchs das Engagement von Frauen die Zivilgesellschaft und damit auch die Demokratie, weil Frauenorganisationen die Funktionen zur Vermittlung und zur Kommunikation von konkreten Fraueninteressen übernehmen. Wichtig ist, dass sie in der gegenwärtigen EU, die mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder tendenziell konservativer geworden ist, dazu beitragen, dass die Implementierung von Gleichstellungsdirektiven, zu denen sich die osteuropäischen Länder als Voraussetzung für die Aufnahme in die EU verpflichtet haben, nicht einfach auf der Strecke bleibt.

Wie heikel und unterschiedlich diese Situation in den einzelnen Ländern ist, zeigen die Beiträge von Dunja Melcic zur Partizipation von Frauen am politischen Establishment Kroatiens, von Bozena Choluj zu den Geschlechterbeziehungen zwischen Aufbruch und Rekonstruktion in Polen sowie von Hana Havelkova zu den Frauen in der tschechischen Gegenwart. In den 1990er Jahren bestimmte die nationalistisch ausgerichtete Partei von Franjo Tudjman (HDZ) die Politik Koratiens praktisch unangefochten. Das geringe Gewicht der Frauen änderte sich erst mit den neuen Mehrheitsverhältnissen im Jahr 2000: Der Anteil der Frauen unter den Abgeordneten stieg von 8 auf 20 Prozent. Frauen, die besonders selbstbewusst auftraten, brachten vor allem in der Tudman-Periode männliche Abgeordnete regelrecht in Rage, u.a. tat dies die Vorsitzende der Volkspartei (HNS), Vesna Pusic. Obwohl sie laut Umfragen zu den glaubwürdigsten PolitikerInnen gehört, war sie die in Parlament und Öffentlichkeit am häufigsten durch Anpöbeleien und Hetzkampagnen der Rechten attackierte und verleumdete Politikerin. Die in der HDZ politisierenden Frauen zeigten ihrerseits eine bewusst antifeministische und frauenfeindliche Haltung. So macht eine frühere Ministerin bis heute mit dem Ausspruch von sich reden: «Ich bin so erzogen, dass ich aufstehe, wenn ein Mann den Raum betritt.» Anderseits haben im Vorfeld der UNO-Frauenkonferenz von Peking etliche Politikerinnen aus der ehemaligen kommunistischen Kaderschmiede eigenständige Positionen entwickelt, die sie auch gegen den Druck der HDZ nach aussen vertreten. Es zeigt sich hier eine Entwicklung, die auch in anderen osteuropäischen Ländern bemerkbar ist: Frauen des kommunistischen Establishments haben auch ohne Einfluss feministischer Strömungen ein selbstbewusstes Frauenbild nachhaltig in der Gesellschaft etabliert. Obwohl sich die am westlichen Feminismus orientierenden Frauen von den kommunistischen Frauenorganisationen bereits vor der Wende klar abgrenzten und

gemeinsam eine wichtige Rolle bei der Erhaltung frauenfreundlicher Einrichtungen zu, nicht nur in Kroatien, sondern auch in Polen und in Tschechien. Für die Entwicklung in Polen ist nach Bozena Cholujs Analyse jedoch auffallend, dass bei den Wahlen von 2005 mehr Frauen als Männer rechte Parteien wählten und dass die Zahl der Frauen in den beiden Parlamentskammern als Folge davon abgenommen hat. Zwar wurden unter Lech Kaczynski immer wieder Frauen für hohe Posten nominiert, was aber den Frauenanliegen nicht weiter dienlich ist, da die meisten Frauen-NGOs eine betont oppositionelle Linie zur konservativen Kaczynski-Regierung fahren und ihre Haltung vor allem mit ihrem harten Kurs in der Abtreibungsfrage demonstrierten. Die Frauen-NGOs sind vor allem in den Grossstädten verankert und erreichen die weibliche Landbevölkerung und die städtischen Unterschichten nicht. Diese sehen in Zeiten struktureller Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit in den Konservativen einen Garanten gegen einen allzu forschen Wandel, einen Garanten auch für die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates. Wenn auch in anderer Form als in dem vom Katholizismus geprägten Polen lässt sich auch in Tschechien eine Verteidigung früherer Werte feststellen. Eine Umfrage zur Gleichstellung hat ergeben, dass sich 65 Prozent der Bevölkerung für die Wiedereinführung der in den kommunistischen Zeiten bekannten Quoten aussprechen. Aber wie Hana Havelkova in ihrem Beitrag zeigt, haben die Frauenorganisationen das Thema erst spät aufgegriffen, nachdem es bereits in den Medien diskutiert worden war. Die renommierte Soziologieprofessorin und Gründerin der Genderstudies an der Karlsuniversität in Prag versteht denn auch Gender-Mainstreaming und feministische Forderungen nicht als Gegensatz, sondern sieht im Gender-Mainstreaming vielmehr die Möglichkeit, feministische Inhalte in alle gesellschaftlichen Bereiche und in den breiten öffentlichen Diskurs «hineinzuschmuggeln». Denn auf dem Hintergrund der kommunistischen Vergangenheit heisst Gleichstellungspolitik zwar mehr Frauen in der Politik, aber nicht automatisch mehr geschlechterbezogene Fragestellungen und auch nicht Bekämpfung von indirekten Formen der Diskriminierung. Über die Genderstudies und das Gender-Mainstreaming kann mit Unterstützung der EU die tschechische Gleichstellungspolitik stärker in diese Richtung gelenkt werden. Von Bedeutung ist dabei auch, dass die EU die Kooperation mit frauenpolitisch orientierten NGOs einfordert. Diese Widersprüche berücksichtigend, verweist Havelkova in einem Rückblick auf die Veränderungen seit der Wende auf Fortschritte, Kontinuitäten und problematische Entwicklungen. Immer noch gelten der aus kommunistischen Zeiten stammende grosszügige Mutterschaftsschutz und der weltweit längste Elternurlaub, immer noch besuchen 91 Prozent aller Kinder einen Kindergarten. Wegen der Liberalisierung des Sozialstaates

auch heute noch nichtstaatliche Projekte lancieren, kommt beiden Strömungen

werden jedoch soziale Leistungen nicht mehr global verteilt, sondern stärker individualisiert, was auch bedeutet, dass es keine generelle Kindergartenplatzgarantie mehr gibt. Immer noch gehen die meisten tschechischen Frauen vollzeitlich einer Erwerbstätigkeit nach, jedoch wirken sich die rechtlichen Regelungen auf ärmere Frauen und gebildete Frauen unterschiedlich aus. Im Gegensatz zu früher kann diese Asymmetrie aber dank der Liberalisierung öffentlich diskutiert werden. Schliesslich hebt Havelkova noch einen demographischen Wandel hervor, wie er in ähnlicher Weise auf andere osteuropäische Länder zutrifft: Frauen heiraten später, die Zahl der Eheschliessungen sinkt, und noch stärker sinkt die Geburtenrate.

Da es sich um eine interdisziplinäre Tagung handelte, thematisieren andere Beiträge den Wandel der Geschlechterbilder und -repräsentationen in Büchern und Medien. Im abschliessenden Beitrag denkt die Herausgeberin Mechthild Veil weiterführend über die Unterschiede in den Transformationsprozessen nach und wie das Instrument Gender-Mainstreaming für zukünftige Frauen- und Geschlechterpolitiken eingesetzt werden kann. Dieses Instrument wird von Frauen aus Osteuropa weit positiver eingeschätzt als von Frauen aus dem «alten» Europa. Gerade wegen der vielschichtigen Unterschiede redet Veil auch im Namen der Stiftung «Frauen in Europa» dem kontinuierlichen Austausch das Wort.

Elisabeth Joris

Anna Politkovskaja, A Russian Diary, London, Harvill Secker, 2007

Deutsche Ausgabe: Anna Politkovskaja: Russisches Tagebuch, Dumont Verlag 2007.

Als dieses Buch im Winter/Frühjahr 2007 erschien, war Anna Politkovskaja bereits in ihrem Mietshaus in Moskau umgebracht worden. Politkovskaja war mehr als eine recherchierende Journalistin gewesen. Sie war festen Grundsätzen gefolgt und war persönlich intensiv in das Leben derjenigen Menschen eingebunden gewesen, über die sie geschrieben hat. Als sie im Oktober 2006 kaltblütig ermordet wurde, widmeten ihr Zeitungen und Webseiten aus der ganzen Welt Artikel und Nachrufe zu ihrer Arbeit und ihrem Leben. Hierzu kann ich wenig beifügen.

Im Mai 2007 veröffentlichte Amnesty International (A.I.) ihren Russlandbericht – noch vor den EU-Russia Human Rights Consultations. Mit diesem Dokument

richtete sich A.I. an die EU und brachte die folgenden drei Hauptthemen vor: 1. die andauernde Straflosigkeit von Menschenrechtsverletzungen, die auch die verbreiteten Vergewaltigungen und das Verschwindenlassen von Personen umfassen, 2. die zunehmende Bedrohung der Meinungs- und Informationsfreiheit, der Versammlungsfreiheit sowie der Unabhängigkeit von NGOs und 3. der rasch wachsende gewalttätige Rassismus in der Föderation.

Politkovskajas «Russisches Tagebuch» gibt diesen gravierenden Problemen in Russland ein menschliches Gesicht. Sie erzählt aus dem Leben von Leuten, vom intensiven Leiden einzelner Menschen, und sie nennt die Namen. Das Tagebuch hält Zeitpunkte, Orte und Namen fest. Es bildet eine Chronik zu Leuten, die Leiden verursachen. Deswegen wurde Politkovskaja umgebracht.

Mehrere Bekannte sagten mir, sie fänden das «Russische Tagebuch» wegen der Intensität des Leidens und der Hoffnungslosigkeit schwer zu lesen. Diese von Politkovskajas Geschichten hervorgerufenen Gefühle durchdringen die Lesenden. Wir jedoch verfügen über den Luxus der Wahl: Wir können das Buch einfach weglegen, mit dem Lesen einer weiteren qualvollen Geschichte aufhören und uns etwas anderem zuwenden. Oder wir fahren mit der Lektüre fort und versuchen nachzuvollziehen, was es heisst, gegen alle Düsternis mit Hoffnung anzugehen, wie es Politkovskaja tat. Dabei erfahren wir auch etwas über die menschlichen Kosten, die damit verbunden sind, wenn wir von unseren Politikern vernehmen, dass sie wieder einen Vertrag mit der Russischen Föderation abgeschlossen haben, mit einem Staat, der sich weigert, den Mord an Politkovskaja ernsthaft zu untersuchen und aufzuklären.

Lise Cyrenne Übersetzung aus dem Englischen: Anni Lanz

Cfd (Hg.): Security Check: Sicherheitsdebatten feministisch durchleuchtet.

cfd-Dossier, Bern 2007.

Unsicherheit, Ohnmacht, Ausgeliefertsein. Das sind die Worte, mit denen Frauen sehr oft ihre Situation und ihre Gefühle beschreiben. Die Suche nach «besseren Lebensbedingungen» ist in der globalisierten Welt zu einer «Suche nach Sicherheit» geworden. Die wirtschaftlichen und politischen AkteurInnen

nehmen diese Angst wahr und versuchen die Bevölkerung auf manipulative Art davon zu überzeugen, dass sie alles tun, um die Sicherheit zu gewährleisten. Die Beiträge der einzelnen Autorinnen beleuchten diese Sicherheitsproblematik in ihrer ganzen Komplexität.

Beispielsweise erklärt Christa Wichterich in ihrem Beitrag: «Wo es dem Markt überlassen wird, Lebensrisiken abzufedern und Schutz vor Gefahren zu gewährleisten, kann menschliche Sicherheit kein globales öffentliches Gut werden. Ein weltbürgerliches Anrecht auf grundlegende Sicherheiten im Leben kann nur durch ein Zusammenwirken von Empowerment, politischen Eingriffen und Strukturveränderungen von der Mikro- bis zur Makro-Ebene erreicht werden.» Fragen der globalen Sicherheit werden in dieser Publikation auch im Zusammenhang mit der globalen Migration diskutiert. So analysiert Ratna Kapur kritisch die Initiativen für rechtliche und politische Programme gegen den illegalen Frauenhandel, das sogenannte Trafficking, weil diese Programme dazu tendieren, den Migrantinnen jegliche Entscheidungs- und Handlungsmacht abzusprechen.

Jael Bueno

243

Margrit Stamm: Unterfordert, unerkannt, genial.

Randgruppen unserer Gesellschaft, Rüegger Verlag, Zürich 2007.

Jede Zeit, jede Gesellschaft bestimmt im Rahmen der hegemonialen Politik die Ausgrenzungen von sozialen Gruppen. Geschlecht war und ist immer noch eine Kategorie, welche das hierarchische Gefälle zwischen Frauen und Männern bestimmt. «Rasse» fungierte als Kategorie, um die Ungleichwertigkeit zwischen «Weissen» und «Nicht-Weissen» zu festigen. Anfang der 1990er Jahre übernahm der Begriff «Kultur» die Rolle des Sexismus und des Rassismus, um die Ausgrenzung von sozialen Gruppen und Individuen in der globalisierten Gesellschaft zu legitimieren: Frauen und Männer werden nach ihrer Kulturzugehörigkeit in eine hierarchische Struktur gepresst, die für den Zugang zu Rechten oder den Ausschluss von Rechten bestimmend wird.

Margrit Stamm analysiert empirisch die Finessen der Ausgrenzung im Ausbildungsbereich anhand der Betrachtung dreier Randgruppen: Der sogenannten Minderleister oder Underachiever, der besonders leistungsfähigen Kinder aus bildungsfernen Milieus und der Wunderkinder. Kinder und Jugendliche, die schlechte Testleistungen erzielen und aus benachteiligtem Milieu (Familien mit

wenig Bildungsnähe oder mit Migrationsstatus) stammen, sind die neuen «Bildungsverlierer». Sie werden als problembehaftet und defizitär bezeichnet, jede Kompetenz oder jegliche Schulerfolge werden ausgeblendet, und so wird eine normale Schullaufbahn verhindert.

Jael Bueno

Jennifer S. Butler, Born Again: The Christian Right Globalized.

London, Pluto Press 2006.

Der Titel von Jennifer Butlers Buch will aufrütteln. Die fundamentalistische christliche Rechte globalisiert sich in den Bahnen von amerikanischen Gesellschaften und schweizerischen Banken. Allerdings mag dies nur jene alarmieren, die offensichtlich immer noch an eine längst vergangene Übereinstimmung von Liebe und Gleichheit glauben.

1968 war ich zehn Jahre alt. Als ich 1975 an die Universität ging, war der scheinbar goldene Konsens der 68er Jahre bereits geschwunden. Frauen waren in grosser Zahl aus der männlichen Linken in die feministischen Kollektive übergetreten, wo sich die heterosexuellen Frauen wiederum durch die Lilafraktion, d.h. die zahlreichen Lesben, bedroht fühlten. 1985, als sich die radikalen lesbischen Separatistinnen wieder heterosexuellen Beziehungen zuwandten, schlossen sich Feministinnen auf der Suche nach einem tieferen Sinn freiwillig der katholischen Kirche an. Als ich die Dreissiger erreichte, verblieben kaum noch Möglichkeiten, an der Illusion eines utopischen Konsensus über «das gute Leben» festzuhalten.

Jennifer Butler jedoch scheint erst kürzlich zu dieser Erkenntnis gelangt zu sein. Sie scheint von ihrer Erfahrung des vergangenen Jahrzehnts beinahe überrascht zu sein, dass die gebildeten Konservativen, die, gut betucht und voller strategischer Interessen, an der Definitionsmacht über Werte und Lebensprojekte auf globaler Ebene teilhaben wollen. Ihre Analyse des wachsenden Einflusses der fundamentalistischen christlichen Rechten in den Vereinten Nationen schwankt zwischen fast naivem Lamentieren darüber, wie so etwas geschehen konnte, und einer beinahe nostalgischen Folgerung, dass die Linke daraus nützliche Dinge lernen könne.

Das Augenmerk der christlichen Rechten in fast allen Organisationen - quer durch viele verschiedene Länder - richtet sich darauf, die Rückkehr zu traditionellen Werten der Religion und der Familie zu verfechten. Mit anderen Worten: Die fundamentalistische christliche Rechte träumt von einer organisierten Rückkehr zur Hochburg des Patriarchats. Wie Butler treffend beschreibt, ist der massenfängerische Aufruf der christlichen Rechten ein Appell zur Rückkehr hinter die strukturellen Schranken von Religion und Familie. Die Zivilisation über die Stärkung und Wiederherstellung der traditionellen Familie zu retten ist die Basis, auf der Allianzen zwischen der christlichen Rechten und konservativen Eliten anderer Religionen geschmiedet werden. Das bedeutet, eine Rückkehr zu einem unhinterfragten Patriarchat, das die Sexualität, die Frauen und die Reproduktion kontrolliert. Obwohl Butlers Analyse diese Spur verfolgt, weicht sie dieser Schlussfolgerung aus. Stattdessen fordert sie die Progressiven auf, den Ruf zu Religion und Familie selber aufzunehmen. «Zumindest sollten die Progressiven von den fundamentalistischen christlichen Rechten lernen, zu ihren Wurzeln zurückzufinden, um sich der wertvollen Rolle zu erinnern, welche die Religion für den Zusammenhalt von Gesellschaften spielt. Die fundamentalistische christliche Rechte kann uns dabei helfen, zu unseren progressiven Anfängen zurückzufinden und einer proaktiven statt einer destruktiven Vision von Familienunterstützung das Wort zu reden, die gerade in dieser Zeit des raschen Gesellschaftswandels und der Globalisierung einen stärkeren Rückhalt braucht.» (S.168) Butlers Folgerung ist enttäuschend und irreführend. Ihre nostalgische Sehnsucht nach einer Rückkehr zu Religion und Familie vermittelt keine neuen Anstösse. Ihre Schlüsse sind ein Widerhall der Meinungen nicht weniger Progressiver: Wenn wir die Rechte schon nicht besiegen können, so wollen wir es ihr gleichtun.

Lise Cyrenne Übersetzung aus dem Englischen: Anni Lanz 245

AUTORINNEN

Benkhouya Damia, marokkanische Menschenrechtsaktivistin, arbeitet heute vor allem als Autorin. Als Mitglied der Initiative «synergie civique» hat sie die Arbeit und das Leben der Weberinnen dokumentiert. Sie leistet einen entscheidenden Beitrag in der Bewegung zur Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen und arbeitet gegenwärtig an einem Buch zu sexueller Gewalt gegen Frauen.

Bueno Jael, Soziologin, MAS Gender Management. Freie Wissenschaftlerin und Seminarleiterin. Arbeits- und Interessenschwerpunkte: Gender, Migrations- und Rassismusforschung, Postkolonialismus und Prävention sexueller Gewalt. Leiterin des Präventionsprojekts LUNA. Redaktorin Olympe, Feministische Arbeitshefte zur Politik.

Businger Susanne, 1981, Soziologie- und Geschichtsstudentin an der Universität Zürich und Olympe-Redaktorin. Von 2005 bis 2006 Auslandjahr in Berlin, Mitarbeit im Projekt «Orte jüdischen Lebens in Berlin» der Humboldtuniversität. Forschungsinteresse in den Bereichen Gender Health, Psychiatrie- und Geschlechtergeschichte.

Cyrenne Lise, Masters Degree in Conflict Studies an der University of Ottawa, Kanada (2006). Sie arbeitet sowohl für private Firmen als auch für öffentliche Institutionen. Ihr besonderes Interesse gilt Fragestellungen zu Feminismus und Gerechtigkeit.

Dhawan Nikita, M.A. in Germanistik und Philosophie, promovierte Philosophin, ist Research Fellow am International Graduate Center for the Study of Culture, Justus-Liebig-Universität Giessen. Im Wintersemester 2006/07 war sie Maria-Goeppert-Mayer-Gast-professorin an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg. Aktuelle Publikation: Impossible Speech. On the Politics of Silence and Violence.

do Mar Castro Varela María, dipl.-Psych. und dipl.-Päd., promovierte Politologin, ist ab dem Wintersemester 2007/08 Professorin an der Alice-Salomon-FH Berlin. Im Wintersemester 2006/07 war sie Maria-Goeppert-Mayer-Gastprofessorin an der Carl-von-Ossietz-ky-Universität in Oldenburg. Sie ist Mitgründerin und Vorstandsmitglied des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung e.V. (IMUF).

Gavez Barbara, 1976, lic. phil., lebt in Zürich, Studium in Philosophie und Germanistik an der Universität Zürich, Gymnasiallehrerin im Kanton Aargau, Olympe-Redaktorin.

Gerber Rüegg Julia, 1957, ist Co-Präsidentin der SP-Frauen Schweiz und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Sie lebt in Wädenswil und ist Mitglied des Zürcher Kantonsrates. Ihre politischen Schwerpunkte sind Gleichstellungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Hug Annette, 1970, ist Dozentin an der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern. Unterrichtsschwerpunkte: Gender in Theorie und Praxis, Projektmethodik. Im Frühling 2008 erscheint ihr erster Roman im rotpunktverlag Zürich.

Joris Elisabeth, Historikerin in Zürich mit Forschungsschwerpunkt Frauen- und Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Mitbegründerin von Olympe. Seit den 1980er Jahren veröffentlichte sie verschiedene Bücher und zahlreiche Beiträge zur

Geschichte der Schweiz und zu Fragen feministischer Politik. Im Frühjahr 2008 erscheint «Zürich 68» (herausgegeben mit Erika Hebeisen und Angela Zimmermann).

Kamber Esther, lic. phil., seit 1997 Mitarbeiterin und Leiterin des Forschungsfeldes «Medien» im Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) des Instituts für Publizistikwissenschaft und Medienforschung und des Soziologischen Instituts der Universität Zürich. Forschungsschwerpunkte: Öffentlichkeitssoziologie und -geschichte, sozialer Wandel moderner Gesellschaften; Strukturwandel der Öffentlichkeit; Programm- und Informationsforschung in Presse, Radio und Fernsehen.

König Lilo, Mitbegründerin und aktives Mitglied der Menschenrechtsgruppe augenauf Zürich und des Antirassistischen Netzwerks. Sie engagiert sich im Rahmen der Initiative gegen Antisemitismus, um aus linker Sicht antisemitische Denkformen und Stereotypen in der Linken aufzudecken und zu kritisieren.

Leimgruber Yvonne, Dr. phil., ist Historikerin und Erziehungswissenschaftlerin. Sie arbeitet in den Bereichen Politische Bildung sowie Schweizer, Bildungs- und Geschlechtergeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Sie ist an der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig.

Mazali Rela, feministische Friedensaktivistin aus Israel, veröffentlichte eine grosse Anzahl von Kurzgeschichten, Essays, wissenschaftlichen und politischen Beiträgen sowie zwei Kinderbücher. In ihrer jüngsten Veröffentlichung, «Ethnically Constructed Guns and Feminist Anti-Militarism in Israel» (in: Interventions: International Journal of Postcolonial Studies, Vol. 9/2, 2007), reflektiert sie über die Rolle der Waffen in der Konstruktion des Jüdischen im heutigen Israel. Demnächst erscheint ihre Studie «The Gun on the Kitchen Table: The Sexist Subtext of Private Policing in Israel» (siehe www. iansa.org/women/hold_on_bullets. htm).

Mernissi Fatima lehrt Soziologie an der Universität Rabat. In ihren zahlreichen Publikationen thematisiert die marokkanische Feministin die Stellung der Frau im Islam und in den Ländern des Maghreb.

Randeria Shalini ist ordentliche Professorin für Ethnologie an der Universität Zürich, Präsidentin der European Association of Social Anthropologists (EASA) und Mitglied des Senats der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft). Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Rechtsethnologie und Wandel der Staatlichkeit, Zivilgesellschaft, Prozesse der Globalisierung, Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik sowie postkoloniale Theorie. Neueste Publikation: «Vom Imperialismus zum Empire: Globalisierung aus nichteuropäischer Sicht», hgg. mit Andreas Eckert, Campus Verlag.

Rizq-Qazzaz Hadeel, aktives Mitglied der «General Union of Palestinian Women» und vieler palästinensischer Frauen-NGOs, arbeitet als Programmkoordinatorin des arabischen Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Geschlechterverhältnisse und die Rechte der Frauen in Politik und Ökonomie. Sie ist verheiratet und Mutter dreier Kinder.

Sassen Saskia, Soziologin und Wirtschaftswissenschaftlerin, lehrte und forschte rund ein Jahrzehnt als Professorin an der University of Chicago und der London School of Economics über Globalisierung und internationale Migration. Heute ist sie am Columbia University's Committee on Global Thought. Ihre neuesten Bücher: «Territory, Authority, Rights: From Medieval to Global Assemblages», Princeton University Press 2006, und «A Sociology of Globalization», Norton 2007.

Stämpfli Regula, Dr. phil., Politologin, Dozentin, Publizistin, siehe www.regulastaempfli.ch.

Staub-Bernasconi Silvia, Prof. Dr., Sozialarbeiterin, Professorin für Soziale Arbeit und Menschenrechte an der Hochschule Zürich, der Technischen Universität Berlin und im Masterstudiengang «Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession» in Berlin. Arbeits-/Studienschwerpunkte: frühe TheoretikerInnen Sozialer Arbeit, Migration und ihre Folgen für Zugewanderte und Einheimische, Rassismus, internationale Sozialarbeitspraxis.

Strulik Stefanie, Assistentin am Ethnologischen Seminar der Universität Zürich, unterrichtet vor allem in den Teilbereichen Entwicklung und Gender Studies. Ihre geografische Spezialisierung ist Südasien, wo sie mit unterschiedlichen Forschungsprojekten zu Staat, Gender und politisierten religiösen Indentitäten gearbeitet hat, zuletzt im Rahmen ihrer Dissertation zu Quoten für Frauen in der Lokalpolitik und sich wandelnden Geschlechterverhältnissen.

Thürmer-Rohr Christina, Prof. Dr. phil., dipl. Psych., Technische Universität Berlin, FB Erziehungswissenschaften, Schwerpunkt: Feministische Forschung/Menschenrechte, seit 2004 emeritiert. Zahlreiche Veröffentlichungen zu feministischer Kritik, Erinnerungskultur und politischer Theorie von Hannah Arendt. 2004 Gründung des Vereins Akazie 3 e.V.: «Übungen im politischen und musikalischen Denken».

248

Wiederkehr Susi, im Vorstand der «Aktion Gsundi Gsundheitspolitik» (AGGP), mit Schwerpunkt «gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit im Gesundheitswesen». Olympe-Redaktorin.

Bisher erschienen:

- Heft 1: Frauenrechte sind Menschenrechte (1/94)
- Heft 2: Wirtschaftspolitik Konflikte um Definitionsmacht (2/95)
- Heft 3: Sozialpolitik Arena des Geschlechterkampfes (3/95)
- Heft 4: Wir leben hier Frauen in der Fremde (4/95)
- Heft 5: Der verwertete Körper Selektiert. Reproduziert. Transplantiert. (5/96)
- Heft 6: Architektur Der verplante Raum (6/96)
- Heft 7: Typisch atypisch Frauenarbeit in der Deregulierung (7/97)
- Heft 8: 1848–1998: Frauen im Staat Mehr Pflichten als Rechte (8/98)
- Heft 9: Einfluss nehmen auf Makroökonomie! (9/98)
- Heft 10: Gesundheit!!! Standortbestimmung in Forschung, Praxis, Politik (10/99)
- Heft 11: Feminismen und die Sozialdemokratie in Europa (11/99)
- Heft 12: Männer-Gewalt gegen Frauen (12/00)
- Heft 13: Marche Mondiale des femmes. Exploration ein Mosaik (13/00)
- Heft 14: Nationalismus: Verführung und Katastrophe (14/01)
- Heft 15: Freiwilligenarbeit: wie frei wie willig? (15/01)
- Heft 16: Ordnung muss sein! Pädagogische Inszenierungen (16/02)
- Heft 17: kreativ skeptisch innovativ, Frauen formen Recht (17/02)
- Heft 18: draussen drinnen dazwischen: Women of Black Heritage (18/03)
- Heft 19: Dispersion Kunstpraktiken und ihre Vernetzungen (19/03)
- Heft 20: Provokation. Personen, Debatten, Fakten. (20/04)
- Heft 21: Sportlerinnen. Spitzenleistungen vor leeren Rängen? (21/05)
- Heft 22: Secondas sichtbar vielfältig (22/05)
- Heft 23: Elternschaft die neue Geschlechterdifferenz? (23/06)
- Heft 24: Sexuelle Gewalt. Präventionsansätze in transnationalen Räumen (24/06)
- Heft 25/26: Fokus: Demokratie. Partizipieren Intervenieren Analysieren (25/26 /07)
- Heft 27: erscheint im Juni 2008. Postkolonialismus. Logik und Perspektiven